

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

6. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 4. Juli 1979

Tagesordnung

1. Energiebericht 1979
2. Dritte Lesung: Antrag (13/A) der Abgeordneten Dr. Fischer, Dr. Mock, Peter und Genossen betreffend Änderung des Geschäftsordnungsgesetzes 1975
3. Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates

Inhalt

Nationalrat

Beschluß auf Beendigung der ordentlichen Tagung 1979 der XV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates mit 10. Juli 1979 (S. 449)

Schlußansprache des Präsidenten Benya (S. 449)

Personalien

Krankmeldungen (S. 363)

Fragestunde (3.)

Bauten und Technik (S. 363)

Deutschmann (18/M); Roppert, Neumann, Dr. Jörg Haider

Dkfm. DDr. König (19/M); Dr. Ofner, Glaser

Vetter (20/M); Dr. Frischenschlager, Babanitz, Mag. Höchtl

Dr. Stippel (21/M); Dr. Ofner, Hesoun

Finanzen (S. 368)

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (26/M); Dr. Broesigke, Dr. Veselsky, Dr. Feurstein

Dkfm. DDr. König (25/M); Dipl.-Vw. Josseck, Dallinger, Kraft

Dr. Broesigke (27/M); Dr. Nowotny, Sandmeier, Dr. Stix

Wahlen in Institutionen

- (3) Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates (S. 449)

Interparlamentarische Union

Generalversammlung der österreichischen Gruppe der Interparlamentarischen Union (S. 450)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 377)

Verhandlungen

- (1) Bericht des Handelausschusses über den Bericht des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie (III-1) betreffend Energiebericht 1979 (31 d. B.)

Berichtersteller: Lehr (S. 377)

Redner:

Dkfm. DDr. König (S. 378 und S. 397),

Dr. Heindl (S. 387),

Dr. Stix (S. 397),

Dr. Keimel (S. 404),

Grabher-Meyer (S. 411),

Wille (S. 414),

Dr. Wiesinger (S. 417),

Ing. Hobl (S. 421),

Neumann (S. 424),

Dr. Ofner (S. 429),

Köck (S. 433),

Dipl.-Ing. DDr. Götz (S. 437),

Bundesminister Dr. Staribacher (S. 438)

und

Staudinger (S. 446)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Keimel und Genossen betreffend Entlastung der Mineralölsteuern von der Mehrwertsteuer (S. 409) – Ablehnung (S. 449)

Kenntnisnahme (S. 448)

- (2) Dritte Lesung des Antrages (13/A) der Abgeordneten Dr. Fischer, Dr. Mock, Peter und Genossen: Änderung des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 (46 d. B.)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 449)

Eingebracht wurden

Bericht

- III-8: über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmen zum 31. Dezember 1978, Bundeskanzleramt (S. 377)

Antrag der Abgeordneten

- Dr. Marga Hubinek, Dr. Hafner und Genossen betreffend zivilrechtliche Besserstellung von Pflegeeltern (20/A)

Anfragen der Abgeordneten

- Dr. Gradenegger und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend die Wiederbegründung bzw. den Verkauf der Autobahnkiesgrube St. Ulrich bei Villach (67/J)

- Dr. Stix, Grabher-Meyer und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Deckung des Strombedarfes in Zeiten der Spitzenbelastung (68/J)

- Dr. Broesigke, Dipl.-Vw. Josseck und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Berücksichtigung von Betriebsausgaben bzw. des Pauschalbetrages für erhöhte Werbungskosten bei Vorliegen einer gleichgearteten selbständigen und nichtselbständigen Tätigkeit (69/J)

- Dr. Stix und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Dimensionierung der Leistung von Überstunden bei Dienststellen der Zollwache im Bereich der FLD Tirol (70/J)

- Dr. Neisser, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend legisistische Vorhaben in der XV. Gesetzgebungsperiode (71/J)
- Hagspiel, Dr. Feurstein, Hietl, Dr. Blenk und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Aufstellung von Landbriefträgerabgabekästen (72/J)
- Dr. Feurstein, Hagspiel und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Verbundlichung der Handelsschule Bezaug (73/J)
- Dr. Blenk, Hagspiel, Dr. Feurstein und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Zusammensetzung der Steuer-Reformkommission (74/J)
- Dr. Ermacora und Genossen an den Bundeskanzler betreffend die Verwendung von Formularen im Bereich der Bundesverwaltung (75/J)
- Dr. Ermacora, Dr. Blenk und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend die Besetzung einer vakant gewordenen Lehrkanzel an der Universität Innsbruck (76/J)
- Heinz, Treichl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Steuer- und Abgabenteilung (77/J)
- Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Ratifizierung des Washingtoner Artenschutzabkommens (78/J)
- Wimmersberger, Burger und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Fehlen eines Gesamtkonzeptes der Bundesregierung zur Investitionsförderung (79/J)
- Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Hietl und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Käsemindestpreisabkommen und Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis (80/J)
- Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Hietl und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Käsemindestpreisabkommen und Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis (81/J)
- Dr. Leibenfrost und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Bundesstraße 127 Ausbaustrecke Neufelden-Rohrbach; Dringlichkeitsreihung (82/J)
- Dr. Blenk, Breiteneder und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend die Wiener „Universitäts-Klinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters“ (83/J)
- Dkfm. Löffler und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Kürzung der Mittel für Zuschüsse nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz (84/J)
- Hagspiel, Dr. Blenk, Dr. Feurstein und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Energieversorgung in Österreich (85/J)
- Dipl.-Vw. Josseck, Dr. Ofner und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Vorfall bei einem Stellungspflichtigen-Stammtisch der Jungen Generation der SP Leonding (86/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Ing. Schmitzer und Dr. Paulitsch.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: Die 1. Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Deutschmann (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

18/M

Sind Sie bereit, den Ausbau der Süd Autobahn wesentlich zu beschleunigen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik **Moser:** Herr Abgeordneter! Ich kann Ihnen heute nichts anderes sagen, als ich gestern schon auf die Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Haider geantwortet habe: daß zwischen mir und dem Herrn Landeshauptmann vereinbart ist, daß die Mittel, die aus der Tauern Autobahn-Finanzierung frei werden, dem Lande Kärnten zum verstärkten Ausbau der Süd Autobahn verbleiben werden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Deutschmann:** Herr Bundesminister! Gerade über Ihre gestrige Aussage habe ich mich gewundert. Es steht nach wie vor das Versprechen im Raum, daß die Süd Autobahn von Wien bis Klagenfurt bis zum Jahre 1985 befahrbar sein wird. Die Ist-Leistung im heurigen Jahr war wie in den vergangenen Jahren 6,9 Kilometer. Wenn Sie das Versprechen bis 1985 einhalten wollen, müssen Sie eine jährliche Leistung von 34,7 Kilometern vollbringen. Ich möchte Sie fragen, ob Sie nach wie vor zu diesem Versprechen stehen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Zunächst darf ich daran erinnern, daß seinerzeit

durchaus die Überlegung bestanden hat, etwa die teuren Gebirgsstrecken, also Wechsel und Pack, in Form einer Gesellschaftsstrecke zu errichten, was zur Folge gehabt hätte, daß dann auf diesen Gesellschaftsstrecken auch Gebühren eingehoben werden müßten. Dieser Plan ist fallengelassen worden. Sowohl der Übergang über den Wechsel als auch der über die Pack im besonderen wird nicht über eine Gesellschaft gebaut, sondern aus normalen Bundesstraßenbaumitteln, und es wird keine Maut eingehoben werden.

Gegenwärtig sind neben den 138 km bereits unter Verkehr stehenden Teilen der Süd Autobahn 99 km in Bau, die voraussichtlich im Jahre 1982 dem Verkehr übergeben werden. Es wird daher bis Mitte der achtziger Jahre eine leistungsstarke Verbindung zwischen Wien und der Staatsgrenze bei Thörl-Maglern bestehen.

Präsident: Weitere Anfrage.

Abgeordneter **Deutschmann:** Herr Bundesminister! Dann muß ich Herrn Generaldirektor Dr. Dultinger, der das Buch „Straßenbau in Österreich“ herausgegeben hat, recht geben. Darin steht schwarz auf weiß: Verrat an der Süd Autobahn. Androsch sagt vorläufig nein zur Süd Autobahn, und jetzt nageln wir die Politiker fest. Das sind Aussagen des Herrn Generaldirektors Dultinger, der Ihnen ja sehr nahesteht. Das nur zu Ihrer Aussage.

Herr Bundesminister! Ich möchte noch auf Ihre gestrige Antwort zurückkommen. Sie haben gestern erklärt, daß die ...

Präsident: Frage!

Abgeordneter **Deutschmann (fortsetzend):** Herr Präsident, sofort, ich darf doch ein bißchen etwas dazu sagen.

Der Herr Bundesminister hat in seiner gestrigen Beantwortung im Zusammenhang mit der Regierungserklärung etwas ganz Falsches zitiert; darauf möchte ich gar nicht eingehen.

Herr Bundesminister, die Frage: Sie haben gestern gesagt, daß man von den Ortsdurchfahrten Wolfsberg, St. Andrä und Griffen spricht. Bedeutet das, daß in Twimberg die Autobahn endet und von Twimberg bis Klagenfurt nur die Packer Bundesstraße als Verbindungsstraße Twimberg-Klagenfurt gilt?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Das habe ich auch gestern deutlich gesagt im

Bundesminister Moser

Zusammenhang mit dem Autobahnbau, mit dem Süd Autobahn-Bau, daß nur im Zuge der Süd Autobahn als die dringendsten Teilabschnitte die Umfahrungen der Orte Wolfsberg, Griffen, St. Andrä und vielleicht auch noch Völkermarkt - neben dem Anschluß von Federaun zur Staatsgrenze - erscheinen.

Präsident: Nächste Anfrage: Herr Abgeordneter Roppert.

Abgeordneter **Roppert** (SPÖ): Herr Bundesminister! Nach der Fertigstellung der Tauern Autobahn einerseits, mit der ja in allernächster Zeit zu rechnen ist, aber auch mit der Inangriffnahme des Karawankentunnels andererseits muß damit gerechnet werden, daß europäische Verkehrsströme umgeleitet werden. Es muß damit gerechnet werden, wenn von Hamburg bis in den Raum Spittal durchgehend eine Autobahntrasse benützt werden kann (*Abg. Deutschmann: Herr Präsident! Er redet zur Tauern Autobahn und nicht zur Süd Autobahn!*), daß sich die Verkehrsströme in das Bundesstraßennetz im Raum Villach ergießen werden. Für den Raum Villach ist es daher von entscheidender Bedeutung, Herr Bundesminister (*Abg. Deutschmann: Frage!*), daß das Teilstück der Süd Autobahn, Herr Abgeordneter Deutschmann, von Klagenfurt bis nach Villach zur Staatsgrenze Thörl-Maglern weitergeführt wird nach Italien.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister, wann ist konkret mit der Benützung dieses Teilstückes der Süd Autobahn zu rechnen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Wir fahren heute auf der Süd Autobahn von Klagenfurt bereits bis nach Federaun, also südlich von Villach. Im heurigen Jahr werden noch drei große Brückenbauvorhaben von Federaun bis Stossau in Angriff genommen werden. Von Stossau bis zur Staatsgrenze fehlen uns dann noch 4 km. Vor wenigen Tagen hat ein Koordinationsgespräch zwischen Vertretern Italiens und Österreichs stattgefunden, bei dem man übereingekommen ist, die Staatsgrenze beiderseits im Jahre 1984 zu erreichen.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Neumann.

Abgeordneter **Neumann** (ÖVP): Herr Bundesminister! Kein Geringerer als Finanzminister Dr. Androsch - er wurde vorhin schon zitiert - hat laut „Kronen-Zeitung“ erklärt, daß die Süd Autobahn erst im Jahre 2000, also erst in 21 Jahren, und dann zum Teil nur einspurig

komplett ausgebaut sein wird. Dementsprechend - Dr. Androsch ist immerhin Finanzminister - war auch die Budgetdotierung.

Wurden im Rahmen der Süd Autobahn beispielsweise im Bereich der Steiermark bereits im Jahre 1969 230 Millionen Schilling aufgewendet, so waren es im Jahre 1977 auch erst 270 Millionen Schilling. Wenn man nun die enorme Teuerung hinzurechnet, sieht man, daß seit dem Jahre 1970 der Straßen- und Autobahnbau in Österreich nicht beschleunigt wurde, sondern sich gewaltig verlangsamte. Die Ziffern liegen ja vor. Nur mit Hilfe der Mitfinanzierung der Bundesländer, auch des Landes Steiermark, kann ein früherer Fertigstellungstermin, wie Sie, Herr Minister, schon gesagt haben, erreicht werden.

Meine Frage: Herr Minister! Sehen Sie eine Möglichkeit, auch im Hinblick auf die doch gewaltig gestiegenen Einnahmen für den Straßenbau durch die gewaltigen Benzinpreiserhöhungen, Lkw-Steuer und dergleichen, höhere Beträge einzusetzen, um den Ausbau dieser wichtigen Nord-Süd-Verbindung, der in meiner weststeirischen Heimat auch große strukturelle Bedeutung zukommt, im Sinne der Anfrage doch zu beschleunigen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! In dem Raum, in dem Sie daheim sind, also auf der Pack, läßt sich gegenwärtig eine bautechnische Beschleunigung überhaupt nicht mehr erreichen. Sie wissen, daß die Tunnels - bis auf den letzten Tunnel - praktisch fertiggestellt sind. Am Scheiteltunnel wird gearbeitet; die Arbeiten schreiten gut voran. Ein großes Erdbaulos ist bereits vergeben und in Bau, sodaß ich sicher bin, daß die Pack 1982 durch eine Autobahn überquert wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg **Haider** (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben auch heute wieder im Zusammenhang mit der Süd Autobahn und dem Ausbau der Bundesstraßenzüge davon gesprochen, daß bis zum Jahre 1984/85 eine leistungsfähige Verkehrsverbindung bestehen wird.

Mich würde interessieren, ob Sie konkretisieren könnten: Meinen Sie damit die Süd Autobahn als vollwertig ausgebaute mehrspurige Einrichtung, oder handelt es sich hier um eine besondere Kombination zwischen Bundesstraßenzügen und Teilen der Süd Autobahn?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Das letztere ist richtig. Wir werden bis Mitte der achtziger Jahre den Wechsel nicht mit einer Autobahn überqueren können. Der Aufwand für die Strecke von Grimmenstein bis Hartberg beträgt mehr als 4 Milliarden Schilling. Das ist bis zum Jahre 1985 aus den Normaleingängen der Bundesstraßenbaumittel nicht zu verkraften.

Der Wechsel ist aber von Aspang bis nach Hartberg bis dahin dreispurig voll ausgebaut. Wenn Sie heute über den Wechsel fahren, sehen Sie, daß noch zwei Kehren westlich von Aspang ausgebaut werden müssen. Die Bauarbeiten sind dort in vollem Gange, und der Wechsel macht heute den Verkehrsteilnehmern keinerlei Schwierigkeiten. Es gibt überall die Überholspuren, sodaß ein flüssiger Verkehrsablauf von Aspang bis Hartberg gewährleistet ist, wo dann die Süd Autobahn anschließt, die durchlaufend bis in den Kärntner Raum befahrbar sein wird. Bis 1985, so hoffe ich, werden wir auch noch diese neuralgischen Stellen im Kärntner Raum – ich sagte: Wolfsberg, St. Andrä und Griffen – beseitigen und gleichzeitig auch das letzte Teilstück an der Staatsgrenze unter Verkehr nehmen können.

Präsident: Anfrage 2: Herr Abgeordneter König (ÖVP) an den Herrn Minister.

19/M

Bis wann wird die Verbindung der West Autobahn mit der Süd Autobahn, die sogenannte Alland Autobahn, zur Umfahrung Wiens für den Verkehr durchgehend zur Verfügung stehen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Ich rechne damit, daß die Verbindung zwischen West und Süd Autobahn im Jahre 1982 durchlaufend befahrbar sein wird.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Herr Bundesminister! Sie haben gestern dankenswerterweise auf meine Frage geantwortet, daß Sie sich durchaus Änderungen des Bundesstraßengesetzes vorstellen können, die darauf abzielen, daß Schnellstraßen, Stadtautobahnen, die die Städte zerstören und heute nicht mehr unserer modernen Auffassung von Verkehrsplanung entsprechen, aus dem Gesetz eliminiert werden.

Ein solches Problem in Wien ist der Ausbau der B 223 über den Flötzersteig. Die Wiener Volkspartei hat sich gegen die Art und Weise, wie dieser Ausbau geplant ist, gewendet, weil

man die Sorge hat, daß damit der Verkehrsstrom hereingezogen wird. Eine Möglichkeit, diesen Verkehrsstrom zumindest zu einem Teil außen umzulenken, wäre die beschleunigte Fertigstellung der Verbindung zwischen West und Süd Autobahn.

Herr Bundesminister! Sehen Sie eine Möglichkeit, hier eine Beschleunigung der von Ihnen in Aussicht gestellten Fertigstellung zu erreichen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Ich sehe eine solche Möglichkeit gegenwärtig nicht mehr. Das letzte Erdbaulos ist ausgeschrieben. Die Anbotseröffnung wird in der zweiten Hälfte Juli erfolgen. Die Baudauer muß ich für die Größe dieses Bauloses mit 36 Monaten veranschlagen, sodaß erst 1982 die durchlaufende Verkehrsmöglichkeit geschaffen sein wird.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Auch wenn es nach Ihren Aussagen nicht vor 1982 möglich sein wird, die durchgängige Befahrbarkeit sicherzustellen, so kann man, wie Sie ausführen, sicher damit rechnen, daß es im Jahre 1982 so weit sein wird. Werden Sie im Lichte dieser Möglichkeit, die sich dann bietet, die Ausbaupläne über den Flötzersteig nochmals überprüfen und überdenken?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Bei der seinerzeitigen Festlegung der Dringlichkeitsreihung im Ausbau des österreichischen Bundesstraßennetzes haben wir 1972 zunächst einmal die Dringlichkeitsreihung für die österreichischen Autobahnen fertiggestellt, aus der Überlegung heraus, daß durch den Ausbau dieser österreichischen Autobahnen gewisse Entspannungen auf anderen Bundesstraßen eintreten werden. Diese Untersuchungen sind gemacht worden. Im Jahr 1975 war dann aber auch das Dringlichkeitsprogramm für den Ausbau der Bundesstraßen im Hinblick auf die österreichischen Autobahnen fertiggestellt.

Diese Berechnungen und Untersuchungen haben aber ergeben, daß trotz des Ausbaus der sogenannten Alland Autobahn die Flötzersteig-Bundesstraße in die Dringlichkeitsstufe 1 einzuordnen gewesen ist, und so steht sie heute in dieser Dringlichkeitsstufe. Ich habe aber, wie ich gestern schon sagte, die Länder gebeten, Vorschläge auf Änderung auch des Verzeichnisses

Bundesminister Moser

ses des Bundesstraßennetzes in ihrem Bereiche dem Bautenministerium zu erstatten.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Ofner.

Abgeordneter Dr. **Ofner** (FPÖ): Herr Bundesminister! Wir haben jetzt aus Ihrem Munde gehört, daß die Südosttangente 1982 fertiggestellt sein wird. Wie wird es dann mit den Anschlußmöglichkeiten in Richtung Schwechat und jenseits der Donau ausschauen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Wir haben 1982 - da bin ich sicher - diese Autobahn zur Verfügung. Wenn die finanzielle Entspannung durch den Bau dieser Autobahn gegeben sein wird, beabsichtigen wir auch, den weiteren Ring um Wien weiterzubauen. Die Planungen sind in vollem Gange. Ich kann aber heute nicht mit Sicherheit sagen, wann etwa dann auch der Anschluß von Wiener Neudorf bis Schwechat oder in den Raum Schwechat fertiggestellt sein wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Glaser.

Abgeordneter **Glaser** (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie sagten soeben, daß die Alland Autobahn bis zum Jahre 1982 fertiggestellt sein wird. Ist damit der Vollausbau gemeint, oder - ähnlich wie das derzeit bei der Tauern Autobahn der Fall ist - wird nur eine Spur befahrbar sein?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Nein, diese Autobahn ist eine Vollautobahn.

Präsident: Anfrage 3: Herr Abgeordneter Vetter (ÖVP) an den Herrn Minister.

20/M

Wie werden Sie die „Startwohnungen“, nachdem die ÖVP schon seit Jahren eine finanzielle Wohnstarthilfe für junge Ehepaare verlangt, realisieren?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Zur Realisierung dieser Startwohnungen ist ein eigenes Gesetz notwendig. An diesem Gesetzesentwurf wird gearbeitet. Ich stelle mir vor, daß durch eine gesonderte Finanzierungsart jungen Ehepaaren für die Dauer von etwa fünf Jahren besonders preisgünstige Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können, um ihnen in

dieser Zeit die Möglichkeit zu geben, für eine endgültige Wohnung anzusparen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Vetter:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Auch wenn Sie die Frage nicht in dem Sinne beantwortet haben, wie ich es mir vorgestellt habe: Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß diese Startwohnungen, daß diese Methode über unser ganzes Land gerecht verteilt werden kann, ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß man die Ballungszentren und die ländlichen Räume gleich gerecht mit diesen Mitteln betreiben kann. Ich nehme auch an, daß Sie die finanziellen Mittel für diese Startwohnungen wiederum aus dem allgemeinen Budgettopf, aus dem Topf für die allgemeinen Wohnbaumittel nehmen wollen.

Ich frage Sie daher: Welcher Betrag ist im Budget 1980 für diese Startwohnungen vorgesehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Über das Budget 1980 kann ich Ihnen noch keine Aussage machen, weil Verhandlungen über das Budget 1980 noch nicht stattgefunden haben.

Aber zum anderen. Ich kann mir durchaus auch eine andere Finanzierungssituation vorstellen, wonach diese Wohnungen nicht mit den allgemeinen Wohnbaumitteln finanziert werden. Diese Wohnungen können auch - und das wird bei mir gegenwärtig gerechnet - etwa mit Hilfe von Anleihen finanziert werden, wobei die Rückzahlung dann auf einen längeren Zeitraum das jährliche Budget ja nur in einem sehr geringen Umfang belasten wird. Solche Rechnungen sind gegenwärtig im Gange.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Vetter:** Herr Bundesminister! Sie persönlich haben die Idee der Startwohnungen vor rund einem halben Jahr geboren. Wie Sie mir eben mitteilten, ist eine eigene Regierungsvorlage, ein eigenes Gesetz notwendig. Aber aus der Beantwortung, daß Sie für 1980 noch keine Mittel vorgesehen haben, erkenne ich, daß Sie eigentlich keinerlei Vorbereitungen bisher getroffen haben. Ich frage Sie: Zu welchem Zeitpunkt ist mit der Vorlage dieser Regierungsvorlage zu rechnen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Ich habe die zuständige Sektion in meinem Ministerium beauftragt, die Vorbereitungen für dieses Gesetz so voran-

Bundesminister Moser

zutreiben, daß dem Parlament im Herbst eine Regierungsvorlage vorgelegt werden kann. Aber bis zum Herbst werden auch noch die Gespräche über das Budget des Jahres 1980 stattfinden.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager** (FPÖ): Herr Bundesminister! Das Problem der jungen Menschen und der Wohnungen ist ja bekannt, und es ist begrüßenswert, daß in allen drei Fraktionen Initiativen in dieser Hinsicht gesetzt wurden. Was mir an Ihrem Vorschlag weniger gefällt, ist, daß Sie offensichtlich an Mietwohnungen denken.

Meine Frage: Sehen Sie eine Möglichkeit, die von Ihnen als „Startwohnungen“ bezeichneten Wohnungen auch in Form von Eigentumswohnungen zur Verfügung zu stellen, also zusätzliche Förderungsmittel für junge Leute, die sich ein Eigenheim errichten wollen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Die Hingabe einer Startwohnung in Form von Wohnungseigentum würde ja dem Begriff der Startwohnung widersprechen. Die Startwohnung soll ja eine Überbrückungshilfe für junge Ehepaare sein, bis sie imstande sind, ihre endgültige Wohnung, gleichgültig in welcher Rechtsform, ob im Einfamilienhaus, ob im Wohnungseigentum, ob im genossenschaftlichen Wohnungsbau oder im Mietwohnungsbau, zu finden und auch zu finanzieren. Daher sollen diese Startwohnungen nicht in das Eigentum übergeführt, sondern für eine begrenzte Dauer jungen Ehepaaren zu besonders günstigen Bedingungen überlassen werden.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Babanitz.

Abgeordneter **Babanitz** (SPÖ): Herr Bundesminister! Bei der Schaffung von Startwohnungen wird es sicherlich nicht nur darauf ankommen, ob die Wohnung Mietwohnung oder Eigentumswohnung wird, denn da die Wohnbauförderung ja zum großen Teil Ländersache ist, glaube ich, wird es vor allen Dingen darauf ankommen, ein Gesetz zu schaffen, das möglichst alle Wünsche, soweit das überhaupt möglich ist, berücksichtigt.

Meine konkrete Frage: Werden Sie diesen Gesetzentwurf, den Sie nunmehr ausarbeiten lassen, auch den zuständigen Stellen in ausreichender Form zur Begutachtung übergeben können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Natürlich wird dieser Ministerialentwurf der Begutachtung unterzogen werden, weil aus der Begutachtung noch eine ganze Reihe vielleicht sehr positiver Anregungen zu erwarten ist.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Höchtl.

Abgeordneter Mag. **Höchtl** (ÖVP): Herr Minister! Auf Grund Ihrer nun eingenommenen Haltung ist klar, daß Sie die wesentlich bessere Lösung für die jungen Familien, nämlich eine Wohnstarthilfe im Ausmaß von 100 000 S, nicht billigen. Ihnen ist offensichtlich diese Startwohnungs-idee aufgezwungen worden.

Ich möchte Sie fragen: Haben Sie, bevor Sie diese Idee übernommen haben, auch im Ausland gewisse Vergleichsuntersuchungen gemacht, da ja bekannt ist, daß beispielsweise in Frankreich es sicherlich ein Fehler war, diese Idee überhaupt zu realisieren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Ich teile Ihre Meinung nicht, daß etwa das Zurverfügungstellen von besonders preisgünstigen Wohnungen für eine bestimmte Übergangszeit an junge Ehepaare ein Fehler sein könnte.

Zum anderen, Herr Abgeordneter, mache ich darauf aufmerksam: Wir haben ja schon längere Zeit über diese Frage diskutiert, auch über die Frage etwa der Starthilfe, wie Sie sie sich vorstellen, durch die Hingabe von 100 000 S an jedes junge Ehepaar. Herr Abgeordneter! Es ist für mich kein Zweifel, daß auch die Hingabe von 100 000 S an ein junges Ehepaar nicht jedes junge Ehepaar schon in die Lage versetzt, auch nur eine kleine Wohnung vorübergehend zu nehmen, ich fürchte vielmehr, daß durch die Hingabe solcher Beträge die Ablösen, die heute verbotenerweise gefordert werden – aber es ist ein Faktum, daß sie gefordert werden –, noch weiter steigen würden.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Stippel (SPÖ) an den Herrn Minister.

21/M

Wie weit sind die Bauvorbereitungen für das Bundesrealgymnasium Wiener Neustadt gediehen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Die Bauvorbereitungen sind abgeschlossen, der

Bundesminister Moser

Bauftrag ist bereits als Generalunternehmerauftrag an eine Firma vergeben worden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Stippel:** Herr Bundesminister! Bis wann ist mit der Fertigstellung des Bundesrealgymnasiums zu rechnen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! In dem abzuschließenden beziehungsweise schon abgeschlossenen Bauvertrag ist festgehalten, daß die Klassentrakte 20 Monate nach Auftragserteilung fertig sein müssen, die Turnsäle und der Umbau der bestehenden Burkhard-Villa nach 24 Monaten, sodaß 1981 der volle Betrieb aufgenommen werden kann.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Stippel:** Herr Bundesminister! Ihrer Antwort entnehme ich, daß das alte Gebäude des Bundesrealgymnasiums Wiener Neustadt, für das es bis 1981 eine Benützungsbewilligung geben wird, weiter, aber sicher nicht auf Grund des Bauzustandes, 1981 abgerissen werden kann.

Nun hat vor einer Woche in Wiener Neustadt eine Tageszeitung gemeldet, daß die Stadtgemeinde das Parkproblem dadurch lösen könnte, daß man anstelle des alten Bundesrealgymnasiums ein Parkhochhaus bauen könnte. Nunmehr gibt es aber bereits Planungen, daß anstelle des Bundesrealgymnasiums das Bundesoberstufenrealgymnasium nach 1981 die erforderlichen Zubauten erhalten soll.

Meine Frage an Sie, Herr Bundesminister: Gilt die Planung auch weiterhin für die Schule, oder besteht tatsächlich die Möglichkeit, dieses Areal an Dritte zu verkaufen, um dort ein Parkhochhaus hinzustellen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Solange wir Sorgen um die Unterbringung unserer Kinder in den Schulen haben, habe ich nicht die geringste Absicht, ein etwa für die Erweiterung einer Schule geeignetes Grundstück an Dritte zu veräußern.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Ofner.

Abgeordneter Dr. **Ofner (FPÖ):** Herr Bundesminister! Das Gebäude dieser Schule in Wiener Neustadt befindet sich in einem baumäßig sehr bedenklichen Zustand. Es sind allerorts im

Gebäude Spione angebracht, um die Bewegungen unter Kontrolle halten zu können. Welche Maßnahmen gedenken Sie zu treffen, um eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes, die dann, wenn Gebäudeteile einstürzen würden, passieren könnte, hintanzuhalten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Es wurden schon gewisse Sanierungs- oder Sicherungsmaßnahmen in dieser Schule getroffen, immer im Einvernehmen mit der Baubehörde. Notwendigerweise werden auch noch in der Zeit des Baues der neuen Schule Sicherungsarbeiten an dieser Schule zweifellos erforderlich sein, die natürlich gemacht werden, um jede Gefahr für die Benützer dieser Räume auszuschließen.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Hesoun.

Abgeordneter **Hesoun (SPÖ):** Herr Bundesminister! Warum erfolgte die Auftragsvergabe erst im Juni?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Wir haben, ich glaube, im Jänner, die Ausschreibung als Generalunternehmerausschreibung veröffentlicht, allerdings noch bevor wir eine Baugenehmigung gehabt haben. Das Bauverfahren war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen, und leider hat es im Zuge des Bauverfahrens gewisse Schwierigkeiten gegeben durch den Verhandlungsleiter, der sich im Zuge der Bauverhandlung auch mit architektonischen und Gestaltungsfragen befaßt hat. Dadurch war eine Unterbrechung des Verfahrens notwendig. Deshalb mußten wir auch eine gewisse Zeit hindurch die schon laufende Ausschreibung stoppen. Das war der Grund, warum wir erst im Juni, nachdem alle Hindernisse aus dem Weg geräumt worden waren, die Vergabe durchführen konnten.

Bundesministerium für Finanzen

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

26/M

Angesichts Ihrer Feststellung auf der Regierungsklausur vom 6. und 7. Juni 1979, daß „die nicht an den Preis gebundenen Steuern nachgezogen werden müssen“, frage ich Sie, welche Steuern voraussichtlich bis Ende 1980 erhöht werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie erkundigen sich nach Feststellungen auf einer Regierungsklausur am 6. und 7. Juni 1979. Ich darf Sie zunächst darauf aufmerksam machen, daß am 6. und 7. Juni dieses Jahres weder eine Regierungsklausur noch eine Regierungssitzung stattgefunden hat. Was in der Tat stattgefunden hat, waren Sitzungen des erweiterten Parteipräsidiums der Regierungspartei und des Parteivorstandes, und Sie werden zubilligen, daß nicht nur Absichten von Regierungsmitgliedern noch kein Gegenstand der Vollziehung sind, sondern ganz sicherlich auch Parteiberatungen nicht.

Unbeschadet dieses Umstandes habe ich Ihnen zur Information die dort vorgelegten Unterlagen zur Verfügung gestellt und bin dennoch gerne bereit, auf Ihre Fragen einzugehen, obwohl, wie gesagt, Beratungen von Parteigremien sicherlich nicht dem parlamentarischen Interpellationsrecht unterliegen. Ich darf daher ... *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Es ist nicht eine Frage der Ehre, aber ich glaube, es ist unbestritten, daß Beratungen von Parteigremien nicht dem Fragerecht des Parlaments unterliegen. Aber ich gebe Ihnen dennoch gerne Auskunft. *(Abg. Kraft: Die Unterlage liegt im Parlament!)* Sie liegt nicht im Parlament. Das ist nie als offizielles Dokument ins Parlament gelangt, sondern ich habe Ihnen das persönlich zu Ihrer besseren Information zur Verfügung gestellt. Ich glaube schon, daß es wichtig ist, das klarzustellen, geschäftsmäßig dürfte doch darüber kein Zweifel bestehen.

In dieser Unterlage heißt es auf Seite 81 – wegen der Kürze darf ich es, um den Zusammenhang herzustellen, zitieren –:

„Angesichts der besseren Konjunkturentwicklung“ – Sie kennen die Revision der beiden Wirtschaftsforschungsinstitute –, „weltweit und in Österreich, ist die Zeit gekommen, eine 3. Phase der Budgetpolitik einzuleiten, in der eine deutliche Verbesserung des Budgets herbeigeführt werden muß.

Das bedeutet, daß

in absehbarer Zeit auf Einnahmen nicht verzichtet werden kann;

die nicht an den Preis gebundenen Steuern nachgezogen werden müssen;

weiterhin Tarife und Beiträge in kurzen Abständen und in kleinen Schritten der Kostenentwicklung angepaßt werden müssen;

die Steigerung der Einnahmen insgesamt über der Ausgabensteigerung liegen muß;

in allen Bereichen die Ausgaben sorgfältig auf ihre Berechtigung zu prüfen und die Ausgabensteigerungen möglichst gering zu halten sind;

in bestimmten Bereichen Ausgabenreduktionen vorzunehmen sind.“

Im wesentlichen hat das auch in der Regierungserklärung einen ähnlichen Niederschlag gefunden.

Um welche Abgaben es sich handelt, möchte ich jetzt nicht im einzelnen aufzählen. Es sind solche, die im wesentlichen einheitswertbezogen beziehungsweise in anderer Form mengenbezogen sind oder in Form fester Gebühren eingehoben werden. Beispiele dafür sind Kraftfahrzeugsteuer, Bundesmineralölsteuer, die festen Gebühren, der Straßenverkehrsbeitrag, ist, was nicht den Bund betrifft, die Grundsteuer, die eine Gemeindeabgabe darstellt.

Zwei konkrete Beispiele, wo das verwirklicht wurde. Im heurigen Jahr ist ohne Preiserhöhung daraus eine Erhöhung der Bundesmineralölsteuer per 1. Jänner wirksam geworden. Obwohl es solche Erhöhungen gegeben hat, ist der Anteil der Bundesmineralölsteuer am Preis von Benzin und sonstigen Treibstoffprodukten über die Jahre deutlich zurückgegangen.

Wir hatten gestern eine Debatte darüber, daß entsprechend den gültigen Vorschriften des Bewertungsgesetzes eine Neufestsetzung von Einheitswerten zu erfolgen hat, die ohnehin nach den Vorschlägen weit unter dem bleiben, was sich an sich aus den Vorschriften ergeben würde.

Mir ist es bei diesem Papier wie auch bei dem Hinweis in der Regierungserklärung darum gegangen, daß dieses Prinzip programmatisch festgehalten bleibt. Daher kann ich konkret über weitere Vorhaben dieser Art nichts aussagen, weil darüber keine Beschlüsse existieren, aber dieser Grundsatz war wichtig, festgehalten zu werden.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr:** Herr Bundesminister! Sicherlich haben Sie mit der genauen Bezeichnung der Tagung in Pörschach hier eine Korrektur vorgenommen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß die wesentlichen Punkte dieses Papiers in der Regierungserklärung stehen und daher von uns zum Gegenstand einer Frage gemacht werden können. Wir verdanken also die Beantwortung nicht Ihrer Großzügigkeit, sondern Sie sind dazu verpflichtet.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Herr Finanzminister! Vor der Nationalratswahl wurden Belastungen auf das heftigste bestritten, aber bereits fünf Tage nach der Wahl, nämlich am 11. Mai, wurde das Bewertungsänderungsgesetz zur Begutachtung ausgesendet. Dieses Gesetz enthält, wie wir gestern gehört haben, gewaltige steuerliche Erhöhungen der Einheitswerte für die Land- und Forstwirtschaft und bringt auch sonstige Belastungen für die bäuerliche Bevölkerung, insbesondere bei der Sozialversicherungsanstalt. Gestern wurde es ja mit der Mehrheit der Sozialisten beschlossen; es ist also praktisch wirksam geworden. Das heißt, knapp nach der Wahl ist sofort eine gewaltige Belastung verfügt worden.

Sie haben aber noch weitere Steuer-, Tarif- und Beitragserhöhungen für die nächste Zeit angekündigt. Schließlich wurde auch vor einigen Tagen die Zigarettenpreiserhöhung von der SPÖ-Fraktion im Hauptausschuß beschlossen.

Nach unserem Dafürhalten wurde daher die österreichische Bevölkerung irreführt, weil man vorher über diese Dinge keine Auskunft gegeben hat. *(Proteste bei der SPÖ.)*

Meine Frage an Sie, Herr Minister: Können Sie zusichern, daß außer der Einheitswerterhöhung und der Zigarettenpreiserhöhung in Ihrem Ressortbereich bis Ende 1980 keine weiteren Steuer-, Beitrags- und Gebührenerhöhungen erfolgen werden?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Wenn Sie in Ihrer Zusatzfrage auf die Regierungserklärung Bezug nehmen, so muß ich darauf hinweisen, daß Sie das in Ihrer ursprünglichen Frage nicht getan haben.

Ich halte noch einmal fest, daß an sich Beratungen von Parteigremien nicht dem Fragerecht unterliegen. Ich glaube, daran kann doch gar kein Zweifel sein. *(Abg. Dr. Keimel: Als Vizekanzler ...! - Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Als Vizekanzler haben Sie das zur Verfügung gestellt!)* Ich nehme also zur Kenntnis, daß das nicht erwünscht ist. Ich werde Ihnen daher künftig derartige Unterlagen nicht mehr zur Verfügung stellen, wenn Ihnen das sympathischer ist. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Ich verstehe das nicht. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Es kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß Beratungsgegenstände von Parteigremien, auch wenn ich sie Ihnen zur Verfügung stelle, nicht Gegenstand der Vollziehung sind und damit nicht dem Fragerecht unterliegen. *(Abg. Dr. Keimel: Die Geschäftsordnung handhabt der Präsident und nicht der Minister von der Bank aus!)* Diese Meinungsäußerung ist mir

gestattet, und ich lasse mir den Mund von Ihnen nicht verbieten, wenn ich darauf verweise, daß Gegenstände von Parteigremien nicht dem Fragerecht unterliegen. *(Beifall bei der SPÖ. - Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.)*

Meine Meinung auszusprechen, das, bitte, gestatten Sie mir schon. Das ist mein Recht im Zusammenhang mit solch einer Frage. Die Frage ist ja schon falsch gestellt. Sie sprechen von einer Regierungsklausur. Zu Ihrer besseren Information, denn offenbar ist Ihnen das entgangen, mache ich Sie noch einmal darauf aufmerksam, daß am 6. und 7. entgegen Ihrer Frage keine Regierungsklausur stattgefunden hat, sondern das Parteipräsidium und der Parteivorstand der Regierungspartei getagt haben. Diese beiden Gremien haben sich zugegebenermaßen damit beschäftigt.

Zum zweiten Teil Ihrer Zusatzfrage, Herr Abgeordneter. Sie sprechen von der Belastung. Erstens einmal muß ich die Behauptung der Irreführung zurückweisen, denn diese Grundsätze können Sie auch in der Budgetrede vom Herbst vergangenen Jahres und in früheren Dokumenten nachlesen. Wir haben immer vor den Wahlen gesagt, was notwendig ist, und zwar 1969 in der Opposition und 1975 mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wir haben auch vor diesen Wahlen gesagt, was notwendig ist.

Bei den einheitswertabhängigen Abgaben schaut es allerdings so aus, daß diese seit 1970 von 5,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 5,1 Prozent zurückgegangen sind, und zwar eben weil die Einheitswerte in so langen Abständen und gar nie in vollem Ausmaß an die tatsächliche Entwicklung angepaßt wurden und werden. Das bedeutet über den Gesamtzeitraum hinweg nominell einen anteilmäßigen Rückgang und noch mehr eine reale Minderbelastung, sodaß mit dem gestrigen Beschluß nur ein Teil ausgeglichen wurde. Wie Sie der Anlage zur Regierungsvorlage ja entnehmen konnten, ist die fiskalische Auswirkung für den Bund wohl die geringste, wenn ich, wie ich hoffe, richtig zitiere, daß das eine Mehrbelastung an Vermögensteuer von 11 Millionen Schilling für den Bund ausmacht.

Zum dritten Teil Ihrer Frage, ob ich eine Garantie abgeben könne: Die kann ich natürlich nicht abgeben. Sicher ist, daß es darum geht, eine Budgetverbesserung herbeizuführen, sicher ist, daß aus verschiedenen Gründen große Einnahmenblöcke dafür ausscheiden. Ich denke an die Einkommen- und Lohnsteuer auf der einen Seite und an die Umsatzsteuer auf der anderen Seite. Schließlich muß das Prinzip gelten, daß man solche sich nicht automatisch anpassende Abgaben besser in kürzeren Zeitab-

Vizekanzler Dr. Androsch

ständen und in geringeren Ausmaßen anpaßt als in längeren Zeitabständen, wo man dann große Sprünge hat. Dieses Prinzip ist in diesem Ihnen zugegangenen Papier ebenso enthalten wie schon in früheren Budgetreden und in der Regierungserklärung.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr:** Herr Finanzminister! Wir können also zur Kenntnis nehmen, daß wir mit weiteren Belastungen rechnen müssen, da Sie weitere Belastungen nicht ausschließen können. Sie haben aber unter anderem auch festgestellt – auch in der Regierungserklärung wurde das so formuliert –, daß in absehbarer Zeit auf Einnahmen nicht verzichtet werden kann.

Hier stellt sich eine Frage im Zusammenhang mit der Lohn- und Einkommensteuerregelung. Ist Ihre Formulierung, in absehbarer Zeit kann auf Einnahmen nicht verzichtet werden, so zu verstehen, daß in den nächsten Jahren, in den nächsten drei oder vier Jahren, mit keiner Milderung der leistungsfreundlichen Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer zu rechnen ist?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Es geht darum, eine Budgetverbesserung herbeizuführen und auch Ihren Überlegungen Rechnung zu tragen, die ja dahin gehen, daß das Budgetdefizit zu hoch ist. Im Anschluß an unsere Tagung in Pörschach hat es ja höchst zustimmende Äußerungen Ihres Parteiobmanns – Ihres künftigen Parteiobmannes – gegeben, die besagt haben: Mit diesen Maßnahmen machen wir endlich das, was Sie immer verlangt haben. Ich gehe mit diesen Überlegungen auch davon aus, daß wir dann im Parlament, wenn es so weit ist, mit Ihrer Zustimmung rechnen können. Das heißt, auch mit Ihrer Zustimmung, daß es für die nächsten Jahre keine Steuersenkung geben kann, wenn ich diese Ausführungen von Dr. Taus und Dr. Mock richtig verstanden habe. *(Abg. Dr. Keimel: Die haben Sie falsch verstanden, Herr Minister!)* Ich glaube, sie waren so formuliert, daß daran kein Zweifel bestehen kann.

Es ist also sicherlich in den nächsten Jahren eine Steuersenkung nicht möglich. Umso weniger, als die Belastung, von der Sie sprechen, diese sogenannte Belastung, dazu geführt hat, daß sich der Anteil der Steuern im engeren Sinn am Bruttoinlandsprodukt von 23,7 Prozent im Jahre 1970 auf 24,6 Prozent im Jahre 1978 verändert hat und damit nahezu gleichgeblieben ist. Der Anteil des Bundes ist

sogar leicht gesunken, nämlich von 14,6 Prozent auf 14,5 Prozent.

Darin spiegelt sich die Tatsache, daß die Zölle gesenkt wurden, daß die mengen- oder einheitswertbezogenen Abgaben zurückgeblieben sind und daß es insgesamt einschließlich der am Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen Einkommen- und Lohnsteuersenkung fünf Steuersenkungen gegeben hat. Also das Gegenteil von Belastung ist eingetreten.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Broesigke.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPÖ): Herr Vizekanzler! Ich teile Ihre Auffassung, daß das Papier über Ihre Erklärungen in Pörschach, das Sie dem Parlament zur Verfügung gestellt haben, nicht ein Geschäftsstück des Parlaments darstellt. Aber auf der anderen Seite werden Sie ja einräumen müssen, daß die Erklärungen des Bundesministers für Finanzen über seine Absichten und Pläne, wo immer er sie abgibt, Gegenstand von parlamentarischen Erörterungen sein können.

Nun haben Sie damals so formuliert, daß Sie gesagt haben: Die nicht an den Preis gebundenen Steuern. An den Preis nicht gebunden sind die meisten Steuern, denn Einkommen- und Lohnsteuer sind ebenso nicht an den Preis gebunden wie etwa die Vermögensteuer oder andere Abgaben. Daher muß man, glaube ich, im Anschluß an diese Ihre damalige Formulierung und unter Bezugnahme auf das, was der frühere Anfrager gefragt hat, doch die Frage aufwerfen: Beabsichtigen Sie im Laufe des nächsten Jahres eine Erhöhung der allgemeinen Ertragsteuern, die ja sämtlich nicht an den Preis gebunden sind?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Preis im Sinne von Wert schließt natürlich diese Steuern mit ein, und sie wachsen auch dementsprechend je nach Konjunkturlage. Daher ist also bei diesen – ich habe das ja ausdrücklich formuliert – an keine Erhöhung gedacht. Die Einkommen- und Lohnsteuer oder sonstige ertragsabhängige Steuern sowie die Mehrwertsteuer scheiden aus anderen Gründen bei solchen Überlegungen aus.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Veselsky.

Abgeordneter Dr. **Veselsky** (SPÖ): Herr Vizekanzler! Zunächst gestatte ich mir festzustellen, daß aus dem Verlauf der Anfragebeantwortung für mich klar hervorgegangen ist, daß die von ÖVP-Seite gekommene Anfrage eigentlich nicht

Dr. Veselsky

ganz unserer Praxis entsprochen hat, daß aber auch inhaltlich – auch inhaltlich! – diese Frage, die Richtung dieser Frage nicht ganz gehalten werden konnte, als versucht wurde, eine Belastungswelle zu konstruieren, die es nicht gibt.

Der Herr Kollege Zittmayr hat dann versucht (*Abg. Fachleutner: 2 Milliarden Schilling! – weitere Zwischenrufe – der Präsident gibt das Glockenzeichen*), auf einen anderen Anfragegegenstand auszuweichen, nämlich auf die Einkommen- und Lohnsteuer.

Ich darf in Zusammenhalt mit der Erstanfrage an Sie die Frage richten, Herr Vizekanzler: Wird diese steuertechnische Frage auch von der Steuerreformkommission geprüft, nämlich die Frage, wie modernere Methoden der Steueranknüpfung gefunden werden können, damit also ein solches Zurückbleiben einzelner Steuergruppen im Aufkommen verhindert werden kann? (*Abg. Dr. Keimel: „Zurückbleiben“ ist die neue Welle!*)

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Steuerreformkommission ist in ihren Beratungen mit einer einzigen Ausnahme völlig frei. Diese Ausnahme besteht darin, daß das Ergebnis insgesamt aufkommensneutral sein muß, das heißt, weder zu Mehrausgaben führen soll noch zu Mindereinnahmen führen darf. Sicher ist, daß der erreichte technische Modernisierungsgrad der Finanzverwaltung für günstigere und verwaltungsökonomisch bessere Einhebungsvormalen entsprechende Ansatzpunkte bietet, wie das etwa ja auch in einer in Begutachtung gestandenen Novelle zur Bundesabgabenordnung bereits deutlich zum Ausdruck kommt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben klar – und auf das muß man antworten, was Dr. Veselsky gesagt hat – zum Ausdruck gebracht, daß leider neue Belastungen drohen. Sie haben einige Steuern genannt, die erhöht werden sollen.

Jetzt haben Sie darauf hingewiesen, daß die Einnahmen nicht vermindert werden sollen. Tatsächlich wachsen ja von Jahr zu Jahr die Steuereinnahmen.

Meine konkrete Frage ist hier, und sie betrifft die Einkommen- und die Lohnsteuer: Diese Steuer ist eine nicht an den Preis gebundene

Steuer, wie Dr. Broesigke bereits festgestellt hat. Diese Steuer wächst, die Belastung wächst vor allem bei jenen Einkommen, die sich in den unteren Gruppen befinden, also für die Einkommensbezieher von 5 000, 6 000, 10 000 S. Diese wachsen mit der Besteuerung in die Armutsgrenze hinein.

Sie werden also – das ist meine Frage – in den nächsten Jahren auch die Einkommen- und die Lohnsteuer nicht in dem Bereich ändern, wo Sie Einkommen besteuern, die in der Armutsgrenze drinnen sind, also Zwei-, Drei-Kinder-Familien mit Einkommen von 3 000, 4 000, 5 000 S? Werden Sie hier keine Änderung in der Besteuerung vornehmen und dadurch diesen Familien nicht die Möglichkeit bieten, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Zunächst darf ich Sie daran erinnern, daß zuletzt am 1. Jänner dieses Jahres eine Senkung der Einkommen- und der Lohnsteuer im Ausmaß von brutto etwa gut 4 Milliarden Schilling eingetreten ist.

Zum zweiten darf ich Sie darauf verweisen, daß für Familien, und gerade für die einkommensschwächsten, nicht die Steuer das Problem ist, sondern daß ihnen nur – aber hier ganz entscheidend – durch entsprechende familienpolitische Maßnahmen geholfen werden kann. Die Ausgaben des Familienlastenausgleichsfonds, die sich seit 1970 von etwa 7 Milliarden auf 28 Milliarden nahezu vervierfacht haben, machen deutlich, was hier alles geschehen ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Zum dritten habe ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Broesigke deutlich gemacht, daß mit „Preis“ hier „Wert“ gemeint ist und daß natürlich wertbezogen auch die Bemessungsgrundlage für die Einkommen- und die Lohnsteuer laufend steigt, umsomehr als wir uns einer besonders guten Arbeitsmarktsituation erfreuen, das heißt, die Zahl der Beschäftigten ist von Jahr zu Jahr deutlich gestiegen und die Arbeitslosenrate niedrig geblieben.

Höhere Beschäftigung heißt insgesamt eine höhere Lohn- und Gehaltssumme, und automatisch ergibt sich daraus ein Ansteigen der Steuerleistungen bei dieser Steuer. Bei anderen bleibt das allerdings zurück; das sind alle jene mengen- und einheitswertbezogenen Steuern, wo diese Entwicklung nicht Platz greift. In Verbindung mit den Steuersenkungen führt das dazu und muß das dazu führen, daß die Steuerbelastung nicht steigt und nicht gestiegen ist, sondern für den Bund sogar geringfügig gesunken ist.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter König (ÖVP) an den Herrn Minister.

25/M

Angesichts Ihrer Feststellung auf der Regierungsklausur vom 6. und 7. Juni 1979, daß „alle Vorschläge der Steuerreformkommission“ in Ihre Überlegungen für eine „deutliche Verbesserung des Budgets“ einbezogen werden müßten, frage ich Sie, ob das bedeutet, daß Sie nunmehr doch eine höhere Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes beabsichtigen.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf noch einmal darauf verweisen, daß es sich nicht um eine Regierungsklausur gehandelt hat, und ich muß auch diesen „Zusammenhang“ korrigieren, der da zitatzweise hergestellt wird.

Auf Seite 81 wird angeführt – und ich habe zitiert –, was zur deutlichen Budgetverbesserung vorzunehmen ist. Und in der Folge dazu wird auf Seite 82 darauf Bezug genommen, was damit auch verwaltungs-, steuertechnisch und so weiter verbunden sein kann und sein soll. Es heißt hier wörtlich:

„Bezogen auf die Einnahmen bedeutet dies auch“ – nämlich neben dem, was vorhin allenfalls zur Einnahmenverbesserung gesagt wurde –, „daß alle Vorschläge der Steuerreformkommission in die Überlegungen einbezogen werden müssen.“

Also einmal die Frage von Mehreinnahmen, im anderen Fall die Frage von Steuertechnik.

„Dabei ist allerdings auch zu berücksichtigen, daß einerseits der Aufwand etwaiger Umstellungen gering zu halten ist, andererseits grundlegende Änderungen der Steuerphilosophie nicht in einem Zug durchgeführt werden können, die Modernisierung der Finanzverwaltung neue Möglichkeiten für die Ausgestaltung des Steuersystems geschaffen hat.“

Demnächst wird dem Hohen Haus eine Novelle der BAO vorgelegt werden, das Strukturverbesserungsgesetz wird verlängert werden. Es ist schon beschlossen worden.

Daher handelt es sich nicht nur um keine Regierungsklausur, sondern ist auch kein Zusammenhang – wie Sie ihn herstellen – zwischen „allen Vorschlägen der Steuerreformkommission“ und „deutlicher Verbesserung des Budgets“ herzustellen, wie aus dem Text klar hervorgeht.

Zum konkreten Teil des 13. und 14. Monatsbezuges darf ich daran erinnern, daß die Steuerre-

formkommission mit dem Ziel eingesetzt wurde, in unabhängiger Arbeit eine Durchforstung des bestehenden Steuersystems durchzuführen. Die zu erarbeitenden Vorschläge der Steuerreformkommission bedürfen zu ihrer Verwirklichung aber erst einer entsprechenden legislativen Initiative.

Wie ich Ihnen, Herr Abgeordneter, bereits in der Beantwortung derselben Anfragen, nämlich 564/M vom 24. Mai 1978 und 689/M vom 7. März dieses Jahres mitteilen konnte, beabsichtigt die Bundesregierung nicht, eine Änderung hinsichtlich der Besteuerung des 13. und 14. Monatsbezuges herbeizuführen, die in dieser Form, nämlich nahezu Steuerfreiheit, erst von dieser Regierung vorgeschlagen und damit geschaffen wurde.

Allerdings möchte ich den Hinweis anfügen, daß diese Steuerfreiheit ein wesentlicher Grund für die vergleichsweise geringe Belastung ist. Bei gleichem System ist die Lohn- und Gehaltssumme in Deutschland – wie ich dem Hohen Hause schon mehrfach mitteilen konnte – über 17 Prozent, und bei uns sind es mit 11 Prozent nur zwei Drittel davon.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Herr Bundesminister! Es ist für die Steuerzahler und für uns unerheblich, ob es formal eine Regierungsklausur war oder – wie Sie ausführen – eben keine, sondern ein Treffen der Regierungsmitglieder, der Regierungspartei auf Parteebene.

Sie haben sich ja jetzt sehr klar zu Ihrer früheren Aussage bekannt, den 13. und 14. Monatsgehalt in seiner derzeitigen steuerlichen Gestaltung nicht anzutasten. Das nehme ich mit Befriedigung zur Kenntnis.

Nun hat aber die Steuerreformkommission auch eine Reihe anderer Vorschläge gemacht. Und jene, die deutlich zu einer Entlastung des Budgets beitragen könnten, sind eben solche, die dann den Steuerzahler besonders hart belasten würden. So ist drinnen die Änderung der Steuerbegünstigung für die Überstunden, Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszulagen, etwa die Einschränkung des Kraftfahrzeugpauschales.

Ich möchte Sie fragen, Herr Bundesminister: Welche dieser von der Steuerreformkommission vorgeschlagenen Maßnahmen schließen Sie ähnlich aus wie eine Änderung der Besteuerung des 13. und 14. Monatsbezuges?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch**: Ich muß Sie nicht nur in der Frage der Regierungsklausur korrigieren, sondern auch was Vorschläge der Steuerreformkommission anlangt. Es gibt noch keine Ergebnisse. Diese sind frühestens mit Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres zu erwarten. Die Steuerreformkommission ist seit einigen Monaten in voller Tätigkeit. Ehe ihre Ergebnisse nicht vorliegen, kann zu nicht bekannten Ergebnissen auch nicht Stellung genommen werden.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König**: Herr Bundesminister! Sie haben ja auch zum 13. und 14. Monatsgehalt Stellung genommen und haben hier - Sie haben es ja selber zitiert - erklärt, selbst wenn die Steuerreformkommission daran festhält, daß die Steuerbegünstigung des 13. und 14. geändert werden sollte, werden Sie das nicht zur Kenntnis nehmen.

Eine ebensolche klare Aussage könnten Sie auch für das Kraftfahrzeugpauschale oder für die Überstundenzuschläge machen, wenn Sie nicht daran denken, diesen Vorschlägen doch zu folgen.

Ich möchte daher meine Frage anders formulieren: Welche Vorschläge der Steuerreformkommission sehen Sie als Finanzminister für geeignet an, eine deutliche Verbesserung des Budgets herbeizuführen? Sie müssen sich ja etwas gedacht haben, als Sie diese Äußerung gemacht haben.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch**: Sie wollen eine Stellungnahme zu Vorschlägen, die mir nicht bekannt sind und nicht bekannt sein können, weil es sie noch nicht gibt. Die Arbeiten der Steuerreformkommission sind noch nicht abgeschlossen.

Es gibt eine einzige Maxime, diese aber widerlegt Ihre Unterstellung, nämlich daß es dadurch zu Mehreinnahmen kommt. Die Maxime lautet: aufkommensneutral - weder Mehreinnahmen noch Mindereinnahmen.

Präsident: Weitere Anfrage: Abgeordneter Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPÖ): Herr Finanzminister! Aus der Diskussion merkt man immer, egal von welchem Standpunkt man die Steuergesetzgebung sieht, daß man sich immer wieder benachteiligt fühlt.

Aber ich möchte eine generelle Frage an Sie

richten: Sind Sie mit mir der Meinung, daß in Österreich das Steuersystem ungerecht ist?

Präsident: Herr Finanzminister.

Vizekanzler Dr. **Androsch**: Vom Wesen her ist jedes Steuersystem ungerecht, weil Gerechtigkeit eine Frage der subjektiven Einschätzung ist, und da hat jeder eine andere Meinung dazu. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Weitere Anfrage: Abgeordneter Dallinger.

Abgeordneter **Dallinger** (SPÖ): Herr Finanzminister! Ich habe die subjektive Meinung, daß das österreichische Steuersystem nicht gerecht ist, weil es noch sehr vieles an Steuergestaltungsmöglichkeiten für bestimmte Bevölkerungskreise gibt, die Arbeitnehmer zum Beispiel nicht haben.

Ich möchte aber - so wie Sie hier - zum Ausdruck bringen, daß Sie schon zu wiederholten Malen eindeutig erklärt haben, daß der 13. und 14. Monatsbezug nicht in seiner Besteuerung und auch nicht in seinem System geändert wird.

Die Steuerreformkommission hat ja im Gegensatz zu der Meinung des Herrn Abgeordneten DDr. König in dieser Frage noch keine Stellung bezogen. Ich bin auch der Meinung, daß, wenn sie eine Stellung beziehen sollte, Sie das eindeutig ablehnen werden.

Ich möchte Sie aber noch einmal zur endgültigen Aufklärung der Opposition fragen: Sind Sie bereit, das jetzige Besteuerungssystem des 13. und 14. Monatsbezuges und der Abfertigung - das wird ja immer wieder vergessen - in der bevorzugten Form, wie Sie es selbst eingeführt haben, aufrechtzuerhalten?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch**: Das bejahe ich mit dem Hinweis, daß der Vorteil des 13. und 14. Monatsbezuges umso größer ist, je größer das Monatseinkommen ist, aus leicht einsehbaren Gründen, die in der Progression begründet sind.

Und wenn ich noch eine Bemerkung zum Steuersystem machen kann, dann ist jenes das beste oder optimale, das die Unzufriedenheit sozusagen so gleichmäßig wie möglich verteilt und dennoch das größte Aufkommen erbringt.

Präsident: Abgeordneter Kraft als nächster.

Abgeordneter **Kraft** (ÖVP): Herr Bundesminister! In diesem Papier, das uns der Herr Vizekanzler Dr. Hannes Androsch übermittelt

Kraft

hat, ist auf Seite 81 – Sie haben es ja schon zitiert – zu lesen, daß erstens es keine Steueranpassung geben wird, zweitens Steuern nachgezogen werden, drittens Tarife und Beiträge in kürzeren Abständen erhöht werden, viertens die Steigerung der Einnahmen über der Steigerung der Ausgaben liegen muß und daß Ausgabenreduktionen vorgenommen werden müssen.

Ich frage mich persönlich: Was ist denn das auch – das Belastungswalze, die Sie natürlich unter der neuen Terminologie „Budgetverbesserung“ verkaufen?

Sie haben es erst vor wenigen Tagen abgelehnt, die Treibstoffkostenerhöhung abzugelten. Sie haben es abgelehnt, ein Pendlerpauschale einzuführen.

Sie sagen: Alle Vorschläge der Reformkommission sind einzubeziehen.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Gilt das auch – das Einbeziehen von Vorschlägen – etwa für wohlerworbene Rechte der Arbeitnehmer, wo unter anderem auch der ÖGB jahrelang darum mitgekämpft hat, diese Rechte für Arbeitnehmer zu erreichen? Zum Beispiel: Steuerfreiheit für manche Zulagen, um nur ein Beispiel zu nehmen, es gäbe sicher eine ganze Reihe mehr, aber nur um ein Beispiel zu nehmen. Ich meine solche wohlerworbenen Rechte der Arbeitnehmer. Werden Sie die auch in die Überlegungen zur Budgetverbesserung einbeziehen oder nicht?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Ich habe schon deutlich gemacht, und es geht ja auch aus der Unterlage, wenn Sie eine Seite weiterblättern, hervor, daß die Behandlung der Fragen, die die Steuerreformkommission beschäftigen, nämlich das Steuersystem zu durchforsten, um allenfalls Unnötiges zu beseitigen und es womöglich angesichts der subjektiven Unzufriedenheiten gerechter zu gestalten, von der Maxime geleitet sein muß, daß daraus – insgesamt gesprochen – nicht mehr Einnahmen, aber auch keine Mindereinnahmen entstehen. Daher ist in diesem Zusammenhang diese Frage gar nicht relevant.

Was die Abgeltung anlangt, Herr Abgeordneter, gestatten Sie mir den Hinweis: Wenn wir durch die letzte OPEC-Entscheidung etwa 7,2 Milliarden, auf ein Jahr bezogen, mehr ins Ausland bezahlen müssen, dann ist es nur trivial, wenn man feststellt, daß uns dieses Geld nicht zu irgendeiner Art von Verteilung, ganz gleich welcher, im Inland zur Verfügung steht und sicherlich daher auch nicht abgeltbar ist.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Herr Abgeordneter Broesigke (FPÖ) an den Herrn Minister.

27/M

Wurden im Bundesministerium für Finanzen bereits Berechnungen darüber angestellt, wie sich die Abgabenquote (Steuern und steuerähnliche Einnahmen) im nächsten Jahr entwickeln wird?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Herr Abgeordneter! Ich kann für die Zukunft derartige Voraussetzungen nicht machen. Das würde nämlich zumindest voraussetzen, die Wirtschaftsentwicklung der nächsten Jahre einigermaßen präzise voraussagen zu können. Bei den heutigen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten – die Energie ist ein wichtiger, aber sicherlich nicht der einzige Grund hierfür – ist das allerdings unmöglich.

Ich kann nur sagen: Was man aus der Vergangenheit ablesen kann, wird man grosso modo auch für die Zukunft annehmen können. Und hier sieht es so aus, daß die bereinigte Steuerquote von 35,8 Prozent im Jahre 1970 auf 39,1 Prozent im vergangenen Jahr gestiegen ist. Die Zunahme ist im wesentlichen durch den Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge verursacht beziehungsweise durch die Tatsache, daß erst seit 1971 eine Bauernpensionsversicherung besteht. Der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge am BIP ist von 8,5 Prozent auf 10,5 Prozent gestiegen. Dieser Anstieg ist eine Folge der erhöhten Zahl an Unselbständigen, der Einbeziehung weiterer Bevölkerungsgruppen in die Sozialversicherung und auch der Anhebung der Höchstbeitragsgrundlagen.

Der Anteil der Steuern im engeren Sinn erhöhte sich dagegen nur von 23,7 Prozent auf 24,6 Prozent, ist also in diesem Jahrzehnt gleichgeblieben, wenn ich das Jahr 1979 berücksichtigt, in dem ein stärkeres Wachstum zu verzeichnen sein wird und gleichzeitig die Einkommen- und Lohnsteuer gesenkt wurde, die Investitionssteuer weggefallen ist und bei der Gewerbesteuer eine Minderung eingetreten ist.

Der Anteil des Bundes blieb sogar unverändert. Ich darf es noch einmal sagen: 14,6 Prozent im Jahre 1970, 14,5 Prozent im vergangenen Jahr, wahrscheinlich noch weniger in diesem Jahr.

Das ist im wesentlichen eine Entwicklung über ein ganzes Jahrzehnt, und die künftige wird sich mit allen Schwankungen, die es da geben kann, schon aus der Bezugsgröße her, die von der Wirtschaftsentwicklung abhängt, auch in den nächsten Jahren in etwa so fortsetzen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Broesigke:** Herr Vizekanzler! Ich darf allerdings darauf aufmerksam machen, daß in dem Arbeitsbehelf zum Budget, der offensichtlich vom Bundesministerium für Finanzen verfaßt wurde, die betreffende Zahl für 1979 mit 41 Prozent ausgewiesen ist.

Sie sagen, daß man nicht vorausschätzen kann, wie sich das im Jahr 1980 entwickeln wird. Ich glaube, Sie könnten aber immerhin schätzen und Ihre diesbezüglichen Prognosen bekanntgeben, ob die Quote im Jahr 1980 steigen oder ob sie unverändert bleiben wird; vom Sinken will ich nicht sprechen.

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Ich darf darauf verweisen, daß es um eine bereinigte Zahl geht, weil wir eine Reihe von Umstellungen mehrfacher Art hatten, wo Freibeträge in direkte Zuschüsse verwandelt wurden, und wenn Sie 1970 mit den Jahren nach der Umstellung vergleichen wollen, dann müssen Sie eben diese Bereinigung vornehmen. Im Amtsbehelf ist das unbereinigt ausgewiesen. Nummer 1.

Nummer 2: Man muß von der gesamtwirtschaftlichen Quote das abziehen, was auf Sozialversicherungsbeiträge entfällt – so hat es zum Beispiel für die Landwirtschaft 1970 noch gar keine gegeben, weil die Bauernpension erst 1971 wirksam geworden ist – und der tatsächlichen Abgabenquote, also der Steuern im engeren Sinn, die nicht unmittelbar zur Finanzierung der Sozialversicherung dienen.

Innerhalb dieses Rahmens ist die vorhin erwähnte Entwicklung eingetreten. Wahrscheinlich wird man im heurigen Jahr darunter bleiben. Man muß daran denken, daß wir bei der Budgeterstellung von einer Wachstumsschätzung von 3 Prozent real ausgegangen sind. Wie Sie wissen, hat die jüngste Revision sogar 4,5 Prozent gebracht, was immerhin eine Steigerung um 50 Prozent darstellt.

Da die Steuern – jedenfalls ein Teil von ihnen, die ertragsabhängigen – um eineinhalb bis zwei Jahre nachhinken, wird zwar das eine, die Bezugsgröße, sofort, aber das, was damit im Zusammenhang steht, erst viel später wirksam, sodaß ich gar nicht einmal glaube, daß wir die von Ihnen erwähnte Zahl erreichen. Inwieweit sich das im nächsten Jahr verändert, wird wohl auch von der Wirtschaftsentwicklung abhängen. Ist sie ungünstiger, dann ergibt sich schon rein statistisch eine Erhöhung.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Broesigke:** Herr Vizekanzler! Werden Sie bei Ihren wirtschaftspolitischen Überlegungen und den von Ihnen geplanten Maßnahmen auch das Ziel verfolgen, daß diese Quote nicht steigt?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Für mich ist die Quote keine ideologische Größe, weder nach oben noch nach unten, sondern das ist in die gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Erfordernisse einzufügen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Nowotny.

Abgeordneter Dr. **Nowotny** (SPÖ): Herr Bundesminister! Steuerquoten können ja nicht isoliert betrachtet werden. Können Sie uns sagen, in welchem Zusammenhang die österreichische Steuerquote bei einem internationalen Vergleich von Steuerquoten zu sehen ist?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Was die Abgabenquote im engeren Sinn anlangt, so bewegen wir uns eher im Mittel- oder sogar im unteren Mittelfeld. Sie ist gleich mit der in der Bundesrepublik Deutschland und nur unwesentlich höher als etwa die in der Schweiz.

Auf der anderen Seite haben wir einen Anteil der Sozialquote, der sicherlich im oberen Bereich liegt. Aber diese Vergleiche sind auch deswegen schwierig, weil es Länder gibt, die die Sozialversicherung zur Gänze über das Budget finanzieren, mit der Konsequenz, daß die Abgabenquote im engeren Sinn höher ist, und andere, die das anders machen, sodaß also die Vergleiche schwierig sind.

Aber insgesamt bewegen wir uns, ich würde sagen, im unteren Teil des oberen Drittels.

Präsident: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Sandmeier.

Abgeordneter **Sandmeier** (ÖVP): Herr Bundesminister! Wie bereits im Arbeitsbehelf festgehalten, werden im Jahre 1979 im Durchschnitt 41 Prozent des Arbeitsertragnisses aller Österreicher von der öffentlichen Hand kassiert. Darüber kann man gute Formulierungen als Entlastung gebrauchen. Sie werden aber dieses Faktum nicht wegbringen.

Sie, Herr Bundesminister, sind gerade dabei, durch neue Belastungswellen diesen Prozentsatz noch zu erhöhen, anstatt Maßnahmen zu setzen, wodurch die Belastung abgebaut wird. Es ist

Sandmeier

geradezu grotesk, daß Sie auch eine Steuer von der Steuer einheben (*Unruhe bei der SPÖ*), wie dies zum Beispiel beim Benzinpreis geschieht.

Ich frage Sie deshalb: Sind Sie, Herr Bundesminister, bereit, in Hinkunft wenigstens auf die Mehrwertsteuer zu verzichten, die von den Mineralölsteuern, die im Benzinpreis enthalten sind, eingehoben wird?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Das kann ich sicherlich nicht, weil ich das ja schließlich auch für die Bürgermeister einhebe, von denen Sie selbst einer sind, die mich immer fragen, warum nicht mehr Geld hereinkommt. Ich werde aber gerne einem Beispiel von Ihnen folgen: wenn Sie autonom verzichten auf den Hebesatz bei der Grundsteuer und auf die Einhebung der Getränkesteuer in Gmunden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Vizekanzler! Sie haben in der Beantwortung der Anfrage meines Fraktionskollegen Dr. Broesigke die Auffassung vertreten, daß für Sie die Höhe der Steuerquote keine ideologische Frage sei. Sie könnten sich also eine Reduzierung ebenso wie eine Erhöhung vorstellen. Heißt das, daß Sie keine bestimmte Vorstellung davon haben, wo die Obergrenze der Belastung für die Bevölkerung ist?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Quantitativ gibt es dafür außer einer formellen ebensowenig einen Ansatzpunkt wie für die Obergrenze der Verschuldung. Das ist vielmehr eine politische Frage, die täglich zu entscheiden ist.

Wir haben sie in den siebziger Jahren so entschieden, daß die Abgabenquote des Bundes leicht gesunken ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Zuweisungen

Präsident: Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

dem Ausschuß für innere Angelegenheiten:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Übertragung der durch Sicherheitsorgane zu versehenden Grenzüberwachung

und Grenzkontrolle auf Zollorgane geändert wird (20 der Beilagen);

dem Unterrichtsausschuß:

6. Schulorganisationsgesetz-Novelle (36 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz geändert wird (37 der Beilagen), und

Bundesgesetz über die Einrichtung einer überschulischen Schülervertretung (50 der Beilagen).

Ferner weise ich

dem Ausschuß für verstaatlichte Betriebe

den Bericht des Bundeskanzlers über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmungen zum 31. Dezember 1978 (III-8 der Beilagen) zu.

1. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über den Bericht des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie (III-1 der Beilagen) betreffend den Energiebericht 1979 (31 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bericht des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend den Energiebericht 1979.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Lehr. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Lehr:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Gemäß dem Beschluß des Ministerrates in seiner Sitzung vom 29. Mai 1979 wurde dem Nationalrat der Energiebericht 1979 zur parlamentarischen Behandlung am 5. Juni 1979 zugeleitet. Damit wird einer Empfehlung der Internationalen Energieagentur, die eine regelmäßige Befassung der gesetzgebenden Körperschaften mit dem Gesamtkomplex der Energiepolitik für erforderlich erachtet, Rechnung getragen.

Inhaltlich bietet der Bericht eine ausführliche Darstellung der österreichischen Energiesituation, die auch in ihrem internationalen Zusammenhang beleuchtet wird.

Der Handelsausschuß hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 21. Juni 1979 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dkfm. DDr. König, Teschl, Dipl.-Vw. Dr. Stix, Dr. Heindl, Westreicher, Schemer und Köck sowie der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dipl.-Vw. Dr. Staribacher.

Lehr

Bei der Abstimmung wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Handelsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend den Energiebericht 1979 (III-1 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte aufzunehmen.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Energiebericht der Bundesregierung, den wir heute behandeln, fällt in eine Zeit allgemeiner internationaler Unsicherheit und Besorgnis über die Lage auf dem Energiesektor.

Umso bedauerlicher ist es, daß dieser Energiebericht die Chance versäumt, klare Vorstellungen der Bundesregierung aufzuzeigen, wie wir in Österreich unseren Beitrag zur Lösung des Energieproblems leisten sollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gerade wir in Österreich sind in der glücklichen Lage und die Regierungspartei im besonderen, einer Opposition gegenüberzustehen, die sich in geradezu beispielgebender Weise um Kooperation auf diesem Gebiet im Interesse des Landes bemüht hat und zahlreiche Vorschläge und Initiativen auch hier im Hause der Regierung zur Verfügung gestellt hat.

Meine Damen und Herren! Es wäre einseitig und schwarzweißgemalt, würde ich hier von der Opposition behaupten, der Energiebericht sei schlecht und unbrauchbar. Mitnichten! Der Energiebericht ist, was seinen Analysenteil anlangt, was die Aussagen anlangt, die von den Fachleuten der Energiewirtschaft stammen und von qualifizierten Beamten des Ministeriums zusammengetragen und aufbereitet wurden, eine sogar ausgezeichnete Arbeit. Umso bedauerlicher, Herr Bundesminister, ist es, daß Sie im besonderen und die Bundesregierung es verabsäumt haben, aus dieser ausgezeichneten fachlichen Arbeit auch die politische Konsequenz zu ziehen, Prioritäten zu setzen und ein umfassendes Konzept der Regierungspolitik auf dem Sektor der Energie zu setzen.

Herr Bundesminister, das wiegt umso schwerer, als wir heute konfrontiert werden mit einer Fülle widersprüchlicher Aussagen der Regierung zum Problem der Energiepolitik. Ich darf hier eine der jüngsten Aussendungen der „Sozialistischen Korrespondenz“ zitieren vom

27. Juni 1979; hier erklärt der Herr Finanzminister: „Die Energiefrage werde das zentrale Thema der achtziger Jahre sein, aber es gebe keinen Grund zu dramatisieren.“

Am 15. März, also einige Monate ist es erst her, erklärte der Finanzminister gegenüber der „Presse“: „Wenig hält Androsch von Zwangsmaßnahmen zum Energiesparen.“ Freiwillige Einsparungen seien auch viel wirkungsvoller und demokratischer. „Zwangsmaßnahmen könnten zwar nicht absolut ausgeschlossen werden, aber nur ‚eine Notlösung in Notzeiten‘ sein.“

Nun, Herr Bundesminister, Sie haben ganz anderes verkündet, und in Ihrem Energiebericht auf Seite 37 lesen wir, daß es ohne zwingende gesetzliche Maßnahmen nicht geht. Was stimmt also bitte? Sind Sie nicht bereit oder nicht in der Lage, innerhalb der Regierung hier eine Meinungsübereinstimmung herzustellen, damit wir wissen, was ist nun die Auffassung der Regierung in dieser so entscheidenden Frage? Sind wir in einer Notsituation, die Notmaßnahmen erforderlich macht, wie der Finanzminister es verneint, oder sind wir in einer Situation, in der es lediglich darauf ankommt, eine falsche – wie hieß es hier nur – Dramatisierung zu vermeiden? Ich glaube, daß das eine ganz entscheidende Frage ist, die zunächst geklärt werden muß.

Was aber, Herr Bundesminister, haben Sie getan? Sie haben uns heute, fast möchte ich sagen, neben der internationalen Erdölverknappung eine hausgemachte Versorgungskrise auf dem Sektor des Erdöls beschert.

Ich möchte Ihnen hier wieder einen der großen Widersprüche entgegenhalten, der von Ihrem Regierungskollegen Androsch stammt. „Kronen-Zeitung“ vom 30. Juni 1979: „Man kann das Problem der Knappheit“ – sagt Androsch – „nicht mit künstlich niedrig gehaltenen Preisen lösen.“

Herr Bundesminister, was heißt das? Ist das der Vorwurf, Sie halten die Preise künstlich nieder und können damit das Problem der Knappheit nicht lösen? Sie haben also das Problem der Knappheit verschuldet durch die Illusion, die Fiktion, wir könnten es uns leisten, die Preise künstlich niedrig zu halten. Oder ist Ihre Preispolitik richtig, ist Ihre Preispolitik erfolgreich, wieso sagt denn dann der Finanzminister das? Ja Herr Bundesminister, nichts darüber in Ihrem Bericht, kein Wort davon.

Oder einer Ihrer Wirtschaftssprecher, der Herr Abgeordnete Nowotny, erklärt hier in der „Arbeiter-Zeitung“ folgendes, 1. 7. 1979, neuesten Datums: „Administrative Maßnahmen seien zwar ein wichtiger Bestandteil des Energiespa-

Dkfm. DDr. König

rens, wirken aber in der Regel langsam. Wichtigstes Lenkungsinstrument der Energiepolitik bliebe der Preis, meinte SPÖ-Abgeordneter Nowotny."

Herr Bundesminister, hier stellt sich doch sehr die Frage: Ja wie hält's die Regierungspartei? Wir haben vorhin vom Herrn Finanzminister gehört, daß man sich ja nicht mehr zu Regierungsklausuren versammelt, wenn man etwas verkündet, sondern zu Parteigremien und dann nachher am liebsten keine Auskunft geben möchte, was dort besprochen worden ist. Wahrscheinlich, weil man sich dort so uneinig ist, daß man auf Zeitungsmeldungen angewiesen ist, wo diese Uneinigkeit dann zutage tritt.

Aber, Herr Bundesminister, wie kommen die Österreicher dazu, daß wir durch eine inaktive, in sich zerstrittene und damit konzeptlose Regierung eine Versorgungskrise heraufbeschworen bekommen haben? *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Das ist also eine Frage, die nicht einmal der Herr Handelsminister in diesem Sinne beantwortet, denn er hat ja letzten Endes doch zugegeben, daß seine Preispolitik gescheitert ist. Ich zitiere hier die „Oberösterreichischen Nachrichten“, da heißt es: „Der Markt zwingt den Preisstrategen Staribacher in die Knie. Der Handelsminister mußte gestern eine baldige Verteuerung des Ofenheizöls ankündigen, um die gegenwärtigen Versorgungsschwierigkeiten zu beseitigen.“ Uns es steht weiter, daß diese Versorgungsschwierigkeiten Ihnen ja vorausgesagt wurden von der Erdölwirtschaft als Folge einer Spaltung des Erdölpreises.

Und was sagen Sie hier wörtlich, zitiert von den „Oberösterreichischen Nachrichten“, am 3. Juli? „... Handelsminister Staribacher - er ist der Vorsitzende der Preiskommission - mußte zugestehen, daß man sich zur Zeit ‚sehr umschauchen‘ müsse, um entsprechende Mengen Heizöl zu bekommen.“

Wissen Sie, Herr Bundesminister, „sehr umschauchen“ heißt, man pilgert von Tankstelle zu Tankstelle und kriegt dort wenig oder nichts. Das ist das Problem des „Sehr-umschauchen-Müssens.“

Und dann fügten Sie hinzu: „Die Ölfirmen sind überzeugt, daß es nach der Festsetzung eines neuen Preises keine Versorgungsschwierigkeiten mehr geben wird.“

Herr Bundesminister, das wirft die Frage auf: Ist Ihre Preispolitik mit irgend jemandem abgesprochen worden? In Ihrem Energiebericht weisen Sie darauf hin, auf Seite 10, daß ein Konsens gefunden worden wäre zwischen Wirtschaft und Konsumenten. Ich möchte das

sehr bezweifeln. Denn der gespaltene Benzinpreis, den Sie verkündet haben, oder, besser gesagt, der gespaltene Treibstoffpreis, Freigabe des Dieselölpreises auf der einen Seite, Bindung desselben Stoffes, nämlich gefärbten Dieselöles, also des Ofenheizöles, auf der anderen Seite, mußte ja zu einem Preisgefälle und zu Versorgungsschwierigkeiten führen. Und ähnliches gilt für Benzin und für Superbenzin.

Und nun, Herr Bundesminister, ist von allen Experten, von allen Fachleuten darauf hingewiesen worden, daß es nicht die Frage ist, ob man jetzt die Preise freigibt oder ob man sie regelt, sondern daß es die Frage ist, daß man das einheitlich tut, daß man konsequent entweder Preise regelt, aber dann alle, oder konsequent Preise freigibt, aber dann alle. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Art von Preispolitik, die Sie praktiziert haben, nämlich so zu tun, als könnten Sie auf gewissen Sektoren eine Insel der Seligen erhalten, obwohl wir wissen - und das ist ja unbestritten, das leugnet auch die Opposition nicht -, daß 80 Prozent der Treibstoffe importiert werden, das ist eine Illusion, die man nur kurzfristig dem Konsumenten vorgaukeln kann. Daher ist auch die Fragestellung Pickerl, also autofreier Tag, oder Treibstoffpreiserhöhung eine völlig falsche. Denn wie wir jetzt wissen, kommt die Treibstoffpreiserhöhung sowieso. Sie kommt sicher, und es ist eine Augenauswascherei, wenn man den Leuten es so hinstellt, als könnten sie sich mit dem autofreien Tag die Treibstoffpreiserhöhung ersparen.

Sehen Sie, das ist eine Art von Politik, die in der Sache falsch ist, die aber auch in ihrer Darstellung geeignet ist, die Öffentlichkeit irrezuführen.

Herr Bundesminister! Solange Sie sich nicht durchringen und in Ihren eigenen Reihen durchsetzen werden, einen konsequenten, klaren Kurs in die eine oder andere Richtung zu steuern, solange werden letzten Endes die Konsumenten, die Sie schützen wollen, in Wahrheit die Leidtragenden einer solchen verwirrten Politik sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Finanzminister hat einmal davon gesprochen, man könnte auch gestaffelte Treibstoffpreise, Kontigentierung, und darüber hinaus dann Preisstaffelungen einführen. Was sagt dazu in der „AZ“ vom 3. Juli der Herr Handelsminister? Der sagt: „Zur Variante gestaffelter Benzinpreis gab Staribacher zu bedenken, daß dies einen ungeheuren Verwaltungsaufwand erfordern würde.“

Wie wahr, das haben wir immer gesagt. Dirigismus bringt übermäßige Administration, ist daher abzulehnen. Herr Handelsminister, da

Dkfm. Dr. König

sind wir mit Ihnen einer Meinung, aber bitte, wer bestimmt jetzt eigentlich in der Regierung? Da gibt es jetzt ein Komitee, das eingesetzt wurde, da sind ja nicht Sie als zuständiger Minister der Vorsitzende, sondern dort ist der Finanzminister der Vorsitzende, genau der, der den Vorschlag gemacht hat, von dem Sie sagen, das ist doch ein Wahnsinn, bringt einen unnötigen Verwaltungsaufwand, kann man doch nicht machen.

Ja wer bestimmt denn in der Regierung noch, was zu geschehen hat, wer bitte gibt in der Regierung den Ton an? Und wann sagen Sie endlich in einem Energiebericht, in dem Sie die Meinung der Bundesregierung wiedergeben, was jetzt gilt? Keine Aussage darüber, gar nichts. Was sollen wir mit den geistreichen Analysen der Fachleute, wenn die Regierung zu den konkreten Lösungsmöglichkeiten schweigt und streitet? *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

In der „Presse“ vom 3. Juli lese ich: „Eine Freigabe des Preises von Superbenzin oder auch beider Benzinsorten kann sich der Handelsminister hingegen vorstellen.“ Also bitte, was gilt jetzt?

Vor kurzem hörte ich, daß der Abgeordnete Schmidt, der ja hier dem Hause angehört, erklärte, die Arbeiterkammer hat das strikt abgelehnt, das kommt nicht in Frage, der Gewerkschaftsbund lehnt das ab. Sie sind ja dort einer der Kapos, bitte, jetzt müssen Sie sich entscheiden, welchen Hut Sie aufsetzen, den des Gewerkschafters, der dagegen ist, die Preise freizugeben, oder den des Ministers, der erklärt, die Freigabe von Superbenzin oder auch beider Benzinsorten kann man sich vorstellen.

Ich gebe schon zu, daß es schwierig ist, Konsumentenschützer zu spielen, wenn man das in der Form tut, daß man meint, die Schuld könne man anderen zuspielen, einmal sind es die Ölfirmen, dann sind es diese und jene, einmal ist es die böse Opposition. Jetzt wird einmal klar, daß Sie Farbe bekennen müssen, Sie ganz allein haben die Kompetenz. Sie können sich nicht ausreden, es haben die Landeshauptleute die Kompetenz, die müßten eigentlich das tun. Sie haben die Kompetenz zu entscheiden, Sie können dem Rat der Fachleute folgen und können sagen, ich entscheide mich dafür, daß ich entweder alle Preise regle oder alle Preise freigebe, wobei wir alle wissen, daß wir bei Weltmarktgütern Weltmarktpreise zahlen müssen und alles andere nichts anderes als billiger, kurzfristiger Wählerfang wäre. Oder aber Sie können weiter versuchen, mit gespaltenen Tarifen zu agieren, Sie werden wieder Versorgungsschwierigkeiten haben, dann halt bei anderen Produkten, und letzten Endes wird der Konsument der Leidtragende sein.

Aber das Entscheidende, Herr Bundesminister, ist, daß Sie sich endlich entschließen, in dieser Frage einmal Farbe zu bekennen, denn es ist erschütternd, daß wir hören müssen, daß das Komitee, das eingesetzt wurde, zwar jetzt im Juli beraten wird, vielleicht im Herbst dann endlich etwas verkündet wird, vielleicht Einzelmaßnahmen auch im Juli bekanntgeben wird, während wir heute einen Energiebericht der Bundesregierung behandeln, der auf alle diese Fragen keine Auskunft gibt. Das ist, gelinde gesagt, Herr Bundesminister, nachdem das Parlament in die Ferien geht, eine Frotzelei des Parlaments. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun darf ich mich auch mit einer Erklärung des Herrn Vizekanzlers und Finanzministers auseinandersetzen, von der ich meine, daß Sie dazu auch etwas sagen müßten, Herr Bundesminister. Wie heißt es in der „Kronen Zeitung“ vom 4. Juli, also von heute: „Vizekanzler Androsch stellte gestern zu bevorstehenden Lohnrunden fest, die Erdölpreiserhöhung sollte nicht durch Lohnerhöhung abgegolten werden, und appellierte an das Verantwortungsbewußtsein.“ Es heißt weiter: „Vizekanzler Androsch warnte davor, hier in Richtung Lohnerhöhung auszuweichen, weil das folgende Konsequenzen nach sich ziehen würde“: er sagte „Inflationsrezession“ usw.

Das Argument, wenn wir Erdöl importieren müssen, daß wir an das Ausland zahlen müssen, daß dieses Geld abfließt und wir es nicht zur Verfügung haben, das Argument hat viel für sich. Aber eines muß man sich doch dann fragen: Wenn man dem Herrn Finanzminister in dieser grundsätzlichen Frage folgt, wenn die Opposition sogar bereit ist zu sagen, jawohl, hier steckt ein wahrer Kern drinnen, es ist einmal so, daß ich die Schwierigkeiten habe, woher soll ich denn ein Äquivalent schaffen für das abfließende Geld, das hinausgeht, dann bitte stellt sich die Frage, wie vereinbaren es derselbe Finanzminister und die Bundesregierung mit dieser ihrer Auffassung, daß alle hier in diesem Land Opfer bringen müssen für die weltweite Verteuerung, daß der Finanzminister aber bei diesen Preiserhöhungen fleißig mitschneiden möchte, daß er nicht bereit ist, das gleiche Stabilitätsoffer zu erbringen, sondern daß er zusätzlich an jeder Preiserhöhung verdienen möchte.

Meine Damen und Herren, das ist unverständlich, da verstehe ich die Herren Gewerkschafter Sekanina und Sommer von der Beamten-gewerkschaft, daß sie sagen, bitte schön, das kann doch nicht wahr sein, daß man von uns Zurückhaltung verlangt, während der Finanzminister, der diese Zurückhaltung mit einiger Berechtigung, wie ich sagen möchte, auf Grund der wirtschaftli-

Dkfm. DDr. König

chen Situation, der externen Verflechtung, der Importnotwendigkeit hier begehrt, sich selbst nicht diese Zurückhaltung auferlegt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen hier eine Zahl nennen, nachdem der Herr Finanzminister sich ja immer so berühmt, was alles unter dieser Regierung gestiegen ist, was bisher alles verbessert worden ist: Am 1. Juni 1973 hat Normalbenzin 3,90 S gekostet inklusive aller Steuern. Jetzt bitte betragen allein die Mehrwertsteuer und die Mineralölsteuern 3,90 S. Ja bitte, wer ist denn da der heimische Ölscheich, der die Preise hinaufsetzt? Wer ist derjenige, der das Prinzip zum Exzeß treibt, das Sie in der Preiskommission jedem Unternehmen verweigern würden? Sie würden sagen, externe Preiserhöhungen auf Grund von Rohstoffsteigerungen, ja bitte, in Ordnung, muß man anerkennen, aber Sie können doch Ihre Spanne nicht gleich auf diese Preiserhöhungen draufschlagen, die ja nicht Ihre eigene Leistung, sondern nur auf Grund der Rohstoffpreiserhöhung erfolgt sind. Sie können doch nicht sozusagen an den Scheichs mitverdienen wollen, da steckt doch keine Eigenleistung dahinter. Und genau das macht der Finanzminister.

Nun kann man vielleicht noch sagen, die Mehrwertsteuer steigt eben automatisch, wir können aus steuersystematischen Gründen keine Ausnahme davon machen. Das ist aber nur ein steuertechnisches Problem, das ändert nichts an der grundsätzlichen Einstellung, an der Bereitschaft oder an der Ablehnung, hier mitzupartizipieren, mitzunaschen, oder sich genauso den Gürtel enger zu schnallen, wie man das von den Staatsbürgern verlangt.

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion, der Kollege Keimel, wird hier einen Antrag vorlegen, um diese Ihre Bereitschaft zu testen, ob man anlässlich der Preiserhöhungen, die unvermeidlich sind - das konzedere ich Ihnen, Herr Bundesminister, auf Grund der Weltenergiesituation -, bereit ist, darauf zu verzichten, jetzt noch zusätzlich davon Steuern zu kassieren. Wir werden Ihnen einen Weg vorschlagen, der machbar ist, der steuersystematisch korrekt ist, sogar sehr korrekt, weil wir nur verlangen, daß man nicht Steuer von der Steuer kassiert, weil wir nur verlangen, daß das, was sich der Finanzminister als Mehr bei der Mehrwertsteuer hereinholt, wieder hergegeben wird, indem man die Mehrwertsteuer nicht auch noch von der Mineralölsteuer kassiert.

Sie können hier konsumentenfreundlich agieren, Sie können hier verhindern, daß zu den Rohstoffpreiserhöhungen auch noch eine Steuererhöhung dazukommt, denn ich betone, es ist eine echte Steuererhöhung, die hier sonst Platz

greifen würde. Nicht ein Gleichbleiben der Steuern, sondern eine echte Steuererhöhung! Wenn man sagt, die Gewerkschaften sollen sich in ihren Lohnforderungen zurückhalten, sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß man Preissteigerungen, die vom Ausland ausgelöst werden, die importiert werden, nicht abgelten kann, weil wir ja das Geld ins Ausland schicken, dann kann das nicht den Freibrief für den Finanzminister bedeuten, sich auf einmal als ausländischer Ölscheich zu gebärden und im Inland dazukassieren. Dafür fehlt in einer so ernsten Situation jede moralische Berechtigung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Leider Gottes - und das müssen wir auch bei dieser Gelegenheit sagen - haben Sie sechs Jahre lang, seit der Erdölkrise des Jahres 1973, kein Energiekonzept auf den Tisch gelegt.

Dieser Energiebericht, die Fortschreibung der früheren Energiepläne ist es eben auch nicht. Er enthält kein umfassendes Konzept, keine Prioritäten, keine Aussagen darüber, was die Regierung jetzt konkret macht. „Man könnte“, „man sollte“, „man müßte“, steht da drinnen; er enthält auch keine Aussagen über die Finanzierung und vor allem die Sicherung der Finanzierung.

Herr Bundesminister, wir müssen Ihnen vorwerfen, sechs Jahre lang - sechs Jahre lang von den neun Jahren, die Sie im Amt sind - wußten Sie um die Erdölsituation, aber geschehen ist nichts. Nun werden Sie entgegnet: Die Opposition sagt immer, es ist nichts geschehen, es ist zuwenig geschehen, aber ich habe das und das gemacht. Sie wollen ja immer dann, bei all Ihren Maßnahmen, die Sie aufzählen - ein Gutachten geben Sie auf, eine Studie geben Sie in Auftrag, Sie leiten etwas ein -, sagen, das ist erledigt, erledigt, erledigt.

Geschehen ist in Wahrheit nichts. Daß nichts geschehen ist, bestätigt Ihnen auch wiederum einmal Ihr neuer Chef im Komitee für Energiefragen, der Herr amtierende Bundeskanzler Dr. Androsch. Der sagt nämlich wörtlich laut „Kurier“: „Sicherlich ist hier in den letzten vier, fünf Jahren zu wenig geschehen“, übte Vizekanzler . . . Androsch, der nun das Energieheft fest in die Hand genommen hat, Selbstkritik.“

Diese Selbstkritik an der Untätigkeit in den letzten vier, fünf Jahren richtet sich an die Bundesregierung als Ganzes, an Sie im besonderen, Herr Minister Staribacher. Daß das nicht nur eine „Ente“ aus dem „Kurier“ ist, bestätigt auch eine andere Aussage in der „Kronen Zeitung“ vom 20. Juni. „Androsch: „An den letzten fünf bis sechs Jahren ist nichts zu beschönigen, . . .“

Herr Bundesminister, das ist schon ein hartes

Dkfm. DDr. König

Urteil von einem Regierungskollegen, der jetzt in der Kommission offenbar sieht, daß nichts geschehen ist, nichts vorbereitet wurde, ernsthaft nichts gemacht wurde, und jetzt soll Energiepolitik aus dem Ärmel gezaubert werden. Es ist ja auch so, daß die Internationale Energieagentur massive Kritik an der Energiepolitik der Bundesregierung übt. Es heißt hier: „Insgesamt kam der“ Länderbericht – nämlich über Österreich – „zu dem Schluß, daß die Bemühungen Österreichs zur Entwicklung einer wirksamen Energiepolitik im Interesse der Erreichung der . . . Gruppenziele“ der IEA „vor der Erzielung wahrnehmbarer Fortschritte in den oben angeführten Belangen noch nicht als angemessen bezeichnet werden können“ und führt im einzelnen dann alles aus, was nicht geschehen ist.

Ich muß Ihnen sagen, Herr Bundesminister, es ist eigentlich diese Kritik an Ihrer Energiepolitik im Detail vernichtender, als es bislang die Opposition gesagt hat. Was verlangt denn die Internationale Energieagentur? – Die Formulierung klarer Zielsetzungen der österreichischen Energiepolitik. Das verlangen wir auch. Das ist hier auch wieder nicht drinnen. Da steht nur dankenswerterweise – die Beamten haben das sehr vollständig gemacht – auch der Bericht der IEA drinnen. Gefordert wird die Formulierung klarer Zielsetzungen der österreichischen Energiepolitik. Heute, sechs Jahre nach dem Energiegedebakel 1973, fehlt sie immer noch. Herr Bundesminister, ist das nicht das Eingeständnis völligen Versagens auf dem Gebiete der Energiepolitik? (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir haben Ihnen im Juni 1977 einen Antrag im Hause vorgelegt mit einer ganzen Reihe konkreter Maßnahmen. Und was steht heute im Bericht der Energieagentur drinnen? – „Im einzelnen stellte der Prüfungsbericht fest“ – Seite 35 –, „daß die gegenwärtigen Bemühungen zur Rationalisierung der Energieverwendung den schwächsten Aspekt der österreichischen Energiepolitik darstellen.“ Genau das, wo Ihnen die Opposition die Hand zur Zusammenarbeit angeboten hat, die Sie allerdings leider mehrmals und immer wieder ausgeschlagen haben, genau das ist der schwächste Punkt der gesamten Energiepolitik der Bundesregierung.

Herr Bundesminister, Sie sind doch in anderen Bereichen ein Mann, der den Konsens bejaht. Wieso verfolgen Sie in der Energiepolitik einen Kurs, der ständig die Vorschläge der Opposition zurückweist, die Zusammenarbeit verneint, sich hier ständig auf Konfrontation begibt und nicht bereit ist, auch nur einen Vorschlag der Opposition ernsthaft zu prüfen?

Werden Sie von Scharfmachern in Ihrer Partei

gejagt? Sind Sie hier eigentlich nicht mehr handlungsfähig? Ist es so, daß der Herr Bundeskanzler, der ja der oberste Vorsitzende der Energieverwertungsagentur ist, Ihnen das aus der Hand genommen hat, oder ist es Minister Androsch, der jetzt in dem Ministerkomitee andere – seine – Vorstellungen verfolgt, von denen ja offenbar geworden ist, daß sie mit den Ihren nicht übereinstimmen? Was ist der Grund, daß es möglich ist, daß die Konsensbereitschaft, die Sie in anderen Bereichen immer wieder – anerkennenswerterweise – demonstrieren, auf dem Sektor der Energiepolitik wie weggeblasen ist, wiewohl es gerade hier so notwendig und im Interesse der Österreicher gelegen wäre, daß die Regierung vom hohen Roß heruntersteigt und sich einmal mit der Opposition zusammensetzt, um dieses ernste Problem der Versorgung unseres Landes zu meistern? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Wir haben Ihnen eine Reihe ernst zu nehmender Vorschläge vorgelegt, von denen wir glauben, daß sie in der Lage wären, einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Energiesituation in unserem Lande zu erreichen. Sie haben das negiert, Sie haben sich nicht damit auseinandergesetzt, wie gesagt, seit dem Juni 1977 lag der Antrag im Parlament, wurde liegengelassen und schließlich, obwohl Sie sich an sich sehr positiv zu den Punkten geäußert haben, einfach aus parteipolitischen Gründen abgelehnt.

Initiativanträge seitens der Opposition zur Förderung der Kleinkraftwerke, zur steuerlichen Begünstigung von Sonnenkollektoren, Wärmepumpen, zur besseren Wärmedämmung wurden im Parlament eingebracht, von der Regierung aber abgelehnt. Wir haben dennoch die ausgestreckte Hand nicht zurückgezogen. Wir haben diese Anträge wieder eingebracht, wir geben Ihnen erneut die Möglichkeit, mit der Opposition zusammen die Probleme zu lösen.

Nur eines, Herr Bundesminister, geht wirklich nicht: Wir haben in unseren Vorschlägen zum Beispiel darauf hingewiesen, daß die Nutzung der Abwärme aus den kalorischen Kraftwerken in den Ballungszentren eine ungeheure Verbesserung der Energiebilanz bringen könnte. Das ist ja klar, wenn man denkt, daß allein halb Wien beheizt werden könnte mit der Abwärme aus den kalorischen Kraftwerken in Simmering, in Donaustadt und in Korneuburg, alle Zentralheizungen könnten an dieses Abwärmenetz angehängt werden, das man natürlich bauen muß. Die Abwärme geht jetzt in die Flüsse und verseucht diese. Wir könnten uns enorme Mengen an Heizöl ersparen. Man müßte es nur tun. Wir haben es vorgeschlagen, geschehen ist nichts. Warum? – Ich kann mir nur vorstellen,

Dkfm. DDr. König

daß Sie dafür kein Geld in der Regierung flüssig machen können.

Jetzt erst wieder – wir haben Sie gewarnt – haben Sie allein den Beschluß gefaßt, fast 7,5 Milliarden Schilling für ein großes Konferenzzentrum im Donaupark auszugeben, von dem der Finanzminister selber gesagt hat, 50 Millionen, vielleicht 60 Millionen Schilling wird es auf jeden Fall im Jahr an Defizit bringen. Billiger geben wir es nicht. Die kleine Lösung mit dem Messepalast und mit der Hofburg ist kleinkariert, das tun wir nicht, großartig muß es wieder sein. Aber ein Fernwärmenetz aufzubauen, wo wir uns ungeheure Mengen an Heizöl ersparen könnten, um die allgemeine Knappheit zu beseitigen, dafür fehlt das Geld. Da verweigert man der Opposition die Zustimmung zu diesen Vorschlägen.

Jetzt gehen Sie in diesem Energiebericht her, und genau das, was Sie nicht tun, wird hier als Ausweg gepriesen. Auf Seite 61/62 schreiben Sie: Volkswirtschaftlich ungeheure Vorteile. Nur betriebswirtschaftlich rechnet es sich nicht. Das haben wir ja immer gesagt, hier muß der Staat einspringen, hier muß er etwas dazuleisten, muß das Fernwärmeversorgungsnetz aufbauen, damit die E-Werke einspeisen können.

Auf Seite 79 sagen Sie: Der Wirkungsgrad dieser thermischen Kraftwerke könnte um 34 Prozent gesteigert, also praktisch verdoppelt werden. Jetzt haben wir ja nur einen Wirkungsgrad von 35 Prozent. Auf 70 Prozent könnte er erhöht werden.

Wir könnten uns damit – sagen Sie auf Seite 124 – 19 bis 22 Prozent des gesamten Verbrauchs an Niedertemperaturwärme, also im Heizungsbereich, einsparen. Bitte, ein Fünftel der gesamten Heizmenge unseres Bundesgebietes könnten wir einsparen, wobei man bedenken muß, daß ja das im Ballungszentrum viel mehr ist, denn in erster Linie kommen ja Ballungszentren für die Fernwärmeversorgung in Frage, nicht das weite Land, wo man ja nicht zu jedem Bauernhof hinfahren kann über so weite Distanzen.

Sie schreiben auf Seite 134: Das sind 4,7 bis 6,1 Prozent des gesamten Energieverbrauchs. Alles das wissen Sie. Alles das schreiben Sie, nur die Vorschläge der Opposition werden abgelehnt. Man setzt sich darüber hinweg, geschehen ist bis heute nichts, nichts und wieder nichts!

Und auf Seite 143 und 144 sagen Sie, Förderungsmaßnahmen wären erforderlich.

Ja bitte, das haben wir doch gesagt. Das wird in Deutschland gemacht, das wird in Frankreich

gemacht, das wird in England gemacht, nur bei uns geschieht auf diesem Sektor nichts.

Herr Bundesminister! Das ist eine Politik, die zum Schaden aller Österreicher sich darauf stützt, wir haben eh 95 Mandate, wir sind die Mehrheit, was kann uns denn passieren, wir machen nur das, was wir wollen, nicht das, was die Opposition als Vorschläge herangebracht hat, denn da könnte ja der Eindruck entstehen, diese Opposition ist doch konstruktiv, diese Opposition trägt etwas bei. Diesen politischen Eindruck wollen wir nicht haben, da sagen wir lieber nein zu den Vorschlägen, lehnen sie ab, da soll lieber nichts geschehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und heute sind wir in der Situation, daß uns das Wasser bis zum Halse steht. Herr Bundesminister, unsere Bereitschaft mitzuhelfen besteht. Aber das kann keine Einbahnstraße sein. So geht es nicht, daß Sie jahrelang nichts tun und dann womöglich sagen, die Umstände sind schuld, das ist alles nur von außen gekommen. Die Regierung hat auch Untätigkeit zu verantworten. Wir werden Ihnen gerne behilflich sein, daß man die ärgsten Folgen dieser Versäumnisse so rasch wie möglich beseitigt, wenn Sie bereit sind, ein umfassendes Konzept vorzulegen und ernsthaft mit uns darüber zu verhandeln.

Wenn es so weitergeht wie bisher, dort eine Erklärung in der Presse, da eine Erklärung in der Presse, immer wieder etwas anderes, widersprüchlich, wir werden eine Meinungsumfrage machen, dann hat das Volk entschieden; wir werden fragen: Wollt ihr höhere Preise oder einen autofreien Tag? Wir werden verschweigen, daß die höheren Preise sowieso kommen, vielleicht nehmt ihr zuerst den autofreien Tag. – Also ich glaube, so geht es wirklich nicht! Entweder man setzt sich mit der Opposition zusammen, man präsentiert ein umfassendes Konzept, man ist bereit, ernsthaft mit der Opposition eine ernsthafte Energiepolitik zu machen, dann werden wir mittun. Wenn nicht, dann ist es die Aufgabe der Opposition, der Bevölkerung zu sagen, daß hier die Energieversorgung von der Regierung sträflich – bitte: sträflich! – vernachlässigt wird und daß wir alle einmal das bitter bezahlen werden müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! In Ihrem Bericht auf Seite 161 steht drinnen, daß genau für jene Maßnahmen, für die wir hier im Parlament Anträge eingebracht haben, nämlich auf Schaffung eines Steuerfreibetrages für verbesserte Wärmedämmung, für Wärmepumpen und Sonnenkollektoren, 30 Prozent der Dachflächen Österreichs geeignet wären. 5,4 Prozent der Primärenergie wären einsparbar, sagen Sie in

Dkfm. DDr. König

Ihrem Bericht. 10 Prozent des Energieverbrauchs der Kleinverbraucher wären möglich. Voraussetzung, sagen Sie, ist die Bereitstellung entsprechender Förderungsmitel.

Herr Bundesminister! Sie wissen es, das heißt, Ihre Beamten wissen es, sie wissen es, wie es geht. Wir haben einen Antrag im Parlament. Bitte, was hindert Sie, jetzt zu sagen, hier steht es in dem Bericht, die ÖVP hat das gefordert, es ist vernünftig, die Energieverwertungsagentur hat das ja auch bejaht, wir setzen uns mit der Opposition zusammen und, hol's der Kuckuck, verwirklichen halt auch einmal Anträge der Opposition, wenn es im Interesse dieses Landes ist.

Sie würden sich nichts vergeben, Sie würden dabei gewinnen und Sie würden wahrscheinlich damit den Österreichern einen besseren Dienst erweisen, als wenn hier mit einem solchen Bericht zwar Wahrheiten verbreitet werden, aber die Taten fehlen und damit eine Situation geschaffen wird, die, international gesehen, blamabel ist, die uns aber letzten Endes in einer ernstesten Situation auch um die internationale Solidarität, um die internationale Hilfe bringen könnte.

Denn so ist es ja nicht, daß man einfach in die Agentur nach Paris fährt, dort mitbeschließt, man wird im heurigen Jahr 5 Prozent der Energieimporte, der Erdölimporte, einsparen, und dann tut man nichts, während alle anderen Regierungen Maßnahmen setzen müssen, zum Teil eben auch unpopuläre, und glaubt, wenn es dann wirklich ernst wird, dann werden uns die anderen aus der Patsche helfen. Das ist eine Haltung, der eine Fehlkalkulation zugrunde liegt. Herr Bundesminister! Hier kann sich die Regierung dann nicht ausreden, die Opposition hat ihr nicht die Möglichkeit gegeben.

Sie haben für Notstandsmaßnahmen, ich halte das fest, von uns die verfassungsmäßigen Gesetze bekommen, mit Zweidrittelmehrheit. Sie haben den Beitritt zur Energieagentur nur durch die Zustimmung der Österreichischen Volkspartei machen können. Wir stehen dazu. Aber die Verpflichtungen, die Sie dort auf sich nehmen, Herr Bundesminister, muß die Regierung erfüllen. Wir sind bereit, Ihnen dabei zu helfen, wenn Sie konkrete Maßnahmen vorschlagen. Wir sind sicher nicht bereit, einem blindwütigen Dirigismus Vorschub zu leisten, indem wir Ihnen eine Blankovollmacht geben. Sie sagen zwar nicht, was Sie tun wollen und was Sie tun können, was man Sie in der Regierung tun läßt, aber Sie wollen von uns sozusagen verfassungsmäßige Garantien, alles tun zu können, was Sie dann für notwendig erachten.

Bitte, so geht es sicher nicht, sondern Sie müssen uns konkrete Maßnahmen auf den Tisch legen, dann werden Sie, wenn sie vernünftig sind, auch unsere Zustimmung bekommen.

Herr Bundesminister! Ich habe hier noch weitere Beispiele. Auf Seite 135 schreiben Sie, daß die Umstellung der Heizungsabrechnung, nämlich daß man einen Teil der Heizkosten bei Sammelheizungen, also Zentralheizungen, nach dem Verbrauch abrechnet und nicht alles nur nach der Quadratmeterfläche der Wohnung, sodaß jemand, der weniger verbraucht, auch weniger bezahlt, eine Einsparung von 15 bis 25 Prozent bringt.

Ja warum tun Sie es nicht? Wir haben das im Juni 1977 gefordert. Ein einfaches Gesetz ist das, bitte. Sie haben die Mehrheit! Nichts ist geschehen.

Sie schreiben hier auf Seite 135: 15 bis 25 Prozent Einsparungen sind möglich. Die wären schon lange möglich gewesen, wenn Sie tätig geworden wären. Ich muß ernsthaft sagen, Herr Bundesminister, Sie können hier nicht den Eindruck erwecken, auch wenn Sie noch so viele Maßnahmen aufzählen, die Sie vermeintlich schon getan hätten, wie eifrig Sie gewesen wären. In den entscheidenden Fragen ist nichts geschehen. Das ist ja der Grund der Malaise, in der wir uns heute befinden. Das ist der Grund der echten Schwierigkeiten, in denen wir sind, weil solange nichts geschehen ist, daß man nicht plötzlich und auf einmal jetzt die Krise meistern kann und daß man nicht plötzlich jetzt nach jahrelangen Versäumnissen auf einmal wiederum eine greifende und damit wirksame Energiepolitik gestalten kann.

Herr Bundesminister! Wir sehen im Energiebericht eine Fülle von Widersprüchen. Es würde sicher zu lange dauern, würde ich sie hier alle aufzählen. Sollte aber der Wunsch der Regierungspartei darnach bestehen, kann ich Ihnen das ganze Dutzend dieser eklatanten Widersprüche hier vortragen. Ich werde mich auf einige wenige beschränken, stehe aber jederzeit zur Verfügung, weitere Beispiele nachzutragen.

Da heißt es zum Beispiel zur Finanzierung auf Seite 113: Allein im Bereich der Elektrizitätswirtschaft sind 100 Milliarden Schilling erforderlich. – Das ist keine Kleinigkeit: 100 Milliarden Schilling! Und es heißt weiter auf Seite 114, daß bei einem deroutierten Kapitalmarkt ernste Gefahren für die Finanzierung zu erwarten sind. – Na ja, zu einem deroutierten Kapitalmarkt kann es wohl nur kommen durch eine verfehlte Budget- und Finanzpolitik, die den Kapitalmarkt so auslaugt, daß eben für wichtige Finanzierungen kein Geld mehr da ist.

Was haben Sie denn angesichts dieses

Dkfm. DDr. König

riesigen Finanzierungserfordernisses konkret anzubieten? Gar nichts! Der Verlust der Verbundgesellschaft wurde auf originelle Weise saniert: Man hat bei den noch gesunden Sondergesellschaften in den Bundesländern das Kapital heruntergesetzt. Auf gut deutsch: Man hat ihnen Eigenkapital entzogen. Bilanztechnisch ist damit der Verlust ausgeglichen. Aber, bitte, das Geld fehlt für den weiteren Ausbau. Wird der Bund jetzt Eigenkapital zuführen, Herr Finanzminister? Oder werden Sie sagen, die sollen auf den Kapitalmarkt gehen, sollen sich mit dem Finanzminister als Konkurrenten raufen, vielleicht bringen sie ein paar Anleihen unter - inzwischen ist der Zinsfuß schon wieder hinaufgegangen, weil man sie nicht mehr so gut anbringt -, und die sollen halt schauen, wie sie zu ihrem Geld kommen. Oder ist es immer noch Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, daß diese wichtigste Energiequelle, nämlich der Ausbau unserer heimischen Wasserkraft, auch von der Regierung vorrangig finanziert wird?

Kann man eigentlich eine Finanzierungsaussage noch ernst nehmen, die auf Seite 113 sagt: Bis zum Jahr 1990 sind 100 Milliarden Schilling erforderlich, und auf Seite 166 sagt, im Hinblick darauf, daß das koordinierte Ausbauprogramm noch nicht endgültig feststeht, kann es durchaus sein, daß es 200 Milliarden Schilling werden.

Bitte, den kleinen Unterschied schaue ich mir an! 100 Milliarden : 200 Milliarden Schilling - ist denn das überhaupt noch ernst zu nehmen? Herr Bundesminister, wie wollen Sie denn das bedecken? Sie wissen schon nicht, wie Sie richtig schreiben, wie man die 100 bedecken soll, aber wenn es jetzt dann um die Kleinigkeit von 100 Milliarden Schilling mehr wird und es werden 200 Milliarden, ja was ist denn dann? Keine konkrete Aussage, wie das geschehen soll.

Herr Bundesminister! Das kann sich doch nicht Energiepolitik nennen. Das ist doch bestenfalls das Eingeständnis, daß die derzeitige Politik der Regierung keine Antwort zu geben vermag auf die dringenden Fragen unseres Landes. Und wenn der Herr Finanzminister sagt, das ist das Thema der achtziger Jahre, dann pflichte ich ihm bei.

Aber, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, Sie haben mit Ihrer Mehrheit auch die Verantwortung übernommen vor dem österreichischen Volk, daß Sie diese Verantwortung auch wahrnehmen und nicht die Verantwortung wieder abschieben wollen, indem Sie sagen: Das ist aus dem Ausland an uns herangetragen, da können wir nichts machen.

Sie geben hier konkrete Zahlen an. Sagen Sie auch, was Sie tun wollen, was Sie tun werden,

damit man konkret darüber verhandeln kann. Denn immer noch hat die österreichische Öffentlichkeit ein Recht, das zu erfahren, hat das österreichische Parlament ein Recht, darüber mit der Regierung in einen Dialog einzutreten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie weisen auf den Seiten 35 und 36 darauf hin - sehr zu Recht, Herr Bundesminister -, daß man nach den Beschlüssen, an denen Sie mitgewirkt haben in der Internationalen Energieagentur, Kohlekraftwerke bauen soll und nicht neue Erdgas- und Erdölkraftwerke. Es ist erfreulich, daß das wenigstens bei Zwentendorf gelingen wird.

Aber in Ihrem Programm, Herr Bundesminister, finden sich auf Seite 85 gewaltige Mengen an zusätzlichem Erdöl und Erdgas, das in neuen Kraftwerken verbrannt werden soll.

Bitte, sagen Sie mir nicht: Ich kann das nicht beeinflussen, das liegt bei der E-Wirtschaft. - Sie sind doch zu 100 Prozent Eigentümer der Verbundgesellschaft, und die Verbundgesellschaft ist Treuhänder der gesamten Sondergesellschaften. Und Sie sind oberster Energieminister und haben im koordinierten Ausbauprogramm natürlich ein wesentliches Wort mitzureden.

Herr Bundesminister, da muß ich schon sagen: Da genügt es nicht, auf der einen Seite zu sagen, so soll es sein, und auf der anderen Seite im offiziellen Energieplan festzustellen, daß es aber anders kommen wird. Sie verpflichten sich, Erdöl einzusparen, und in dem Programm brauchen Sie jedes Jahr immer mehr, und zwar genau für jene Zwecke, für die man es nicht einsetzen soll.

Eine derart widersprüchliche Politik kann den Ausdruck Politik ja überhaupt nicht verdienen.

Oder Sie sagen bei der Erdgasversorgung auf Seite 22, daß das Erdgasangebot unverändert aufgenommen wurde, das heißt, die Prognosen über die Erdgasversorgung sind unverändert belassen worden.

Auf Seite 73 geben Sie an, welche Fehlmen-gen wir aber zu erwarten haben. Und auf Seite 74 sagen Sie, daß höchst zweifelhaft ist, daß wir das Iran-Erdgas bekommen.

Ist denn das noch seriös, angesichts erklärter Fehlmen-gen und angesichts der Unsicherheit der Iran-Versorgung zu sagen, es ist alles in bester Ordnung, alles ist glücklich auf einer Insel der Seligen, es kann nichts passieren?

Dann sagen Sie auf der Seite 22: Die Berücksichtigung real steigender Erdölpreise ist trotz der neuen Entwicklung nicht gerechtfertigt.

Dkfm. DDr. König

Herr Bundesminister, es erklärt der Herr Finanzminister, daß man diese Preissteigerungen in den Löhnen nicht abgelten kann, weil das Geld ins Ausland abfließt, weil das eben eine Preissteigerung ist, die über uns hereinbricht. Und Sie sagen: Nein. Real steigende Erdölpreise anzunehmen, das kann man trotz der gegenwärtigen Entwicklung nicht. Das heißt, Sie meinen, das hält sich sozusagen im Gleichschritt mit den übrigen Preissteigerungen.

Mitnichten, Herr Bundesminister! Sie sagen es auf Seite 23 übrigens wörtlich: Die Energiepreise steigen nur wie der Verbraucherpreisindex. – Das ist doch nicht wahr. Die steigen doch viel stärker. Alle Grundannahmen sind falsch. Hier lullen Sie den Konsumenten in eine Versorgungssicherheit ein, die nicht gewährleistet werden kann. Damit ist doch niemandem gedient!

Schauen Sie, wie offen die Regierung in Deutschland vor die Bevölkerung hingetreten ist und gesagt hat: So steht es.

Sie machen das – wie heißt das so schön in dem Papier des Kollegen Fischer „Rote Markierungen“? – mit der Doppelstrategie. Der Herr Finanzminister kündigt das Unangenehme an, der Herr Handelsminister preist sich glücklich, daß das alles nicht kommen und nicht passieren wird. Letzten Endes kommt es dann doch, und man erweckt den Eindruck, man hätte das Ärgste verhindert. Auf der Strecke bleibt dabei eine konzeptive längerfristige Politik. Man wurstelt von einer Situation zur anderen weiter, man improvisiert, man weiß, was richtig ist, aber man tut es nicht.

Herr Bundesminister! Ich möchte ernsthaft den Appell an Sie richten, fernab von jeder Polemik: Setzen Sie endlich in dieser Regierung eine gemeinsame Energiepolitik durch, das heißt die Bereitschaft, gemeinsam Energiepolitik zu betreiben. Erst wenn diese Bereitschaft in dieser Regierung Allgemeingut ist, hat es Sinn für die Opposition, ernsthaft mit der Regierung zu beraten. Solange man das Gefühl haben muß, daß es einen, wie der Herr Finanzminister sagt, ja gar nichts angeht, was auf Ihren Parteivorständen beraten wird, daß es ein Gnadenakt ist, wenn man zu den Erörterungen, die in der Presse wiedergegeben werden, im Parlament Auskunft bekommt, so lange können Sie nicht erwarten, daß wir mit Ihnen die Verantwortung teilen für eine Politik, die Sie allein bestimmen und deren Auswirkungen Sie dann auch allein zu verantworten haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Wir wissen heute, daß auch die Prognosen, die im Energiebericht sind, nicht aussagekräftig sind. Sie selbst sagen auf Seite 18, die Wirtschaftsforschungsinstitutpro-

gnose ist irrelevant geworden, und zwar nicht nur für die E-Wirtschaft, sondern für alle anderen Sektoren. – Das heißt, der Energiebericht ist in Wahrheit heute nicht nur unverbindlich, sondern eigentlich schon überholt.

Und deshalb, Herr Bundesminister, können Sie von uns nicht erwarten, daß wir diesen Bericht annehmen. Es wäre ja geradezu eine Überforderung der Opposition, einen Bericht anzunehmen, von dem Sie selbst sagen, daß seine wesentlichen Grundlagen irrelevant geworden sind, in dem Sie selbst keine klaren Vorstellungen von den Maßnahmen geben können, die Sie ergreifen wollen, nicht die ergriffen werden können, wenn man sollte, müßte oder wollte.

Herr Bundesminister! Ich muß Ihnen aber hier, und das doch als eine ernste Mahnung, noch eine Feststellung einer unabhängigen Tageszeitung, der „Tiroler Tageszeitung“ vom 8. Juni 1979, bei den Überlegungen mitgeben. Darin heißt es zu den Erklärungen des Finanzministers anlässlich des Treffens der Minister, von dem wir jetzt gehört haben, daß es keine Regierungsklausur war, sondern eine Parteiberatung, offenbar eine Notstandsklausur der Minister innerhalb der Regierungspartei:

„Die Offenheit, mit der der Finanzminister argumentierte, ist imponierend. Noch imponierender wäre es gewesen, hätte er früher den Mut gefunden, die Lage so ungeschminkt darzustellen, wie er das gestern getan hat.“

Sehen Sie, gerade der Herr Finanzminister ist es immer wieder, der sagt: „Wir haben vor den Wahlen gesagt, was wir tun werden.“ Das ist ja gar nicht wahr. Er hat vor den letzten Wahlen gesagt, die Mehrwertsteuer wird erhöht. Das war das einzige, was er gesagt hat. Und dann kam ein Rattenschwanz von Belastungen, von denen er nichts gesagt hat.

Jetzt haben Sie wieder gemeint: „Wenn man Kreisky wählt, bleibt alles, wie gehabt. Wir werden eine Insel der Seligen bleiben.“ Und jetzt kommt es der Reihe nach, jetzt kommen alle die Dinge an den Tag, die Sie vor den Wahlen verschwiegen haben.

Gewiß, wir geben zu, es ist Ihnen bei diesen Wahlen gelungen, noch einmal den Eindruck einer heilen Welt zu erwecken, den Eindruck zu vermitteln, daß, wenn Dr. Kreisky noch einmal gewählt wird, die Insel der Seligen in Österreich erhalten bliebe. Sie haben kein Mittel gespart. Sie haben alle Probleme aufgeschoben. Sie haben Schulden gemacht auf Teufel komm raus, um den Offenbarungseid hinauszuschieben. Jetzt kommt er. Und wenn es Ihnen auch gelungen ist, das über die Wahlen zu schieben, das Problem ist damit nicht leichter geworden.

Dkfm. DDr. König

Und es schreibt hier die „Tiroler Tageszeitung“ folgendes weiter: „Nur: Diese ‚Probleme der achtziger Jahre‘ wären leichter zu lösen, hätte man ihre Lösung früher in Angriff genommen. Aber das hat man versäumt. Man hat die Dinge jahrelang treiben lassen; man hat sich – etwa im Bereich der Energiepolitik – jahrelang über jene mokiert, die der konservativen, vernünftigen Meinung waren, daß man halt zu Zwangsmaßnahmen greifen muß, wenn Appelle an den Sparsinn der Bürger nicht fruchten. Und auch im Bereich der Budgetpolitik hat man die Probleme verharmlöst, hat man geglaubt, man könnte die Tatsache ignorieren, daß die Schulden von heute die Belastungen von morgen sind.“

Herr Bundesminister! Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Solange die Regierung meint, daß sie diese Politik der Scheuklappen fortsetzen kann, solange sie meint, daß sie der Bevölkerung immer noch vorspiegeln kann, sie allein wäre in der Lage, eine Insel der Seligen zu garantieren, solange sie nicht bereit ist, mit der Opposition ernsthaft, sachlich und konstruktiv zusammenzuarbeiten, so lange werden Sie Ihre Politik allein verantworten müssen und so lange werden wir diese Politik auch gegenüber der Öffentlichkeit entsprechend kritisieren. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Wir bedauern, wir bedauern zutiefst, daß viele unserer sachlichen Vorstellungen, die längst hätten verwirklicht sein können, an Ihrer ablehnenden Haltung gescheitert sind.

Wir sind nach wie vor bereit zu einer konstruktiven Zusammenarbeit, weil wir das Wohl der Österreicher und unserer Heimat und die langfristige Sicherung unserer Versorgung mit Energie, Nahrungsmitteln, also die gesamte Palette unserer Versorgung, höher stellen als parteitaktische Vorteile.

An Ihnen, an dieser Bundesregierung liegt es nun, diesen ausgestreckten Arm zu ergreifen. Von der Art und Weise, wie Sie das tun, wird die Haltung der Österreichischen Volkspartei abhängen.

Diesem Bericht können wir daher aus den geschilderten Gründen unsere Zustimmung nicht geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Heindl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Heindl** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege König hat nun eine Stunde zum Energiebericht gesprochen; für das Thema Energiebericht hat er keine fünf Minuten aufgewendet.

Meine Damen und Herren von der Opposition, von der ÖVP-Opposition, Sie werden hoffentlich nicht von mir erwarten, daß ich mich mit Dingen auseinandersetze, die weder ernsthaft noch realistisch sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Mock, Sie lächeln. Ich kann Ihnen sagen: Mir ist wirklich nicht zum Lächeln, denn ich habe mir erwartet, daß wir hier heute im Interesse der Öffentlichkeit Gelegenheit nehmen, den Bürgern zu sagen, wie die Situation ist – seitens der Opposition –, und wie wir glauben, die Probleme meistern zu können. *(Abg. Dr. Mock: Wir warten ja schon darauf!)* Das tun wir ja, meine Damen und Herren, aber doch nicht auf dieser Basis! Der Herr Kollege König stellt ja die Dinge so dar, als ob das Energieproblem lediglich ein Benzinproblem wäre. Das ist es für uns nicht, und das werde ich Ihnen nachweisen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Er hat von der angebotenen Kooperation gesprochen und davon, welche Vorschläge gemacht worden sind. Er hat hier keinen einzigen genannt. Er hat einen guten Grund gehabt, warum er keinen nannte: Ich hätte mich nämlich mit jedem einzelnen auseinandersetzen können und in jedem einzelnen Fall nachweisen können, daß wir in der Lage gewesen wären, gemeinsam die Lösung der Probleme anzugehen. Aber vor dem entscheidenden Schritt sind Sie immer zurückgestanden, dann nämlich, wenn es um die Beschlußfassung gegangen ist.

Das ist die Realität! Über die reden Sie nicht, denn über Ausschüsse wird ja nicht gesprochen. Hier gaukeln Sie der Öffentlichkeit Dinge vor, die ganz einfach in keiner Weise stimmen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber uns, meine Damen und Herren, ist die Frage der Energie viel zu ernsthaft, als daß wir uns auf diesem Niveau mit Ihnen auseinandersetzen. Ich möchte daher, ehe ich mich mit den Analysen dieses Energieberichtes, mit den aufgezeigten Maßnahmen, mit dem vorgeschlagenen Weg, der zu gehen ist auf diesem Gebiet, beschäftige, doch einige Überlegungen anstellen und einige Aussagen machen zu der Situation, die dieser Bericht nicht erfaßt.

Das ist es nämlich, was Sie auch zu tun versucht haben. Sie wissen ganz genau, daß dieser Energiebericht die Zeit bis Anfang 1979 betrifft, und tun so, als ob die Entwicklung in den letzten Wochen im Energiebericht bereits ihren Niederschlag hätte finden sollen. Und weil es nicht drinnen ist, ist er schlecht, unter anderem. Sehen Sie, das ist die Unseriosität in der Auseinandersetzung über ein Thema, das man spalten muß, denn der Bericht betrifft ja schließlich und endlich den Zeitraum 1977/78, Anfang 1979, und die Jetztsituation – die

Dr. Heindl

zweifelsohne ernst ist, darüber gibt es überhaupt keine Diskussion - muß eine völlig andere Betrachtungsweise mit sich bringen.

Die Ergebnisse der OPEC-Konferenz, die nicht nur für Sie, sondern auch für uns einen gewissen Schock bedeutet haben, waren aber gar nicht so schockierend, wenn man die Gesamtentwicklung der letzten eineinhalb Jahre betrachtet hat. Die geänderten Verhältnisse in Persien Ende 1978, Anfang 1979 haben nur diese Entwicklung, die ja weltweit bereits erkennbar war, um ein bis zwei Jahre vorgezogen. Warum? Auch klar erkennbar. Die einsetzende Nachfrage, insbesondere von den Vereinigten Staaten her, aber auch von den westeuropäischen Staaten, gepaart mit der zurückgehenden Produktion oder der gänzlich versiegten Produktion im Iran machte die Schere auf und führte eben dazu, daß die Preisdämme am Erdölsektor weltweit zusammengebrochen sind.

Das heißt also, daß schon Wochen vor der OPEC-Konferenz in Wirklichkeit die zweite große Erdölpreisexlosion stattgefunden hat. Diese Entwicklung wird sich in Zukunft noch mehr verstärken, weil sich der Trend der Ölkonservierung bei den ölproduzierenden Staaten eben auch verstärkt. Verständlich, umso mehr, als es die neue Markt- und Preisentwicklung den ölproduzierenden Staaten erlaubt, ihre Einnahmen ständig zu erhöhen, ohne ihre Produktion entscheidend zu erhöhen.

Dabei ist die wirtschaftliche Situation, meine Damen und Herren, der meisten westlichen Industriestaaten heute ebenso labil wie 1973/74. Vergessen wir nicht, daß Frankreich, daß Großbritannien, daß Italien mit Arbeitslosenziffern über einer Million zu rechnen haben, daß die Vereinigten Staaten, daß Frankreich, daß England in diesem Jahr mit zweistelligen Inflationsraten fertigzuwerden haben.

Es war daher sehr alarmierend, als Experten der EG vor einigen Tagen in Brüssel eine Berechnung vorgestellt haben, daß bereits eine 25prozentige Rohölpreiserhöhung zirka eineinhalb Prozent zusätzliche Inflationsrate bedeuten würde. Nun wissen wir aber alle, daß bereits vor Wochen die Rohölpreise um über 50 Prozent gestiegen sind, sodaß sehr deutlich für jedermann erkennbar wird, in welche Richtung der Zug fährt.

Aber, meine Damen und Herren, ganz anders ist die Situation, so sie ausschließlich wirtschaftlich gesehen ist, bei unserem wichtigsten Handelspartner, der Bundesrepublik, und bei uns in Österreich. Und deswegen ist es nicht so einfach, die Dinge so darzustellen, wie Sie es tun, Herr Kollege König.

Wir haben Gott sei Dank in der Bundesrepu-

blik Deutschland eine niedere Inflationsrate, so wie in Österreich, eine extrem niedere Inflationsrate. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland einen einigermaßen funktionierenden Arbeitsmarkt; bei uns in Österreich ist ein höchst guter, ein hervorragender, ein phantastischer Arbeitsmarkt. Wir haben eine Wirtschaftsentwicklung, die uns zur Freude stimmt; in der Bundesrepublik ebenfalls. Wir können heuer mit einem Wirtschaftswachstum rechnen, das uns doch zur Aussage verleiten darf, daß das Jahr 1979 trotz der kritischen Situation ein erfolgreiches Wirtschaftsjahr werden wird.

Und in dieser kritischen Phase, die in Westeuropa sonst herrscht, passierte nun diese Situation der Genfer Entscheidung. Es war daher für uns alle selbstverständlich, daß wir sehr aufmerksam die Entscheidungen in Tokio beachtet haben und sehr zufrieden waren über die Meldungen, daß die wichtigsten Ergebnisse die Festlegung von Ölsparzielen bis 1985 und die Erkenntnis dort war, daß auf die Kernenergie auch nicht verzichtet werden kann.

Die Ergebnisse von Tokio, meine Damen und Herren, sind unterschiedlich beurteilt worden. Für uns muß aber eines klar sein, und das ist auch offen erkennbar: Die internationale Entwicklung berührt uns direkt und unmittelbar, ohne daß wir sie aber in irgendeiner Form beeinflussen können. Wo wir etwas machen können und müssen, das ist im innerösterreichischen Bereich.

Ich möchte mit Ihnen jetzt gar nicht diskutieren, ob wir eine Krise haben, ob wir eine Versorgungskrise haben oder nicht. Ich persönlich bin überzeugt, und ich werde es Ihnen jetzt beweisen, daß von einer Versorgungskrise am Energiesektor doch überhaupt keine Rede sein kann.

Nehmen Sie sich doch die Ziffern des Energieverbrauches der letzten Monate zur Hand, jenes Zeitraums, von dem Sie sagen, daß die Dämme gebrochen sind, daß die Krise da ist, daß die Hysterie um sich gegriffen hat. Ja bitte, hat sich bis zu Ihnen als Energiesprecher der ÖVP nicht durchgesprochen, daß allein das kritisierte Dieselöl eine Zuwachsrate hatte, die im Jänner 12 Prozent, im Februar 17 Prozent, im März 8 Prozent und im April 12 Prozent betrug? Ähnliche Steigerungsraten, noch größere, haben wir bei Gasöl, ebensolche Steigerungsraten bei Benzin.

Jetzt frage ich Sie, Herr Kollege König: Kann man von einer Krise reden, wenn eine Wirtschaft in der Lage ist, zunehmenden Nachfragen nachzukommen, sie zu decken? Mit solchen Ziffern kann man Ihnen doch eindeutig beweisen, daß das nur Gerede, leeres Gerede ist, was Sie tun! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dr. Heindl

Sie versuchen, der Öffentlichkeit einzureden, es sei schlecht, man hätte mit Vorgaukelung Wahlen gewonnen. Wissen Sie, warum wir die Wahlen gewonnen haben und warum Sie sie so eklatant verloren haben? Weil wir die Dinge so nennen, wie sie sind, weil wir zu dem stehen, was wir sagen, während Sie hier ein Scheinbild vorgaukeln, nämlich ein krisengeschütteltes Österreich, das es nicht gibt. Und das nimmt Ihnen niemand ab! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Oder wollen Sie von einer Krise sprechen, wenn wir gehört haben vor einigen Tagen, daß wir exorbitante Steigerungen – Gott sei Dank – am Exportsektor haben, daß uns die Wirtschaftsforschungsinstitute eine wachsende Konjunktur, eine steigende Konjunktur signalisieren? Ja ist das alles ein Zeichen von Krise?

Herr Kollege König! Sehen Sie, das ist es: der Widerspruch zwischen Ihren Aussagen hier, Ihren politischen Aussagen, und der Realität in der Öffentlichkeit. Gott sei Dank lebt unsere Bevölkerung in der Realität, in der Wirklichkeit, und wir auch. Und deswegen glaube ich, daß der Wahlerfolg am 6. Mai eben ausschließlich darauf zurückzuführen ist, daß Sie eine Politik gemacht haben: hier die Scheinwelt der ÖVP, dort die Wirklichkeit in Österreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Jeder, der einschätzen kann, welche Maßnahmen erforderlich sind, um solche Exporterfolge zu realisieren, jeder, der weiß, welche wirtschaftlichen Maßnahmen notwendig sind, um ein Wirtschaftswachstum in solchen Ausmaßen zu erreichen, muß doch anerkennen, daß das nur möglich war, weil eben auch unsere Energiepolitik erfolgreich war. Ohne Energiepolitik, ohne erfolgreiche Energiepolitik gibt es keine erfolgreiche Wirtschaftspolitik! Das müssen doch auch Sie, bitte, zugeben.

Ich werde Ihnen etwas sagen: Wir werden, auch wenn Sie noch so sehr schwarzmalen, diesen Weg des Wirtschaftswachstums und auch den langsam begonnenen Weg der Entkopplung Wirtschaftswachstum und Energiewachstum fortsetzen. Wir haben diesen Weg nämlich schon eingeschlagen. In der Regierungserklärung steht sehr deutlich, daß dieser Weg in verstärktem Maße fortgesetzt werden muß.

Wie realitätsbezogen die Politik der Regierung heute ist, sehen Sie doch an folgendem deutlich: Die Regierungserklärung wurde am 19. Juni vom Herrn Bundeskanzler hier vorgelesen. Bereits an diesem Tag hat der Bundeskanzler Dinge vorausgesagt, die 14 Tage später in der Welt draußen passiert sind, und die entsprechenden politischen Maßnahmen in Aussicht gestellt. Das ist vorhersehende Politik, Herr Kollege König. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist in letzter Zeit oft kritisiert worden, daß von der Regierung insbesondere zuwenig hart agiert worden ist und agiert wird. Heute haben Sie das ja wieder gemacht: Es seien keine Änderungen feststellbar, es könne jeder weiter Energie verschwenden, von einem sinnvollen Energieeinsatz könne keine Rede sein, die Preispolitik sei falsch, weil die Preise zu niedrig seien. Das ist eigentlich ein eigenartiger Vorwurf. Ich werde mich später noch mit diesem Thema auseinandersetzen, daß die Preise zu niedrig seien. Ich möchte dabei gar nicht nur den sozialen Aspekt sehen, sondern ich möchte insbesondere auch den wirtschaftlichen Aspekt hier herausstellen. *(Abg. Dkfm. DDr. König: Das hat der Androsch gesagt!)*

Es ist ja Ihre einzige Diskussionsgrundlage, daß Sie Zeitungen hernehmen und damit unsere Energiepolitik konfrontieren wollen. Die Zeitungen schreiben aber halt an manchen Wirklichkeiten auch vorbei. Ich bin neugierig, ob sich irgendein Journalist die Mühe nehmen wird, genau nachzulesen, was in den Leitlinien drinnen steht, was an Maßnahmen gesetzt worden ist, und nicht nur das nachschreibt, was Sie sagen. Wenn man Ihnen zugehört hat, so ist das nichts. Das ist ein Papier, das gescheite Analytiker und gescheite Wissenschaftler gemacht haben. Solange es um Analysen geht, hat der Herr Staribacher dafür keine Verantwortung, da sind es die Wissenschaftler, aber in dem Augenblick, wo es um die Konsequenzen geht, sind nicht nur die Analytiker und Wissenschaftler verantwortlich, sondern dann beginnt auch die Verantwortung des Ministers. So einfach, Herr Kollege König, ist halt die Welt nicht. *(Abg. Dkfm. DDr. König: Hat es der Androsch gesagt?!)* Entweder hat ein Minister bzw. eine Regierung die Verantwortung für einen Bericht, und zwar dann für den ganzen Bericht, oder aber sie besteht überhaupt nicht. So einfach kann man es sich nicht machen, wie Sie das hier und auch im Ausschuß getan haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es sind hervorragende Analysen, großartige Arbeiten, und wir verneigen uns vor diesen Männern, aber in dem Augenblick, wo der Herr Staribacher in die Rede kommt, dann sind sie nicht mehr so hervorragend, dann sind sie schlecht. Aber bitte, tun Sie weiter so, Herr Kollege König, wir werden Sie nicht daran hindern. Wir beobachten ja schon seit Jahren diesen Weg. Manchmal lachen wir darüber, aber heute ist es sehr traurig, weil es um so ein ernstes Thema geht.

Carl Friedrich von Weizsäcker, meine Damen und Herren, hat erst vor kurzem in einem Artikel die Meinung vertreten: Energiepolitik muß so langfristig geplant werden wie die Forstwirtschaft.

Dr. Heindl

schaft. Durch mangelnde Unterscheidung kurz- und langfristigen nationalen und weltweiten Bedarfs wird die öffentliche Debatte oft völlig unklar geführt. – Leider Gottes ist das bei uns nicht anders. Wer den Energiebericht 1979 einer aufmerksamen und objektiven Beurteilung unterzieht, wird feststellen müssen, daß auf diesem Sektor noch nie zuvor in Österreich ein derartiges Dokument wie dieser Energiebericht 1979 vorgelegt worden ist; ein Dokument, das dem Erfordernis der Kontinuität sowie dem Erfordernis der Seriosität hinsichtlich der Grundlagen für die Entscheidungsfindung entspricht und auch einer kritischen Betrachtung jederzeit standhält.

Diese Arbeit, meine Damen und Herren, wurde durch einen weitgehenden Konsens, durch eine Kooperation mit allen Vertretern der Energiewirtschaft und auch mit den Vertretern der Konsumenten erzielt, und dies bei einer Gesetzeslage – auch das wissen Sie, nur verneinen Sie es immer wieder –, die der Bundesregierung fast keine Handhabe zum Eingreifen gibt.

Meine Damen und Herren! Herr Kollege König! Dieser Minister beziehungsweise diese Regierung sucht die Kooperation. Sie findet auch die Zusammenarbeit. Wir finden sie, bitte, nur nicht bei Leuten, die wie Sie mit gespaltenen Zungen reden. Das sind nicht unsere Partner! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Lassen Sie sich gesagt sein: Dieser Energiebericht ist eine stolze Leistungsbilanz über eine erfolgreiche, eine sehr weitreichende Arbeit, die ausschließlich möglich war durch eine breite Zusammenarbeit von allen in der Energiewirtschaft Tätigen mit der Bundesregierung.

Wie anders, als in diesem Bericht dargelegt, kann eine Bundesregierung überhaupt agieren bei dieser Gesetzeslage? Das sei noch einmal gesagt und soll nicht als Ausrede verstanden werden: Bei allen zielführenden Maßnahmen muß man mit jenen, die die energiepolitisch wirksamen Entscheidungen in Wirklichkeit zu tragen haben, und zwar in den Unternehmungen, in den Elektrizitätsversorgungsunternehmen, in den Ländern und in den Gemeinden, die für sich in ihren Organen autonom entscheiden, die Kooperation suchen.

Sie haben hier das Beispiel der Abwärmenutzung erwähnt. Herr Kollege König, Sie wissen es doch, warum sagen Sie denn nicht, daß der Herr Bundesminister Staribacher und überhaupt ein Regierungsmitglied kein Recht hat zu sagen: Gemeinde St. Pölten oder Gemeinde Tulln – bleiben wir bei dem Beispiel Zwentendorf –, du hast ab sofort die Abwärme bei dem Ersatzkraftwerk Zwentendorf zu nutzen! Sie wissen, daß er

das nicht kann, und stellen sich trotzdem hierher und sagen, das seien die Versäumnisse.

Sie wissen, wie hochdiffizil, weil vor allem investitionsstark das Erfordernis der Errichtung bei Fernwärmeinfrastruktur ist. Da ist eine regionale Energiepolitik notwendig. Diese kann die Regierung gar nicht allein machen, sie muß sie in Zusammenarbeit mit Ländern und Gemeinden machen. Sie hat keine gesetzliche Basis dafür, und Sie wissen es.

Oder Sie sagen: Der Herr Bundesminister soll – das verwischen Sie sehr geschickt, sehr geschickt versuchen Sie das zu verwischen – dem Verbund den Auftrag geben, ab sofort kein Öl, kein Gas, sondern nur mehr Kohle zu verwenden. Dabei wissen Sie ganz genau, daß er als Energieminister, wie Sie ihn immer ansprechen, dazu kein Recht hat.

Sie wissen ganz genau, daß er den Versorgungsunternehmen der E-Wirtschaft nicht sagen kann, daß sie in diesen oder jenen Monaten kein Erdöl mehr verwenden können. Aber Sie stellen sich hierher und sagen: Das ist ein Versäumnis.

Daß es trotzdem durch mühselige Verhandlungen gelungen ist, die E-Wirtschaft dazu zu bringen, ihren Ersatzbetrieb in Zwentendorf auf Kohle umzubauen, daß es gelungen ist, die E-Wirtschaft dazu zu bringen, in den Sommermonaten heuer erstmalig in Österreich auf den Einsatz von Öl zu verzichten, ist Zufall, glauben Sie? – Das ist das Ergebnis intensivster und mühseliger Verhandlungen, weil man erkannt hat, daß das der richtige Weg ist.

Ich sage Ihnen darauf: Sehr leicht, Herr Kollege König, wäre es gewesen, sich diese Verhandlungen zu ersparen und einen Zustand zu schaffen, wo man lediglich mit einem Dekret von fünf Zeilen, in das man hineinschreibt: ab 1. Mai 1979 haben sie nur mehr Kohle zu verwenden, derartige Politik machen kann. Wir haben ein Gesetz vorgelegt, das einen solchen Weg ermöglicht hätte, auch wenn man ihn nicht so gegangen wäre. Sie haben das damals zweimal – damit werde ich mich noch auseinandersetzen – abgelehnt. Nur tun Sie jetzt, bitte, nicht so, als ob das Versäumnisse wären, wenn erst im Zuge von mühseligen Verhandlungen derartige Ergebnisse erzielt werden können.

Natürlich fragt sich der Bürger draußen: Wieso ist das möglich? Wieso gibt es das, daß die Regierung hier nicht eingreifen kann? – Die Antwort ist ganz klar, meine Damen und Herren. Ich habe hier schon mehrfach gesagt: Unsere Verfassung kennt keinen Energietatbestand, sie kennt auch nicht den Tatbestand der Energiewirtschaft, und zwar trotz der Komplexität, die gerade auf diesem Gebiet herrscht.

Dr. Heindl

Der in den zwanziger Jahren geschaffene Kompetenzkatalog hat weitgehend den technisch-ökonomischen Stand der Jahrhundertwende und die Ideologie des liberalen Ordnungsstaates übernommen. Unsere mehrfachen Versuche – sowohl von der Bundesregierung als auch von meiner Fraktion –, durch umfassende Verfassungsgesetze Änderungen herbeizuführen, scheiterten. Warum? – Weil Sie nicht bereit waren mitzugehen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. All Ihre schönen Worte vom Anbieten einer Kooperation sind doch in Wirklichkeit nichts als leere Worte, denn in den entscheidenden Situationen haben Sie Ihren Worten leider Gottes keine Taten folgen lassen. *(Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Wiesinger: Ein Beispiel!)*

Bei jeder einzelnen Maßnahme in der Folge des Energiesicherungsgesetzes, Herr Kollege Wiesinger, bei jedem einzelnen Vorschlag waren Sie nicht bereit, mit uns zu gehen. Es blieb nur ein einziger Ausweg: der mühsame und zeitraubende Weg der Artikel 15 a-Verhandlungen. Diese wurden vor zwei Jahren mit den Ländern eingeleitet, und sie sind noch immer nicht abgeschlossen.

Es ist schon klar, meine Damen und Herren: Diese Konsenspolitik, diese Politik des Verhandeln ist nicht spektakulär. Hier wird hart um jede Entscheidung gerungen. Daß es leichter wäre, zu diktieren, gebe ich zu. Die Realität zwingt aber zu diesem Weg. Machen Sie daraus, bitte, nicht uns einen Vorwurf. Sie waren es, meine Damen und Herren – Ihr Standpunkt hat sich diesbezüglich bis heute nicht geändert –, die ein für uns alle und für die ganze Öffentlichkeit unfaßbares Junktim in den Raum gestellt haben. Erinnern Sie sich doch: Als wir gemeinsam den Beitritt Österreichs zur Internationalen Energieagentur beschlossen haben, war uns allen klar, daß wir hier entsprechende Konsequenzen, und zwar legislative Konsequenzen, setzen müssen.

Es stimmt: Wir haben eine Notstandsgesetzgebung für diese Fragen gemeinsam beschlossen. Aber jenen Teil, der darüber hinausgeht und der auch von der Internationalen Energieagentur verlangt wird, haben Sie uns verweigert. Sie haben strikt nein gesagt. Sie haben gesagt: Eventuell, aber bitte ein Junktim mit den Agrargesetzen.

Meine Damen und Herren! Um auch hier Mißverständnissen vorzubeugen: Für uns sind die Agrarfragen auch essentielle Fragen. Wir werden jederzeit bereit sein und haben es durch verschiedenste politische Maßnahmen bewiesen, der Agrarwirtschaft das zukommen zu lassen, das ihr zuzukommen hat. Aber bitte: Es ist doch eine völlig andere Ausgangssituation in

der Agrarwirtschaft. Vom Zucker-, Mehl- bis zum Schweineberg, den wir ja immer wieder erleben, haben wir Überschußproduktion. Das wird so bleiben, das wird sich nicht ändern.

Das gerade Gegenteil am Energiesektor: Extremste Importabhängigkeit. Und das junktimieren Sie! Mehr als zwei Drittel unserer Primärenergie müssen wir importieren. Wir haben es gehört: Allein die letzte OPEC-Preiserhöhung kostet uns um die 7 Milliarden Schilling an Devisen. Wir haben internationale Verpflichtungen, wie Sie selbst sagen. Es herrschen daher völlig verschiedene Ausgangspunkte. Trotzdem hat Sie das nicht gehindert und hindert Sie das bis heute nicht, folgenden Standpunkt einzunehmen – um es hier überspitzt zu formulieren –: Wir geben Ihnen teilweise Energiesicherung, wenn Sie nur eine Politik fortsetzen, die den Agrarüberschuß garantiert. Aber Sie geben auch da nur eine „teilweise“ Garantie. Das heißt: Von einer Zusage des Kollegen König betreffend Zusammenarbeit, um Energie sicherzustellen, kann ja gar keine Rede sein. Das bitte ist die Wirklichkeit.

Wir haben uns erwartet, daß Sie in der ersten Sitzung nach der Wahl, als Sie den Energiebericht diskutiert haben, vielleicht eine neue energiepolitische Einstellung zur Schau tragen werden. Wir wurden, wie schon so oft, sehr enttäuscht.

Sie haben damals gehört, daß der Minister Staribacher Ihnen gesagt hat: Geben Sie uns die Zustimmung zu diesem gemeinsamen Weg, machen wir gemeinsame Gesetze, und in dem Augenblick ändern wir unser Agieren, weil wir das politische Agieren auch ändern können.

Der Kollege Stix hat den Vorschlag gemacht: Machen wir eine Bundeskompetenz im Grundsatz für Energiefragen. Sofort waren Sie am Wort und haben gesagt: Das kommt für uns nicht in Frage!

Herr Kollege König! Das ist die Wirklichkeit und das muß die Öffentlichkeit hören. *(Abg. Dr. König: Konkrete Vorschläge!)* Sie verlangen immer Maßnahmen und entscheiden gegen uns! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Gerade im Hinblick auf diese von mir zitierte rechtliche Situation und das negativ-politische Verhalten der ÖVP – wir brauchen Sie dazu, weil wir eine Zweidrittelmehrheit hiezu brauchen – wird der Grundsatz so wie in der Vergangenheit der österreichischen Energiepolitik jener bleiben, einen breiten Konsens herbeizuführen, einen Konsens eben außerhalb des Parlaments. Dazu sind wir gezwungen. Ich habe schon gesagt, daß diese Vorgangsweise sicherlich keine spektakulären Zielsetzungen erlaubt. Aber es ist eben anders nicht möglich.

Dr. Heindl

Die seinerzeitigen Leitlinien – und die haben Sie anscheinend bis heute nicht genau studiert, denn sonst könnten Sie heute nicht derartiges hier gesagt haben –, diese Leitlinien für eine österreichische Energiepolitik enthalten Grundsätze. Die Gültigkeit dieser Grundsätze ist heute mehr denn je auf Grund der internationalen und der nationalen Entwicklung – ich denke an Zwentendorf – gegeben: daß nämlich die Entwicklung und Produktion inländischer Energiequellen optimal zu fördern sind – sie werden gefördert –, daß die Importe diversifiziert werden, mehr Erdgas bezogen und ein Übergang zur steigenden Verwendung von Kohle forciert wird – das ist gelungen, ist in die Wege geleitet; ich habe das an einigen Beispielen bereits demonstriert – und daß die Energieverschwendung hintangehalten wird, der rationelle Energieeinsatz verbessert werden muß.

Meine Damen und Herren! Ich habe es schon gesagt: Gerade am Sektor der Gaspolitik hat diese Regierung einen völlig neuen Weg beschritten. Denken wir doch etwas zurück: Ende 1969, Anfang 1970 waren unsere Gasimporte relativ gering und nur einseitig ausgerichtet. Heute sind wir soweit, daß wir von einer breitgestreuten Palette von Verträgen reden können und daß die Algerien-Verträge vor dem Abschluß stehen. Wir wissen, daß die Verhandlungen mit Norwegen begonnen haben. Es wurde also der Weg beschritten, das politische Risiko zu streuen. Auch ein mühsamer Weg, aber ein erfolgreicher Weg, der uns eben ein relativ hohes Maß an Energiesicherheit garantiert.

Ähnlich ist es uns gegangen mit neuen Wegen – obwohl die Kontinuität gewahrt werden konnte – am Elektrizitätssektor. Sie wissen ganz genau: In der ÖVP-Ära 1966 bis 1970 wurden lächerliche 340 Megawatt Bauleistungsbeschlüsse gefaßt. Hier war ein wirkliches Loch vorhanden, weil Sie auf die Kernenergie gesetzt haben. Sie haben den Zug verlassen, Sie sind abgesprungen, als Sie geglaubt haben, Sie könnten damit ein politisches Geschäft machen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Sie meinen, die Bevölkerung ist abgesprungen!*) Sie sind abgesprungen. (*Abg. Staudinger: Die Regierung ist abgesprungen!*) So weit wäre es doch nie gekommen, Herr Kollege Kohlmaier, wenn Sie bei jener Politik geblieben wären, die wir 1970 gemacht haben.

Aber trotzdem ist der E-Wirtschaft folgendes gelungen – mühsam gelungen; das gebe ich zu; aber es ist gelungen –: Es wurden Baubeschlüsse von über 2400 Megawatt allein im Verbundbereich gefaßt und auch realisiert. Eine unheimlich große Leistung! Ich frage Sie: Ist das alles nichts? Wenn man Ihnen zuhört, glaubt man immer

wieder, es ist nichts geschehen. Ja glauben Sie, es ist ein Zufall, daß in diesen acht, neun Jahren, wo es in anderen Ländern Black-outs am Stromsektor gegeben hat, bei uns immer Strom vorhanden war in jedem Ausmaß für jeden Privaten, für jeden Unternehmer, für jeden Betrieb? (*Abg. Dr. König: Da hat die Regierung gar nichts beigetragen dazu!*) Aber das ist ja Ihre billige Politik, Ihre billige Argumentation zu sagen: Dort, wo erfolgreiche Maßnahmen gesetzt werden, hat die Regierung nichts dazu getan! Wenn irgend etwas nicht gemacht wird, sagen Sie: Die Regierung macht nichts! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Kollege König! Das kauft Ihnen ja niemand ab. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*) Herr Kollege Kohlmaier! Niemand nimmt Ihnen das Recht, daß Sie weiter politisch so agieren. Sie werden die Antwort bei der nächsten Wahl wieder bekommen. Das sage ich Ihnen! (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.*)

Der Kollege König hat davon gesprochen, angeblich sei dieser Energiebericht eine Schande international. Wissen Sie: Da ich Ihre Denkart mittlerweile ja kennengelernt habe, habe ich mir vorgestern... (*Abg. Dr. König: Der Länderprüfungsbericht! – Abg. Dr. Mock: Sie zitieren völlig falsch!*) Der Energiebericht ist eine Schande? – Bitte sehr. Bei Ihnen ist ja alles eine Schande. Es ist das eine Schande, es ist der Länderbericht eine Schande. Egal. (*Abg. Dr. König: Man muß korrekt sein!*) Entschuldigen Sie, wenn Sie Länderbericht gemeint haben. Aber jedenfalls sagten Sie, daß die Kritik darinnen eine Schande international sei. Bitte sehr.

Ich habe mir angeschaut, wie es international aussieht bezüglich des Beschlusses der 5-Prozent-Einsparung, also was die anderen Länder gemacht haben, was in anderen Ländern geschehen ist. Ich will Ihnen nicht alles vorlesen. Es ist ein sehr langer Zettel. (*Der Redner zeigt ein Schriftstück vor.*) Aber einige Länder könnte ich Ihnen nennen, die Sie immer als Vorbild hinstellen. Ich kann Ihnen sagen: Sie sind alle weit hintennach. Wir werden wirklich mehr erreichen. Sie, Kollege König, lachen darüber. Ich überlasse das Ihnen nachher. Studieren Sie es. Vielleicht interessiert das nicht jeden.

Ich sage Ihnen nochmals: Bei uns sind die entsprechenden Veranlassungen getroffen worden. (*Abg. Dr. König: Welche?*) In anderen Ländern diskutiert man erst darüber. (*Abg. Dr. König: Welche?*) Jene Dinge, die in der Bundesrepublik diskutiert werden, haben Sie verhindert. Denken Sie nur zurück an das Beispiel – obwohl Sie es in Ihrem Programm gehabt haben –, es dürfen keine Privatbäder

Dr. Heindl

mehr gebaut werden, die nicht Solarenergie verwenden. *(Abg. Dr. König: Neue!)* Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht und haben uns im Vertrauen darauf folgendes gedacht: Wenn die ÖVP ein Energiekonzept hat, wird sie es ja beschlossen haben und wird das ja dann selbstverständlich in die Tat umsetzen.

Wir waren baß erstaunt, als wir dann auf einmal gehört haben: Nein, wir sind dagegen! *(Abg. Dr. König: Sie haben den Entwurf ja verändert!)* Die Ausrede, Herr Kollege König, daß wir angeblich die Verantwortung auf die Länder abschieben, stimmt ja nicht. Man hat es Ihnen im Ausschuß genau gezeigt, wie es wirklich war. Es lag in der Entscheidung der Länder, für die bereits gebauten Bäder entsprechende Veranlassungen zu treffen, und nicht bei den sogenannten Zentralisten, wie Sie es immer machen. Das ist nicht wahr. Tatsache ist, daß wir damals zum erstenmal festgestellt haben, daß die ÖVP nicht einmal in der Lage oder bereit ist – Sie können es sich aussuchen *(Zwischenruf des Abg. Dr. König)* –, ihre eigenen Konzepte zu realisieren. Das war ein neuer Aspekt, den wir bei dieser Angelegenheit gewonnen haben. *(Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich werde Ihnen noch etwas sagen – weil Sie es nicht glauben, daß schon etwas geschehen ist gerade im Hinblick auf diese fünf Prozent –: Allein dieses Arrangement des Ministers Stri-bacher mit der E-Wirtschaft, im heurigen Sommer kein Öl mehr zu verfeuern, bringt uns bereits ein Ersparnis von 60 000 Tonnen Öl. Ebenso wird heuer erstmals – hören Sie, bitte – 2000 Tonnen Alkohol dem Benzin beigemischt.

Aber gerade auf dem Gebiete des Energiesparens, meine Damen und Herren – ich würde es besser nennen: bei der effizienteren Nutzung der Energie –, zeigt sich eben sehr, sehr deutlich, daß man viele Forderungen aufstellen kann. Realisieren kann man sie aber nur – vor allem in Österreich –, wenn man entsprechende Gesetze hat. Und die haben wir leider nicht. In fast allen Bereichen – von Wärmeschutz über Anforderung einer Heizanlage, Heizkostenabrechnung, bessere Situierung von Neubauten bis zum Wirksamwerden der Kraft-Wärme-Kupplung – sind fast ausschließlich die Bundesländer beziehungsweise Gemeinden zuständig. Sollten aber trotzdem die dringend gebotenen Veranlassungen getroffen werden – und sie mußten getroffen werden und wurden auch getroffen –, mußte zunächst einmal unbeschadet diverser Zuständigkeiten genau geprüft werden, wer wo womit Energiesparen kann und Maßnahmen setzen muß.

Meine Damen und Herren! Das wurde gemacht durch die Einsetzung des Beirates für

sinnvollen Energieeinsatz unter Leitung von Professor Dr. Musil, der Ihnen ja politisch nicht sehr fernsteht, aber der hier wirklich als Wissenschaftler eine hervorragende Arbeit mit anderen Fachleuten geleistet hat. Es wurden erst die Voraussetzungen geschaffen, genau zu untersuchen: In welchen Bereichen liegen denn tatsächlich die Möglichkeiten, um Fehlinvestitionen zu vermeiden, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, zu überlegen: Wo kann ich was billiger am Energiesektor machen?

Hier wurden in vier Arbeitsgruppen umfassende Ergebnisse erzielt, und es gilt nun, diesen Katalog von Maßnahmen in die Tat umzusetzen. Er hat hier weitestgehend Eingang gefunden.

Ich verstehe nicht, was Sie zu dem sagen, was da drinnen geschrieben worden ist, zur Realisierung dieser Maßnahmen. Wenn Sie sagen, die Analysen sind richtig, müßten Sie ja dann auch zu den Konsequenzen ja sagen. Angeblich sind sie falsch. Ich weiß es nicht, warum Sie das nicht sehen wollen. *(Abg. Dr. König: ... fehlen!)* Aber die sind ja da! Ich komme noch dazu, ich werde es Ihnen sagen. Ich will Sie nur nicht lange aufhalten, denn lesen, nehme ich an, könnten Sie es, wenn Sie die Bereitschaft dazu nur haben, ja selber. Aber ich werde mich gerne noch einmal damit auseinandersetzen. *(Abg. Dr. König: Nur als Möglichkeiten ...!)*

Sie wissen ganz genau, Herr Dr. König, daß auf dem Industriesektor, und dies unter dem Zwang des internationalen und des nationalen Wettbewerbs, sowieso schon gespart wird.

Im Verkehrssektor gibt es Bereiche. Die sind mühsam, aber wir werden hier vorankommen.

Aber der größte Einsparungsbereich, meine Damen und Herren, ist im Haushalts- und Verbraucherbereich, und hier droht uns tatsächlich etwas: Wenn hier nicht raschest entsprechende Eingriffe gemacht werden, Eingriffe nämlich durch Änderung der Bauordnung, durch Änderung bei der Wärmedämmung, bei den Heizanlagen und so weiter, dann werden wir eine Entwicklung haben, die wir tatsächlich in den nächsten 15 bis 20 Jahren nicht bewältigen können.

Aber die Verfassung hat uns gezwungen, hier den mühsamen Weg der Verhandlungen zu gehen. Er wird gegangen, und auf diesem Weg wird es möglich sein – wenn man eben die Artikel 15 a-Verträge abschließt –, auf dem Gebiet der Wärmedämmung, bei Heizanlagen, bei der individuellen Heizkostenabrechnung, bei der Energieauszeichnung von Geräten und im Individualverkehr entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Dr. Heindl

Sie haben sich lustig gemacht über die Förderungsmaßnahmen, die die Regierung hiezu bietet. Nicht nur bei uns, auch in der Bundesrepublik Deutschland wurden die Förderungsmittel zur Energieeinsparung nicht ausgenützt. Und jetzt wird eben der Versuch unternommen – der Finanzminister hat es ja in Aussicht gestellt –, in Abstimmung der Notwendigkeiten entsprechende steuerliche Maßnahmen noch zusätzlich – zum Teil sind sie ja Gesetz – zu setzen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. König.)*

Aber alle, meine Damen und Herren, von wem immer verordneten Maßnahmen werden nur dann jene Änderung bringen und jene Entwicklung herbeiführen, die uns die Bewältigung des Energieproblems ermöglicht, wenn wir auch das Bewußtsein der Bevölkerung ändern. Das ist eine Voraussetzung.

Ich habe vor einigen Tagen einen Vortrag von Professor Weißkopf gehört, und er hat sich in diesem Vortrag anlässlich der Hundertjahrfeier von Siemens mit Technik und Kultur auseinandergesetzt. Dieser anerkannte Wissenschaftler kam zu dem Schluß dann, daß seiner Auffassung nach zwei Fragen die Zentralfragen der Menschheit überhaupt sind.

Die eine ist der gänzliche Abbau der Kernwaffen. Er nannte diese den Triumph des Wahnsinns und sagte, im Verhältnis dazu verstehe er nicht, daß es Länder gebe, wo man der Kernenergie so negativ gegenüberstehe.

Das zweite ihm ebenso wichtig erscheinende Problem, meine Damen und Herren, ist für ihn, für Weißkopf, das Problem der individuellen Lebensgestaltung.

Hier spielt die Problematik des Energiesparens herein. Hier kann nicht eine Regierung allein durch Gesetze oder Verordnungen agieren, hier können nur alle politischen Kräfte in diesem Land die entsprechende Bewußtseinsänderung mit herbeiführen, die notwendig ist, ein neues Bewußtsein zu schaffen, eine neue Einstellung zur Energie. Wir brauchen ein neues Energiebewußtsein, sonst werden wir mit Gesetzen diese Problematik nicht meistern.

In diesem Lichte würde ich auch bitten, zu verstehen und das nicht als „Gefälligkeitsdemokratie“ abzutun, wenn man sagt, man macht eine Befragung über einen autofreien Tag. Nicht als Votum, sondern wir haben bisher nicht gegen die Bevölkerung, gegen die breite Mehrheit der Bevölkerung regiert und werden das auch in Zukunft nicht tun. Wir werden immer nur im Einklang mit der Bevölkerung unsere Politik machen. Das ist uns bisher auch bei unpopulären Maßnahmen gelungen. Das hat mit Gefälligkeitspolitik gar nichts zu tun.

(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Wiesinger: Aber mit dem Spitalschilling...!) Auf dem Spitalsektor, Herr Kollege Wiesinger, bin ich nicht zu Hause, da müssen Sie einen anderen Kollegen fragen!

Meine Damen und Herren! Die sozioökonomische Struktur eines Landes kann man, wenn man nicht tiefgreifende Erschütterungen in Kauf nehmen will, nur langsam und in Übereinstimmung mit den Menschen, die dort tätig sind, ändern. Und es erhebt sich da die Frage, ob man die oft geforderte Umstellung auf energiesparende Strukturen, auf energiesparendes Gewerbe, auf energiesparende Industrie sehr rasch vorantreiben soll, weil ja zuerst die Frage beantwortet werden muß: Werden jene Produkte, die dort produziert werden, auch auf dem Weltmarkt zu den Preisen abzusetzen sein, wird es auch möglich sein, die Arbeitnehmer, die Mitarbeiter entsprechend rasch umzustellen? Das sind Fragen, die vorher geklärt gehören, meine Damen und Herren. Das kann man nicht über Nacht machen.

Der zweite Aspekt hiebei ist, wie ich schon zuvor erwähnt habe, die individuelle Einstellung, die durch Erziehung und persönliche Wertskalen geprägt ist, etwa im Ausmaß der Ausnützung von Anlagen, in der Lüftung von geheizten Räumen, aber auch in den persönlichen Präferenzen, welche Wohnung sich jemand kauft, welche Ausstattung eine Wohnung haben soll, welches Auto jemand fährt, wie rasch er das Auto fährt. Das sind Fragen, die unmittelbar in die Problematik hineinspielen. Und die können wir nicht durch Gesetze und Verordnungen ändern, die können wir nur und die müssen wir durch Änderung des Bewußtseins herbeiführen.

Wir glauben nur, daß der Weg, den wir jetzt gehen, für uns deswegen so mühsam ist, weil Sie in Wirklichkeit nicht bereit sind, nur ein bißchen hier im Interesse Österreichs mitzuwirken, daß diese Bewußtseinsänderung, die notwendig ist, auch herbeigeführt werden kann.

Und nun komme ich zu einem Gesichtspunkt, Herr Kollege König, mit dem haben Sie sich in Ihrer Rede sehr ausführlich – fast 40 Minuten oder 35 Minuten – beschäftigt, mit dem Preis. *(Ruf bei der ÖVP: Keine Vorwürfe!)*

Sicherlich, ein unwesentlicher Gesichtspunkt bei der Verwendung der Energie ist die Frage des Preises nicht. Es hat viele Diskussionen in den letzten Monaten gegeben: Benzinpreis, Dieselölpreis, Heizölpreis.

Ich möchte wiederholen, was ich für meine Fraktion bei der letzten Energiedebatte in diesem Haus schon gesagt habe. Wir wissen, daß Energie ihren Preis hat. Aber wir lehnen eine Energiesparpolitik nur über den Preis nach wie

Dr. Heindl

vor ab, vor allem dann, wenn er überwiegend zu Lasten der einkommensschwachen Schichten unseres Landes geht. Das sei bei dieser Gelegenheit einleitend noch festgestellt. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Wiesinger: Das müssen Sie nicht uns sagen!)* Aber der Herr Kollege König hat mir zuvor gerade vorgehalten, daß der Preis angeblich viel zu niedrig ist. *(Abg. Staudinger: Nein, ...!)* Er hat die Aussage des Herrn Vizekanzlers verwendet, aber er hat natürlich ... *(Abg. Staudinger: Herr Dr. Heindl, das hat er nicht!)* Herr Kollege Staudinger, ich habe genau zugehört, was er gemeint hat. Es ist leicht gesagt: Da müssen flankierende Maßnahmen her, und das geht schon! - So einfach, meine Damen und Herren, ist es nicht.

Und es steht sehr genau hier drinnen *(Abg. Dr. Kohlmaier: Heindl gegen Androsch!)*, und das unterstreichen wir und zu dem stehen wir, was hier genau fixiert worden ist. Im Energiebericht ist das festgehalten, daß es volkswirtschaftlich unmöglich ist, die Energiepreispolitik nur nach energiepolitischen Zielsetzungen auszurichten.

Wie soll unsere Exportwirtschaft bei einer generellen Hochpreispolitik wettbewerbsfähige Produkte produzieren? Wie soll die Konjunkturpolitik, die Arbeitsmarktpolitik aufrechterhalten werden, sollen niedere Inflationsraten garantiert werden, wenn wir die Energiepreise ausufern lassen würden? Das ist der Kampf, das ist der Grund, warum Staribacher diesen Kampf führt. Nicht, bitte, wie Sie es sagen: um Versorgungskrisen. Das wäre ja pittoresk, muß ich sagen, daß ein Energieminister sich an Versorgungskrisen freut, die es nicht gibt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. König.)* Ja Sie unterstellen das immer wieder!

Es gibt bei der Bewältigung des Energieproblems - und das wissen wir - viele Hürden, und zweifelsohne ist die Preishürde die entscheidendste. Sie hat nämlich nicht nur eine versorgungstechnische, nicht nur eine soziale, sondern darüber hinaus eine konjunktur- und arbeitsplatzorientierte Komponente.

Die Kunst war es und wird es auch in Zukunft noch mehr sein, zum richtigen Zeitpunkt, nämlich so rechtzeitig, daß Versorgungsschwierigkeiten hintangehalten werden können, jenen Preis zu fixieren, den die Wirtschaft verträgt, der akzeptabel ist und der auch für den Konsumenten akzeptabel sein kann. Ob die jeweilige Entscheidung dann richtig war, das zeigt sich nicht im Zeitpunkt der Entscheidungsfällung, sondern es zeigt sich im nachhinein, wenn die Wirtschaft weiter floriert, wenn die Energieversorgung weiter gesichert ist, wenn der Lebensstandard gehalten oder verbessert werden kann. Diese Urteile kann man nicht bei der Preisfest-

setzung, sondern immer erst im nachhinein feststellen.

Bisher ist es eben gelungen, Herr Kollege König, in neun Jahren Regierung Kreisky ist es gelungen, diesen Prozeß der Verbesserung, der besseren Lebenshaltung, des besseren Wirtschaftens zu halten. Oder wissen Sie einen Betrieb, der in diesen neun Jahren wegen Mangels an Energie zusperren mußte? Wissen Sie einen Bauern, der einmal seinen Traktor oder seinen Mähdrescher nicht in Betrieb nehmen konnte, weil er kein Dieselöl bekommen hat? Wissen Sie einen? *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das fehlte noch!)* Sie tun aber so, als sei das so!

Das ist ja für mich Krise. Ich stehe ja auf dem Standpunkt, daß wir keine Krise haben. Sie tun ja so, als gäbe es eine Krise! *(Abg. Dr. Kohlmaier: Es gibt schon Leute, die von der Tankstelle wieder weggegangen sind ...!)* Ja vielleicht weil er kein Geld gehabt hat! Das soll ja auch vorkommen, daß Autofahrer ohne Geld zu einer Tankstelle fahren.

Tatsache ist, daß bis zum heutigen Tag *(Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier)* - ich komme noch zum Ofenheizöl, Herr Kollege Kohlmaier, jetzt bin ich erst bei den Bauern! - jeder Autofahrer sein Benzin bekommen hat und daß jeder Haushalt bis zur Stunde sowohl strom- wie öl- und gasmäßig versorgt werden konnte. Das ist die Wirklichkeit, Herr Kollege König. Das ist es, was ich meine, wenn ich sage: Sie reden an der Wirklichkeit vorbei!

Es war bisher möglich, diese Energieversorgungspolitik zu machen und aufrechtzuerhalten, und es wird weiter der oberste Grundsatz der Energiepreispolitik sein - an dem werden wir weiter festhalten -, zuerst die Versorgung zu garantieren, und zwar mit Energiepreisen, die vertretbar sind. Das ist die Grundlage unserer Energiepreispolitik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben beim Strompreis die entsprechenden Änderungen herbeigeführt, wir haben die Degression abgebaut. Sicher, ich gebe zu, es wäre manchmal denkbar, in diesem oder jenem Bereich eine Verstärkung in Richtung Energiesparen herbeizuführen. Sie wissen aber, daß das nicht so einfach ist, weil ja hier Änderungen in Richtungen notwendig sind, die sehr weite Eingriffe bedeuten würden.

Nun zum Heizöl und zum Benzin. Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen schon gesagt, welche Maßnahmen warum gesetzt worden sind. Sie haben gesagt, Herr Kollege König, die Dieselölpreisfreigabe hätte angeblich zu chaotischen Verhältnissen geführt.

Ich sage Ihnen eines: Zu einer Hysterie hat es geführt, aber zu einem hat es sicher nicht

Dr. Heindl

geführt: daß jemand kein Dieselöl bekommen hat. Und auch die Preisentwicklung hat sich durchaus so gestaltet, wie sie in unseren Nachbarländern ist.

Und das ist nämlich die zweite Komponente bei der Preispolitik. Wir können nicht im luftleeren Raum Benzin- und Dieselölpreis machen. Wir müssen Rücksicht nehmen auf die Preise in den Nachbarländern.

Wenn ich Ihnen sagen darf: In der Bundesrepublik ist der Dieselölpreis zwischen 7,10 S und 7,40 S. Bei uns in Österreich pendelt er sich ein zwischen 6,89 S - zum Teil in Wien zu sehen - bis zu 7,70 S in den westlichen Bundesländern, wobei auch dort Preise von 7,10 S festgestellt werden konnten.

Ähnlich, meine Damen und Herren, ist es auch beim Benzin. Ich sage Ihnen etwas zur Preissituation überhaupt: Wir werden bei der Politik der Preisregelung bleiben, weil wir der Auffassung sind: Solange wir damit eine entsprechende Versorgung garantieren und die Preise im Griff behalten können, sollen wir das nicht ändern.

Warum haben wir jetzt den Dieselölpreis herausgenommen? Eben weil wir aus Versorgungsgründen diesen Weg beschreiten mußten, und der Umstand, daß das geglückt ist, daß nämlich Dieselöl entsprechend am Markt ist, zeigt, daß dieser Weg richtig war, und wir werden hier keine Änderung herbeiführen.

Der Benzinpreis: Hier sind viele Diskussionen, viele Varianten gewesen: Soll man eine Rationierung machen? Ich würde davor warnen. Wir sehen, wohin das in Amerika führt. Soll man einen gespaltenen Benzinpreis machen? Alles Denkmodelle. Denken wird man ja noch dürfen, glaube ich, auch laut. Wenn das bei uns geschieht, dann ist das ja anscheinend nur in Ihren Augen schlecht. Denn Sie schließen ja daraus, daß das schon politische Maßnahmen sind.

Warum glaube ich, daß der gesplattene Benzinpreis nicht gut wäre? Weil wir dann mehrere Preise hätten. Dann hätten wir einen niedrigen Preis, einen hohen Preis, es wird sich ein schwarzer Preis entwickeln, und dazwischen haben wir das Super- und das Normalbenzin.

Wir glauben, daß wir bei der Benzinpreisregelung bei dem Prinzip, wie wir es jetzt haben, bleiben sollen, solange es versorgungstechnisch vertretbar ist.

Auf jeden Fall wird man einen Weg gehen müssen, da es technologisch möglich ist, das Normalbenzin mit mehr Oktan zu versehen. Bei uns hat das Normalbenzin 87, 88 Oktangehalt, in der Bundesrepublik Deutschland 91, 92.

Man sollte, um den Trend zu stoppen, prüfen, ob es nicht möglich wäre, mehr Super und weniger Normal zu erzeugen. Es wird also zu überlegen sein, ob dieser Weg nicht der beste ist. Aber nochmals: Solange es versorgungstechnisch nicht notwendig ist, wird man bei der bisherigen Preisregelung und Preisgestaltung bleiben.

Heizöl, letztes Preisthema: Der Heizölpreis, meine Damen und Herren, ist korrigierbar, muß korrigiert werden. Das ist überhaupt keine Frage. Aber auch hier, bitte, sind doch die Dinge so zu sehen, wie sie historisch sind. Der Heizölpreis hat sich doch deshalb so niedrig entwickelt, weil es noch vor einigen Jahren ein irrsinniges Überschußgut war. Es ist natürlich schwer, über Nacht hier Änderungen herbeizuführen. Sie werden herbeigeführt, das ist schon zigmal angekündigt worden, und man muß sich überlegen, in welchen Etappen das gemacht wird oder ob man es auf einmal machen sollte. Warum?

Wir haben sehr deutlich bemerkt, daß gerade in den letzten vier Jahren das Umsteigen - wir brauchen uns nur den Mikrozensus ansehen - von der Einzelofenheizung gerade in die Richtung der Ölfeuerung geht. Das ist sicher energiepolitisch ein Weg, den wir nicht begrüßen, und daher wird eine Korrektur des Ofenheizölpreises unbedingt notwendig sein.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Sie, Herr Kollege König, haben schon im Ausschuß angekündigt und haben es hier wiederholt, daß Sie den Bericht nicht zur Kenntnis nehmen werden, obwohl Sie sich im Detail damit anscheinend nicht auseinandergesetzt haben.

Ich darf wiederholen: Gerade zu jenem Grund, den Sie angeben, daß nämlich angeblich die Maßnahmen fehlen, muß ich sagen - und hier steht sehr deutlich, und diesen Satz darf ich Ihnen vielleicht doch in Erinnerung rufen -:

„Zur Erfüllung der energiepolitischen Ziele wird es als erforderlich erachtet, daß folgende Maßnahmen gesetzt werden:“

Meine Damen und Herren! Hier sind an 53 Maßnahmen im Detail angeführt. Sie haben gehört, daß die überwältigende Anzahl dieser Maßnahmen bereits eingeleitet oder in Realisierung begriffen ist. Ich könnte jeden einzelnen dieser 53 Punkte jetzt durchgehen. Was, frage ich, wollen Sie noch bei dieser Rechtsituation? Was wollen Sie, daß hier eine Bundesregierung mehr tut?

Ich kann wiederholen: Wir werden diese Energiepolitik, die neun Jahre erfolgreich war, fortsetzen und sind überzeugt, daß die Bevölke-

Dr. Heindl

zung mit uns diesen Weg weitergehen wird. Wir werden deswegen dem Energiebericht zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete DDr. König zum Wort gemeldet. Ich mache ihn auf die 5-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Heindl hat mir in den Mund gelegt, ich hätte gesagt, die Preise seien zu niedrig.

Richtig ist, daß ich den Herrn Finanzminister Dr. Hannes Androsch zitiert habe, der erklärt hat: Mit künstlich niedrig gehaltenen Preisen kann man die Versorgung nicht sichern.

Ich hingegen habe darauf hingewiesen, Herr Abgeordneter Heindl, daß man bei einer Aufsplitterung der Preise bei Koppelprodukten in einen Teil, der preisgeregelt ist, also dirigistisch geregelt wird, und in einen Teil, der dem Markt freigegeben wird, zu hausgemachten Versorgungsschwierigkeiten kommt.

Ich habe damit auch nicht gesagt: Es gibt eine Krise!, sondern ich habe gesagt, diese Preispolitik, einen Teil nicht freizugeben und einen Teil freizugeben, führt zu hausgemachten Versorgungsschwierigkeiten. Das ist etwas völlig anderes.

Ich habe auch, Herr Abgeordneter Heindl – daß wir das auch gleich klarstellen –, eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht. Ich wundere mich, daß Sie diese nicht gehört haben, denn Sie haben hier gesagt, es wären keine gemacht worden.

Ich habe den Ausbau eines Fernwärmenetzes und die Förderung dazu vorgeschlagen, ich habe auf unsere Anträge hingewiesen, die hier im Hause liegen, betreffend die Förderung der verbesserten Wärmedämmung, der Kleinkraftwerke, der Sonnenkollektoren und der Wärmepumpen. Ich habe auch auf die Umstellung der Heizungsabrechnung verwiesen. Wenn das keine Vorschläge sind, dann weiß ich nicht. Es tut mir leid, daß Sie das nicht gehört haben, daß Sie sich damit auch nicht auseinandergesetzt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe Ihnen etwas mitgebracht: zwei Pakete. *(Redner legt ein größeres und ein kleineres Paket auf das Pult.)*

Ich darf zuerst dieses kleine Paket aufmachen. *(Redner öffnet das kleine Paket und zeigt dessen Inhalt den Abgeordneten.)* Das ist der Energiebericht der österreichischen Bundesregierung.

Ich darf dieses zweite Paket aufmachen. *(Redner öffnet das größere Paket und zeigt dessen Inhalt den Abgeordneten.)* Das ist der Energiebericht der Schweiz. *(Abg. Dr. Fischer: Da ist mir der österreichische schon lieber!)*

Der Unterschied zwischen diesen beiden Kompendien zeigt deutlich, wie energisch wo Energiepolitik betrieben wird und wo nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dieser Vergleich zwischen der österreichischen Energiepolitik und der Schweizer Energiepolitik kann auch eingengt werden, beispielsweise auf den Maßnahmenkatalog. *(Redner zeigt ein Buch vor.)*

Das hier ist der Katalog denkbarer Maßnahmen, der in der Schweiz entwickelt wurde. Von ungefähr 200 möglichen Gedankengängen und Vorschlägen zur Energieeinsparung und zu Alternativenergien hat die Schweizer Kommission letztlich nur 70 aufgegriffen, und diese 70 detailliert. Das ist der Maßnahmenkatalog in der Schweiz.

Wenn ich damit den Maßnahmenkatalog des Herrn Handelsministers vergleiche, dann sind das also diese wenigen Blätter. *(Redner weist auf die Broschüre.)* Diese 1, 2, 3, 4, 5 Seiten sind der Maßnahmenkatalog des Herrn Handelsministers.

Dazu hat Herr Dr. Staribacher dann im Ausschuß auch noch gesagt, die Hälfte dieser Maßnahmen, die er da im Bericht aufgeführt hat, sei praktisch schon erledigt oder in Erledigung.

Ich glaube, das ist eine sehr verwegene Behauptung, wenn man die Situation der Energiepolitik in Österreich betrachtet. Nicht die Hälfte der Maßnahmen ist erledigt – was in Wahrheit erledigt ist, ist die bisherige österreichische Energiepolitik.

Es ist der Beweis dazu von der Regierung selber erbracht worden. Wozu hätte es der Einsetzung eines Ministerkomitees bedurft, wenn die bisherige Energiepolitik so gut gewesen war?

Warum muß dann diesem Ministerkomitee nicht der zuständige Energieminister vorsitzen, sondern der Herr Vizekanzler beziehungsweise Finanzminister? Und warum bitte ist es die vordringlichste Aufgabe dieses Ministerkomitees, einen, wenn man den Meldungen darüber vertrauen kann, Operationskalender fertigzustellen, also eine Übersicht über Maßnahmen

Dr. Stix

zustande zu bringen, die jetzt rasch und zeitlich genau fixiert getroffen werden müssen?

Warum all das, wenn es bisher eine angeblich gute Energiepolitik gegeben hat, wie das von sozialistischer Seite behauptet wird?

Wir Freiheitlichen stellen fest: In Wahrheit hat Österreich wie auch viele andere Länder aus der Energiekrise, aus der ersten Ölkrise des Jahres 1973, nichts gelernt. Es ist nur zu halbherzigen Maßnahmen gekommen, und das jetzige Eintreten einer neuerlichen Ölkrise und alle Begleiterscheinungen drum herum zeigen ja, daß man in Wahrheit nicht darauf vorbereitet ist.

Umso ernster sind die Mahnungen des saudiarabischen Erdölministers Jamani zu nehmen, der laut „Wochenpresse“ sagt: „Sollte die Nachfrage nach Erdöl bis 1990 jährlich um 2,5 Prozent und danach bis zum Jahr 2000 um jährlich 2 Prozent wachsen, werde es selbst dann bereits 1988 ein nicht mehr zu deckendes Defizit geben, wenn jährlich Lagerstätten von 2,7 Milliarden Tonnen Rohöl gefunden würden.“

Jamani sieht bereits ein Klettern der Rohölpreise auf das Drei- bis Vierfache der gegenwärtigen Höhe voraus.

Ich glaube, das läßt nichts mehr an Deutlichkeit zu wünschen übrig, und die Zeit, die uns in den industrialisierten Ländern des Westens bleibt, auf diese Ölkrise die richtigen Antworten zu entwickeln, ist verdammt knapp geworden. Man hat jedenfalls fünf Jahre nahezu tatenlos verstreichen lassen, denn mit Konzepten allein, mit Überlegungen allein ist es ja nicht getan.

Ich möchte aber zunächst auf einen Teilbereich dieser Krise zu sprechen kommen. Die Energiekrise als Ganzes artikuliert sich ja primär in einer Ölkrise. Es wird sicherlich demnächst die Erdgaskrise dazukommen, über die so wenig gesprochen wird, die aber ebenfalls vor der Tür steht, denn es läßt sich schon jetzt absehen, daß in wenigen Jahren Erdgas vermutlich genauso knapp sein wird wie Öl. Es ist angesichts dieser Entwicklung aber ein unglaublicher Nonsens, noch immer in bestimmten Bereichen auf Erdgas neu umzustellen. Aber das ist nur eine Randbemerkung.

Die Energiekrise aktualisiert sich in der Ölkrise, die Ölkrise aktualisiert sich in der Treibstoffkrise. Damit ist das große Thema Auto angesprochen.

Nun haben Autos unter anderem die Eigenschaft, daß man sie sieht, wenn sie fahren, und wenn sie massenhaft fahren, dann riecht man sie auch, und sie verursachen eine Menge Begleiterscheinungen, als da sind: Lärm, Abgase, verstopfte Städte, verstopfte Straßen und dergleichen mehr.

Es ist daher psychologisch vollkommen verständlich, daß sich zunächst einmal viele Energiesparvorschläge auf dieses Phänomen des treibstoff- und energiefressenden Autos konzentrieren.

Aber bei der Energiepolitik ist es wichtig, im Auge zu behalten, daß der gesamte Straßenverkehr gerade ein Sechstel – ich wiederhole: ein Sechstel, teilweise sogar weniger – des gesamten Energieverbrauches für sich beansprucht, und auch sehr große Einsparungen in diesem Bereich können in Wahrheit nicht die Energiekrise lösen. Der größte Energiebedarf, nämlich mit über 50 Prozent des Einsatzes, findet im Bereich der Wärmewirtschaft im weitesten Sinne statt. Und dort liegt der Ansatzpunkt, die Probleme zu lösen.

Das bitte am Anfang, um die Dimensionen ein wenig zurechtzurücken. Trotzdem bleibt es uns natürlich nicht erspart, uns im Detail auch mit den Möglichkeiten, den Treibstoffverbrauch, den Energieverbrauch auf dem Sektor Auto einzuschränken, zu befassen. Aber dazu wird mein Fraktionskollege Dr. Ofner einiges ausführen.

Mir geht es nur darum, auch einmal zu sagen, daß es hier jetzt falsch wäre, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Das Auto ist ein Bestandteil unserer gesamten Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur, würde man es einfach herausziehen, gewissermaßen das System Individualauto stilllegen, dann würde sowohl unsere Wirtschafts- wie auch unsere Siedlungsstruktur zusammenbrechen. Das muß man ganz klar erkennen.

Wenn man das akzeptiert, dann heißt die Entwicklung nicht Abschaffung des Autos, sondern Weiterentwicklung dieses Systems, einen sinnvolleren Gebrauch davon machen und im übrigen auch den Betrieb der Autos wegzubringen vom Erdöl als Ausgangsbasis. Das geht. Ich möchte mich darüber nicht verbreiten, aber wir wissen heute aus umfangreichen technischen und wirtschaftlichen Studien, daß als Fernziel das abgaslose Langzeitauto auf der Basis neuer Antriebe, bei denen wir nicht auf Erdöl angewiesen sind, keine Utopie, sondern ein Ziel ist, das man real anstreben kann und muß.

Zu einer Seite der Diskussion um die Benzinversorgung möchte ich aber auch hier Stellung nehmen, weil sie nämlich ganz allgemein hineinreicht in die Preispolitik auf dem Energiesektor, wie sie Herr Bundesminister Dr. Staribacher betreibt. Der Herr Abgeordnete Dr. Heindl hat die Preispolitik des Herrn Bundesministers verteidigt. Er hat vor allem gemeint, man dürfe keine Hochpreispolitik zulassen, vor allem nicht zu Lasten einkommensschwacher Volksschichten. Das heißt, er

Dr. Stix

hat, wie das die gängige Maxime auch für Dr. Staribacher ist, in die Preisbildungsfrage auch die soziale Komponente hineingetragen.

Das ist ein ehrenwertes Unterfangen. Nur ist es in der praktischen Anwendung fatalerweise mit einem Bumerangeffekt verbunden. Es führt nämlich keineswegs zur Lösung der Versorgungsfragen plus Sozialfragen, sondern es löst nicht die soziale Frage, führt aber unter Umständen zu einer echten Versorgungskrise, und da schließe ich mich den vom Vorredner der ÖVP geäußerten Sorgen an.

Ich glaube, Herr Bundesminister, daß uns Ihre gegenwärtige Preispolitik auf dem Sektor Mineralölprodukte über kurz oder lang in eine Krise der Mengenversorgung führt.

Sie können heute in ganz Österreich nur mit größter Mühe Ofenheizöl – sprich Heizöl extraleicht – bekommen. Wir sind jetzt in den Sommermonaten, in denen alle Verbraucher, insbesondere auch die Haushalte, ihre Tanks für den Winter vollmachen, um eben im Herbst gerüstet zu sein, und genau das ist diesmal nicht möglich, weil man einfach nichts bekommt, und man bekommt deswegen nichts, weil die Preise auf dem Weltmarkt auf einem höheren Niveau liegen, als Sie letzten Endes, alle Zwischenstufen eingeschlossen, Herr Bundesminister, in Österreich als Endverbrauchpreis konzedieren.

Wenn Sie also jetzt ankündigen, Sie werden über kurz oder lang doch mit dem Ofenheizölpreis hinauffahren müssen, dann ist das erstens schon reichlich spät, denn jetzt ist es bereits unmöglich, die benötigten Vorratsmengen für den Winter zu bekommen, und zweitens nehme ich an, daß dann wieder eine ähnlich halbe Sache passieren wird wie Ihre Preispolitik bezüglich der anderen Erdölprodukte. Warum?

Sie haben zum Beispiel den Diesel freigegeben. Der Dieselmotortreibstoff ist ein Koppelprodukt. Er ist nicht beliebig erzeugbar. Wenn man auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung vom Weltmarkt her, wenn die Erzeuger sagen: Für unsere gekoppelten Produkte brauchen wir andere Preise, und Sie genehmigen aber nur für ein Produkt aus dieser Palette eine Freigabe, dann ist klar, daß jener Effekt entsteht, wie wenn man in einem Saal, der voll ist mit Menschen und der 10 Türen besitzt, nur eine Tür aufmacht. Das ergibt eine katastrophale Entwicklung bei dem betreffenden Ausgang. *(Beifall bei der FPÖ.)* Genau das, Herr Bundesminister, hat sich auf dem Sektor der freigegebenen Dieselmotortreibstoffe abgespielt.

Und nun besteht die ganz große Gefahr, daß Sie auf diese Art und Weise weiterfahren. Das nächste Dilemma heißt dann Heizölverknappung, und dann kommen wir sowieso schon

wieder in den nächsten Preisschub hinein, und da werden Sie sich dann wahrscheinlich sträuben, die Benzinpreise, sei es für Normalbenzin, sei es für Superbenzin, den Weltmarktentwicklungen entsprechend anzuheben. Dann werden wir sehr rasch in Österreich auch jene Benzinmengenversorgungskrise bekommen, die wir gegenwärtig noch nicht haben.

Ich möchte von Ihnen außerdem gerne hören, was Sie zu dem sagen, was Ihr eigener Regierungschef zum Energiesparen und zu den Preisen meint. Es hat der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky in der „Weltwoche“ vom 23. Mai in einem Interview auf eine Frage, die folgendermaßen lautete: „An ein rigoroses Energiesparen denken Sie nicht?“, die Antwort gegeben: „Nein. Die Leute werden auf gewissen Sektoren automatisch sparen, sobald alles teurer wird.“ Beim Benzin hat dann der Kanzler eine Einschränkung gemacht.

Das heißt also, hier wird im Grunde genommen eine Politik der Preisfreigabe vertreten, und zwar vom Herrn Bundeskanzler. Das ist genau entgegengesetzt zu Ihrer preispolitischen Philosophie, Herr Bundesminister. Und ich bitte Sie, mir also diesen Widerspruch aufzuklären.

Aber ich möchte auch noch auf Kollegen Dr. Heindl zurückkommen, und zwar die soziale Komponente in der Preisbildung betreffend. Wir Freiheitlichen haben hier eine deutlich andere Auffassung als Sie von der sozialistischen Seite. Wir glauben nämlich, daß der Preismechanismus im wesentlichen dazu da ist, die Mengenbewegungen richtig zu steuern, und daß er nicht dazu geeignet ist, die sozialen Probleme zu lösen. Der interpersonale Finanzausgleich zugunsten sozial schwacher Bevölkerungskreise, zu dem auch wir Freiheitlichen uns bekennen, kann und darf nicht mit dem Preismechanismus bewältigt werden, weil dann nämlich beides unmöglich wird. *(Beifall bei der FPÖ und von Dr. König.)*

Ich möchte Ihnen dazu ein bißchen etwas zitieren aus der inzwischen bekanntgewordenen Saarbrücker Stellungnahme der FDP, Landesverband Saar, weil nämlich hier ganz ausgezeichnet diese essentielle Auffassungsdifferenz zwischen sozialistischer und freiheitlicher Preispolitik ausgedrückt wird. Ich darf zitieren:

„Moderne Soziale Marktwirtschaft bedeutet für uns Liberale mithin in erster Linie eine klare Funktionsteilung zwischen den Aufgaben des Systems der ‚Preise‘ und dem des ‚Interpersonellen Finanzausgleichs‘:

8. Das Preissystem hat die Aufgabe, den Produktions-Prozeß zu steuern. Nur so bleibt leidlich gesichert, daß das produziert wird, was in der täglichen Urabstimmung aller Verbrau-

Dr. Stix

cher sich kraft ihrer Bereitschaft, dafür ihr wertvolles Geld herzugeben, ... ihren Bedürfnissen am ehesten entspricht. ...

Soziale Korrekturen der Verteilung aber sollten tunlichst die Form direkter Geldübertragungen („offener Transfer“) aufweisen und nicht die Form von Eingriffen ins Preissystem; ...“

Unsere Freunde von der Saar kommen hier zu der zusammenfassenden Feststellung: „Wo auch immer Politiker meinten, Sozialem statt durch offene Abgaben und Subventionen („Interpersoneller Finanzausgleich“) durch Eingriffe in das ‚Preisgefüge‘ zum Zuge verhelfen zu können, hat regelmäßig Wohlgemeintes sein Ziel verfehlt, ist regelmäßig Wohlgemeintes zum Nachteil der Bedachten ausgeschlagen (Bumerang-Effekt).“

Wir haben das, bitte, ganz groß im Bereich der Landwirtschaft: Überproduktion und trotzdem Einkommensdisparität, wir haben diesen Bumerang-Effekt bei der in Österreich total verfahrenen Wohnungswirtschaft, und jetzt, Herr Handelsminister, handeln Sie uns mit dieser Ihrer Preispolitik auch noch eine Mengenkrise im Bereich der Heizöl- und Benzinversorgung ein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Im Zusammenhang mit der Preispolitik taucht natürlich die Frage der Abgeltung jener Teuerungswelle auf, die vom Weltmarkt via Öl oder andere Energieträger auf uns einströmt. Da, muß ich sagen, findet jene Passage aus dem Pörschacher Papier vom Herrn Finanzminister Dr. Androsch meine Zustimmung, die da lautet, ich darf wörtlich zitieren:

„Die aus der Erhöhung der internationalen Energiepreise resultierende Kosten- und Preisbelastung wirkt wie eine Steuer der Energieexporteure auf heimische Produkte und Verbrauch, der damit verbundene Einkommensverlust kann im Inland nicht abgegolten werden.“

Ich halte das für eine volkswirtschaftlich völlig zutreffende Auffassung. Und man sollte, bitte, die Konsequenzen daraus ziehen.

Im übrigen ist es ja nicht nur eine negative Entwicklung, die sich da abspielt, sondern unter anderen Gesichtspunkten eine positive, wenn ich nämlich an den so notwendigen Kaufkrafttransfer in die Länder der Dritten Welt denke. Die Länder der Dritten Welt sind nach wie vor ein wachsender Markt auch für unsere österreichische exportierende Wirtschaft. Dieser Markt in den Ländern der Dritten Welt krankt aber primär daran, daß er über wenig Kaufkraft verfügt. Daher ist ein globaler Kaufkrafttransfer in die Länder der Dritten Welt durchaus auch positiv zu sehen. Es ist das nicht nur für uns mit Verzicht verbunden, sondern enthält zugleich

die Chance, im Wege einer weiter integrierten Weltwirtschaft auch Absatz für unsere Industrieprodukte in Zukunft zu finden.

In diesem Sinne könnte ich mich den Gedankengängen von Dr. Androsch anschließen.

Aber kehren wir zurück zum Öl. Herr Bundesminister Staribacher hat bis heute nicht die Frage beantwortet, sie ist auch im Energiebericht nicht beantwortet, wie er etwa jener Empfehlung der Internationalen Energieagentur nachkommen will, die gesagt hat, in diesem Jahr sollen zumindest 5 Prozent Öl eingespart werden.

Tatsache ist, und ich stütze mich hier auf ein Memorandum der Mineralölindustrie, daß der Verbrauch der Mineralölprodukte in Österreich im überschaubaren Zeitraum des Jahres 1979 Zuwachsraten von durchschnittlich 11 Prozent aufweist. Also auf der einen Seite Empfehlung der IEA: Kürzung um 5 Prozent, auf der anderen Seite Zuwachsraten um 11 Prozent.

Herr Bundesminister! Bitte, wo ist Ihr Konzept? Sagen Sie uns bitte, wie wollen Sie erreichen, daß angesichts dieser auseinanderklaffenden Entwicklung die Empfehlung der Internationalen Energieagentur in Österreich wahrgemacht wird? *(Beifall bei der FPÖ.)*

In diesem Zusammenhang kann man natürlich am Weltwirtschaftsgipfel, der in Tokio über die Bühne gegangen ist, nicht vorbeischaun. Es haben sich dort die mächtigsten Staaten, die mächtigsten vor allem wirtschaftlich hochindustrialisierten Staaten getroffen und haben nicht zuletzt die Ölkrise beraten. Da ist wieder einmal als der Weisheit letzter Schluß ganz stark herausgestrichen worden, daß es nicht anders ginge, als, um dieser Ölkrise Herr zu werden, doch forciert in die Kernkraft einzusteigen.

Es ist in einigen Zeitungen, beispielsweise in der „Presse“, von einer neuen „Allianz für die Kernkraft“ gesprochen worden. Und da kann man natürlich als Österreicher, als Angehöriger eines Landes, das durch Volksentscheid auf die Nutzung der Kernenergie verzichtet hat, nicht einfach schweigend daran vorbeigehen.

Ich möchte, obwohl Österreich als Folge der Volksabstimmung scheinbar nicht betroffen ist, keineswegs verkennen, daß es die Befürworter in diesem Land natürlich nicht aufgegeben haben und nun sicherlich versuchen werden, nach Maßgabe dieser scheinbar weltweiten Entwicklung auch noch auf diesen Zug der Kernenergie aufzuspringen.

Aber lassen Sie mich gerade deswegen und im Hinblick auf diese in Österreich zu erwartende Entwicklung doch noch einmal ganz

Dr. Stix

massiv sagen, daß wir Freiheitlichen der Auffassung sind: Das, was sich mit dem Öl abgespielt hat, nämlich daß die gesamte industrialisierte Welt von den Experten, von den Technokraten, von den wirtschaftlich Mächtigen in eine technologische Sackgasse geführt wurde, dem schließt sich nunmehr dieselbe Garnitur an, nämlich die westliche Welt und mit ihr auch die übrige Welt in eine neue, in eine noch viel größere technologische Sackgasse hineinzuführen - in die Sackgasse Kernenergie.

Lassen Sie mich nur zwei Feststellungen dazu treffen. Zuerst ein Zitat von Professor Weizsäcker zum Weltproblem Öl. Professor Weizsäcker ist bekanntlich ein gemäßigter, skeptischer, teilweiser Befürworter der Kernenergie. Und nun ist es interessant, daß dieser wissenschaftlich und auch politisch international angesehene Mann sagt - und jetzt zitiere ich -: „Es sei nur betont, daß für eine rationelle langfristige Planung nicht die Kernenergie die natürliche Alternative für Öl ist.“

Das sagt immerhin eine international anerkannte Kapazität genau zu dem Zeitpunkt, da die Regierungen verzweifelt versuchen, so etwas wie eine Allianz für Kernkraft zustande zu bringen.

Ich will heute nicht über Atomenergie allgemein reden, ich will heute nicht über die Vorteile und Nachteile der Kernenergie reden. Aber einen wirtschaftlichen Gesichtspunkt, der in ganz engem Zusammenhang mit der Ölkrise steht, muß ich dazu erwähnen, und das ist das Problem der Uranversorgung.

Es ist ja nicht wahr, daß uns bei der Kernenergie ein unerschöpflicher Rohstoff zur Verfügung steht. Die Uranreserven werden, wenn alle Kernkraftausbaupläne Platz greifen sollten, schneller zu Ende gehen als die Ölvorräte. *(Lebhafte Zustimmung bei der FPÖ.)*

Wie dramatisch sich das jetzt und heute abspielt, möchte ich Ihnen an Hand der Schweizer Erfahrungen exemplifizieren. Aus einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ jüngsten Datums, nämlich vom 24./25. Juni, läßt sich klar ersehen, welche Zores die Schweiz heute bereits mit der Uranversorgung hat.

Die Schweiz bekommt ihre Uranlieferungen von Kanada, und ich bitte um Genehmigung, einige Stellen aus diesem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ vorlesen zu dürfen, weil er nämlich sehr schön veranschaulicht, in welcher furchtbaren Schlamassel wir kämen, würden wir uns auf eine Kerntechnik einlassen, die auf Uran basiert.

Ich zitiere: „Eine solche ‚Entwicklung‘ bildet die beabsichtigte Ratifizierung eines problema-

tischen Zusatzvertrages zum schweizerisch-kanadischen Rahmenabkommen über die nukleare Zusammenarbeit.“

Ich springe im Zitat: „Im Falle der Schweiz ist es insbesondere bestimmend für die Abwicklung der umfangreichen Uranlieferverträge, die hiesige Kernkraftwerksträger zur Deckung ihrer Brennstoffbedürfnisse mit kanadischen Anbietern vor Jahren vereinbart haben. Mit der Erfüllung dieser Lieferverpflichtungen seitens der kanadischen Vertragspartner hapert es gewaltig.“

Wer die unterkühlte Schreibweise der „Neuen Zürcher Zeitung“ kennt, vermag diese Ausdrucksweise entsprechend zu gewichten.

Es heißt weiter: „... verweigert die kanadische Regierung seit 1977 die Bewilligung zur Ausfuhr des von schweizerischen Abnehmern rechtmäßig erworbenen Natururans.“

Es heißt dann weiter: „Es handelt sich vielmehr, will man die Dinge bei ihrem Namen nennen, um einen Vertragsbruch beziehungsweise um einen wenig zimperlichen Akt der Erpressung, ...“

Ein weiteres Zitat: „Es mußten Preise entrichtet werden, die ein Vielfaches der seinerzeit mit den kanadischen Lieferanten abgesprochenen Entgelte betragen.“

Also beim Uran die gleiche Entwicklung wie beim Öl. Ich erspare Ihnen weitere Zitate und schließe mit folgendem, das die ganze Dimension des Problems aufzeigt: „Was ... als Ergebnis schwieriger Verhandlungen heute vorliegt, ist der Öffentlichkeit im Detail noch nicht bekannt. Was man bisher davon zu hören und zu sehen bekommen hat, stützt jedoch die Befürchtung, für eine Freigabe der zurückbehaltenen Uranlieferungen müßten Auflagen und Bedingungen akzeptiert werden, die einer substantiellen Einbuße an Souveränität und industrieller Handlungsfreiheit gleichzusetzen wären.“

So beurteilt die Schweiz heute ihre Situation auf dem Gebiet der Uranversorgung. Eine ganz deutliche Parallelentwicklung zu dem, was wir auf dem Erdölsektor jetzt schon alle mitmachen. Und da glaubt man ernsthaft, die Atomenergie auf Basis des Uranbrennstoffes sei eine Alternative zur Erdölversorgung? Wir glauben das nicht. Daher sind wir froh, daß in Österreich die Weichen auf andere Alternativen gestellt wurden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Leider gibt es außer sehr vielen guten und ideenreichen Konzepten über alternative Energieentwicklung sehr wenige Taten in Österreich. Erst in jüngster Zeit kann man beobachten, daß einiges in Angriff genommen wurde. Ich

Dr. Stix

möchte lobend erwähnen, daß nun tatsächlich ernsthafte Bestrebungen vorhanden sind, auf dem Sektor der Erzeugung von Kraftstoffalkohol in Österreich einiges zu tun. Auch dazu wird mein Kollege Dr. Ofner noch sprechen.

Ich darf aber in aller Bescheidenheit daran erinnern, daß wir Freiheitlichen schon vor vier Jahren von diesem Pult aus darauf hingewiesen haben, man möge doch rechtzeitig die Landwirtschaft in die Energieproduktion einbeziehen, denn das hat Zukunft. Wir haben das vor vier Jahren gesagt, Herr Bundesminister, aber man hat eben nicht darauf gehört. Jetzt beginnt man sich dieser Anregungen zu entsinnen, aber die Jahre, die seitdem verstrichen sind, sind eben versäumte Jahre.

Auch auf dem gesamten Gebiet der Wärmewirtschaft hat man jahrelang eigentlich nur Versäumnisse zu beklagen. Dabei sind, wie es in einem Artikel des „Spiegel“ als Überschrift heißt, „Dämmplatten billiger als Kernkraft“. Und immerhin ist es ein Sozialist, Herr Bundesminister, nämlich der Württembergische SPD-Chef Erhard Eppler, der sagt, dagegen sei ein Ersatz der Ölheizung durch Kernkraftwerke sinnlos. Um eine ein paar Grade höhere Raumtemperatur zu erzeugen, sei es unwirtschaftlich, einen technologischen Superaufwand mit Atommeilern, Verteilungsleitungen aus Stahl und Kupfer und mit Wärmepumpen zu treiben.

Und er sagt schlicht und einfach: Tun wir Energisches auf dem Gebiet der Wärmeschutzmaßnahmen, und wir sind in der Lage, einen essentiellen Beitrag zur Bewältigung unserer Energieprobleme zu leisten. – Bitte, hören Sie auf diesen Mann aus Ihrem eigenen Lager, Herr Bundesminister.

Im übrigen ist die größte Energiequelle, die wir heute zur Verfügung haben, nicht etwa eine unter den sogenannten Alternativenergien, die erst noch entwickelt werden müssen, sondern die größte Energiequelle, über die wir heute verfügen, ist die vergeudete Energie.

Wenn es uns gelingt, alle Transformationsprozesse zu optimieren, wenn es uns gelingt, den Anteil der Endenergie, in Prozenten ausgedrückt, an der dafür eingesetzten Primärenergie zu verbessern, dann können wir damit enorme Teile unserer importierten Energieträger ersetzen und außerdem noch eventuelle Wachstumsraten von vielen Jahren abdecken.

In diesem Zusammenhang ist natürlich die heute schon mehrfach erwähnte Wärme-Kraft-Kupplung besonders zu erwähnen. Ich will mich darüber nicht weiter verbreiten, aber doch einige Anmerkungen machen:

So ist zum Beispiel im Energiebericht auf Seite 81 die kritische Bemerkung enthalten, daß die Planungen der Fernwärmeunternehmen immer noch zu stark auf Heizöl und Gas abgestellt seien. Das ist eine richtige Feststellung, vor allem, wenn man die wachsenden Kohlenhalden in Österreich betrachtet.

Aber, Herr Bundesminister, was sind die Konsequenzen, die aus dieser kritischen Feststellung gezogen werden? Wo sind die konkreten Maßnahmen, um der Wärme-Kraft-Kupplung auf breiter Front in Österreich zum Durchbruch zu verhelfen? Wir wissen doch aus der Studie von Professor Musil seit über zwei Jahren, daß bei einer entsprechenden Ausnutzung dieses Systems bis Ende der neunziger Jahre allein eine Deviseneinsparung – zu Preisen, die vor zwei Jahren bestanden haben, wohl gemerkt – von 4 Milliarden Schilling jährlich drinnen ist. Also bitte, was geschieht praktisch?

Seitens der Freiheitlichen Partei darf ich die Versicherung abgeben, Herr Bundesminister, daß in jenen Zentralräumen, die im Energiebericht aufgeführt sind, die in Betracht kommen für den Einsatz der Wärme-Kraft-Kupplung, sicherlich jene freiheitlichen Kommunal- und Landespolitiker, die in diesen Zentralräumen tätig sind, konstruktiv mitwirken werden, wenn von Ihnen, von der Bundesregierung, entsprechende Initiativen ausgehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie gesagt: Konzepte gibt es genug. Ich möchte ausdrücklich das sehr gute und ideenreiche Konzept der EVA, also der Energieverwertungsagentur unter Peter Weiser, erwähnen. Allein wenn man sich dieses „Modell einer Energieverbrauchspolitik“ durchsieht, dann ist es, nicht in allen Details und nicht in allen Vorschlägen, aber im gesamten Aufbau, in seiner Gliederung, in seiner Systematik durchaus vorbildlich, auf jeden Fall systematischer als jener Maßnahmenkatalog, Herr Bundesminister, der in Ihrem Energiebericht aufscheint.

Woran es in Österreich aber mangelt, das sind weniger die Konzepte, das sind die entsprechenden richtigen Entscheidungen und das sind die Taten aus diesen Entscheidungen.

Damit kommen wir zum Kernpunkt aller Probleme um Energieverbrauch, Energieversorgung, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, und das Schlüsselwort zu diesen Problemen heißt Entkoppelung.

Ich darf noch einmal zurückkommen auf jene Unterlagen für die Klausurtagung in Pörschach, die uns der Herr Vizekanzler zur Verfügung gestellt hat, und zitieren, was dort auf Seite 77 über Entkoppelung gesagt wurde. Es heißt dort:

Dr. Stix

„Entkoppelung des Energieverbrauchs vom Produktionswachstum durch effizienteren Energieeinsatz und Energiesparen. Dies ist vielfach ohne Komfortverlust möglich. Die durch das Energiesparen verringerten Importe entlasten die Handelsbilanz. Die notwendigen Investitionen in energiesparende Einrichtungen wiederum schaffen für viele Menschen in unserem Land sichere Arbeitsplätze.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist nichts anderes als ein Einschwenken von Herrn Vizekanzler Dr. Androsch auf jene Linie, die wir, sogar mit denselben Worten, hier als freiheitliche Fraktion seit Jahren in diesem Haus vertreten haben. Hier ist eine deutliche Abwendung von bisher in Ihrem Bereich, speziell auch von Ihnen, Herr Bundesminister, vertretenen Gedankengängen enthalten.

Das klingt vollkommen anders als jene Aussagen, die uns vor allem im Zusammenhang um die Kampagne für oder gegen Zwentendorf noch so im Ohr klingen und die da lauteten: Jedes Prozent Wirtschaftswachstum braucht ein gleiches Prozent an Energiewachstum, und wie diese Dinge alle hießen. Man sagte uns, mit der Energiekrise käme die Arbeitslosigkeit und, und, und. Von Entkoppelung ist damals nicht geredet worden.

Mit einer Ausnahme: Wir Freiheitlichen haben seit Jahren gesagt, das stimmt nicht, dieser Zusammenhang ist kein starrer, man kann das entkoppeln, man kann beides leisten: den Energieverbrauch reduzieren, die Wachstumsraten einschränken und trotzdem Vollbeschäftigung aufrechterhalten.

Ich freue mich, daß sich heute diese Ideen im Papier von Pörschach finden, und ich darf ebenfalls namens meiner Fraktion sagen: Wenn es in der Regierungspolitik, was die Energiewirtschaft betrifft, eine Wende gibt, wenn diese Gedanken, die sich in diesem Pörschacher Papier finden, das Signal sind für eine neue Weichenstellung, dann sind wir Freiheitlichen bereit, auf diesem neuen Weg konstruktiv mitzuarbeiten, weil er gedanklich seit langem unser Weg ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich komme zum Schluß: Womit wir eigentlich alle beschäftigt sind, auch jene, die vielleicht schon ein bißchen weit in diesem Prozeß fortgeschritten sind, ist doch ein gigantisches Umdenken im Wirtschaftsbereich, im Sozialbereich, im Energiebereich, letztlich aber in bezug auf unseren gesamten Lebensstil. Wir werden alle miteinander noch lange Zeit brauchen, um diesen Prozeß des Umdenkens wirklich ausgeht hinter uns zu bringen.

Aber eines müssen wir sofort tun: Wir müssen sofort den überlieferten, den tradierten, den

überkommenen Rezepten der Wirtschaftspolitik mißtrauen. Und da berufe ich mich auf einen großen Mann aus der Volkswirtschaft, auf John Kenneth Galbraith, von dem der Satz stammt: „Der Feind des herkömmlichen Konzepts ist nicht der Verstand, sondern der Gang der Ereignisse.“

Und genau das spielt sich jetzt ab: Die Ereignisse nehmen weltweit einen dramatischen Verlauf, sie nehmen einen anderen Gang als bislang. Die herkömmlichen Rezepte, Herr Bundesminister, auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, auf dem Gebiet der Energiepolitik müssen neu durchdacht werden, weil sie nicht mehr taugen, und damit müssen wir jetzt sofort beginnen.

Es steht uns nicht mehr und nicht weniger ins Haus als der Umbau unserer gesamten Energieversorgung. Und wenn jetzt jemand kommt und sagt: Ja, aber diese riesigen Kosten, das können wir nicht bezahlen!, dann weist er sich damit in meinen Augen als ein Vertreter jenes herkömmlichen Konzeptes aus, das eben leider Gottes nicht mehr aktuell ist.

In Wahrheit ist der Umbau unserer gesamten Energieversorgungssysteme kein Kostenproblem, sondern ein Vorfinanzierungsproblem, und das sind bekanntlich zwei Paar Schuhe. Denn angesichts der Ölpreissteigerungen, und damit natürlich im Zusammenhang auch der interdependenten Preissteigerungen der anderen Energieträger, werden sowohl energiesparende Investitionen heute schon rentabel, wie auch die Entwicklung alternativer Energiequellen rentabel wird. Das läßt sich beweisen. Wärmeschutzmaßnahmen in allen Bereichen machen sich heute innerhalb von drei bis acht Jahren voll bezahlt. Das heißt, sie amortisieren sich.

In der Schweiz haben wir die praktischen Versuche ungefähr eines Dutzends von Fabriken aus dem Konzern Migros. Dort hat man mit energiesparenden Investitionen hohen Ausmaßes Amortisationszeiten von zwei Jahren erzielt.

Herr Bundesminister! Wo gibt es denn heute überhaupt noch lohnende Investitionen, wo man sagen kann, das Geld ist innerhalb von zwei, drei Jahren herinnen, ist echt rentabel, amortisiert sich? Der weite Bereich der energiesparenden Investitionen ist heute einer der rentabelsten Investitionsbereiche. *(Abg. Wille: Aber wozu brauchen wir einen Minister dazu? Warum rechnen sich das die Firmen nicht selbst aus?)* Das Problem besteht darin, daß die Energiepolitik die Weichen dafür stellen muß, und die Weichen dafür sind bis heute nicht gestellt worden.

Zu den Investitionen möchte ich noch sagen:

Dr. Stix

Diese Investitionen in den Umbau unserer gesamten Energieversorgung helfen uns, ein anderes Problem zu lösen, das uns in den nächsten Jahren auch schwer zu schaffen machen wird, nämlich die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung.

Die Energiekrise ist nicht nur eine Krise, vor der wir Angst haben müssen, die Energiekrise beinhaltet auch eine ungeheure Chance, nämlich die Chance, durch unsere richtige Antwort auf diese Energiekrise, durch einen richtigen Umbau unserer gesamten Energieversorgung zugleich neue Arbeitsplätze zu schaffen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung zu leisten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In diese Richtung erwarten wir Freiheitlichen Initiativen der Bundesregierung, und davon ist halt leider im Energiebericht nichts zu sehen. Daher können wir Freiheitlichen diesem Energiebericht leider nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Keimel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Keimel** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 1973 war der sogenannte Erdölschock, was bedeutete das? Durch die Preissteigerungen, vor allem aus dem Ausland – es war ja verbunden mit anderen Rohstoffpreiserhöhungen, nicht nur Erdöl –, ist Lebensstandard größten Ausmaßes aus den Industriestaaten, auch aus Österreich natürlich, abgeflossen in die Ölländer. Man hat damals errechnet, daß das für Österreich 1,2 bis 1,6 Prozent – wie man damals rechnete – des Bruttonationalproduktes bedeutet. Also ein ganz enormer Abfluß, nicht nur vom Geldwert und so weiter.

Das war eine Frage des Lebensstandards. Dem konnte man begegnen, indem man sagt, na gut, schränken wir uns um die 1, 2 Prozent ein oder leisten wir mehr Arbeit, wir möchten auf dem gleichen Standard bleiben. Daher hatte das auch Auswirkungen auf die künftige Energieversorgung, auf die Energiepolitik, auf die Wachstumsstrategie. Damals waren Gruppen in Europa, in der Welt unterwegs, die vom Nullwachstum träumten.

Es hatte Auswirkungen auf die Zahlungsbilanzentwicklung – damals, 1974, begann es –, ja Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur, nämlich den Übergang zu finden von energie- und rohstoffintensiven zu energie- und rohstoffsparsamen Strukturen.

Die ÖVP hat sofort, nämlich Anfang 1974 in

Hallein – ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, weil ich selbst für zwei Tage mitgewirkt habe –, diese Situation analysiert und ganz konkrete Vorschläge erarbeitet unter dem Übertitel: „Wirtschaften unter neuen Bedingungen“. Anfang 1974, meine Damen und Herren.

Die sozialistische Regierung aber, auch damals schon, reagierte zum einen überhaupt nicht, was etwa die Absprache in Richtung mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern betreffend Einkommenspolitik bedeutete. Hier fließt Lebensstandard ab. Was tun wir? Wir haben im Hohen Haus der Regierung ein sogenanntes Big Bargain vorgeschlagen. Wie reagieren Wirtschaft, Sozialpartner, Regierung gemeinsam auf diese Herausforderung vom Ausland? Es geschah nichts. Und jetzt, fünf Jahre später, 1979, redet der Herr Finanzminister davon, daß man das auf die Einkommen, auf die Masseneinkommen vor allem, nicht übertragen könnte. Die Gewerkschaft ist anderer Meinung. No na, wenn man fünf Jahre darüber nicht mit der Bevölkerung gesprochen hat. Da hat der Finanzminister offensichtlich einen sehr langen Lernprozeß zum Schaden, sage ich, zum Schaden der Wirtschaftsstrukturen in unserem Land gehabt.

Daher noch einmal: die Einkommenspolitik. Wenn der Macher Androsch heute so großartig dasteht, die Gewerkschaften auffordert, Maß zu halten, die Arbeitnehmer, dann hat er seinen Beitrag zu leisten. Die Regierung kann doch nicht abseits stehen – noch einmal: Big Bargain – mit der Steuerpolitik und gleichzeitig die große Einsparung bei den Arbeitnehmerorganisationen fordern. Das schaut momentan gut aus, ich, der Macher, das schaut er sich irgendwo ab. Und gleichzeitig sagt er in der Fragestunde heute wieder: Eine Progressionsmilderung und so weiter, kommt ja gar nicht in Frage. I' bring nix ein. So geht es nicht.

Und Sie, Herr Handelsminister, haben damals eben auch mit etwas mehr Lustigem und Belustigendem reagiert, nämlich mit einem fünfwöchigen Autopickerl. Damals wurden Sie der Pickerl-Peppi, und das war Ihre ganze Reaktion auf eine große Herausforderung. Sie hätten alle Möglichkeiten gehabt. Nämlich ab dem Zeitpunkt hätte die Information der Bevölkerung erfolgen müssen. Das ist ja überhaupt ganz etwas Wichtiges, das steht im Mittelpunkt. Sie haben immer der Bevölkerung erklärt, es ist ja nichts los, passiert ja nichts, die Regierung macht alles, Papa Kreisky, nicht wahr. Daher haben wir heute einfach nicht das Verständnis der Bevölkerung für nötige Maßnahmen.

Seitdem, meine Damen und Herren, sind eben die österreichische Energiebilanz, Wirt-

Dr. Keimel

schaftsstrukturen und Zahlungsbilanz in Spannungsfelder geraten, in weiten Bereichen in Unordnung. Alle unsere Appelle an die Verantwortlichen, vor allem in der Regierung, wurden einfach negiert.

Da stellt sich heute der Herr Abgeordnete Dr. Heindl heraus und erklärt, ihr habt nur kritisiert, opponiert, aber es sei nichts gekommen. So viele Vorschläge, auch konkrete Maßnahmen, im wirtschaftspolitischen Bereich und auch im energiepolitischen hat es überhaupt noch nie gegeben. Es ist ja fast etwas Absurdes entstanden: nämlich die Opposition hat sich mit den Problemen mehr beschäftigt, mehr konkrete Maßnahmen vorgetragen, auch unpopuläre – das muß ich dazusagen –, beide Oppositionsparteien, als die Regierung. Die hat immer erklärt, vor allem über Sie, Herr Handelsminister, ach Gott, Schwarzmalerei ist das, nix is' passiert, es ist eh alles in Ordnung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dabei sei darauf verwiesen, daß dieses Problem nicht erst seit 1973 – wie ich es angedeutet habe – entstanden ist, da brach es aus und da brach es auf, und es ist vor allem ein gesamtwirtschaftliches Problem, einzubinden und lösbar daher auch nur in einem gesamtwirtschaftlichen Konzept.

Herr Handelsminister! Nehmen Sie zur Kenntnis, auch die Energiepolitik und ein Energiekonzept können Sie nicht erstellen – es muß scheitern –, wenn Sie nicht ein gesamtwirtschaftliches Konzept haben und die Energiepolitik hier einbinden. Wie oft haben wir hier von diesem Pult aus die Regierung aufgefordert, legen Sie es vor, bringen Sie ein gesamtwirtschaftliches Konzept. Vergeblich. Und daher stelle ich auch heute noch fest: Diese Regierung hat auch heute noch kein gesamtwirtschaftliches Konzept, und daher muß ein energiepolitisches Konzept – auch wenn Sie noch so guten Willens wären – scheitern, Herr Minister, weil Sie es einbinden müssen, anders ist es nicht lösbar.

Sehen Sie, da hat auch wieder die ÖVP mit den „Neuen Wegen für Österreich“ ein wirtschaftspolitisches Konzept erarbeitet, eine Diskussionsgrundlage. Sie diskutieren nicht einmal darüber. Es ist eingebunden in ein Innovationskonzept, ein Energiesparkonzept. Wir haben es Ihnen sogar, glaube ich, persönlich überreicht. Sie diskutieren nicht einmal darüber. Warum denn nicht? Es ist ein Gesamtanliegen dieser kleinen Volkswirtschaft, Herr Minister. Ich glaube, es wäre jetzt höchste Zeit, Sie können von jedem hohen Roß heruntersteigen, der 6. Mai ist vorbei, und ernsthaft mit uns über diese Vorschläge und diese Maßnahmen diskutieren. *(Beifall bei der ÖVP.)* Dann sind wir auch bereit dazu. Wir sind dann auch bereit, Mitverantwortung zu tragen, weil es nicht, Herr

Minister, ein parteipolitisches Problem ist. Vielleicht streiten wir hier beim Ordnungssystem und so weiter, möglich, bei so Preisfragen, wie, kann man debattieren. Aber im übrigen ist es kein parteipolitisches Problem. Daher bieten wir es Ihnen noch einmal und zum wiederholten Male an; Sie brauchen es nur aufgreifen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister, was nun die Regierung vorlegt, ist dieser Energiebericht 1979, und vorige Woche hat einer der Herren der sozialistischen Fraktion von „Showpolitik“ gesprochen, und so ähnlich erscheint mir auch die Vorlage dieses Berichtes. Denn dieser Energiebericht verdient ja fast nicht den Namen.

Herr Minister, ich habe mich natürlich über diesen Bericht mit Fachleuten unterhalten und ich zitiere jetzt, wenn ich gefragt habe, was sagt ihr dazu. Ich will mich ja unterhalten, man will ernsthaft darüber sprechen. Ich sage nur ein paar Worte, was man mir gesagt hat. Die sind nicht von mir. Einer hat gesprochen von einem „Wischiwaschi-Bericht“, einer hat gesagt, es sind unklare Aussagen drinnen, bitte ein Experte, unklare Aussagen, und er enthalte keine Maßnahmen, während das Ausland schon viele gesetzt habe.

Sehen Sie, so verwirren ja auch sozialistische Politiker am laufenden Band – ich habe gestern auch wieder im „Club 2“ die Diskussion gesehen – diese Energieszenerie in Österreich.

Da setzt etwa der Bundeskanzler die EVA ein und entmündigt damit den ressortzuständigen Minister Staribacher. Der Bundeskanzler selbst hat auch gleich seine Ideen von sich gegeben, er hat empfohlen Naßrasur und Brause statt Bad. Das waren ganz „epochale“ Erfindungen.

Am 14. 12. 1978 erhalten wir dann von dieser EVA, mit der Sie entmündigt wurden, ein Schreiben plus eine Menge Unterlagen, aber vor allem einen recht interessanten Brief von Herrn Peter Weiser, in dem es unter anderem zur Energiefrage heißt: Trotz Sparwillens der Bevölkerung tun Politiker nichts. Diese Aussage dürfte Ihnen wenig Freude gemacht haben. Wenn ich jetzt hämisch wäre, würde ich sagen, natürlich hat mir das als Oppositionspolitiker Freude gemacht, denn der Herr Weiser hat nur vergessen zu sagen: Trotz Sparwillens tun Politiker nichts, was zu übersetzen ist mit: tut die Regierung nichts. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber damit gibt er auch eine bittere Erkenntnis von sich, nämlich daß die Österreicher zu wenig Information, zu wenig Wissen über Energie, über Energiesparen, Alternativen und so weiter haben, daß es also offensichtlich an

Dr. Keimel

Information mangelt. Meine Damen und Herren! Das ist eine ganz harte Kritik an der Regierung, denn wenn Weiser schreibt: Trotz Sparwillens tun Politiker nichts, so hat sich natürlich die ÖVP nicht im geringsten betroffen gefühlt.

Ich habe schon erklärt, daß wir 1974 eine eigene Enquete zwei Tage in Hallein hatten: „Wirtschaften unter neuen Bedingungen“; wir haben im Juni 1977 – das sind also genau zwei Jahre her – den Antrag König – Keimel mit ganz klaren Maßnahmen, mit Vorschlägen, Novellierung der Wohnbauförderungsgesetze und so weiter vorgelegt. Nichts ist geschehen. Wir haben vorgeschlagen, die Wohnbauförderung zu ändern, eine Novellierung des Wohnungsverbesserungsgesetzes. Ich nenne nur einige wenige Beispiele: Freiluftschwimmbäder auf Solarheizung umzustellen, Novellierung des Einkommensteuergesetzes. Sie merken also auch, wie weit es die Regierung umfaßt, also eines gesamtwirtschaftlichen Konzeptes bedarf, was ich erklärt habe; Stromtariffrage, Abwärme, die dem Verbrauch und nicht der Donau zuzuführen ist, die wird nur wärmer und ist nur umweltschädlich, Kraft-Wärme-Kupplung, da gibt es noch gesetzliche Maßnahmen, die dem entgegenstehen; Wasserkraft in kleinen Einheiten, also die Kleinkraftwerke.

Das einzige, was Sie inzwischen eingesetzt haben, ist, daß Herr Dr. Fremuth, glaube ich, Obmann dieses Verbandes ist. Aber geschehen ist noch nichts. Sie haben es im Dezember 1978 an die Landeshauptleute delegiert, wo Sie aber Verantwortung tragen sollten. Da möchten Sie sie abschieben an die Landeshauptleute und sagen: Ich habe ja keine Kompetenz. Holen Sie sich diese zurück! Sie müssen es nicht delegieren. Holen Sie sich die Kompetenz zurück und setzen Sie Maßnahmen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben voriges Jahr – 1978 – das Energiesparkonzept vorgelegt, Sie haben es nicht einmal diskutiert, in Wien würde man sagen: nicht einmal ignoriert. Alle diese Vorschläge – aus 1974, 1977, 1978, unser gesamtwirtschaftliches Konzept 1978, ich erwähne nur einmal die – sind voll aufrecht. Herr Minister, greifen Sie zu!

Jetzt wollen Sie ja große Teile daraus zu Regierungsvorschlägen ummodellieren. Auch aus dem Maßnahmenpaket auf Seite 168 – der Herr Abgeordnete Heindl hat darauf hingewiesen – ersehe ich das. Freuen wir uns aber – ich sage es noch einmal –, weil es keine parteipolitische Sache ist, daß Sie die Vorschläge als Regierungsvorschläge bringen wollen.

Setzen Sie doch endlich die Maßnahmen! Denn wenn Herr Dr. Heindl sagte: Hier sind doch alles Maßnahmen – 53, hat er stolz

verkündet –, dann sage ich Ihnen nur, was er vergessen hat zu erklären: Da wäre etwas zu „forcieren“ – ich zitiere wörtlich –, „vorzusehen“, „beizubehalten“, also muß es schon geschehen sein, „wieder zu fördern“, „zu fördern“, „eingehende Untersuchungen anzustellen“. Das sagt er zur Versorgung aus dem Inland: forcieren, vorzusehen, beizubehalten, fördern, eingehend untersuchen. – Wörtlich zitiert. Das nennen Sie einen Maßnahmenkatalog?

Der erste Satz paßt ja am besten dazu: „Der Import von Erdöl und Erdölprodukten ist möglichst zu drosseln.“! Da könnte man nur dazu sagen: no na. Aber betrachten Sie doch das gesamtwirtschaftliche Konzept, Herr Minister: Die ganze Welt schaut, wo sie Erdöl, Erdölprodukte herbekommt, natürlich sollte man vielleicht aus Zahlungsbilanzgründen drosseln und so weiter, aber das muß doch gesamtwirtschaftlich abgestimmt werden. Das kann nicht im luftleeren Raum hängen; Sie würden die Wirtschaft nur schädigen, wenn Sie durch irgendwelche dirigistische Maßnahmen sogar den Import – wo die ganze Welt auf die Produkte wartet – drosseln wollten.

Meine Damen und Herren, dann reißt der Macher Androsch das Energieruder an sich. Er hat jetzt alle Ministerkollegen beauftragt, bis zum 10. 7. – also in sechs Tagen, nächste Woche – Ressortvorschläge vorzulegen, so habe ich es jedenfalls der Presse entnommen. Da frage ich mich nur: Was soll der Bericht eigentlich? Worüber diskutieren wir denn, wenn am 10. 7. dann die Maßnahmen beschlossen werden sollen, von denen ich gehört habe, daß da 53 so gute drinnen sein sollen. Da sollen also in diesen Vorlagen von Ressortvorschlägen Zielvorschläge enthalten sein, mit wem was zu verhandeln sei, Kosten, Kontrolle von Maßnahmen.

Schon entstehen in der Regierung Profilneurotiker, etwa die sieben Punkte des Innenministers Lanc mit der „epochalen“ Erfindung der „grünen Welle“. Minister Lanc ist zufällig auch Wiener. Hat er das mit seinem Bürgermeister Gratz abgesprochen? Der hat nämlich die „rote Welle“ deswegen vorgeschlagen, damit das Tempo gebrochen würde. *(Ironische Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)* Da kann man nur dazu sagen: Lieb Vaterland, magst ruhig sein, diese Regierung hat ein Energiekonzept.

Sie haben nicht einmal ein Energiekonzept in einer Stadt wie Wien. Aber vielleicht gibt es dann die „grüne Welle“ in Favoriten und die „rote Welle“ dort, wo Gratz etwas zu sagen hat; ich weiß es nicht. Wie geht es dann da zu?

Dann entdeckt der sozialistische Wirtschafts-

Dr. Keimel

professor Nowotny etwas ganz Neues, weil bisher verpönt: die Steuerungsfunktion des Preises, während sein ÖGB-Kollege Schmidt – jetzt auch im Hohen Haus – und, wie ich hörte, im „Club 2“ gestern sein ÖGB-Kollege Wille davon gar nichts halten. Auch Dr. Heindl hat jetzt erklärt: Wir werden bei der Politik der Preisregelung bleiben.

Was sagt jetzt Nowotny, der „große“ Wirtschaftsprofessor der Sozialisten? – Das wichtigste Lenkungsinstrument in der Energiepolitik bleibt nach wie vor der Preis. Es sei nicht möglich, geänderte volkswirtschaftliche Kostenstrukturen zu ignorieren. Wieder: Lieb Vaterland, magst ruhig sein, die Partei hat ja ein „phantastisches Konzept“.

Was machen Sie jetzt, Herr Minister? – Soll es über den Preis gehen, oder über das „Pickerl“? Das schlägt nämlich wieder ÖGB-Präsident Benya vor, der allerdings 1977 – vor zwei Jahren –, als die ÖVP ihren Antrag vorgelegt hatte, die Bedeutung des Automobils für das Funktionieren der Wirtschaft, für die private Nutzung zur Erweiterung der Freizeitmöglichkeiten betont hat. Diese Mobilität dürfe man nicht durch Beschränkungen einengen. Jetzt schlägt Benya wieder das „Pickerl“ vor, also ein Tohuwabohu! Da glauben wir, die Bevölkerung mobilisieren zu können, in Energie zu denken, das alles zur Kenntnis zu nehmen, was gut sein sollte. Dieser Bevölkerung legt man zu diesen Aussagen eine Meinungsumfrage vor. Fast würde ich sagen, so ganz desperat: Das ist ja schon fast eine Gemeinheit, was man da aufführt. So geht es doch einfach nicht.

Vor allem aber passiert noch etwas. In Wirklichkeit wird die ganze Energieproblematik – das ist eine wesentliche Krisenerscheinung in der Welt – in Österreich ja immer noch von der Regierung so vordergründig abgelenkt, man geht nämlich nur auf das Auto hin, auf Benzin und so weiter. In Wirklichkeit ist es ein vordergründiges Ablenkungsmanöver. Der gesamte Verkehr, inklusive LKW, also Güterversorgung in alle Täler und so weiter, die ganze LKW-Versorgung, inklusive Autobusse, Massentransport, dieser ganze Verkehr nimmt vom Energieverbrauch 20 Prozent in Anspruch. 20 Prozent! Und das wird groß hingestellt, während von den „restlichen“, nennen wir es einmal so, 80 Prozent 60 Prozent auf die Wärmeerzeugung entfallen. Herr Minister, hier, bei diesen 60 Prozent, sind die Hebel anzusetzen, denn bei den restlichen 20 Prozent – Erzeugung, Industrie, Gewerbe – sind ohnehin die größten Umstrukturierungen bereits erfolgt. Da ist ja bei energieintensiven Produktionen – gestern im „Club 2“ sehr hervorgegangen – ohnehin der Übergang – da funktioniert ja die Wirtschaft,

wenn man sie nur läßt –, der Übergang in die Konsumgüterindustrie, in energiesparende Erzeugung erfolgt.

Aber bei diesen 60 Prozent Wärmeerzeugung, da sind die Hebel anzusetzen, aber das ist natürlich schwer. Das verlangt klare politische Entscheidungen und ganz konkrete Maßnahmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und da, Herr Minister, sehen wir im vorliegenden Bericht eben nichts. Und deswegen lehnen wir ihn ab.

Was ist denn in dem Bericht enthalten? Eine Fülle von Aufzählungen, auch Erzählungen sehr braver Beamter; sehr brave Aufzählungen. Dann gibt es Statistiken, eine Fülle von Statistiken, die Laien überhaupt nicht und Experten nur schwer lesen können. Von einer Aufklärung also sicherlich nichts.

Ich möchte mich über ein paar solcher Statistiken mit Ihnen unterhalten, ob Sie sie überhaupt lesen können. Ich habe mich hart getan mit Experten, die damit umgehen können. Ich bin überzeugt davon, ich unterstelle es Ihnen, daß Sie teilweise das so wenig lesen können wie ich: ich habe mich erst aufklären lassen müssen. Das nennt man Energiebericht, Herr Minister. Und da ist eine Fülle drinnen von sogenannten Ankündigungen, Studien, Untersuchungen, aber ohne konkrete politische Maßnahmen. Das erinnert frappant an Leodolter-Berichte ähnlicher Art an das Parlament.

Das heißt nun, am 10. Juli, also in sechs Tagen, soll wohl jetzt ein neuer, echter – oder was soll's sein? – Maßnahmenkatalog erstellt und präsentiert werden. Und der hier, Herr Minister, was ist denn mit dem? Der bleibt Makulatur. Soll man ihn gleich wegwerfen? Was soll ich damit? Soll man zustimmen? Denn am 10. 7. kommt was Neues, da kommt der Ministerrat zusammen, da werden die Maßnahmen bestimmt. Erwarten Sie doch nicht, daß wir heute, sechs Tage vorher, zu etwas zustimmen sollen, was Sie am 10. 7. überhaupt erst erneuern, fassen, präsentieren werden. (Abg. Wille: Sie sollen ja Vergangenheit akzeptieren mit diesem Bericht!)

Ich kenne schon Ihren frohen Blick, Ihren zukunftsvollen Blick in die Vergangenheit: Ich soll die Vergangenheit akzeptieren? (Beifall bei der ÖVP.) Ja, wissen Sie, wir sind gesund konservativ, aber nicht krankhaft reaktionär wie Sie. Herr Abgeordneter Wille, wir sollen uns über die Vergangenheit unterhalten? Nein, wir müssen Zukunftsprobleme lösen. Wir müssen Zukunftsprobleme lösen! (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Abgeordneter Wille, diese Regierung hat sich verpflichtet gegenüber der Internationalen

Dr. Keimel

Energieagentur, 1979 fünf Prozent des Ölverbrauches gegenüber 1978 einzusparen, das heißt also, 500 000 bis 600 000 Tonnen. Was ist geschehen?

Da haben wir also jetzt in dem Bericht auf Seite 36 eingebaut den der IEA, und hier lautet es ganz klar und deutlich:

„Insgesamt kam der Bericht zu dem Schluß, daß die Bemühungen Österreichs zur Entwicklung einer wirksamen Energiepolitik im Interesse der Erreichung der IEA-Gruppenziele vor der Erzielung wahrnehmbarer Fortschritte in den oben angeführten Belangen noch nicht als angemessen bezeichnet werden können.“ Da haben Sie die Antwort auf Ihre Vergangenheitsfrage. Also auch die Vergangenheit war falsch. Sie haben sich verpflichtet, wir haben Ihnen die Zustimmung erteilt. Und Sie haben auch, bleiben wir ruhig bei Ihrer Vergangenheit, versagt. Denn was hier die IEA so schön formuliert, ist die beinharte Kritik des Versagens Ihrer Energiepolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Verbrauch, der zugesagte Verbrauch hinsichtlich 5 Prozent schaut nämlich 1979 bisher wie folgt aus: Er ist nicht einmal gleichgeblieben, es gab eine Steigerung um mehr als 11 Prozent! Die Differenz zwischen der internationalen Verpflichtung und der jetzigen Verbrauchsstatistik sind ja über 16 Prozent Abweichung. Das ist kein Versagen der Energiepolitik? Das ist eben der Ausdruck einer falschen Energiepolitik.

Um es noch einmal zu wiederholen. Wenn Sie glauben, Sie können in der Preispolitik so fahren, daß man Ofenheizöl bindet, da bleiben wir beim Preis, den Diesel geben wir frei – das ist auch unsozial –, glauben Sie, daß also eine Firma, eine Mineralölfirma – die einzige Unterscheidung ist die Farbe bei den beiden Ölen – Ofenheizöl herstellen wird, das gebunden ist, tief drunten, ein sogenannter sozialer Preis, während der Dieseltreibstoff freigegeben ist? Das ist ja himrissig, bitte schön, das ist ja absurd und unsozial.

Ich sage es Ihnen, warum. Wir wissen jetzt alle bereits, daß 10 Prozent mit den Kanderln abgeholt werden; das ist die ärmere Bevölkerung. Und bei den restlichen, wo vielleicht Schwimmbäder geheizt werden, wo man also sehr wohl ausgeben kann bei dem tief gebundenen, da wird ja geradezu angereizt, mehr zu verbrauchen. Und es wird bestätigt: der höchste Verbrauch, plus 18 Prozent. Plus 18 Prozent!

Meine Damen und Herren! Und mit der Dieselfreigabe haben Sie in Wirklichkeit die ordentliche Versorgung gefährdet, vor allem im Westen.

Aber es drängt sich etwas anderes auf – beim

Ofenheizöl ist die Steuerbelastung gering, beim Dieseldieselkraftstoff ist sie sehr hoch –: ob da nicht etwas ganz anderes gespielt wird. Da nämlich, bei dieser Preisfreigabe, beim Erkennen der Preisfunktion, da spielt eigenartigerweise plötzlich der Herr Finanzminister Androsch stark mit. Ob das nicht sehr vordergründig ist, ob er nicht in Wirklichkeit da an sein Budget denkt, wenn man die Entwicklung der Treibstoffpreise betrachtet? Hier zeigt sich nämlich, daß der Finanzminister der ganz große Gewinner ist, sozusagen, wie wir es immer nennen, der Ölscheich auf der Regierungsbank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Innerhalb von sieben Jahren, von 1972 bis zum heutigen Stand, 1979, war beim Normalbenzin – die Entwicklung, der Trend gleich bei Super und Dieselöl – 1972 der Gesamtpreis 3,60 S. Jetzt, Stand Juni 1979, betragen allein Steuern und Abgaben für den Finanzminister 4,02 S, um 42 Groschen mehr als der Gesamtpreis vor sieben Jahren! Sehen Sie, wer da der Gewinner ist. Nicht nur die Scheichs, meine Damen und Herren! Binnen sieben Jahren ist allein die Abgabenbelastung höher, als damals der Gesamtpreis war, und da stellt sich heute in der Fragestunde der Finanzminister her und sagt, ja, der Anteil an Abgaben ist zurückgegangen. Der Anteil an Abgaben ist zurückgegangen!

Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen: Statt Energiepolitik betreibt die sozialistische Regierung eine unsoziale und beinharte Belastungspolitik. *(Beifall bei der ÖVP. – Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.)*

Der Finanzminister nimmt von jeder Preiserhöhung nicht nur des Rohöls, sondern auch von den Bundesmineralölsteuern, 18 Prozent Mehrwertsteuer, Steuer von der Steuer. Energiepolitik sagt er, Budgetdefizitfinanzierung meint er. Aber nicht etwa, um damit energiepolitische Maßnahmen zu finanzieren, vielleicht energiepolitische Forschung zu unterstützen, Sparinformation zu betreiben, energiesparende Investitionen zu fördern, einkommensteuerpolitische Maßnahmen zu setzen, wie wir sie in unserem Antrag 1977 bereits vorgeschlagen haben – nein, nein, nicht das, sondern ausschließlich nimmt er alle diese Abgaben und Erhöhungen, um das Budgetdefizit zu finanzieren. Zu nichts anderem verwendet er die Mehreinnahmen.

Meine Damen und Herren! Es hat also der Finanzminister als Nutznießer, als der größte Nutznießer jeder Preiserhöhung, die letzte Kompetenz, seinen Ministerkollegen gute Ratschläge zu erteilen, und das sage ich Ihnen, Herr Handelsminister, bei der Art hat er auch nicht das Recht, Ihnen gute Ratschläge zu erteilen. Ich glaube sogar, daß Sie hier ein Gejagter sind,

Dr. Keimel

weil Sie sonst gar nicht so zusammenarbeitsablehnend sind. Warum gerade hier? Ich glaube, Sie sind hier der Getriebene.

Meine Damen und Herren! Der Finanzminister wird daher nur glaubwürdig werden und glaubwürdig sein, wenn er von der Doppelbesteuerung, von der Steuer von der Steuer, also von der Doppelbesteuerung durch die Mehrwertsteuer abgeht, wenn man sie gar nicht in den Preis eingehen läßt, wenn er von der Doppelbesteuerung abgeht und sie eventuell zweckgebunden und ehrlich in die Energiepolitik einbringt.

Sie müßten jetzt darum kämpfen, Herr Handelsminister. Jetzt sind nämlich Sie als Energieminister so der Betroffene wie seinerzeit der Bautenminister, dem man in Milliardenhöhe seine zweckgebundenen Mittel für den Straßenbau, für die Wohnbauförderung und so weiter Stück für Stück, 100 Millionen um 100 Millionen weggenommen hat. Jetzt sind Sie daran. Sie sind der, der die Preise vertreten soll, und nichts fließt zurück für energiepolitische Maßnahmen.

Sie sind der Getriebene, Herr Minister. Das sieht man am allerbesten dann, wenn der Finanzminister gerade heute wieder in der Fragestunde erklärt hat, daß diese sogenannten, nicht an den Preis gebundenen Steuern nachgezogen werden müssen, und wörtlich erwähnt hat die Mineralölsteuer und die Bundesmineralölsteuer, und auch von beiden wieder als Steuer auf die Steuer die Mehrwertsteuer. Sie werden gar nichts davon haben. Sie sind der, der dann die höheren Preise vertreten soll.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen bei dem ganzen Wirrwarr und als so typisch symptomatisches Beispiel der Energiepolitik, nämlich der versagenden, etwas sagen, ein Beispiel, so ein richtig beschämendes Beispiel. Da gibt es den sogenannten Energiesparbeirat, und der hat die Aktion Zimmerthermometer vorgeschlagen. Also ich weiß nicht, in normalen Familien gibt es ohnehin die Zimmerthermometer, da schaut man ja wahrscheinlich wegen der Gesundheit. Aber bitte, wieder so eine großartige Aktion, so à la Naßrasur und so weiter. Aktion Zimmerthermometer in allen Büros.

Was hat der Bautenminister, der für die Bundesgebäude zuständig ist, getan? Was hat er bei dieser Aktion getan? Ich glaube, der Herr Energiesektionschef – er spricht jetzt gerade mit dem Minister –, ich glaube, er selbst hat gedroht, in die Presse zu gehen, damit er endlich ein Absperrventil für seinen Radiator bekommt, weil man bei einer Überheizung von mehr als 25 Grad gar nicht mehr arbeitsfähig ist. Die Beamten der Energiesektion „regulieren“ – bitte: regulieren – die Zimmertemperaturen von

25 Grad und mehr durch Fensteraufmachen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das ist ein beschämendes Beispiel, und dazu meint die „Kronen-Zeitung“ richtig, daß, wenn schon der „Vize“ Androsch meint, „daß die Ölpreiserhöhung nicht durch Lohnerhöhungen abgegolten werden könne“, und er an die „sinnvolle Selbstbeschränkung“ appelliert, die Stunde der Wahrheit für die SPÖ nun schlage, nämlich bei der Frage, ob auch „der Staat sich selbst Beschränkungen auferlegt“.

Meine Damen und Herren! Den Steuerzahler allein die Benzinsuppe auslöffeln zu lassen, die uns von der OPEC eingebrockt worden ist, wäre weder fair noch wirkungsvoll genug. Sehen Sie, dem können wir uns voll anschließen.

Wir bringen daher folgenden Entschließungsantrag ein.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Keimel und Genossen betreffend Entlastung der Mineralölsteuern von der Mehrwertsteuer.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, eine Novelle zum Umsatzsteuergesetz 1972 zu erarbeiten, worin vorgesehen ist, daß angesichts der Entwicklung auf dem Erdöl- und Treibstoffpreissektor – wodurch der Finanzminister automatisch immer mehr Mehrwertsteuer kassiert – in Zukunft von der Mineralöl- und der Bundesmineralölsteuer keine Mehrwertsteuer mehr eingehoben wird.

Meine Damen und Herren! Ihre Zustimmung oder Ablehnung wird der Beweis dafür sein, wie ehrlich Sie es mit der Selbstbeschränkung auch im Rahmen der Regierung meinen.

Der Steuerpolitik kommt überhaupt eine ganz wesentliche Bedeutung im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen und damit energiepolitischen Konzeption zu. Nicht dadurch, daß sie den Energieeinsatz bestraft, Herr Minister – dorthin läuft jetzt der ganze Trend, daß Energieeinsatz bestraft wird –, sondern dadurch, daß mit der Steuerpolitik Maßnahmen der Einsparung, Forschungen zur Senkung des Energieverbrauchs durch Entlastung belohnt werden, denn immer noch ist Motivation effizienter als Bestrafung.

Laut Internationaler Energieagentur ist auch eine der Hauptmaßnahmen im inneren Bereich zum einen die Erschließung der heimischen Wasserkraft – sicherlich –, zum anderen aber der Ersatz von Öl und Gas durch Kohle. Wie steht es damit, Herr Handelsminister? Der Bevölkerung wurde über die Medien ein offener Zwist zwischen Ihnen und dem Ihrer Partei

Dr. Keimel

angehörnden Verbundgeneral Bandhauer vorgespielt. (*Bundesminister Dr. Staribacher: Stimmt ja nicht!*)

Der Herr Generaldirektor war dafür, daß Gas verbraucht wird, er war für ein Gas- und Ölkraftwerk, Sie waren für Kohle. Sicherlich. Was war jetzt bitte der Erfolg? Ich habe mir eigens die Statistik des letzten Monats holen lassen: ein Mehrverbrauch der Verbundgruppe an Öl von 50 Prozent!

Oder eine Frage: Gibt es auf Grund dieser Differenzen schon Hamsterlager, Herr Minister? Gibt es eigentlich überhaupt ein neues Ausbauprogramm der E-Wirtschaft, Herr Minister? Sie sagen, wir brauchen sowohl Band- als auch Spitzenstrom. Das ist Ihre Meinung. Der „General“ der Verbundgesellschaft wieder glaubt, wir haben genug Spitzenenergie. Wenn es keine Abnehmer und vor allem auch Investoren, also Zahler aus dem Ausland gäbe – an Deutschland denkt er da anscheinend –, dann ist die Verbundgruppe nicht interessiert, Spitzenstrom zu erzeugen, und ganze Gebiete und Regionen, wie zum Beispiel das nördliche Osttirol, sind gehandikapt. Die wissen ja gar nicht, was jetzt eigentlich geschieht. Wird es im Jahr 2000 gebaut? Was sind die Energieprojekte? Wie schaut die Energiepolitik der Regierung aus?

Herr Minister, gibt es jetzt eigentlich etwas? Im Bericht auf Seite 102 schreiben Sie ganz lässig:

„Da zur Zeit noch keine Neufassung des koordinierten Kraftwerksausbauprogrammes der Verbundgruppe und der Landesgesellschaften vorliegt, ... stützt sich“ dieser Bericht „notgedrungen auf die im April 1978, also ein halbes Jahr vor der Volksabstimmung über das Kernkraftwerk, vorgelegten Unterlagen“. Makulatur, bitte schön.

Was soll man mit dem Bericht? Zustimmung soll man dem? Herr Minister, tätig werden müssen Sie endlich, Maßnahmen müssen Sie setzen. Sie müssen mit diesen Gruppen in Verbindung treten und sehr wohl den Bericht schaffen, und das Ausbauprogramm schaffen, etwa dahin gehend, ob dann nun die Kohlekraftwerke wirklich so gebaut werden, daß für die Abwärme nicht gesorgt wird, auch neue, und daß die Abwärme wieder nur in die Donau hineingeht, diese aufheizt auf der einen Seite, umweltbelastend und energieverwendend.

Wie stellt sich die Regierung und wie stellen Sie sich selbst, Herr Minister, nun zu den divergierenden Preisaussagen – Androsch, Nowotny, Schmidt, Wille, Heindl, von Ihnen selbst –, zu Pickerl, Rationierung, gespaltenem, höherem Preis oder was immer? Wie stehen Sie zu den Maßnahmen in der Wohnungsverbesserung,

in der Frage Kleinkraftwerke? Nehmen Sie also, nachdem die Landeshauptleute ... – ich sehe auch gar keinen Grund für sie –, nehmen Sie die Delegation der Verordnung Ihrer Kompetenz wieder zurück? Was werden Sie machen, Herr Minister?

Sie wollen Regieren durch Meinungsumfragen ersetzen, und zwar durch manipulierte, weil Sie ja diese Meinungsumfrage – in der ganzen Öffentlichkeit glaubt man das jetzt – so darstellen, als ob die Möglichkeit der Wahl bestünde: entweder ein autofreier Tag mit dem Pickerl oder höhere Treibstoffpreise.

Herr Minister, das ist ja unwahr. Die höheren Treibstoffpreise kommen sicher, sie kommen schon von außen, und wenn der Finanzminister nicht endlich bei jeder Preiserhöhung von außen auf die Steuer von der Steuer verzichtet, dann kommen sie auch noch über die Steuerpolitik dieser Regierung. Und damit lassen Sie, Herr Minister, die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft verantwortungslos dahinschlittern.

Das sind Kern- und Lebensfragen der österreichischen Wirtschaft. Das erinnert mich an ein Wort des abgegangenen Bundespräsidenten Scheel in Deutschland, der neulich seinen deutschen Politikerkollegen ins Gewissen geredet hat, was aber für die österreichischen Regierungsmitglieder noch viel besser gelten könnte. Er sprach vor allem über die Zukunft und ihre Risiken, und zwar insbesondere in bezug auf die Energiepolitik, und dazu meinte er folgendes wörtlich:

„Wir tun der Freiheit des Bürgers nichts Gutes, wenn wir ihm das Denken ersparen. Der Bürger hat ein elementares Recht darauf, daß ihm die grundlegenden Informationen über die Probleme umfassend, klar, verständlich und ungeschminkt geliefert werden. Denn nur dann kann er von seiner Freiheit einen vernünftigen Gebrauch machen. Das heißt, wir müssen ihm die Wirklichkeit so darstellen, wie sie ist, mit ihren vielen guten Seiten, aber auch mit ihren Gefahren.“

Peter Rabl schreibt im „Kurier“ ganz richtig, daß „jeder ... Beobachter weiß, daß Politik hierzulande“, also in Österreich, „genau so nicht gemacht wird“. Jawohl, Herr Minister, auch von Ihnen wird sie nicht so gemacht!

Meine Damen und Herren! Die ÖVP ist nicht bereit, fehlende gesamtwirtschaftliche und energiepolitische Konzepte der Regierung durch Belastungen der Bevölkerung ersetzen zu lassen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Hier finden Sie unseren heftigen Widerstand. Die Österreichische Volkspartei ist dort zur Mitverantwortung bereit, wo es der Regierung

Dr. Keimel

um die tatsächliche verantwortungsvolle und konzeptive Lösung der Energieprobleme geht. Die ÖVP hat 1974 ihre Vorschläge unterbreitet, und sie gelten noch. Ich habe den Antrag der Abgeordneten König, Keimel und Genossen 1977 vorgelegt; er gilt!

Der Management-Club hat in einjähriger Arbeit mit 400 Führungskräften der österreichischen Wirtschaft und über einem Dutzend Wissenschaftlern das Österreich-Modell erarbeitet. Darin gibt es ein großes Kapitel über Energie. Wir haben diesen Bericht und dieses Österreich-Modell allen Ministern zugesandt – auch Ihnen, Herr Handelsminister; ich nehme an, Sie haben das erhalten –, und zwar mit der Bitte, dem ihre Aufmerksamkeit zu widmen und in Diskussionen zu treten. Darin sind ja mehr konkrete Maßnahmen von Führungskräften und Wissenschaftlern enthalten als in Ihrem ganzen Regierungsbericht. Da sind auch die Probleme drinnen, wie sie die Führungskräfte der Wirtschaft aus ihrer Praxis sehen beziehungsweise wie diese sich deren Lösung vorstellen.

Beginnen Sie mit der Diskussion, meine Damen und Herren! Diese Maßnahmen umfassen insbesondere die Gewinnung von Energie, und zwar heimischer und alternativer, sowie die Umwandlung von Energie. Der Bericht beinhaltet Maßnahmen zur rationelleren Energieverwertung und vor allem auch Maßnahmen der Bewußtseinsbildung durch laufende Information.

Ich möchte doch noch ganz kurz sagen, daß überhaupt der Schwerpunkt, glaube ich, in der Information liegen wird, denn die Bevölkerung ist total desinformiert. Nachbarstaaten haben hier bereits Vorbildliches geleistet, etwa die Bundesrepublik, in der jeder Haushalt, jeder einzelne Betrieb für seinen Bereich eine Sparfibel erhält. Das ist so gut gemacht, daß der nützliche Eigeneffekt ganz klar zum Ausdruck kommt. Man kann ja so die eigene Kostenersparnis errechnen, und das ist immer das Wichtigste.

Sie haben zu mir einmal gesagt – da haben Sie die Preisfunktion erkannt –: Solange man es im eigenen Geldbörsel nicht spürt, wird halt die Motivation schwer sein. – Dort wird es genauso gemacht: Kostenersparnis zum Beispiel bei den Betriebskosten der Mieter oder Kostenersparnis im Betrieb. Daher lautet ein ganz konkreter Vorschlag, die Mittel für die Regierungspropaganda im Werte von Dutzenden Millionen jedes Jahr für die Information der Bevölkerung einzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Dieser Regierungsbericht ist also selbst abgewertet durch Ihre Ankündigung, am 10. 7. – also in sechs Tagen – passiere erst alles, er ist nichts wert, und

daher müssen wir ihn ablehnen. Die Regierung und sozialistische Spitzenpolitiker sind offensichtlich, wie ich aufzählen konnte, in der Energiepolitik ebenso uneinig wie in der grundsätzlichen Erstellung eines gesamtwirtschaftlichen Konzeptes.

Der für Energiefragen zuständige Handelsminister Staribacher übt sich in „vornehmer“ Zurückhaltung, was ihm ja auch schon Spottartikel eingetragen hat. Ein Beispiel: „Handelsminister Staribacher ... zögert wie einst der römische Feldherr Flavius (der Zauderer) mit dem Eingreifen, als es gegen Hannibal ging. Möglicherweise wird er dadurch zum Energiephilosophen (si tacuisses ...) ...“

Herr Minister! Da wollen wir Ihre starke Sprache hören. Wir sind bereit zur Mitarbeit, meine Damen und Herren, wir sind bereit, Mitverantwortung zu tragen, aber nur dann, wenn ein gesamtwirtschaftliches und energiepolitisches Konzept mit voller Information der Bevölkerung erstellt wird. Meine Damen und Herren, ohne diese Gesamtkonzeption lehnen wir jede Belastungspolitik für die Bevölkerung und für die Wirtschaft ab!

Wir fordern darüber hinaus die Regierung, und zwar den Finanzminister an der Spitze, zur fairen und auch vorbildhaften Selbstbeschränkung auf. Das heißt, wir laden Sie ein zum Beweis, daß Sie das auch tun und wollen. Als Beweis sollten Sie unseren heutigen Entschließungsantrag annehmen. Unsere Vorschläge liegen vor, die Regierung ist nun am Zuge, und sie hat die Alleinverantwortung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Thalhammer: Der vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Dkfm. Dr. Keimel und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grabher-Meyer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Vorlage des Energieberichtes 1979 des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie fällt in eine Zeit, in der jedem Bürger in unserem Lande bewußt ist, daß besonders auf dem Mineralölsektor ein Engpaß besteht, der besondere Maßnahmen erfordert. Ich möchte auch hier feststellen, daß dies kein rein österreichisches Problem ist, sondern, wie ja hinlänglich bekannt ist, sich global zu einem zentralen Thema entwickelt hat, das es gemeinsam zu lösen gilt, wobei ich die Betonung auf „gemeinsam“ legen möchte. Nur die Maßnahmen, um diesem Problem der Energieverknappung beizukom-

Grabher-Meyer

men, sind unterschiedlich. Es wird gemeinsamer Anstrengungen bedürfen, die Probleme zu lösen.

Nur einen Eindruck, der im vorliegenden Energiebericht zu erwecken versucht wird, gilt es klarzustellen. Es wird hier nämlich versucht, den Eindruck zu erwecken, als sei dieser Energiebericht darauf aufgebaut, daß er aus der Erkenntnis entstanden ist, der Engpaß sei neu und die Notwendigkeit einer umfassenden Krisenbevorratung aus diesem Grund noch nicht bewältigt. Im Energieplan 1976 ist genau dieser Mißstand schon festgestellt worden, und die Erkenntnis beruhte damals auf der Energiekrise von 1973. Es ist also seit 1973 bekannt, daß eine Krisenvorsorge getroffen werden muß. Wir schreiben heute das Jahr 1979, es ist also sechs Jahre später und, wie wir Freiheitlichen glauben, über sechs Jahre zu spät. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Ich frage Sie, Herr Minister: Wie lange denken Sie noch, daß Sie brauchen werden, bis Sie diesem Engpaß einmal eine Wende geben können und bis Sie diese Krisenvorsorge auch bis in die entlegenste Region unseres Landes bewältigt haben?

Sicher, wir haben seit 1976 ein von uns mitbeschlossenes Erdölbevorratungsgesetz. Sie, Herr Bundesminister, haben seither ein Instrument in der Hand, wenigstens in diesem Bereich Taten zu setzen. Aber die von Ihnen, Herr Bundesminister, seit 1976 gesetzten Maßnahmen zur Erfüllung dieses Gesetzesauftrages können uns Freiheitliche insgesamt und mich als Vorarlberger im besonderen nicht davon überzeugen, daß Sie diese Frist einigermassen genützt haben.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung festgehalten, daß die Sicherstellung der Energieversorgung eine entsprechende Strategie erfordert. Eine entsprechende Strategie aber ist in der Krisenvorsorge mit mineralischen und festen Brennstoffen sowie den wichtigsten Rohstoffen in Westösterreich, und hier wieder besonders im Fall Vorarlberg, für mich jedenfalls nicht zu erkennen.

Es wurde richtig erkannt in der Regierungserklärung, daß gerade die Klein- und Mittelbetriebe einen großen Anteil an Österreichs Wirtschaft haben. Es heißt hier weiters:

Sie sind für die Aufrechterhaltung und Vollbeschäftigung von besonderer Bedeutung und haben in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit ihre Flexibilität unter Beweis gestellt. Die gezielte Förderung von Klein- und Mittelbetrieben wird im verstärkten Ausmaß fortgesetzt werden.

Unter „gezielter Förderung“ verstehe ich natürlich auch, daß eine gewisse Krisenvorsorge für diese Betriebe erreicht werden kann, und zwar soll sie eben in alle Regionen unseres Landes gehen und nicht nur zentral für den innerösterreichischen Bereich gelten.

Schon heute, Herr Bundesminister, stellen wir in Vorarlberg fest, daß gerade durch die falsche Politik der Freigabe des Preises für Dieselmotoren ein Engpaß in unserem Bundesland entstanden ist, der bei der geringsten Verschärfung der Energiekrise die Wirtschaft in unserem Lande in ihrer Existenz bedroht. Es genügt mir natürlich nicht, wenn der Abgeordnete Heindl glaubt, man solle ihm eine Stelle oder einen Ort nennen, wo man bisher noch kein Benzin oder keinen Dieselmotoren bekommen hat. Das ist natürlich für mich als Vorarlberger und für uns Alemannen zuwenig, das ist ein Leben von der Hand ins Maul, Herr Heindl, und sonst gar nichts. *(Zustimmung bei der FPÖ. - Abg. Ing. Hobl: Nennen Sie doch einen Ort, Herr Kollege!)*

Bitte, Herr Kollege: Es entspricht eben nicht unserer Mentalität, daß wir nur den Zustand, der jetzt herrscht und der sich vielleicht morgen schon ins Gegenteil umkehren kann, für gut befinden. Wir Alemannen waren schon für das Sparen. Krisenvorsorge heißt eben: Sparen für schlechtere Zeiten. Sie wissen ja: Sie konnten es noch nie abschätzen und haben eine Krise nie richtig eingeschätzt, wenn sie tatsächlich kam. *(Neuerliche Zustimmung bei der FPÖ. - Abg. Ing. Hobl: Was haben Sie jetzt gespart in Vorarlberg? Da müssen Sie ja viel Dieselmotoren auf Lager haben, wenn Sie gespart haben!)*

Es ist nun eben nicht unsere Aufgabe und Aufgabe jedes einzelnen zu sparen. Wir haben ein Bundesministerium für Handel und hier einen Handelsminister, der es bis jetzt verabsäumt hat, diese Krisenvorsorge vorzunehmen, Herr Kollege. *(Erneute Zustimmung bei der FPÖ. - Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. - Präsident Thalhammer gibt das Glockenzeichen.)* Herr Abgeordneter Hobl! Ich kann es Ihnen nachfühlen, daß Sie die alemannische Seele nicht verstehen. Sie sind zuwenig in diesem westlichen Teil Österreichs. *(Abermalige Zustimmung bei der FPÖ. - Abg. Ing. Hobl: Ein herrliches Land! Wunderbare Menschen!)*

Meine Damen und Herren! Mein Kollege, der Abgeordnete Stix, hat in seinen Ausführungen bereits auf diese verfehlte Preispolitik hingewiesen. Ich muß deshalb unsere Vorstellungen über eine in mehrfacher Hinsicht zielführende Maßnahme nicht wiederholen. Wenn heute schon im Laufe der Debatte der Herr Vizekanzler zitiert wurde, daß die Erdölkrise nicht mit niedrig

Grabher-Meyer

gehaltenen Preisen gelöst werden kann, so befindet er sich meines Erachtens im krassen Widerspruch zum Bundeskanzler, der die Ansicht vertreten hat, daß es nur eine Frage der Stärke der SPÖ sei, ob der Benzinpreis niedrig gehalten werden kann oder nicht. Ich darf Ihnen zum Beweis dafür ein Zitat aus der „AZ“ vorlesen. Der Herr Bundeskanzler hat bei einer Kundgebung in Wien-Meidling gesagt: Je stärker die SPÖ wird, umso eher werden wir den Benzinpreis niedrig halten.

Meine Herren! Sie sind stärker geworden, wir haben schon einen höheren Benzinpreis. *(Zustimmung bei der FPÖ.)* Nicht, daß wir von vornherein der Meinung waren, eine stärkere SPÖ sei das Mittel, den Benzinpreis niedrig zu halten. Wir waren schon von vornherein nicht der Meinung, daß es überhaupt notwendig ist, den Benzinpreis künstlich niedrig zu halten. Nur: Der Herr Bundeskanzler hat eben wieder etwas getan, das der Sache nicht dient. Ich fühle mich hier nicht in der Lage, ihn zu belehren, weil er ja nicht hier ist. Aber es gilt eben auch wieder ein alemannisches Sprichwort: Man soll nur das sagen, was man getan hat, und nicht das, was man noch tut!, meine Damen und Herren.

Sie, Herr Bundesminister, wissen: Die Freiheitliche Partei ist in Fragen der Energie immer zur Zusammenarbeit bereit. Wir Freiheitlichen haben auch durch unseren Energiesprecher, den Abgeordneten Stix, seit Jahren auf die Notwendigkeit der *Krisenbevorratung hingewiesen*. Und wir waren es auch, die als erste Partei die Notwendigkeit solcher Maßnahmen erkannt und das im Freiheitlichen Energiekonzept schon im Jahre 1973 dargelegt haben.

Was wir von Ihnen, Herr Bundesminister, verlangen, dürfte Ihnen eigentlich nicht schwerfallen. Denn der offensichtliche Konkurs in Ihrer Energiepolitik könnte für Sie doch nur die Alternative bedeuten, endlich auf gute Vorschläge der Freiheitlichen und der Opposition einzugehen. Der Energiesprecher unserer Partei, der Abgeordnete Stix, hat in stundenlangen Debatten in diesem Hause seit Jahren auf die Schwierigkeiten hingewiesen, mit denen wir heute konfrontiert sind. Er hat immer Lösungen zur Behebung dieser Schwierigkeiten angeboten. Nur zugreifen hätten Sie müssen, Herr Bundesminister! Das haben Sie seit Jahren versäumt. Wahrscheinlich aus einer falschen Einschätzung heraus, daß der Besitz der absoluten Mehrheit gleichzusetzen sei mit dem Besitz der absoluten Weisheit. Diese absolute Weisheit, die Sie anscheinend zu besitzen glauben, hat sich aber bisher weder in der Energiepolitik noch in der Regierungserklärung niedergeschlagen, denn von einer Notwendigkeit einer umfassenden Krisenbevorratung ist darin keine

Zeile vorhanden. Von einer Notwendigkeit einer Krisenbevorratung läßt sich hier nichts ableiten. Vielleicht, aber ich hoffe es nicht, wurden in diesem Bereich der Energieversorgung bisher noch keine Maßnahmen oder jedenfalls nur unzureichende Maßnahmen gesetzt.

Mein Kollege Dr. Stix hat am 19. Mai 1976 in diesem Hause ein Zitat angeführt. Ich erlaube mir, es heute zu wiederholen. Dr. Stix sagte:

„Es gibt ein Lied ‚It’s a long way to Tipperary‘. An das habe ich“ – sagte er – „denken müssen, als ich mir vor Augen hielt, daß die Erdölkrise sich Ende des Jahres 1973 abspielte, daß wir heute das Jahr 1976 schreiben und daß es also so lange gebraucht hat, bis wir keineswegs ein Energiesicherungsgesetz, aber wenigstens ein Erdölbevorratungsgesetz bekommen haben.“

Nur eines konnte Dr. Stix natürlich nicht absehen: Daß es für Sie nicht nur ein langer Weg ist, sondern ein Weg, auf dem Sie überhaupt nicht ans Ziel kommen.

Wenn Sie vielleicht die Hand von uns nehmen würden und den Wegweiser, den wir Freiheitlichen unter anderem in diesem Hause auch darstellen, dann würden Sie vielleicht ans Ziel kommen und würden das Ziel überhaupt finden. Sonst bezweifle ich es! *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Das Ziel der Freiheitlichen und der Wegweiser heißt hier: *Konstruktive Zusammenarbeit der Regierung mit der Opposition*. Nur so, glaube ich, können wir diesem zukünftigen Problem begegnen, und nur so können wir dieses Problem in Zukunft auch bewältigen.

Ein Energieplan erfordert, wie schon richtigerweise von meinem Vorredner Dr. Keimel erwähnt wurde, auch ein Wirtschaftskonzept. Ich erlaube mir noch etwas hinzuzufügen: Auch ein umfassendes Umweltschutzkonzept ist dazu erforderlich, denn es lassen sich eben Gesetzgebung und Energiebewältigung nicht ohne diese zwei zusätzlichen Komponenten auf eine richtige Weise lösen.

Ein Problem im Umweltschutz hat Ihnen ja schon am 5. November die Bevölkerung dieses Landes abgenommen. Es ist das Problem der Kernkraftwerke, die Ihnen durch diese Volksabstimmung von der Bevölkerung, von den Menschen dieses Landes abgesprochen wurden. Sie haben ein Beispiel bekommen, wie sehr das Umweltschutzproblem von der Bevölkerung im *Gesamtrahmen des Energiekonzeptes* gesehen werden muß.

Es ist, glaube ich, auch zu ersehen – wenn wir den Energieplan 1976 und den Energiebericht 1979 vergleichen –, weshalb wir uns in diesem Dilemma befinden und weshalb die Regierung

Grabher-Meyer

keinen Weg mehr findet: Aus dem Energieplan 1976 ergibt sich ganz deutlich, daß das Primat der Energieversorgung auf der Atomkraft und auf der Kernkraft in unserem Lande aufgebaut ist. Im Energiebericht 1979 scheint es nicht mehr auf. – Aus diesem Grunde kann man eben annehmen, daß Ihre Energiepolitik im Jahre 1976 nur auf einem Bein gestanden ist, nämlich in Hinsicht auf die Energieversorgung durch die Kernkraft.

Das Versagen, das wir Ihnen in der Energiepolitik vorwerfen, bezieht sich in gleicher Weise auch auf den Umweltschutz. Hier haben einzelne Länder in vorbildlicher Weise Bereiche des Umweltschutzes gelöst und Gesetze geschaffen, die vorbildlich sind und eigentlich vom Bund nur noch übernommen werden könnten, jedenfalls was das Vorbild und was die Gültigkeit dieser Gesetze betrifft. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf auch hier wieder Vorarlberg als beispielgebend anführen, wo wir ein Abgasgesetz im Bereich des Hausbrandes erlassen haben, das in jeder Weise funktioniert und das auch in geeigneter Weise kontrolliert wird und auch zum Energiesparen mit beiträgt. *(Ruf bei der SPÖ: ... Polizei!) Nein, wir machen das selbstverständlich nicht über die Polizei, sondern über die Kaminkehrer, falls Sie es noch nicht wissen. Dazu brauchen wir die Polizei nicht.*

Was uns in Vorarlberg fehlt, ist ... *(Abg. Dr. Gradenegger: Gemeindegatter!)* Das war ein Verfehlen der Bundesgendarmerie, meine Herren. Aber das wird ja noch zu klären sein. Hier ist auch der Bund nicht ohne Schuld, scheint mir.

Was uns in Vorarlberg fehlt, meine Damen und Herren, und was im Bereich des Luftreinhaltegesetzes bemängelt wird, ist die Ausnützung der Kompetenzen durch den Bund, die er ja auf Grund des Gewerberechtes besitzt. Hier sind noch Mängel vom Bund und von dieser Regierung zu beheben. Natürlich darf man da keine Kompetenzverteilung in diesem Bereich haben, wie es derzeit im Bund der Fall ist, daß nämlich auf sämtliche 14 Ministerien diese Kompetenzen in vielen Unterorganisationen, in vielen Sektionen verteilt sind. Deshalb glaube ich auch, ist es gar nicht möglich, daß in absehbarer Zeit in Zukunft eine zufriedenstellende Lösung auch für die Länder in der Luftreinhaltung erfolgen kann.

Zusammenfassend darf ich sagen: Die Freiheitliche Partei, wie schon vorher gesagt wurde, ist in diesem Bereich der Energiepolitik zu großer und umfassender Zusammenarbeit bereit. Wir haben Ihnen schon seit Jahren durch unseren Abgeordneten Stix, unseren Energie-

sprecher, den Weg gezeigt, wie wir glauben, daß die Energiepolitik aussehen und gestaltet werden sollte.

Es ist, wie auch schon vom Vorredner erwähnt, immer wieder unsere ausgestreckte Hand zurückgewiesen worden. Wir werden aber nicht aufhören, auch in Zukunft unsere Stimme hier an diesem Pult für eine vernünftige und für eine unseren Menschen in diesem Lande dienende Energiepolitik zu erheben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wille. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Wille** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich wollte eigentlich ein Geständnis ablegen. Das Geständnis bezieht sich auf die Tatsache, daß die Energiepolitik heute wirklich schwer zu begreifen und schwer zu überschauen ist. Sie wird allerdings, Kollege Grabher, nicht überschaubarer, wenn man versuchen sollte, zur Energiepolitik noch die alemannische Seele zu verstehen. Das ist ein Element, das die Sache erschwert und nicht erleichtert. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich würde Sie aus diesem Grunde bitten: Bringen Sie nicht erschwerende Elemente in diese komplizierte Materie ein. *(Abg. Peter: Kollege Wille, Sie sind aber immer ein sehr entgegenkommender Mensch! – Abg. Dr. Ofner: Das findet am Arlberg seine Grenze!)*

Das will ich auch heute sein, ich werde mich bemühen. Es ist aber nicht nur eine Sache von mir, sondern, ich glaube, eine Sache des Kollegen Stix, noch einige Abstimmungen innerhalb der Energiesprecher Ihrer Fraktion herbeizuführen.

Nun aber zum Problem selbst. Wir haben einen Energiebericht vorliegen, der, wie die Opposition sagt, sehr informativ und fachlich einwandfrei ist. Es fehlen aber anscheinend die politischen Konsequenzen. Was können denn die politischen Konsequenzen einer Regierung sein, die in einem Land tätig ist, das zweifellos nicht zu den Industrieführerländern zählt, sondern das natürlich so gebannt auf die Vorgänge in der Welt schaut, wie das die industrialisierten Länder heute insgesamt tun?

Einige meiner Kollegen haben bereits darauf hingewiesen, daß das Energieproblem zweifellos ein globales, also unseren Globus umschließendes Problem ist. Man wird sich dieser Tatsache bewußt, wenn man überlegt, daß rund 10 Milliarden Tonnen Steinkohleeinheiten gegenwärtig jährlich auf der Erde verbraucht werden, aber der Verbrauchszuwachs immer noch beängstigende Maße annimmt.

Wenn man aber die Frage erhebt, ist nun nach dieser großen Steigerung des Energieverbrauchs

Wille

vielleicht doch der große Teil der Menschen mit Energie versorgt, dann sieht man sehr rasch, daß davon absolut nicht die Rede sein kann. Von den 125 Staaten, die die Weltbank in ihrem letzten Bericht anführt, sind 34 Staaten als die ärmsten Staaten dieser Erde eingestuft. Sie haben einen Energieverbrauch von 50 kg Steinkohleeinheiten pro Kopf im Jahr. Die 10 reichsten Völker, also die Industrienationen dieser Erde, verbrauchen dagegen 5 000 kg Steinkohleeinheiten pro Kopf und Jahr, also hundertmal so viel. Wenn man nun annimmt, daß die Energieproblematik, die heute vorhanden ist, vor allem bei den Armen sichtbar werden könnte, die wenig Energie haben, dann täuscht man sich. Die Probleme sind dort am größten, wo der Energiekonsum bereits unvorstellbare Ausmaße angenommen hat, wie in den Vereinigten Staaten von Amerika mit rund 11 000 oder 12 000 kg Steinkohleeinheiten pro Einwohner und Jahr.

Es geht also nicht nur darum, daß wir mit unseren Problemen fertig werden, es geht auch darum, daß wir, wenn es ein globales Problem ist, das wir zu begreifen haben, eben auch den Globus endlich als eine Einheit zu verstehen beginnen.

In erster Linie geht die Auseinandersetzung darum, wie wir die fossilen Energieträger verteilen können. Der deutsche Bundeskanzler Schmidt erklärte dazu auf seiner Heimreise von Tokio: Wir werden die erpresserischen Methoden der Ölförderstaaten nicht mehr lächelnd hinnehmen. Und Carter ging sogar daran, eine Einsatztruppe von 110 000 Mann aufzustellen, die jederzeit in der Lage sein soll, diese Verteilungskämpfe in eine vernünftige Richtung zu bringen.

Ob wir lächeln oder ob wir um das Erdöl kämpfen werden, es wird nicht mehr, sondern es wird täglich weniger werden, sodaß wir natürlich alle darüber nachzudenken begonnen haben, wie wir Öl und Energie insgesamt sinnvoller verbrauchen können.

Ich gebe gerne zu, daß die Opposition in einer reichlich kleinlichen Weise, Herr Kollege König, immer wieder versucht, den Minister in einer Art Wadelbeißerei zu necken. Aber das löst die Probleme nicht, und das ist dieser Kategorie unangemessen.

Wir werden darüber nachdenken so wie alle anderen Industrienationen, wie wir Einschränkungen verfügen und freiwillig durchführen werden können.

Wir werden natürlich auch darüber nachdenken, wie wir in die Lage versetzt werden, mit Alternativenenergien Erdöl zu ersetzen.

Nun aber zum Wachstum. Wenn wir vom

Sparen reden, dann gibt es dazu recht erfreuliche Auffassungen, unter anderem die Auffassung, daß man mit Energiesparen rund ein Drittel des Energiekonsums einsparen kann – eine sehr löbliche Auffassung, der ich, offen gestanden, sehr viel Sympathie entgegenbringe.

Wenn man aber die Möglichkeit des Energiesparens in so großem Umfange akzeptiert und dann gleichzeitig überlegt, zu welchen Steigerungen ein relativ geringes Wachstum führt, dann sieht man, daß das Wachstum einfach in Größenordnungen führt, die uns immer mehr Schwierigkeiten bereiten werden.

Ich habe schon gesagt, daß wir 1975 etwa 30 Milliarden Tonnen Steinkohleeinheiten auf unserem Globus verbraucht haben, das sind 250 Exajoule, wie man heute in den Berichten immer wieder ausführt. 1990 sollen es bereits 500 Exajoule sein, im Jahr 2000 700 und im Jahre 2020 – so eine Reihe von internationalen Untersuchungen – 1 000 Exajoule, also die Verdoppelung in relativ kurzer Zeit.

Ob wir uns diesen Spaß leisten können und ob die Steigerung des Energieverbrauchs der Tatsache gerecht wird, daß der Mensch das Maß aller Dinge ist, das frage ich mich bei diesen Prognosen ständig. Ein Wachstum von rund 4 Prozent, wie es unser Energiebericht unterstellt und alle übrigen Prognosen in der westlichen Welt auch, führt in zirka 18 Jahren zur Verdoppelung des Energieverbrauchs. Und ich frage mich da wirklich, was die ganzen mühsamen Anstrengungen bedeuten könnten, bei der Energieeinsparung zu einem Ergebnis zu kommen, wenn wir auf der anderen Seite durch ein immer noch ungezügelteres Wachstum den Energiekonsum in einer so stürmischen Weise forcieren.

Ich weiß, Herr Bundesminister, wir Österreicher werden hier nicht die Wachstumsraten bestimmen, weil wir lebensfähig und konkurrenzfähig bleiben müssen. Ich weiß, daß das nicht eine Frage einzelner Staaten sein kann. Die Frage wird sein: Sind die Industrienationen in der Lage, eine konzertierte Vorgangsweise in dieser Frage zu finden?

Zum Wachstum in Österreich: Wir verbrauchen etwa, wieder gerundet, 30 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten im Jahr, und unser Wachstum würde bedeuten, daß wir bereits im Jahre 2000 60 Millionen und weitere 20 Jahre oder 25 Jahre später bereits 120 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten verbrauchen würden.

Ich glaube, daß der Verdoppelungseffekt, der durch die Wachstumsraten erzielt wird, heute in der Öffentlichkeit einfach noch nicht genügend

Wille

respektiert wird und daß dieser Tatsache nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Nun, in Österreich gibt es ein Ministerkomitee, und dieses Ministerkomitee hat beim Kollegen Keimel, der sich inzwischen der Ruhe hingibt, großes Erstaunen ausgelöst. (*Abg. Steinbauer: Das ist Energiesparen, was er macht! - Abg. Dr. Fischer: Jetzt wissen wir, wie die ÖVP Energie spart!*) Er spart Energie! Ich will ihm dieses Energiesparen auch in keiner Weise streitig machen. Im Gegenteil, mich beruhigt es.

Jedenfalls, Kollege Keimel ist der Auffassung, dieses Ministerkomitee in Österreich wäre eine absurde Angelegenheit, denn wir diskutieren ja den Energiebericht. Abgesehen davon, daß natürlich auch jeder Bericht einer Landeskammer einen Abschluß findet und darüber hinaus weitere Maßnahmen erfordert, lese ich, daß die Bundesrepublik ebenso ein Ministerkomitee eingesetzt hat und diese Fragen neben ihren Energieplänen und -berichten diskutiert, weil sie eben ständig neue aktuelle und zusammenfassende Aktionen erfordern.

Ich gebe schon zu, daß nicht alles befriedigend ist. Aber wenn Sie hier auf Seite 181 sehen, wo aufgelistet steht, wie wir die inländische Versorgung und die Versorgung aus dem Ausland forcieren, regeln, auf eine breitere Basis stellen, und wo schließlich alle Maßnahmen angeführt sind, wie Energie gespart werden kann und wie man zu alternativen Energieträgern kommen kann, dann muß man doch anerkennen, daß wir zumindest heute in der Lage sind, das Problem einigermaßen zu überschauen. Ich finde es in hohem Maße arrogant, anzunehmen oder zu behaupten, daß man heute einfach die Energiepolitik in der Hand haben könnte, wenn man nie weiß, was morgen oder übermorgen schon wieder auf den Weltmärkten passiert.

Wenn man von einer konkreten Maßnahme erfahren will, was schon geschehen ist, dann möchte ich vor allem darauf hinweisen, daß wir in Österreich einen Leichtdieselmotor entwickelt haben, der nun in einer eigenen Motorenfabrik für BMW produziert werden wird. Dieser Leichtdieselmotor, der mit Hilfe der Republik entwickelt worden ist, wird zu einem Energieverbrauch führen, der 20 Prozent unter dem eines traditionellen Motors liegt. Das ist jedenfalls ein beträchtlicher Beitrag allein auf diesem Gebiet.

Daß eine ganze Serie von Vorhaben vorliegt, wissen Sie, und Sie wissen auch sehr gut, daß in aller Regel die Länder dafür verantwortlich sind. Wenn man von der Regierung redet, erliegt man daher einem Trugschluß. Freundlich wäre es

gewesen, wenn der Kollege Keimel von den Regierungen geredet hätte, damit sich Kollege Staribacher rechtzeitig seiner Kollegen erinnert, die in den Ländern ihren Teil der Verantwortung zu tragen haben.

Wie groß die Möglichkeiten der Energiesparmaßnahmen insgesamt sind, zeigt eine Untersuchung des schweizerischen Architekten- und Ingenieurvereins, der darauf hinweist: Hätte der schweizerische Hochbau bereits vor 20 Jahren damit begonnen, die Hochbauten ideal zu isolieren, wäre die Schweiz in der Lage, heute jährlich 1,5 Millionen Tonnen Erdöl zu sparen.

Liebe Freunde! Das heißt, auf Österreich umgelegt, daß wir die gesamte ÖMV dazu benötigen, um die Dämmung im Hochbau zu erübrigen. Die ÖMV hat eine jährliche Produktion von zirka 1,5 Millionen Tonnen Erdöl, und diese gesamte Produktion der ÖMV ist im Grunde genommen von uns allen verschlafen worden, wenn Sie das so hören wollen. Das gilt nicht nur für uns Österreicher und die Schweizer, sondern für die Industrienationen insgesamt.

Und nun zu einigen Forschungsalternativen. Wie bereits erwähnt, ist unter anderem natürlich auch der Leichtdieselmotor nicht ein Problem einfach der Energieeinsparung, sondern auch der Alternativen, der Alternativen, neue Technologien heranzuziehen.

Unter anderem aber läuft jetzt eine Pilotanlage, die endlich den Kraftalkohol von unseren Getreidefeldern in die Motoren bringen wird, damit wir genügend Treibstoff haben. 300 000 Tonnen Getreide wollen wir einmal vorläufig verbrennen, damit wir alle genügend mobil sind auf unseren Straßen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang, ohne gegen das Projekt einfach Stellung zu nehmen, doch darauf hinweisen, daß derartige Projekte uns alle dazu verleiten sollen, wenn es wieder ein globales Problem gibt, weiter zu denken als an unsere Autos. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Einem amerikanischen Bericht über die Gasohol-Frage entnehme ich die Feststellung, daß die amerikanische Landwirtschaft schon darauf wartet, Millionen Tonnen Getreide zu verbrennen, damit die Amerikaner mit ihren großen Schlitten ungehindert fahren können.

Gleichzeitig schreibt der Präsident der Weltbank in seinem Vorwort zu seinem Bericht über die Weltentwicklung unter anderem folgendes: Das vergangene Vierteljahrhundert war eine Periode von beispiellosen Veränderungen und Fortschritten in der entwickelten Welt. Und dennoch sind nach wie vor etwa 800 Millionen Menschen in dem gefangen, was ich als absolute Armut bezeichne, für die es keine vertretbare Definition gibt.

Wille

Ich glaube, Energieprobleme zu sehen, ohne die wahren Anliegen der Menschen zu kennen und berücksichtigen zu wollen, wäre ebenso arrogant. Und wenn wir uns über die Kleinigkeiten streiten, wer was gemacht hat und wer was nicht gemacht hat, hätte ich sehr gerne von der christlichen Sozialpolitik auch gehört, wie sie sich zu dieser Energiepolitik, die sich hier anbahnt – wieder in allen zivilisierten Ländern –, stellt. Wir werden 30, 40, 50 Millionen Tonnen Getreide und Mais, die wir als sogenannte Überschußgüter los haben wollen, verbrennen, aber glücklich, glaube ich, können wir dabei nicht werden.

Über die Forschungsmaßnahmen gibt es aber eine ganze Reihe von Aufstellungen, und Sie werden sich überzeugen können, daß das nicht einfach Projekte sind, die irgendwo geplant sind oder irgendwo erwogen werden, sondern Projekte, die laufen und die zum Teil schon abgeschlossen sind.

Wenn es darum geht, die Optimierungsfaktoren im Energiebedarf überhaupt in öffentlichen Gebäuden festzustellen oder den Dreifachdampfprozeß zu verwirklichen oder die supraleitenden elektrischen Maschinen und die supraleitenden elektrischen Kabel zu entwickeln, dann wird in Österreich gerade auf diesem Gebiete sehr viel getan. Die Entwicklung leistungsfähiger Batterien, die Wärmepumpen werden erforscht, ein österreichisches Meßnetz zur Nutzung der Sonnenenergie ist in Entwicklung, die Heiz- und Klimasysteme auf verschiedenen Ebenen werden erforscht, die Sonnenenergie für die Fremdenverkehrsbetriebe und die Möglichkeiten für solarthermische Kraftwerke werden erforscht; unter anderem beteiligt sich Österreich an der Errichtung eines Solarkraftwerkes in Spanien. Und so geht das seitenweise weiter. – Auch in allen einzelnen Ländern gibt es dazu eine Reihe von Projekten, sodaß ich abschließend nur mehr zu einigen Fragen etwas sagen will, die eben heute auch aufgetreten sind: das sind die Abgeltung dieser Ölsteuerung oder der Austauschverhältnisse in der Lohnpolitik und die Beschäftigungspolitik.

Wenn wir für das Erdöl innerhalb eines Jahres 7 Milliarden Schilling mehr bezahlen, dann wird jeder Gewerkschafter verstehen, daß man die 7 Milliarden Schilling nicht haben kann. Wir Gewerkschafter, glaube ich, waren immer klug genug und haben nur jene 7 Milliarden Schilling verlangt (*Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek*), die da waren, und nicht die, die fort waren.

Aber so einfach und so einsilbig kann man die Dinge ja nicht sehen. Wenn die Wirtschaft, wie heuer, vielleicht 4,5 Prozent wächst bei einer Inflation von vielleicht 3,5 Prozent, und da

verschwindet ein halbes Prozent oder 1 Prozent ins Ausland, dann ist für vernünftige Menschen immer noch genügend da, zu einem sinnvollen Ausgleich zwischen Wirtschaft und Arbeitnehmern und zwischen uns allen und dem Staat zu kommen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Einfach diese mathematischen Spielereien anzustellen: Wem gehört jetzt was von jedem Schilling?, das haben wir uns ja bisher auch schon nicht leisten können, weil wir jetzt ja auch ständig Betriebe haben, die über keinen Groschen verfügen, und andere Betriebe, die über sehr imposante Gewinne verfügen können.

Das ist das eine zur Lohnpolitik. Man braucht sich hier wirklich keine Sorgen zu machen. Wir werden uns so wie bisher bemühen, mit der österreichischen Wirtschaft auf einen vernünftigen Nenner zu kommen, und wir werden so wie bisher den Staat unterstützen, wenn wir die Gewißheit haben, daß es um sinnvolle Anliegen des Staates geht.

Zur Vollbeschäftigungspolitik: Wenn Öl teurer wird und dann einer der Präsidenten der Industrienationen auf die Idee kommt, die Verteuerung des Ölpreises wird uns 800 000 Arbeitslose bringen, dann muß ich sagen, daß diese Frage mit dem Ölpreis absolut nichts zu tun hat, sondern einfach mit der geistigen Armut, mit der wir konfrontiert sind. Diese Politik werden wir jedenfalls nicht hinnehmen und nicht begrüßen, daß einfach eine Veränderung irgendwelcher Austauschverhältnisse die Legitimation oder die Ausrede für Arbeitslosigkeit sein könnte! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vollbeschäftigungspolitik ist eine Aufgabe, mit Problemen fertig zu werden und nicht mit Lösungen, die sich anbieten. Und unsere Aufgabe wird es künftig sein, Vollbeschäftigungspolitik zu garantieren, auch wenn wir 7 Milliarden Schilling mehr – das ist viel und wenig zugleich – ans Ausland zahlen.

Und aus diesem Grunde unser aufrichtiger Appell auch an die Bundesregierung, alles zu unternehmen, gerade wegen dieser Schwierigkeiten, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Thalhammer**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wiesinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Wiesinger** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die letzten Passagen der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Wille sind sehr interessant und von seinem Standpunkt absolut verständlich und überzeugend

Dr. Wiesinger

dargelegt gewesen. Nur hat Ihr Vizekanzler und derzeitiger Geschäftsführender Regierungschef, Ihr Finanzminister, Ihr stellvertretender Parteivorsitzender ja ganz etwas anderes gesagt. Er hat ja das Thema in den Raum gestellt. Das hat ja niemand von uns erfunden.

Weil Sie gesagt haben: Appell an die Wirtschaft, und: Wenn vernünftige Leute zusammenkommen, wird das halbe Prozent noch da sein. – Bitte, die Problemstellung ist nicht von der Wirtschaft ausgegangen. Kein Vertreter einer Handelskammerorganisation hat diese Frage zur Debatte gestellt. Es war Ihr Vizekanzler Androsch. Und daher tut es mir aufrichtig leid, daß Dr. Androsch dieser Debatte nicht folgt, denn wenn sich immerhin das Parlament einen ganzen Tag nur mit Energiefragen befaßt und er jede Kompetenz in diesem Bereich de facto an sich gezogen hat, dann wäre es doch zumindest fair und vernünftig, daß er sich die Argumente der Parlamentarier anhört. Wenn er sich schon meine nicht anhören will, wäre es doch sehr interessant gewesen, er hätte vielleicht die vom Herrn Abgeordneten Wille gehört. Das wäre sicherlich nicht unangenehm gewesen.

Zum zweiten: Dem ersten Hauptredner der sozialistischen Fraktion, dem Abgeordneten Heindl, muß ich wirklich mein Kompliment aussprechen. Es war sehr ehrenhaft, es war sehr loblich, die Politik des Herrn Handelsministers zu verteidigen, nur leider – erfolglos. Sie standen hier auf verlorenem Posten, und Ihre ganze Beredsamkeit konnte natürlich nicht das erreichen, was Sie gerne erreichen wollten. Sie wollten beweisen, daß hier ein Bericht vorliegt, der wirklich substantiell etwas bringt.

Hohes Haus! Dieser Bericht hat keine Zukunftsperspektive, er hat keine konkrete politische Aussage, er setzt keine Prioritäten und er hat uns kein umfassendes Energiekonzept anzubieten. Und vor allem ist er – und das ist ja das Bedauerlichste daran – also wirklich durch die Entwicklung überholt. Nur kann da niemand etwas dafür. Das mache ich Ihnen auch in keiner Weise zum Vorwurf, Herr Minister. Nur ist über diesen Bericht praktisch die Zeit hinweggegangen.

Dann hat der Abgeordnete Heindl gemeint, mit der ÖVP sei es so schwierig: Man sagt immer Zusammenarbeit, und wenn man dann konkret auf die einzelnen Punkte eingeht, dann gibt es auf einmal keine Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren! Was heißt denn Zusammenarbeit? – Zusammenarbeit kann doch nicht bedeuten, daß wir Notstandsverordnungen, Persilscheine ausstellen, und Sie praktisch dann damit, ohne uns zu fragen, herumwirtschaften können. So kann man doch Kooperation

und die Zusammenarbeit wirklich nicht verstehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich muß wirklich sagen, Herr Minister: Es entwickelt sich schön langsam der Vergleich – und ich hoffe, Sie verzeihen, das soll wirklich nicht abfällig gemeint sein –, es drängt sich der Vergleich Ihrer Person mit der Frau Gesundheitsminister, mit Frau Dr. Leodolter, auf. Wir haben in der Anamnese gleiche Erscheinungsformen gehabt. Zuerst war kein Geld da, man hat gesagt: Wir brauchen den Spitalsschilling. Wir werden die österreichische Bevölkerung fragen, was ihr die Gesundheit wert ist.

Daraufhin wurde eine große Umfrage gemacht: Was soll man machen? Zigarettenpreis erhöhen oder eine eigene Steuer und so weiter einführen? Ergebnis war, daß diese ganze Umfrage unbrauchbar war und weggelegt werden mußte.

Genauso wird es mit Ihrer jetzigen Umfrage werden. Denn was wird denn herauskommen? Selbst wenn Sie sagen „Pickerl oder teureres Benzin“ – ja, Herr Bundesminister, das Benzin ist schon teurer. Es wird immer teurer werden, wenn Sie so weiter tun, und das „Pickerl“ wird zusätzlich noch kommen.

Also was soll diese ganze Vortäuschung einer Mitwirkung der Bevölkerung, die in Wirklichkeit ja gar keine ist und in diesem Modell auch gar keine sein kann.

Die zweite frappante Ähnlichkeit – nochmals bitte ich um Entschuldigung – sehe ich in Ihrer ständigen Schwierigkeit mit den Kompetenzen. Herr Minister Staribacher ist Beruhigungspillenverteiler am Beginn der Woche. Jeden Montag kommt ein kleines Sedativum an die Bevölkerung: Ist ja alles nicht so schlecht!

Im Prinzip bin ich auch der Meinung, daß man Schwierigkeiten nicht hysterisch aufbauschen sollte und so weiter. Nur, wenn man Sie dann konkret anspricht, seien es wir als Opposition, seien es auch die Journalisten, dann sagen Sie: Ja, ich täte ja gern, aber ich habe keine Kompetenzen!

Genau die gleichen Worte höre ich von Frau Minister Leodolter seit dem Jahr 1971. Nur ist es ja nicht richtig, daß Sie überhaupt keine Kompetenzen haben. Sie haben in sehr weiten Bereichen Kompetenzen, und Sie haben natürlich die Möglichkeit, eben über den § 15 a BVG Kompromisse beziehungsweise Verträge mit den Ländern abzuschließen.

Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Wille wollte Sie, Herr Minister, in Schutz nehmen, indem er gesagt hat: Alle haben die Entwicklung verschlafen! – Ja, die anderen Staaten haben das bis 1973 auch verschlafen.

Dr. Wiesinger

Der Unterschied ist aber nur der: Sie haben aber nach dem ersten Schock in den übrigen Ländern sehr prompt im Jahr 1973 angefangen, sich darüber Gedanken zu machen, wie man weiterkommen kann. Und Sie haben weitergeschlafen.

Der dritte Vergleich mit der Frau Minister – und das ist so frappierend – ist der: Als es Schwierigkeiten gegeben hat, als sie mit ihren Problemen, vor allem mit der Spitalsfinanzierung, nicht mehr zurechtgekommen ist, hat der Herr Bundeskanzler die Sache an sich gezogen.

Bei Ihnen ist es nun nicht der Herr Bundeskanzler, weil der bedauerlicherweise gesundheitlich dazu momentan nicht in der Lage war, aber der Herr Vizekanzler hat doch de facto die Problematik voll an sich gezogen, und er beherrscht die Diskussion. Das ist ein Faktum, darüber kann man nicht hinweggehen.

Ich finde nichts daran, daß er den Vorsitz in der Ministerkommission hat. Das ist in Ordnung. So eine Kommission wird sich wahrscheinlich ergeben müssen, weil verschiedene Bereiche zusammenspielen. Aber in der Praxis – in der Praxis! – hat er die Frage der Energiepolitik voll in den Griff bekommen.

Seit Pörschach wird von Androsch die Linie in der Energiefrage bestimmt. Nur würden wir gerne wissen – und das ist eine Frage, die uns moralisch bitte wirklich zusteht –, wie wollt ihr denn das machen?

Auf der einen Seite höre ich gerade bei der Gewerkschaft, das komme doch überhaupt nicht in Frage, was der Herr Vizekanzler sich da einbildet und uns erzählt, das darf sich im Lohn nicht niederschlagen; das findet nicht statt.

Bitte, dann kommt und sagt uns, wer hat jetzt recht? In welcher Richtung wird der Zug gehen?

Und beim zweiten Bereich teile ich die Meinung des Herrn Abgeordneten Heindl, der leider nicht im Saal ist und der gesagt hat: Wir werden bei allen Fragen der Preisbildung die soziale Komponente berücksichtigen. D'accord, d'accord! Das ist ja nichts Neues, das ist ja das Wesen der sozialen Marktwirtschaft, daß ich den Markt regieren lasse und die soziale Komponente ganz einfach mit einbaue.

Nur, bitte, ich hätte halt ganz gerne gehört – entweder von Ihnen dann in Ihrer Wortmeldung oder vom Herrn Abgeordneten Heindl –, was denn jetzt wirklich in der Frage des Ofenheizöls geschieht? Wie soll man denn das machen? Der gestaffelte Tarif werde nicht gehen – das haben Sie vollkommen richtig gesagt –, da das administrativ zu schwierig sein werde. Die Kontingentierung wird auch nicht richtig gehen. Denn, was ist mit jenen, die zwar einkommensschwach sind, aber kein Ofenöl

verwenden, sondern eine Gasheizung haben und so weiter.

Bitte, wie ist die soziale Komponente für jene Tausende ältere Menschen, die man sogar animiert und ermutigt hat und gesagt: Jetzt habt ihr endlich eine Möglichkeit, bei der ihr alten Menschen, ohne euch viel plagen zu müssen, auch ein warmes Zimmer bekommen könnt, wo ihr den Ofen nimmer ausräumen müßt, sondern wo ihr mit einem einfachen Schalterdruck das machen könnt.

Und jetzt steht dieser arme Teufel, der sich den Ofen um viel Geld gekauft hat, vor der brennenden Frage: Wie wird denn das im Winter weitergehen? Wie wird das gehen?

Ich würde mich wirklich freuen zu hören – sofern es nicht der Herr Abgeordnete Heindl oder der Herr Minister sagen kann, vielleicht kann es uns der Kollege von der anderen Fraktion Dr. Schranz sagen –, wie sich das auf die älteren Menschen auswirken wird. Denn diese Frage bitte wird nicht vom Tisch kommen. Das sage ich Ihnen ganz klar. Darauf werden wir uns in Zukunft mehr als bisher noch konzentrieren müssen, daß, je heftiger die Schwierigkeiten am Energiesektor werden, je schwieriger die Verteilungssituation zweifellos werden wird, nicht die Randschichten der Gesellschaft unter die Räder kommen. Dafür werden wir Sorge tragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jene Perspektiven – und das, finde ich, ist ja das Schöne in einer parlamentarischen Diskussion, daß man sich mit den Argumenten der anderen Redner mehr beschäftigen kann –, die der Herr Abgeordnete Wille im Bereich Umweltschutz und so weiter hier angeschnitten hat, sind absolut diskussionswürdig. Es war ein hervorragender Beitrag, den wir dem Grunde nach voll akzeptieren können.

Nur, Herr Bundesminister, alle wissen wir, zumindest seit der Zeit des Club of Rome, daß sich hier etwas ändert, daß eine Umschichtung im Gange ist, daß wir es alle noch nicht ganz im Griff haben. Die Interpolation, die der Abgeordnete Wille hier in bezug auf die Steigerungsrate gebracht hat, glaube ich nicht ganz. Es ist dasselbe, wie wenn ich interpolieren wollte: Wenn ein Kind im ersten Jahr zwei Zentimeter wächst – wie groß ist es, wenn es 60 Jahre ist?

Hier geht die Wachstumsrate sicher nicht in der gleichen Form vor sich. Aber man muß sich darüber Gedanken machen: Wie wird das werden?

Und hier habe ich im gesamten Bericht eine einzige Seite: Zusammenhänge zwischen Umweltschutz und Energieverbrauch. Ich bin dankbar, daß überhaupt eine Seite drinnen ist,

Dr. Wiesinger

daß es zumindest erwähnt worden ist. Nur sollten wir uns, glaube ich, in diesem Bereich viel, viel mehr mit der gesamten ökologischen Entwicklung auseinandersetzen.

Wir wollen keine Hysterie, und es ist wirklich unfair gewesen, meinem Freund König zu unterstellen, er hätte behauptet, wir haben eine Riesenkrise, und wir seien diejenigen, die das Heizöl und alles verteuern wollen. Gar nicht! Er hat es auch tatsächlich berichtet.

Aber es ist ein Unterschied, ob ich hysterisch bin oder ob ich sorgsam bin. Ich glaube, das ist eine Aufgabe, die wir sehr ernst nehmen sollen.

Auch hier wieder eine Frage, die mir nicht ganz klar ist: Wie steht es bei der Gewerkschaft? Hier sagt der Herr Abgeordnete Wille: Ganz klar, das ist eine ganz enge Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch. Es ist die alte These, die Jahre hindurch vertreten wurde. Dann kommt aber der Herr Finanzminister Vizekanzler Androsch und sagt: Überhaupt nicht, abkoppeln müssen wir! – was ich für richtig halte –, abkoppeln! Der Anstieg des Energieverbrauchs hat nicht zwangsläufig mit dem Wirtschaftswachstum im Zusammenhang zu stehen.

Aber das sind doch ganz wesentlich differente Auffassungen. Da ist doch ein tiefer Spalt, der sich hier in Ihrer Fraktion auftut. Das sind ja Kernfragen! Wo geht es denn hin? In welche Richtung geht denn dieses Land?

Sie haben 95 Mandate. Sie haben uns hier im Haus zu sagen, wie der Weg weitergeht, und nicht hü und hott zu fuhrwerken: von der Gewerkschaft zum Herrn Androsch und letztlich zum Herrn Minister Staribacher. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Frage des Konsumfetischismus müssen wir auch einmal behandeln. Es ist nicht so, daß man einen Wohlstand nur dadurch erreichen kann, daß wir den Konsum maximal erhöhen. Ich weiß schon, daß das sehr stark zusammenhängt mit den verschiedensten Wirtschaftsfragen. Das ist mir ganz klar. Nur, wie weit wir uns in Zukunft hier weiterbewegen – ja, meine sehr geschätzten Damen und Herren, das sind Fragen, die vor allem die Jugend betreffen. Die Jugend ist in dieser Frage wirklich aufnahmebereit. Und gerade am Energiesektor können wir beweisen, ob wir zu einer gewissen Askese bereit sind.

Ich spreche nicht von den kalten Fenstern und von der autolosen Gesellschaft. Aber wieweit wir eine Gesinnung der Askese hier mitbringen, das ist, glaube ich, in der gesamten Energiepolitik für die nächste Zeit das Allerwichtigste und das Entscheidende, auf das es uns ankommt.

Die Spargesinnung, mein Freund König hat schon gesagt, soll mit der Information bis in die Haushalte hinein gefördert werden. Ja ich kann mich erinnern, Ölschock, große Aufregung, der Herr Bundeskanzler hat gesagt: Jetzt wird gespart, naß rasiert. Man kann darüber lachen, vielleicht sollte es Symbolcharakter haben, vielleicht wollte er wirklich etwas dadurch erreichen, und es ist bei den Leuten hängengeblieben. Ich möchte ihm das also gar nicht übelnehmen.

Nun, Herr Bundesminister, was ist denn seit 1973 tatsächlich an Einsparungen geschehen? Jetzt schauen wir wieder darauf, daß wir ein Raumthermometer bekommen. Sicher gut, alles einverstanden. Es ist ja niemand dagegen, daß etwas geschieht, nur fehlt mir das integrierte, umfassende Konzept. Und das liegt nicht vor. Und darum müssen wir diesen Bericht ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Schauen Sie, man muß natürlich mit gutem Beispiel vorausgehen. Das ist gar keine Frage. Na was wäre es denn, wenn man jetzt die Dienstwagen für den Stadtverkehr wirklich auf Gas umstellen würde, das wäre doch eine Möglichkeit. Hier würden Signale für die Bevölkerung gesetzt. Ich weiß schon, daß dies in der Summe nicht viel bringt, mir würde es da nur um den Symbolcharakter gehen. Ich glaube, soweit würden Sie das ja auch von mir akzeptieren, daß ich das so gemeint habe.

Nur glauben Sie, zusammenfassend: Dieser Bericht ist für uns ganz einfach keine Möglichkeit einer zukünftigen Energiepolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)* Er zeigt uns nichts.

Sie werden sich jetzt dann zu Wort melden. Ich kann nur das wiederholen, was wir bei anderer Gelegenheit immer wieder gesagt haben: Natürlich sind wir in Entscheidungsfragen der Bevölkerung für Zusammenarbeit. Warum? – Wir machen ja die Politik für dieses Land, für den einzelnen Menschen da draußen, und daher werden Sie uns überall dort haben können, wo es für den Menschen von Entscheidung ist. Sie werden uns aber nicht dazu haben, zentralistische Staatsgewalten auszubauen. Das ist immer die Problematik. Sie wollen Macht, um sie im Staate dann im sozialistischen Wege auszuüben, und dabei gehen wir nicht mit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie uns das konkret in den einzelnen Punkten sagen können, jawohl bitte, hier sind Möglichkeiten. Ich könnte jetzt den ganzen ÖVP-Antrag zum Energiesparen noch einmal zitieren, Sie kennen ihn, das war ja auch so paradox: Solange sich nämlich eine Einigung in der Atomfrage noch abgezeichnet hat, wurde im Ausschuß jeder einzelne Punkt von unseren

Dr. Wiesinger

Energiesparmaßnahmen dem Grunde nach von den Sozialisten akzeptiert, sowohl von Ihnen, Herr Bundesminister, als auch von Dr. Heindl. Für unser angeblich schlechtes Verhalten haben wir aber nachher als Betragensnote ein Minus bekommen, und Sie haben dann als Bosheit sozusagen unseren Antrag wieder abgelehnt. Ja, Herr Minister, was soll denn das? Das ist ja auch nicht die feine englische Art, daß man innerlich erst sagt, es ist richtig. Nur weil wir in der Atomfrage einen anderen Weg gegangen sind, der uns von der Bevölkerung dann auch bestätigt wurde, kann man deshalb wichtige Dinge, die Sie als richtig akzeptieren, nicht ablehnen. Warum kann man sie nicht gemeinsam lösen?

Daher bieten wir Ihnen diesen Antrag wieder als Diskussionsgrundlage an, wir meinen es sehr ernst damit, es ist keine Gagpolitik, sondern hier sind Fragen, wo wir weiterkommen können und müssen.

Und abschließend nur noch ein Satz: Die Energiefrage, die gesamte Energiepolitik ist primär ein ideelles Problem und erst sekundär ein materielles Problem. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Hobl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg. Ing. Hobl bringt ein Paket Papier.)* Dieses Paket habe ich nur mitgebracht, um es dem Herrn Kollegen Dr. Stix zu zeigen. Leider ist es mir nicht gelungen, aus meinem Kastel unten alles herauszunehmen, was der Herr Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie in der Energiefrage veröffentlicht hat. Wenn er jetzt in den Energiebericht, den wir heute debattieren, nur auszugsweise aus diesem Packerl von Publikationen, die er da veröffentlicht hat, was hineingenommen hätte, Herr Kollege Dr. Stix, ich weiß nicht, ob es nicht mehr Bände geworden wären als der Schweizer Energiebericht. Sie können sich auch die Mühe machen, meine Damen und Herren, das zusammenzustellen. Mir ist es nicht ganz gelungen, weil ich nicht alles hier im Hause habe. Aber wenn Sie den Anhang I auf Seite 173 des Berichtes des Herrn Ministers Staribacher lesen und alles zusammentragen, dann haben Sie diesen Berg oder diese Pakete, Herr Kollege Dr. Stix, die von diesem Minister oder von ihm veranlaßt veröffentlicht wurden zu Fragen der Energiepolitik und allen Details, die damit im Zusammenhang stehen. Und dann könnte man abmessen oder Seiten zählen oder Zeilen zählen oder wie Sie wollen.

Ich bin also der festen Überzeugung, daß das,

was Staribacher dokumentiert hat in der Energiefrage, nicht nur in dem Energiebericht 1979, wie Sie das im Anhang lesen können, weit mehr ist als die Schweizer Produktion, die Sie, Herr Kollege Dr. Stix, heute hier vorgetragen oder hergezeigt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun, meine Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Wiesinger hat gerade gesagt, wichtig ist, daß man bei der Debatte über Energie, Energiepolitik nicht hysterisch ist, sondern sorgsam vorgeht.

Eines kann man dem Minister Staribacher sicher nicht vorwerfen, Herr Kollege Dr. Wiesinger, daß er Energiepolitik in den letzten Jahren hysterisch betrieben hat. Vielmehr sagen alle Österreicher, er war sehr sorgsam und er ist ein sehr sorgsamer Mann in diesem Lande. Denn sonst würde es bei uns so ausschauen wie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Wenn Sie die letzte Nummer des Nachrichtenmagazins „Time“ hernehmen, am 2. Juli erschienen, und da nur die Bilder anschauen, gar nicht den Text lesen, muß man sagen, von Sorgsamkeit im Sinne von Staribacher kann da keine Rede sein. Ich glaube, Jimmy Carter würde sich glücklich schätzen, wäre sein Energieminister so erfolgreich und würde ihm die parlamentarische Mehrheit so folgen wie da in dem Hause. Denn dann hätte er eine gesicherte Energieversorgung, so wie wir sie in Österreich haben. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Mock: „Sie folgen“ - das ist richtig!)*

Herr Kollege Dr. Wiesinger, das verstehe ich nicht ganz. Sie werfen Minister Staribacher vor, er nützt angeblich die Kompetenzen, die er hat, nicht aus, und Sie würden ihm zusätzliche Kompetenzen, die er meiner Meinung nach mit Recht verlangt, deswegen verweigern, weil dann die zentrale Macht wesentlich größer wäre, und dagegen sind Sie.

Ich glaube, es würde heute zu weit führen, aber wir müssen wirklich im Sinne einer sorgsamen Energiepolitik in diesem Lande uns einmal hersetzen und nicht nur so andeuten und sagen: Was würden Sie meinen, ganz konkret aufgelistet, wo Staribacher seine Kompetenzen nicht voll genützt hat, und wie glauben Sie, daß die Kompetenzen, die er dazuhaben will, mißbräuchlich verwendet werden könnten?

Wenn Sie und der Herr Kollege Dr. König sagen, da haben Sie unsere Hand, dann ist es ein bisserl zu wenig, sondern in der Hand muß etwas drinnen sein. Und diese Hand muß auch etwas entgegennehmen wollen. Wir haben das Gefühl, daß Sie das bis heute nicht wollen. Sie halten sie nur hin, und wenn Staribachers Hand kommt, ziehen Sie Ihre zurück. Sie geben nicht und Sie nehmen nicht. Und das, glaube ich, müssen wir im Interesse dieses Landes und einer

Ing. Hobl

wirklich sorgsam Energiepolitik wirklich einmal beenden.

Man könnte diese heutige Debatte, meine sehr geehrten Damen und Herren, und von mir aus schon die Debatten, die wir in den letzten Jahren zu diesem Thema geführt haben, sicherlich auch übertiteln: Ist es schon das Ende der Ölzeit?

Zweifellos sind wir nach allem, was uns die Wissenschaft sagen kann und wie unser Planet erforscht ist, am Ende der Ölzeit. Und da sind nicht wir im österreichischen Parlament die alleinigen Warner. Auch im größten Energieverschwendungsland der Welt, in den Vereinigten Staaten von Amerika, gibt es diese Warner, die sich halt leider noch nicht so durchsetzen, wie sich Staribacher mit seiner Energiepolitik in unserem Lande durchgesetzt hat.

Vor genau fünf Jahren warnte der amerikanische Energieexperte James E. Akins den Westen mit einem leicht faßlichen Vergleich: Die Industrienationen verhalten sich wie ein Autofahrer, der bereits auf Reserve geschaltet hat und trotzdem mit Vollgas weiterfährt, obwohl weit und breit keine Tankstelle in Sicht ist.

Präsident Carter hat erst vor kurzer Zeit via Television seine Staatsbürger beschworen. Er hat gesagt: Ich habe es satt, noch weitere zwei Jahre zu predigen. Schließlich muß es mittlerweile auch der Dümme wissen, daß es höchste Zeit ist, unseren Lebensstil zu ändern.

Und wir Europäer, ich glaube, wir sind da schon etwas vernünftiger, wir haben schon einen Bewußtseinsbildungsprozeß in Gang gesetzt, der uns zeigt, daß wir in Europa nicht die Insel der Benzinseligen bleiben werden, und es wird, so wie das halt leider in der industrialisierten Welt - manche sagen Gott sei Dank - so ist, so sein, daß man sagt, was heute in Amerika ist, kann übermorgen in Europa sein. Ich glaube, die Wissenschaftler des Club of Rome, die immer wieder betonen, wir schöpfen aus einem Faß, dessen Boden schon zu sehen ist, haben recht.

Auch wenn wir heute wissen, daß bis weit in das dritte Jahrtausend hinein Erdöl und Erdöl-derivate von den Menschen auf dieser Erde noch verwendet werden, so geht es hier um Quellen, die heute noch nicht erschlossen oder nicht einmal noch entdeckt sind, aber es ist wahrscheinlich das Ende der Ölzeit. Da trifft sensibel diese Problematik insbesondere jene Menschen in den industrialisierten Ländern, die sich in den letzten Jahrzehnten daran gewöhnt haben, sich mit einem Kraftfahrzeug fortzubewegen.

Als wir 1973 die erste sogenannte Energiekrise ins Haus bekommen haben, als das erstmal ganz massiv die Glocken geläutet

wurden, wir sind am Anfang des Endes der Ölzeit, haben wir auch hier in Österreich diskutiert, Herr Kollege Dr. König, Minister Dr. Staribacher und einige andere Herren in der Television darüber, was kann man denn tun, wenn Benzin knapp wird. Dann habe ich mir erlaubt zu sagen, dann werden wir halt Alkohol verwenden. Eine Geschichte, die ich wirklich nicht erfunden habe, sondern die ich in der Schule gelernt habe, so wie viele, und die ich mir halt auf Grund meiner beruflichen Tätigkeit gut gemerkt habe. Ich habe erst jetzt wieder nachgeschaut in meinem Maschinenbauerhandbuch, dem Dubbel aus Anfang der vierziger Jahre im Bereich der Kraft- und Arbeitsmaschinen, der Brennkraftmaschinen und Leichtmotoren, und habe halt dort das noch einmal kurz nachgelesen, was ich in der Schule gelernt habe: „Spiritus hat sich als Zusatz zu Benzol-Benzin-Gemischen im Dreiergemisch mit 10 bis 15 Prozent Alkohol und unter bestimmten Voraussetzungen als Benzin-zusatz Monopolin“ - mit so etwas ist dann in der Kriegsmaschinerie des Dritten Reiches gefahren und geflogen worden, wo etwa 75 Prozent Benzin und 25 Prozent absoluter Alkohol verwendet wurden - „außerordentlich bewährt.“

Damals, das steht schon in Auflagen vorher in diesem Handbuch der Maschinenbauer, hieß es: „Alkohole werden zumeist aus volkswirtschaftlichen Gründen als Zusatz beigegeben.“ (*Abg. Steinbauer: Wir werden Sie ins Röhl blasen lassen!*)

Wir sind jetzt, Herr Kollege Steinbauer, dabei, das wirklich ernsthaft zu überlegen. Da Vizekanzler Dr. Hannes Androsch heute oft zitiert wurde als der Mann, der sich jetzt auch im Ministerkomitee aktiv dieser Sachen annimmt, so konnten Sie ja vor wenigen Tagen hören, daß man sich in diesem Gremium darauf geeinigt hat, möglichst bald in Österreich Alkohol den Benzinen beizumischen.

Im Jahre 1973 hat mir dieser mein Vorschlag bei manchen Kommentatoren die Kritik eingebracht, daß das quasi eine Schnapsidee ist. Ich nehme das gerne hin, habe es auch damals gerne hingenommen, weil ja schon lange vor 1973, zu einer Zeit, als ich auf die Welt gekommen bin, Alkohol in Verbrennungskraftmaschinen verwendet wurde; zum Beispiel in den dreißiger Jahren hat es in Ungarn bei jeder Tankstelle eine Zapfsäule Metalko gegeben, weil die ungarische Landwirtschaft auch interessiert war, über Spiritus, absoluten Alkohol, hier ein Absatzgebiet zu haben, also aus volkswirtschaftlichen Gründen, wie ich aus diesem Maschinenbauerhandbuch vorgelesen habe. Es ist Ihnen ja auch kein Geheimnis, es ist ja in den letzten Wochen in den Zeitungen gestanden, daß in den dreißiger Jahren die damalige

Ing. Hobl

Bundesregierung, nicht zuletzt auf Drängen der Agrarier, begonnen hat, bei der österreichischen Postverwaltung den Vergasertreibstoffen Alkohole aus landwirtschaftlicher Produktion beizumischen.

Am 10. VW-Workshop, der regelmäßig in Wolfsburg stattfindet, hat der Leiter der Abteilung Alternativkraftstoffe gesagt, daß der Individualverkehr, der heute fast zu 100 Prozent auf Mineralölkraftstoffe angewiesen ist, langfristig nur sichergestellt werden kann, wenn intensiv nach Alternativkraftstoffen geforscht wird, die nicht vom Mineralöl abhängen. Er meinte, und ich glaube, er hat da völlig recht, für Länder mit reichen Kohle-, Erdgas- und Holzvorkommen und hochentwickelter industrieller Technologie wird Methanol die günstigste Lösung darstellen, während in Ländern mit üppigem Pflanzenwuchs und einer mehr landwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaft Äthanol der Kraftstoff der Zukunft sein wird; sicherlich nicht allein! Sie wissen alle, es gibt auch schon sehr lange die Wasserstofftechnologie, und ich glaube, daß wir in Österreich wirklich gut beraten sind, hier auch diesen Weg, vor allem vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Produktion, einzuschlagen, nachdem sich ja bekanntlich jeder organische Stoff in Alkohol verwandeln läßt, wobei man schon achtgeben muß, wie hoch der Energieeinsatz für diese Verwandlung ist, sonst ist es ja unter Umständen ein Geschäft, das nicht sehr viel erbringt.

Aber auch im Bericht, den der Herr Handelsminister heute vorlegt, haben Sie auf Seite 146 und auf Seite 169 die Probleme der Erdölsubstitution durch Alkohole. Jetzt lehnen Sie diesen Bericht ab. Da muß ich Sie fragen: Sind Sie gegen die Substitution von Erdölderivaten durch Alkohole, weil Sie den Bericht ablehnen? Oder lehnen Sie nur bestimmte Teile des Berichtes ab? Ich glaube, die Oppositionsparteien haben bei ihrer Entscheidung, den Bericht von Staribacher abzulehnen, keine sehr glückliche Hand, wenn Sie zum Beispiel die Vorschläge lesen, die die Beimischung von Alkohol in Vergasertreibstoffe, also in Benzine, vorsehen.

Wir haben beim ARBÖ im Jahre 1974 einen 20 000-Kilometer-Versuch gemacht mit unserem Bernhardiner und haben Alkohole beigemischt und ein paar Additive, die die hygroskopischen Eigenschaften des Alkohols ein bisserl mindern. (*Abg. Steinbauer: Das haben die am St. Bernhardpaß schon längst gemacht!*) Die haben nur Alkohol gehabt, Herr Kollege Steinbauer. Wir haben auch Benzine dabei gehabt bei unseren Bernhardinern. Das ist der Unterschied. Das Symbol ist gleich.

Diese Versuche - wir haben bis zu 30 Prozent Alkohol beigegeben - haben gezeigt, daß ohne

besondere Adjustierung von Vergaser und sonstigen Motorteilen die Beimischung ohne weiteres vertragen werden kann. Bei bestimmten Motortypen, wo das Ansaugrohr knapp neben dem Auspuffrohr war, hat es - aber ich möchte Sie nicht so sehr mit technisch-physikalischen Problemen belasten - mit der Verdampfungswärme einige Probleme gegeben. Das ist aber eine Frage dieser besonderen Motorkonstruktion gewesen.

Wenn Sie dann im Bericht weitergehen - ich möchte gar nicht alle Ziffern anführen -, wenn Sie nur auf Seite 171 lesen die Maßnahmenvorschläge, die es hier für den Straßenverkehrsreich gibt, meine Damen und Herren, ich möchte ganz gerne von der Opposition hören, sind Sie für diese Maßnahmen, oder sind Sie dagegen. Weil wenn Sie den ganzen Bericht ablehnen, wie es die österreichische Öffentlichkeit von Ihren Debattenrednern gehört hat, so muß die österreichische Öffentlichkeit auch annehmen, daß Sie die hier vorgeschlagenen Maßnahmen für den motorisierten Straßenverkehr ebenso ablehnen.

Und bei diesen Maßnahmen, die wir noch anreichern können in der Diskussion und bei den Verhandlungen darüber, wie wir die Maßnahmen durchsetzen, glaube ich, sollten wir drei große Gruppen sehen, und zwar gewisse Forderungen und Appelle an die Autofahrer, Forderungen an die Behörden, zum Teil also auch an uns als Gesetzgeber, und Forderungen an die Autoindustrie.

Wir sollen wirklich jede Maßnahme unterstützen - Herr Bundesminister, bitte, überlegen Sie das auch im Ministerkomitee -, wie wir in geeigneter Art und Weise die Kraftfahrer ununterbrochen, möglichst auf der Straße, aufmerksam machen, durch ökonomische Fahrweise Treibstoff zu sparen, der, wie einvernehmlich festgestellt wurde, nicht billiger, sondern nur teurer werden wird, weil er eben in Jahrzehnten zu Ende gehen wird.

Außerordentlich wichtig - das steht auch in Ihrem Maßnahmenkatalog, Herr Minister - ist auch die regelmäßige Kontrolle von Zündung, Vergaser und Motorzustand, einschließlich der Luftfilter. Unsere ARBÖ-Techniker haben herausgefunden, daß verschmutzte Luftfilter den Benzinverbrauch bis zu 15 Prozent erhöhen können. Hier allein sieht man, was an dieser technischen Pflegemaßnahme tatsächlich an Treibstoff zu sparen wäre.

Ich habe mich an die Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten und Servicestationen gewandt, sie sollen den Autofahrern besondere Dienstleistungspakete zu einem Pauschalpreis anbieten, damit sie regelmäßig die für die Verbrennung

Ing. Hobl

der Mineralöltreibstoffe in ihren Motoren wichtigen Dinge prüfen können. Vielleicht können Sie, Herr Minister, auch auf die Innungen und so weiter stimulierend und uns unterstützend einwirken.

Die Frage des oktanrichtigen Tankens. Auch hier ist sehr viel zu sparen, und zwar direkt im Raffinationsprozeß, wenn wir heute ein bißchen oktanärmeres Benzin haben, wenn die Motoren es vertragen, so ersparen wir uns schon in der Raffinerie im Energieeinsatz wieder einige Prozentpunkte an Energie.

Herr Handelsminister, wir würden Ihnen auch vorschlagen, daß wir gemeinsam mit dem Gremium des Autohandels und dem Fachverband der Fahrzeugindustrie darauf aufmerksam machen, daß in den Prospekten der Automobilfirmen schon viel mehr auf den Verbrauch hingewiesen wird, oder daß wir direkt die Öffentlichkeit, die Automobilkäufer über Konsumenteninformation et cetera – wir vom ARBÖ sind hier schon aktiv geworden – darauf aufmerksam machen.

Im Katalog, den die Opposition ablehnt, sind auf Seite 171 alle Maßnahmen, die der Verflüssigung des Verkehrs in den Ballungsgebieten dienen, aber leider lehnen die Oppositionsparteien, obwohl sie sagen, sie seien zur Zusammenarbeit in diesen Fragen bereit, diese Maßnahmen pauschal mit dem Gesamtbericht ab.

Wir werden auch hier in diesem Hause zu überlegen haben, ob wir etwa so wie die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten von Amerika nicht Zeitpunkte bestimmen über die Nichtzulassung von Automobilen, die einen höheren Durchschnittsverbrauch haben, als volkswirtschaftlich vom Standpunkt der Energiebilanz in unserem Lande vertretbar erscheint. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben hier schon gesetzliche Beschlüsse gefaßt. Ich frage Sie, Herr Minister: Werden Sie bereit sein, im Ministerkomitee – ich weiß schon, es geht dann eher zum Verkehrsminister hin, aber der hört ja das auch – Überlegungen anzuregen, hier im Genehmigungs- und Zulassungsverfahren gewisse Grenzen zu setzen. Die europäische Automobilindustrie ist in zahlreichen Produkten, egal aus welchem europäischen Land sie kommen, bereits imstande, Grenzwerte heute in Modellen anzubieten, die in den Vereinigten Staaten von Amerika erst ab 1985 gesetzlich verlangt werden.

Die Automobilindustrie ist ja groß in Bewegung geraten. Gestern ist mir mit der Post eine Nachricht aus Großbritannien zugestellt worden, daß sich die britische Fahrzeugindustrie freiwillig entschlossen hat, bis 1985 den Benzin-

verbrauch bei neuen Autos um 10 Prozent zu senken. Ich glaube, das ist ein bißchen zu wenig; wenn man es allerdings von den bereits sparsamen Modellen, die auf der Insel erzeugt werden, sieht, würde es also wieder einiges bringen.

Wir müssen auch Forderungen an die Autoindustrie stellen auf geringere Fahrzeuggewichte bei gleicher passiver Sicherheit, Verminderung des Luft- und Rollwiderstandes, Auslegung der Motoren auf Normalbenzin, also mit Oktanzahlen unter 90, und verstärkten Einsatz von Dieselmotoren, weil natürlich auch die Erzeugung des Dieselöls vom Energieeinsatz her wesentlich sparsamer ist, als wenn wir Benzin produzieren, und auch die Frage der besseren Regelbarkeit von Treibstoffeinspritzungssystemen in die Motoren.

Hier ist unendlich viel zu holen. Wir können viel mehr holen, als die Internationale Energieagentur uns für den Sektor Straßenverkehr vorschreibt, wo wir also etwa ein Drittel der Mineralöle verbrennen, die wir in Österreich verwenden. Hier wären also sehr viele Maßnahmen zu treffen, aber dadurch, daß die Oppositionsparteien sagen, sie seien zwar zur Zusammenarbeit bereit, aber sie lehnen den Energiebericht insgesamt ab, wird es also außerordentlich schwierig sein, den Maßnahmenkatalog, den Sie hier in dem Bericht vorschlagen, Herr Minister, mit den Oppositionsparteien zu verhandeln.

Es gibt dann noch eine ganze Menge von Vorschlägen, die wir noch zusätzlich zu denen, die Sie erstattet haben, Herr Minister, vorzubringen haben, und ich hoffe, daß trotz der heutigen Ablehnung dieses Berichtes durch die Oppositionsparteien vor allem auf Grund der Maßnahmen, die das Ministerkomitee vorschlagen wird, die beiden Oppositionsparteien doch noch auf den richtigen energiepolitischen Zug dieser sozialistischen Bundesregierung aufspringen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Thalhammer: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neumann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Neumann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte als erstes im Gegensatz zu meinem Vorredner sofort feststellen, wie das heute schon viele im Laufe der Energiedebatte getan haben, daß dieser Energiebericht, der uns heute genau neun Jahre zu spät zur Behandlung vorliegt, zwar ein großartiges fachliches und sachliches Werk der Verfasser darstellt, jedoch kein Energieplan, kein Energiekonzept der Regierung ist, und zwar kein Energieplan, kein

Neumann

Energiekonzept, so wie wir das durch neun Jahre hindurch verlangt haben und wie ich das auch persönlich in vielen Ausschusssitzungen und auch hier von diesem Pult aus wiederholt und in vehementer Weise verlangt habe.

Und als zweites ist dazu zu sagen, es ist dies kein Energieplan, sondern es ist das ein Energiebericht. Ein Energiebericht, der eben nicht das bringt, was die Zeit erfordert, auf was sie wartet: nämlich eine Antwort darauf, wie es weitergehen soll in der Energiepolitik in Österreich. Dazu sagt die Regierung eigentlich kaum ein Wort. Wie sollen die Energieprobleme der achtziger Jahre, aber auch schon die des heurigen Jahres und überhaupt der weiteren Zukunft gelöst werden?

Dazu kein Wort im Energiebericht. Es ist eben einfach, noch einmal gesagt, nur ein Bericht, Herr Abgeordneter Hobl, und kein Energieplan. Dieser Energiebericht ist nach der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Dr. Kreisky die nächste Enttäuschung. Dieser Energiebericht ist einfach einer der ersten Beweise nach der Regierungserklärung des Bundeskanzlers dafür, daß diese gegenwärtige Bundesregierung so wie auf vielen anderen Gebieten auch auf dem Energiesektor über eines nicht verfügt, nämlich über ein Konzept zur Lösung der großen Gegenwarts- und Zukunftsprobleme Österreichs. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher können wir diesen Energiebericht nicht loben, wie das der Vorredner getan hat, wir müssen ihn kritisieren aus einer Verantwortung für die Energiesituation und für die Zukunft dieses Landes, und wir werden ihn auf gar keinen Fall in der Art, wie er abgefaßt ist, zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das zum ersten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und nun sofort zum zweiten eingangs folgendes: So leicht, wie es sich diese Bundesregierung mit dem vorliegenden Energiebericht macht, macht sie es sich auch in ihrer Energiepolitik, sofern man überhaupt von einer Energiepolitik bei dieser Regierung reden kann.

So sind auf Seite 168 dieses Berichtes die notwendigen energiepolitischen Maßnahmen für die Zukunft angeführt. Es heißt aber immer nur: man müßte, man sollte, es wäre und so weiter. Nie findet man etwas Konkretes. Gleich der erste Punkt lautet - der Abgeordnete Hobl hat darauf hingewiesen -: Bestmögliche Versorgung aus dem Inland mit Energie ist das Ziel. Ich lese da heraus, es ist das das erste Ziel der gegenwärtigen Bundesregierung von Österreich. Also die bestmögliche Energieversorgung aus dem Inland.

Das soll durch verschiedene Maßnahmen erreicht werden. Abgeordneter Hobl hat auch darauf hingewiesen, er hat nur die falschen Schlußfolgerungen daraus gezogen. Es heißt hier in diesem Maßnahmenkatalog im Energiebericht gleich beim ersten Punkt, Ziffer 1, die Suche nach abbauwürdiger Kohle sei unter verstärktem Einsatz von Bergbauförderungsmitteln entsprechend zu forcieren.

Der übernächste Punkt lautet, der Ausbau der Wasserkräfte einschließlich kleiner Wasserkraftanlagen sei zu forcieren und so weiter.

Und nun kommt es, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren: Als der Herr Handelsminister im Handelsausschuß auf diese Forderung: höchstmögliche Energieversorgung aus dem Inland zu sprechen kam, war sein Kommentar dazu - wir haben das ja auch heute wiederholt von den sozialistischen Rednern gehört, vor allem vom ersten Redner, dem Abgeordneten Heindl - ein einziges Wort. Ich habe dieses Wort mitgeschrieben, es hat gelautes: „erfüllt“. Erfüllt, sagte der Herr Handelsminister, ist die Forderung nach optimaler Energieversorgung aus dem Inland.

Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren! Das ist einer der Beweise, wie leicht es sich der zuständige Energieminister, wie leicht es sich diese Bundesregierung in der so wichtigen energiepolitischen Lebensfrage macht: alles geschehen, was zu geschehen hat, wir brauchen nichts mehr zu tun. Das war auch der Tenor meiner Vorredner. Es ist alles in Ordnung, alles erfüllt, wie der Herr Minister sagte.

Und wissen Sie, Hohes Haus, wie die Wirklichkeit der Energieversorgung aus dem Inland aussieht? Die Energieversorgung aus dem Inland war noch nie in der ganzen Geschichte Österreichs so gering und damit noch nie so schlecht wie jetzt nach neun Jahren sozialistischer Regierungspolitik, wenn Sie wollen, Energiepolitik in Österreich. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich bringe dafür auch sofort die Beweise. Betrug laut dem vorliegenden Energiebericht 1979, Seite 32, die Energieversorgung aus dem Inland im Jahre 1970, also zu unserer Zeit, noch 42 Prozent, also fast die Hälfte des Energieverbrauchs, so waren es 1977 nur mehr 36 Prozent, 1978 gar nur mehr 33 Prozent. Zwei Drittel des Energieverbrauches müssen heute, wo der Herr Handelsminister erklärte, alles in Ordnung, alles erfüllt, unter schwierigsten Verhältnissen, wie wir zur Genüge wissen, aus dem Ausland importiert werden.

Diese Situation wird sich, wenn es so weitergeht - und man sieht ja bei der Behandlung

Neumann

dieses Energieberichtes: es geht so weiter, Heindl sagte, es soll so weitergehen -, auch nach dem eigenen Energiebericht, auf Seite 32 zu lesen, weiter verschlechtern. Also es wird sich in Zukunft die Energieversorgung aus dem Inland nicht verbessern, sondern weiter enorm, ja katastrophal verschlechtern.

1980, also nächstes Jahr, werden wir schon 69 Prozent und 1985, also in sechs Jahren, schon insgesamt 79 Prozent der Energie importieren müssen. Und 1990 werden es erdrückende 81 Prozent sein. Nur mehr 19 Prozent, nicht einmal mehr ein Fünftel, haben wir dann eigene Energieerzeugung. Und was das zehn Jahre vor dem Jahr 2000 bedeutet, wo Erdöl nicht nur noch teurer sein wird als heute, sondern wo die Erdölreserven der Welt nach allen Aussagen der Energiefachleute erschöpft sein werden, das brauche ich in diesem Hause wohl nicht näher zu interpretieren.

25 Milliarden Schilling mußten bereits 1978, also voriges Jahr, für die Bezahlung dieser Energieimporte aufgewendet werden. Das ist fast die Hälfte des gesamten Handelsbilanzdefizits. Man kann und muß daher sagen, das Handelsdefizit, das als Ursache für viele Steuererhöhungen, Belastungen der Bevölkerung - siehe 2. Abgabenänderungsgesetz und so weiter - immer wieder angeführt wurde, dieses Handelsdefizit ist deshalb so groß. Ja noch weiter: Die Belastungen der Bevölkerung bei der Lohnsteuer, bei der Mehrwertsteuer, zuletzt auch bei den Löhnen, wie wir das jetzt immer von Finanzminister Androsch hören, sind deshalb so hoch, weil von dieser Bundesregierung nun schon das zehnte Jahr nicht eine so gute, wie das die Vorredner und der Herr Minister immer wieder im Handelsausschuß behaupteten, sondern eine so schlechte Energiepolitik betrieben wurde. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Das behaupte nicht nur ich, sondern das bestätigt auch die Internationale Energieagentur. In ihrem Bericht vom Vorjahr stellt sie nämlich fest, und das wurde anscheinend von niemandem in der sozialistischen Fraktion gelesen, daß die inländische Energieproduktion neben der Energieverschwendung der schwächste Punkt in der österreichischen Energiepolitik ist. Das sagt also die Internationale Energieagentur, der wir beigetreten sind. Hier heißt es: Die inländische Erdöl-, Kohle-, Wasserkleinkraftwerke- und Gasproduktion nimmt ständig ab.

Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren! Damit bin ich schon dort, worauf ich mit meinem Debattenbeitrag hinaus möchte. Nur an wenigen Beispielen möchte ich das, was auch

die Internationale Energieagentur zu unserer Energiesituation sagt, konkretisieren.

Das eine entnehmen wir der Seite 44 des Energieberichtes. Hier heißt es: 1978 beträgt die Kohleförderung Österreichs 3 050 000 t.

Bei Amtsantritt dieser Regierung im Jahre 1970 waren es noch 4,5 Millionen, also um ein Drittel mehr, an Kohleförderung. Auch in Zukunft wird nicht etwa eine Verbesserung, sondern eine weitere Verschlechterung eintreten.

Im Jahre 1985 wird die Kohleförderung Österreichs laut Seite 44, Tabelle 5.4.1, nur mehr 2 278 000 t betragen, also nicht mehr als jetzt. Es ist also nicht alles in Ordnung, nicht erfüllt auf dem Kohlensektor, wie das behauptet wurde, sondern im Jahre 1985 wird es um ein weiteres Drittel weniger Förderung der so wichtigen Kohle in Österreich geben.

Was ist hier eigentlich überhaupt los?, das möchte ich heute und hier fragen angesichts der Behandlung des ersten Energieberichtes der Bundesregierung. Ich sage Ihnen auch, was los ist. Für die Erforschung neuer Kohle geschieht zu wenig. Das ist ein zentraler Vorwurf von uns, auch von der Internationalen Energieagentur. Mit dieser Erforschung neuer Kohle hat man erstens viel zu spät begonnen. Von 1970 bis 1973 ist nichts geschehen, vom 1. Jänner 1973 bis 1. Jänner 1979 wurden hierfür insgesamt 19,2 Millionen Schilling laut Unterlagen ausgegeben, die uns auch von der Regierung selbst zugekommen sind, ein ganz lächerlich geringer Betrag.

Es wird immer wieder gesagt, was wollt ihr, die Bergbauförderung hat sich doch erhöht! Ja, sie hat sich erhöht, aber 360 Millionen Schilling von der Bergbauförderung wurden für die Schließung von Kohlengruben in Österreich ausgegeben. Es heißt das, für die Schließung von Kohlengruben wurde damit aus der Bergbauförderung in den siebziger Jahren dreißigmal so viel ausgegeben als für die Forschung, für das Suchen neuer Kohlevorkommen in Österreich.

Man hat also die Bergbauförderung einfach falsch verwendet, zu einem großen Teil für die Schließung von Kohlengruben. Hohes Haus! Das ist der falsche österreichische Weg in der Kohlenpolitik, in der heimischen Energieversorgung, auf dem wir Ihnen niemals folgen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dabei wäre nichts wichtiger als das Suchen nach neuen Kohlevorkommen, einfach deshalb, weil die Kohle im Gegensatz zu anderen Energien auf dieser Welt nicht so teuer und in großen Mengen vorhanden ist. So dürften nach internationaler Schätzung die Weltkohlevorräte

Neumann

10 000 Milliarden t betragen und damit bei einer derzeitigen weltweiten Jahresförderung von 2,3 Milliarden noch einige tausend Jahre reichen.

Die gleiche negative Entwicklung wie bei der Kohle erleben wir auch beim Wasser, konkret bei den Kleinkraftwerken in Österreich. Auch hier heißt es im Energiebericht: Der forcierte Ausbau der Wasserkraft, einschließlich Kleinkraftwerken, wird vehement gefordert. Der Herr Handelsminister hat ja im Ausschuß erklärt, das geschieht, ist in Ordnung, ist erfüllt.

Kennen Sie hier die Wirklichkeit, meine Damen und Herren? - Die Kleinkraftwerke, die eine große energiepolitische Zukunft und Hoffnung darstellen, sind mangels entsprechender Förderung in Österreich - das rügte sogar der Rechnungshof in seinem Bericht - seit dem Jahre 1974, wo die Energieimporte aus dem Ausland so sprunghaft zugenommen haben, um 37 Prozent in der Leistungskraft zurückgegangen, um 37 Prozent!, das ist ein Drittel der Zwentendorfkapazität, um hier einen aktuellen Vergleich herzustellen.

Im Landwirtschaftsministerium gibt es noch immer bei den Förderungsrichtlinien einen Passus, der lautet, daß die Errichtung von privaten Kleinkraftwerken nur dann zu fördern ist, wenn ein Anschluß an das öffentliche Versorgungsnetz nicht möglich ist.

Wiederholt habe ich persönlich in den Ausschüssen und so weiter die ersatzlose Streichung dieses energiefeindlichen Passus verlangt. Es ist bisher nicht geschehen, man hat nicht einmal darauf reagiert.

Diese Energiepolitik bei den Kleinkraftwerken werden wir auch nicht zur Kenntnis nehmen. Das ist mit einer der Gründe, daß wir auch diesen Energiebericht 1979 nicht zur Kenntnis nehmen können. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Um zum dritten und letzten Teil zu kommen: Was geschieht seitens dieser Regierung auf dem weiten Feld der Biomasse, mit der sich dieser Bericht auch beschäftigt und wo man nicht nur die Energieimporte drosseln, damit die Handelsbilanz entlasten, sondern auch der heimischen, schwer um ihre Existenz ringenden Landwirtschaft helfen und einen enormen Dienst erweisen könnte?

Es heißt hier auf Seite 160 des Energieberichtes, daß man durch die volle Nützung aller biologischen inländischen Möglichkeiten ein Viertel des gegenwärtigen österreichischen Primärenergieverbrauchs erzeugen könnte, das heißt, daß wir uns über 6 Milliarden Schilling bei den Energieimporten durch die entspre-

chende Ausnützung der Biomasse ersparen könnten. Das ist genau jener Betrag, den uns heute Heindl genannt hat und der laut Heindl-Ausführungen in Höhe der letzten Erdölpreiserhöhung der OPEC-Staaten liegt. Wir hätten uns also diese über 6 Milliarden Schilling durch entsprechende Ausnützung der Biomasse zur Gänze ersparen können.

Hohes Haus! Wenn wir diese Biomasse entsprechend nützen, heißt das, daß wir dem Staat auch bei der Finanzierung von Agrarexporten in das Ausland, die immer schwieriger, die immer problematischer werden, einige Milliarden Schilling ersparen könnten. Nur ein Beispiel: Wenn man dem Dieselöl 5 Prozent Rapsöl beimischen würde - was möglich ist, was wissenschaftlich nachgewiesen ist -, dann würden wir dafür 30 000 Hektar Raps-Anbaufläche benötigen. Und wenn wir um diese 30 000 Hektar weniger Getreide bauen würden, also Raps statt Getreide, dann gäbe es nur mehr ganz geringe Getreideüberschüsse in Österreich.

Aber zu solchen Fragen haben die Sozialisten halt einfach keinerlei Beziehung. Der Herr Abgeordnete Heindl sagte heute zu diesen Überflußfragen der Landwirtschaft wörtlich: Die Landwirtschaft lebt in der Gegenwart im Überschuß, und das wird auch in Zukunft so sein. Bei Ihrer sozialistischen Einfallslosigkeit ist tatsächlich nichts anderes für die Zukunft zu erwarten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber abgesehen davon, Herr Abgeordneter Heindl, haben Sie wohl noch nichts gehört von den Feststellungen des „Club of Rome“, die besagen, daß die Welt von morgen mit zwei Problemen nicht fertig werden wird: einerseits mit der Versorgung der Bevölkerung mit ausreichender Energie und als zweites mit der Versorgung der Bevölkerung mit ausreichenden Nahrungsmitteln.

Es heißt also gar nicht, daß es selbstverständlich ist, daß es tabu ist, daß wir nahrungsmittelmäßig auch in Zukunft mit dem Überschuß, mit dem Überfluß einfach leben müssen, wie Sie das gesagt haben.

Hohes Haus! Ein zweites Beispiel bei der Biomasse. Wenn man nur das Stroh, das in der Agrarwirtschaft allein des Landes Niederösterreich anfällt; energiewirtschaftlich nützen würde - hier geschieht sehr wenig, es sind hier zwar einige Ansätze vorhanden -, dann könnte auch wiederum ein Drittel der Zwentendorfkapazität erzeugt werden.

Oder ein weiteres Beispiel: In Österreich werden aufgrund der schlechten forstlichen Ex- und Import-, der Steuer- und Kostenpolitik dieser Regierung, für die der Herr Handelsmini-

Neumann

ster mitverantwortlich ist, lediglich 14 Millionen Festmeter Holz geschlägert, 20 Millionen wären möglich. 6 Millionen Festmeter Holzzuwachs liegen jährlich sowohl energiepolitisch als auch handelspolitisch einfach brach. Und weitere 6 Millionen minderwertiges Holz verfaulen in Österreich jährlich in den Wäldern. Würde man nur die energiepolitisch nutzen, dann könnte man sich - das ist auch errechnet worden - 3,6 Milliarden Schilling an Öleinkäufen ersparen.

Milliarden Schilling werden also handels-, energie- und agrarpolitisch nicht genutzt, man läßt also die diesbezüglichen Chancen unge-nutzt vorübergehen. Ja, wir können uns das ja alles leisten, sehr verehrte Damen und Herren, solange diese Regierung mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet ist, kann sie das natürlich alles tun. Sie hat die Mehrheit. Sie kann es sich leisten, auf der einen Seite agrarische Chancen nicht zu nützen und auf der anderen Seite neben den anderen Berufsständen auch den Agrariern immer wieder und am laufenden Band untragbare Lasten aufzubürden, wie das gestern wieder bei den Einheitswerten geschehen ist, was die Landwirtschaft wiederum mit weit über 300 Millionen Schilling belasten wird. Das ist alles, was der Regierung einfällt im Hinblick auf die Agrarwirtschaft!

Hohes Haus! Das ist nun einmal der sozialistische österreichische Weg für den Bauernstand, für die Landwirtschaft, der halt den Landwirten sehr, sehr teuer kommt.

Und es sind ja nicht nur die Einheitswerte, sondern es gibt allein aus den letzten Wochen eine ganze Reihe anderer Beispiele dafür. So kam es durch eine falsche Ex- und Importpolitik in Österreich zu einem Schweinepreisverfall, der der Landwirtschaft auch weit über 300 Millionen kosten wird.

Die Freigabe des Dieselölpreises, die besonders die entlegenen Gebiete trifft und für sie nach der Lkw-Steuer den nächsten großen Schlag darstellt, diese Freigabe kostet den Bauern ebenfalls zwischen 400 und 500 Millionen Schilling. Diese neuerliche saftige Erhöhung des Dieselölpreises um etwa weitere 20 Prozent, wo in manchen Gegenden Österreichs 8 S, ja 9 S, ja sogar noch darüber verlangt werden, diese saftige Erhöhung erfolgte, obwohl von den Landwirten Österreichs schon bisher, schon vorher, vor der Freigabe, der höchste Dieselölpreis von ganz Europa zu bezahlen war und obwohl der Dieselölpreis im Jahre 1970 2,50 S betrug und die Erhöhung seit damals 300 Prozent, das Dreifache, beträgt.

Und diese Freigabe des Dieselölpreises erfolgte, obwohl der Bauer keinerlei Möglichkeit hat, diese Erhöhung etwa irgendwo auf die

Preise abzuwälzen. Bekam ein Bauer im Jahr 1970 für einen Liter Milch noch einen Liter Dieselöl, so brauchte er heute zwei. 1,3 Milliarden Schilling hat heute der Bauer durch diese Dieselölpreispolitik jährlich mehr für das Dieselöl auszugeben als 1970. Das ist gleich viel, Hohes Haus, wie die vielgepriesene staatliche Landwirtschaftsförderung in einem ganzen Jahr beträgt.

Ja, allein der sozialistische österreichische Weg seit dem 6. Mai, wo die Sozialisten eben noch stärker wurden, in diesen wenigen Wochen, hat den Landwirten gleich viel gekostet durch all diese Belastungen, die ich erwähnte, zum Teil erwähnte, wie die gesamte vielgepriesene staatliche Landwirtschaftsförderung das ganze Jahr 1979 hindurch beträgt, nämlich rund 1,5 Milliarden Schilling, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und wir wissen, daß die Entwicklung beim Benzinpreis, beim Superbenzin seit 1970 so ähnlich wie beim Diesel ist. Ich kann im einzelnen nicht mehr darauf eingehen. Ich möchte nur noch einmal daran erinnern, daß heute der Finanzminister mit etwa guten 4 S pro Liter von jedem Liter Benzin einen höheren Beitrag kassiert, als Benzin im gesamten am Anfang dieser Regierung gekostet hat, daß also nicht die Ölscheichs, sondern er, der Finanzminister der Republik Österreich, der größte Nutznießer aller, sämtlicher Benzinpreiserhöhungen seit dem Jahre 1970 gewesen ist. Ja, es gibt in ganz Europa kein einziges Land, und die Ziffern liegen uns vor, das seit dem Jahre 1970 den Benzinpreis so erhöht hätte wie Österreich - wahrlich ein einsamer Rekord auf diesem Gebiet!

Und ich unterstreiche sehr, was heute auch der Abgeordnete Heindl sagte: Wir dürfen die Energiepreise nicht ausufern lassen, wollen wir nicht die Vollbeschäftigung auf das ärgste gefährden. *(Präsident Benya übernimmt den Vorsitz.)*

Hohes Haus! Ich habe diesen Worten nichts hinzuzufügen, nur die Bitte, diese Worte nicht hier, sondern im sozialistischen Parlamentsklub in Anwesenheit des Finanzministers Hannes Androsch entsprechend auszusprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte ihn auch noch bitten, im sozialistischen Parlamentsklub an den Ausspruch zu erinnern, den Dr. Kreisky im Jahre 1971 getan hat und der gelautet hat: Je stärker wir Sozialisten werden, desto niedriger werden wir den Benzinpreis halten können. Wir haben es ja gesehen, wie dieses Versprechen gehalten wurde! Das ist eine der größten Irreführungen der Bevölkerung, wie sie in der Geschichte nur sehr, sehr selten zu finden sind.

Neumann

Ja, Hohes Haus, es ist das alles einfach Ihr Weg: der sozialistische österreichische Weg. Und ich sage Ihnen: Es ist das ein falscher sozialistischer österreichischer Weg. Es heißt dieser Weg hoher Benzinpreis mit Milliarden-einnahmen für den Staat, er heißt hohe Steuern und Abgaben, er heißt hohe Staatsverschuldung, hohes Handelsdefizit, er heißt, der sozialistische österreichische Weg, kein Konzept für die Lösung der Probleme, auch nicht auf dem Gebiet der Energie. Diesen sozialistischen Weg lehnen wir ab.

Wir haben auch hier unser Konzept, nämlich das Energiekonzept der Volkspartei, der Öffentlichkeit längst vorgelegt.

Wir sagen daher nein zu diesem nichtssagenden Energiebericht, zur nichtssagenden Energiepolitik dieser gegenwärtigen Bundesregierung. Wir sagen jedoch ein leidenschaftliches Ja zu einer konstruktiven, planvollen, zukunfts-trächtigen Energiepolitik für Österreich! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Ofner.

Abgeordneter Dr. **Ofner** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben ein attraktives Büchlein vor uns, den Energiebericht 1979, der auf 168 von 175 Seiten abhandelt, wie es in der Vergangenheit mit dem Bedarf und seiner Deckung gewesen ist, wie es in der Gegenwart mit dem Bedarf und seiner Deckung ausschaut und wie es in der Zukunft mit dem Bedarf und seiner Deckung ausschauen wird.

Das ist aber nicht alles, wenn es um die Energie geht. Es geht auch um ein spezielles Gebiet, um einen Sonderfall, und das ist die Krisenvorsorge. Wir lesen auf einer einzigen Seite von den 168 Seiten etwas darüber: Wir lesen auf der Seite 33:

„Eine zentrale Stellung für die österreichische Energiepolitik im internationalen Bereich ... nimmt nach wie vor die im November 1974 gegründete Internationale Energieagentur ... ein“. „Dem Anlaß ihrer Gründung (dem ‚Erd-ölschock 1973‘) entsprechend errichtete die“ Agentur „zunächst ein internationales Notstands-system, das auf drei Elementen fußt, und zwar auf einer Krisenbevorratung, einer Nachfrage-drosselung im Krisenfall und einem Krisen-zuteilungssystem.“

In einer einzigen Zeile, auf der Seite 151, wird dann auf ein Problem Bezug genommen, das uns Freiheitlichen ganz besonders am Herzen liegt, und zwar wird Bezug genommen auf den Grundsatz der wirtschaftlichen Landesverteidi-

gung. Es wird sogar der Artikel 9 a, brandneu eingefügt in unsere Bundesverfassung, zitiert, und da heißt es:

„Österreich bekennt sich zur umfassenden Landesverteidigung. Zur umfassenden Landes-verteidigung gehören die militärische, die geistige, die zivile und die wirtschaftliche Landesverteidigung.“

Und da ist es eben wieder gerade die Krisenvorsorge, der besondere Bedeutung zukommt. Und wir Freiheitlichen stehen nicht an, zu erklären, daß wir alles, was mit der Verteidigung zusammenhängt, alle Sektoren der Verteidigung, auch und insbesondere die wirt-schaftliche, ganz besonders ernst nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber wie ernst, meine Damen und Herren, nimmt die Bundesregierung, wie ernst haben Ihre Vorgängerinnen dieses Problem genom-men? Ich habe mir die Budgetansätze zu diesem Titel aus den vergangenen Jahren ausgehoben. Vor mir liegt das Budget 1969, da waren noch andere zuständig. Da gibt es unter dem Titel „Wirtschaftliche Landesverteidigung“ einen Posten von sage und schreibe 10 000 S, eine bessere Erinnerungspost. Und wenn man hinten nachliest bei den Erläuternden Bemerkungen, dann steht: „Dieser Ansatz bleibt in Vorsorge des Anlaufens einer Bevorratung bestehen.“ Ein Versprechen also, daß sich im Laufe des Budgetjahres irgend etwas ereignen würde. Nix hat sich ereignet, meine Damen und Herren. Es ist weitergegangen in den Budgetjahren. Wir sehen das Jahr 1973. Es hat sich allerhand geändert. Wir halten nicht mehr bei 10 000 S Vorsorge aus diesem Titel, wir sind auf 8 000 S heruntergerutscht. Eine andere Regierung sitzt da, es ist schon eine Regierung Kreisky, 10 000 S waren zuviel, wir sind schon bei 8 000 S.

Wir schauen wieder weiter, wir kommen in das Jahr 1976, schlagen auf: Wirtschaftliche Landesverteidigung, Förderungsausgaben, das ist ja der Anknüpfungspunkt für den Energie-plan, für das Energiekonzept, für den Energiebe-richt, und auf welcher Summe halten wir, meine Damen und Herren: Wir halten auf 1 000 S aus diesem Titel! Und wieder steht schön monoton hinten wie schon zehn Jahre zuvor, wie schon 15 Jahre zuvor: Wirtschaftliche Landesverteidi-gung: Diese Ansätze sind für die Vorsorge des Anlaufens einer Bevorratung vorgesehen. Das war 1975, das war 1976, das war 1977, das war 1978 so. Und jetzt kommen wir zum Jahr 1979. Es hat sich allerhand geändert. Es ist der Posten hinten weggefallen, wo gestanden ist, wofür diese Summe dienen soll. Die 1 000 S sind noch immer da.

Meine Damen und Herren, ich greife in meine

Dr. Ofner

Brieftasche, ich nehme das Geldbörstel heraus, da ist ein Tausender, 17,5 Zentimeter lang, gar nicht besonders attraktiv, für ein besseres Nachtmahl zu dritt ohne weiteres an einem Abend auszugeben, das ist der Aufwand der Bundesregierung für die wirtschaftliche Landesverteidigung in einem Jahr, meine Herrschaften! *(Abg. Gurtner: Vorsicht, der Androsch ist in der Nähe!)*

Herr Minister Staribacher ist wieder da nach einem langen Tag.

Da sieht man, meine Damen und Herren, wie ernst oder vielmehr wie wenig ernst die Bundesregierung ihre Aufgaben in diesem ersten Sektor, auf diesem ersten Gebiet, nimmt. Würdig stellt sie die wirtschaftliche Landesverteidigung an die Seite der militärischen – der Herr Minister Rösch kriegt für sein Heer soviel, daß es gerade nicht sterben, aber auch nicht richtig leben kann –, an die Seite der geistigen Landesverteidigung und der zivilen, wo alles Null ausmacht. Und bei der wirtschaftlichen ist es die Erinnerungspost von 1 000 S.

Vor diesem Hintergrund, vor dieser Spezialvignette aus dem Energiebericht, meine Damen und Herren, erkennt man, worum es sich über weite Strecken bei diesem Büchlein handelt, nämlich um ein Potemkinsches Dorf und um nicht mehr. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! 167 Seiten dieses Werkes widmen sich mit Akribie zusammengetragenen Aufstellungen über das, was war, über das, was ist, und über das, was sein wird. Auf knappen viereinhalb Seiten kommt man damit aus, was geschehen soll. Und das in einer Diktion, die schon Böses befürchten läßt. Da heißt es kaum jemals: das muß sein, das hat noch zu geschehen, sondern immer wird im Konjunktiv gesprochen und in der Zukunft: das sollte so sein, das müßte so geschehen und das hätte so zu geschehen.

Wenn man sich diese Maßnahmen durchliest – Seite 168 und folgende –, dann steigen einem die Grausbirnen auf, wenn man sieht, was alles erst geschehen soll, weil man daran erkennt, daß es noch nicht geschehen ist. Wenn ich da lese: Die 1973 in Angriff genommene und seit 1977 verstärkt und systematisch durchgeführte Suche nach abbauwürdigen Kohlevorkommen ist zu forcieren, dann frage ich mich, warum erst jetzt. Daß gerade die Kohle als wesentlicher heimischer Energieträger durch Aufsuchen von Lagerstätten zu forcieren gewesen wäre, das wissen wir doch seit Jahren.

Wenn wir weiter lesen, daß die bereits vorgesehene finanzielle Förderung für den Ausbau von kleineren Wasserkrafteigenanlagen weiterzuführen ist, dann frage ich, warum in

diesem schwachen Rhythmus, warum in dieser schwachen Intensität erst jetzt.

Wenn wir lesen: Die Nutzung von technisch bisher nicht verwendeten Energiequellen, wie etwa der Sonnenenergie, ist zu fördern, und zwar sobald bezüglich Betriebssicherheit und Lebensdauer der hiezu erforderlichen Anlagen entsprechende Gewährleistungen gegeben werden können, dann frage ich den Herrn Minister: Warum so schüchtern?

Wie es um Zwentendorf gegangen ist, wie es um die Frage der Errichtung eines Atomkraftwerkes gegangen ist, wie Für und Wider bis weithinein in die Wissenschafterkreise auf- und abgewogen haben, da war der Herr Minister Staribacher von besonderer Schneidigkeit. Da hat er keineswegs diese Zurückhaltung an den Tag gelegt, die er jetzt zeigt, wenn es um Sonne und Wind geht. Da war er gleich da mit apodiktischen Erklärungen. Aber jetzt warten wir, bis das Ausland, das uns ohnehin schon weit voraus ist in all diesen Hinsichten, uns gezeigt hat, wie man es macht. Da wollen wir gar keinen Forschergeist an den Tag legen, da wollen wir wirklich hintendreinhoppeln.

Und wenn wir weiter lesen, das ist eine nächste bedenkliche Komponente, wenn wir weiter lesen auf der Seite 169 unter: Versorgung aus dem Ausland, dann sehen wir, daß wir immer mehr dazu übergehen, eine ohnehin schon bedenkliche Entwicklung zu verstärken, nämlich die Lebensader, an der wir hängen, die Energieader, noch mehr, als es bisher schon der Fall ist, vom Ausland abhängig zu machen.

Da ist die Rede von den westungarischen Ligniten, da ist die Rede von der Kohlepipeline aus Oberschlesien, da ist die Rede von Stromimporten aus Polen und aus Jugoslawien. Ich frage mich unwillkürlich, ob wir es verantworten können, daß wir einerseits die inländischen Energiequellen, die, die uns überall zur Verfügung stehen, Sonne, Wind, vor allem aber die Kohle, ob wir es uns leisten können, diese Quellen weiter zu vernachlässigen und uns auch noch mit dem zweiten Bein auf unsichere ausländische Fundamente zu stellen.

Wir kommen weiter zu Themen, die mein lieber Nachbar Hobl angeschnitten hat. Er ist ja mein Nachbar in Ottakring am Schuhmeierplatz, ich habe dort die Kanzlei, er hat sein Parteilokal gegenüber, er hat die Frage aufgeworfen ... *(Abg. Ing. Hobl: Verschiedene Hausnummern haben wir!)* Ein lieber Nachbar ist er, sehr richtig, als Nachbar ist er lieb ... *(Abg. A. Schlager: Er mag das nicht!)* Herr Kollege Hobl, nicht wahr, Sie wollen das, daß ich sage: „lieber Nachbar“.

Der Kollege Hobl hat die Frage aufgeworfen,

Dr. Ofner

wenn die Oppositionsparteien gegen den Energiebericht stimmen, ob sie auch gegen die ARBÖ-Formulierungen stimmen, die darinnen enthalten sind. Also gegen alle diejenigen Dinge, die sich mit dem Kraftfahrzeug beschäftigen.

Ich muß sagen ja, und zwar deshalb, weil sie mir nicht durchdacht, zum Teil utopisch, zum Teil als Augenwischerei erscheinen. Wenn zum Beispiel steht: Für alle zum Verkauf angebotenen neuen Pkw ist hinsichtlich ihres Kraftstoffverbrauches eine Kennzeichnungspflicht einzuführen.

Meine Damen und Herren! Der Pkw ist noch immer, und wird es auch in den nächsten Jahren wohl noch sein, die heilige Kuh des Österreicher. Wenn der jetzt feststellen muß, daß der Wagen, den er sich kaufen will, besonders viel Benzin verbraucht und daher besonders viel Leistung verspricht, man daher annehmen kann, daß er an der Kreuzung rascher wegstartet als sein Nachbar, dann wird er sich den Wagen aussuchen, den er kauft, der ausgezeichnet auf dem Taferl hat, daß er besonders viel Benzin verbraucht. Er wird das als Statussymbol ansehen, daß er es sich leisten kann, einen Wagen zu fahren, der mehr Energie verbraucht als die Nebbochanten von daneben. *(Abg. Ing. Hobl: Die österreichischen Automobilkäufer kaufen seit etwa einem halben Jahr Verbrauchsbewußter, als wir das formuliert haben!)*

Ja, Herr Kollege, richtig. Herr Kollege, das wird vielleicht damit zusammenhängen, daß keine Schilderln darauf sind. *(Abg. Ing. Hobl: Die Leute fragen darum!)* Aber wenn die drauf wären – ein bißchen Psychologie, Herr Kollege –, werden die, mit dem entsprechenden energiepolitischen Masochismus versehen, dann sagen, ich such' mir den Wagen aus, der am meisten Benzin schluckt. *(Abg. Ing. Hobl: Sie sind klüger, die Österreicher!)*

Aber es kommt noch etwas dazu. Dann steht da: Die Flüssigkeit des innerstädtischen Verkehrs ist zu erhöhen. Na, da wird der Energiebericht ein Wunschtraumbuch, Herr Minister. Das wollen wir alle haben. Wir wollen alle, daß der innerstädtische Verkehr flüssiger, reibungsloser vor sich geht, nur sagt uns niemand, wie wir das machen sollen.

Und wenn der Herr Minister Lanc, der nicht herinnen ist, in einem Pressedienst seiner Partei vor einigen Tagen verlauten hat lassen, daß er durch Abschleppen von Fahrzeugen in der Innenstadt und durch Halteverbote an den Ausfallstraßen den Verkehr so verflüssigen möchte, daß wir uns nennenswerte Energien ersparen, dann bleibt mir als leidgeprüfem Pendler nur ein müdes Lächeln. Das ist die reine

Utopie und die reine Augenauswischerei. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn ich lese: Die Intensivierung des Huckepackverkehrs ist zu prüfen, und wenn mir dann die Worte des zuständigen Ministers im Ohr klingen, daß er sogar eingestellt hat werden müssen, weil er nicht durchführbar gewesen ist, weil er keinen Anklang gefunden hat, dann frage ich mich, was man dort prüfen soll, wo die zuständigen Leute sogar eingestellt haben.

Dann kommt der nächste Punkt, der bedenklich erscheint, und das ist die Frage der Preise. Ich zitiere einen namhaften Wirtschaftswissenschaftler US-amerikanischer Provenienz: Milton Friedmann. Er sagt: „Es gibt einen einfachen Weg, die Energiekrise und den Benzinmangel von morgen zu beheben – und ich meine morgen und nicht in sechs Monaten oder sechs Jahren. Man braucht nur alle Preiskontrollen bei Rohöl und Mineralölprodukten zu beseitigen.“

Bitte schön, auch ich tanke gern billiger, auch wir Freiheitlichen wollen nicht, daß alles uferlos teurer wird. Mir geht es da wie dem Herrn Minister. Er tankt gern billiger, ich tanke gern billiger, nur, ich habe keinen Dienstwagen, ich muß es selber bezahlen. Das ist natürlich noch entscheidender in diesem Zusammenhang.

Aber wir sind fest davon überzeugt, daß es ein einschneidender Fehler wäre, wenn wir das, was Präsident Benya vor einigen Tagen erklärt hat, allzu restriktiv auffassen würden, nämlich, daß man sehr wohl prüfen würde müssen, ob man überhaupt Preiserhöhungen in Richtung Kraftstoff akzeptieren werde können. Denn eines, meine Damen und Herren, sage ich voraus: Wenn wir beginnen, auf dem Energiesektor die Preise in einer Weise zu gestalten, wie man es vor 60 und vor 59 Jahren auf dem Mietensektor getan hat, dann wird man in einigen Jahren oder Jahrzehnten vor ähnlichen Erfolgen oder, besser gesagt, Mißerfolgen stehen. Dann wird man den Bedarf nicht decken können, dann wird man keinen funktionierenden Markt haben, und dann wird man gespaltene Preise haben. Das wird der Effekt sein, wenn man nicht marktkonform vorgeht und es so, wie man es bei den Mieten gemacht hat, auch bei der Energie machen würde. Wir Freiheitlichen lehnen das schärfstens ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war zehn Jahre hindurch Starkstrommonteur im Bereich der Wiener E-Werke. Ich habe in den kalorischen Kraftwerken gearbeitet, vor allem in Simmering. Ich kann mich heute noch erinnern, ich sehe es vor meinen Augen: Das Bild der Kraftwerke war beherrscht von ungeheuren Kohlenhalden. Und das Merkwürdige ist: Die Kohle ist heute noch da; sie wäre da; sie liegt auf

Dr. Ofner

Lager; 2½ Millionen Tonnen liegen auf Lager in Österreich, um 200 000 Tonnen sind es seit dem vergangenen Jahr mehr geworden. Aber in den Kraftwerken wird sie nicht verheizt. Und wir lesen auch, warum nicht: Denn das Gas muß ja angebracht werden.

Und jetzt frage ich Sie, ob das nicht ein nahezu absurder und perverser Zustand ist, daß wir uns den Kopf darüber zerbrechen, wo wir zusätzliche Energie herbekommen können, wie wir Energie einsparen können, und die Kohle liegt auf Halde. Und sie muß auf Halde liegen, weil wir sonst unser Gas nicht anbringen können, das Gas, das zum überwiegenden Teil aus dem Ausland kommt.

Meine Damen und Herren! Wir treten dafür ein, daß wir zu dem wesentlichsten inländischen, österreichischen Energieträger zurückkehren, nämlich zur Kohle. Ich erinnere daran, daß es heute technologisch durchaus möglich ist, Kohle in einer umweltfreundlichen Form zu verbrennen, zu verbrauchen, zu vermarkten, sodaß es keine Schwierigkeiten auf diesem Sektor geben kann.

Aber eines stimmt mich bedenklich: Wenn ich mir vor Augen halte, daß es Bauordnungen gibt, nach denen es gar nicht mehr notwendig ist, in Neubauwohnungen Kamine vorzusehen. Die niederösterreichische Bauordnung ist keine, in der das der Fall ist. Aber irrtümlich haben Wiener Firmen auch in Niederösterreich Häuser gebaut - Hochhäuser, 15 Stock hoch -, in der Südstadt, ohne Rauchfänge. Jetzt funktioniert es mit der Fernwärme. Aber was wird einmal sein, liebe Freunde, wenn man in irgendwelchen Zeiten, wenn es kriselt, zum „Hausfreund“ zurückkehren muß, wie das einmal der Fall war, wenn man einen Kamin braucht, auf den man etwas draufstellen kann, um sich die Suppe zu wärmen? Dann werden die dastehen in ihren Hochhäusern, durch die Bauordnungen gedeckt, und werden sich nicht einmal den Kaffee wärmen können.

Auch der Staat geht nicht mit einem guten Beispiel voran. Ich erlebe es im Winter nahezu täglich, daß ich zu Gerichten komme, in deren Räumen es so heiß ist, daß man es gar nicht aushalten kann. Und was geschieht dann? Dann werden die Fenster aufgerissen. Einer meiner Vorredner hat diese Art der Temperaturregelung heute schon erwähnt. Wenn man die entsprechenden Beamten anredet, dann sagen sie: Was sollen wir machen? Wir müssen unser Kontingent in irgendeiner Form verbrauchen. - Wenn der Staat mit einem so schlechten Beispiel vorangeht, wie soll dann der einzelne Bürger einsehen, daß er sparen muß?

Wenn man sich abends auf der Südbahn

von Süden der Bundeshauptstadt nähert, dann sieht man schon aus der Gegend von Wiener Neustadt einen hellen Feuerschein. Man glaubt, ein ungeheurer Brand muß weiter im Norden ausgebrochen sein. Flackern sieht man die Feuersäule. Wenn man näherkommt, dann erkennt man: Aha, in Schwechat wird wieder einmal kräftig abgefackelt.

Angeblich kann man da überhaupt nichts machen. Das sind ungeheure Energiemengen, die verpufft werden. In meiner Naivität habe ich mir immer gedacht, man könnte ja Schwechat vielleicht in irgendeiner Form damit heizen. Heute habe ich gelesen, daß es noch besser geht: Das ist Methangas, und daraus kann man Methanyl erzeugen, und das Methanyl kann man wieder dem Benzin zusetzen und erspart Treibstoff. Aber wir „haben“ es ja! Die ÖMV, ein Staatsbetrieb, bläst es im wahrsten Sinne des Wortes zum Rauchfang hinaus, und gegen solche Umstände werden wir jederzeit auftreten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube aber, meine Damen und Herren, daß das alles nur Einzelercheinungen sind. Es kommt nicht darauf an oder nicht nur darauf an, daß wir da oder dort kleine Facetten setzen, wo dies bisher nicht geschehen ist. Wir glauben, daß ein grundsätzliches Umdenken aller erforderlich erscheint, und zwar ein Umdenken - wie Fachleute es genannt haben - vom eindimensionalen Denken zum Systemdenken.

Aber es hat wohl keinen Sinn, sich Allzugroßes zu versprechen, solange es passieren kann, daß die NEWAG in ihrem Bereich besonders verbilligte Kredite verspricht, wenn man sich irgendwelche zusätzlichen elektrischen Spielereien für den Haushalt kauft: ein elektrisches Brotschneidemesser oder anderes mehr. Es hat keinen Sinn, sich viel zu versprechen, solange die Gemeinde Wien - Stadtwerke, E-Werke - ganz besonders günstige Teilzahlungsbedingungen für denselben Zweck anbietet. Es hat keinen Sinn, sich viel zu versprechen, solange der zuständige burgenländische Landesrat erklärt: Auf meine Kosten werdet ihr keine Energie sparen, denn ich will auf meinem Gas nicht sitzenbleiben! - Und es hat keinen Sinn, sich besonders viel zu versprechen, solange der Generaldirektor einer Landesgesellschaft sagt: Sie können von mir nicht verlangen, daß ich meinen Kunden empfehle, Strom zu sparen. - Dort wird man also beginnen müssen, das Umdenken einzuleiten.

Ich darf mit zwei Zitaten, Hohes Haus, schließen. Mit einem des Energiemanagers Weiser, das mir sehr gescheit erscheint. Er sagt:

„Ich glaube, daß jetzt der Staat am Zuge ist. Daß er, gemeinsam mit den Ländern, die

Dr. Ofner

beträchtliche Energiekompetenz besitzen, den ersten Schritt auf dem neuen Weg, in das neue System, setzen muß, wo kybernetisch, in Netzzusammenhängen, gedacht wird. Der Prozeß des Umdenkens hat bereits eingesetzt und die Sensibilisierung des Einzelnen ist längst erfolgt. Aber der überfällige Schritt vom Denken zum Tun ist noch nicht getan.“

Tun wir also, meine Herrschaften!

Aber ein weiteres Zitat drängt sich mir auf, wenn ich mir den Bericht – seinen Inhalt vor allem, aber auch seine Schlußfolgerungen – vor Augen halte. Dieses weitere Zitat ist von Grillparzer, und es lautet:

„Es werden mit halber Kraft und halben Mitteln halbe Ziele zaudernd verfolgt.“

Das ist die österreichische Energiepolitik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Köck.

Abgeordneter **Köck** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der bisherige Verlauf der Debatte über den vorliegenden Energiebericht hat alle diejenigen, die gemeint haben, daß es nach dem 6. Mai innerhalb der Österreichischen Volkspartei, aber auch innerhalb der Freiheitlichen Partei zu einem Umdenken kommen würde, zu einer Änderung des bisherigen politischen Stils, eines Besseren belehrt, und es erhebt sich für viele die Frage, was denn diesen beiden Parteien noch alles passieren muß, um sie endlich zu einer Änderung ihres nunmehr schon zehn Jahre dauernden politischen Stils zu veranlassen, mit dem sie schließlich und endlich – mit einer kleinen Ausnahme bei der Freiheitlichen Partei – von einer Niederlage in die andere hineingetorkelt sind.

Dabei, meine Damen und Herren, hätte gerade dieser Energiebericht der Opposition die Möglichkeit gegeben, einmal sachlich zu argumentieren und zu diskutieren und diesem Bericht der sozialistischen Bundesregierung beziehungsweise des Handelsministeriums die Zustimmung zu geben. Denn zweifellos ist dieser Energiebericht ein Spiegelbild permanenter Bemühungen dieser sozialistischen Bundesregierung und im besonderen des Ministers für Handel, Gewerbe und Industrie, aber auch eines großen Teiles der österreichischen Energiewirtschaft überhaupt, die österreichische Wirtschaft in mengenmäßiger aber auch preismäßiger Hinsicht in optimaler Weise mit Energie zu versorgen.

Dieser Energiebericht, meine Damen und Herren, ist schließlich und endlich das Ergebnis

einer vorausschauenden und verantwortungsbewußten Energiepolitik dieser Regierung. Sie hat der Tatsache Rechnung getragen, daß Österreich auf Grund seiner geographischen und geologischen Struktur wie viele andere Industrieländer in mengenmäßiger, aber auch preismäßiger Hinsicht in der Energieversorgung weitgehend vom Ausland abhängig ist. Ich glaube, daß gerade die letzten Entwicklungen, die wir vor einigen Tagen beziehungsweise Wochen erlebt haben, diese Tatsache mehr denn je verdeutlicht haben.

Deshalb, meine Damen und Herren, hat diese Regierung auch alles unternommen, sich bei den Importen von Energie auf alle Fälle auf mehrere Beine zu stellen, und zwar nicht nur in bezug auf die Energiearten, die wir aus dem Ausland importieren, sondern auch in bezug auf jene Länder, aus denen wir diese Energie nach Österreich importieren. Deshalb hat diese Regierung auch alles unternommen, um die inländischen Energiequellen zu erschließen und auszuschöpfen.

Wenn meine beiden Vorredner, der Herr Abgeordnete Neumann und der Herr Abgeordnete Ofner, hier die These vertreten haben, daß in der Relation des Anteiles von Energie aus dem Inland zur importierten Energie in den letzten Jahren eine bedeutende Verschlechterung eingetreten ist, dann übersehen diese Herren schließlich und endlich, was sich in diesen letzten Jahren in Österreich in der Wirtschaft getan hat. Sie übersehen, daß der Energiebedarf enorm gestiegen ist, daß wir auf Grund dieser Tatsache ein enormes Wirtschaftswachstum gehabt haben und daß wir schließlich und endlich mit diesem Wirtschaftswachstum und mit dieser Politik in Österreich die Vollbeschäftigung erhalten konnten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kein Wort haben diese beiden Herren darüber verloren, woher wir in Österreich diese verschiedensten Energiearten bekommen sollten, woher wir in Österreich mehr Öl und mehr Gas beziehen sollten, mit Ausnahme von Kohle, die wir in Österreich sicherlich in den nächsten Jahren wieder mehr als bisher für uns ausschöpfen werden.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang darf ich Sie darauf hinweisen, daß diese Regierung enorme Mittel für die Bergbauförderung ausgegeben hat und daß jedenfalls in dieser Zeit der SPÖ-Regierung auch etwas geschehen ist, was in der Zeit der ÖVP-Regierung sicherlich nicht der Fall war, nämlich ein enormer Fortschritt im Ausbau der Wasserkräfte und hier wieder im besonderen der österreichischen Donau.

Köck

Meine Damen und Herren! Wir können uns noch alle gut erinnern an die Zeit von 1968, als die von der ÖVP gestellte Alleinregierung plötzlich die These vertreten hat, daß der weitere Ausbau der österreichischen Wasserkräfte und im besonderen der Donau betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich nicht mehr vertretbar und nunmehr die Zeit der friedlichen Nutzung der Kernenergie angebrochen sei, also der Bau von Kernkraftwerken für Österreich relevant geworden wäre. Ich kann mich noch gut daran erinnern, weil ich selber erlebt habe, daß sich die Gewerkschaft und die Arbeiterkammer gemeinsam mit den Unternehmungen, die am Bau von Donaukraftwerken beteiligt waren, mit den Betriebsräten aus all diesen Unternehmungen damals auf den Weg gemacht haben, um gegen diese Meinung, gegen diese These der ÖVP-Alleinregierung Sturm zu laufen.

Es ist uns unter härtesten Bemühungen schließlich und endlich gelungen, meine Damen und Herren, nach Fertigstellung des Kraftwerkes Wallsee-Mitterkirchen als nächstes Donaukraftwerk Ottensheim in Angriff zu nehmen. Daß wir mit unserer These, mit unserer Auffassung recht gehabt haben, beweist die Tatsache, daß wir in der Zwischenzeit nicht nur das damals in Frage stehende Donaukraftwerk Ottensheim-Wilhering fertiggestellt haben, sondern auch Altenwörth-Abwinden-Asten und mitten im Bau des nächsten Donaukraftwerkes, nämlich Melk, sind.

Meine Damen und Herren! Zur Haltung der Österreichischen Volkspartei zu diesem Ausbau der österreichischen Wasserkraft überhaupt möchte ich Ihnen einige Zahlen nennen. Die Österreichische Volkspartei hat im Jahre 1969 für den Ausbau der Donaukraftwerke als Kapitalzufuhr für die Donaukraftwerke-AG nichts zugezahlt; praktisch null. Aber beginnend im Jahre 1970 bis zum Jahre 1978 hat die sozialistische Bundesregierung diesen Unternehmen 70 Millionen Schilling bis 187 Millionen Schilling jährlich an Kapital zugeführt, und sie hat darüber hinaus noch etwas Wesentlicheres getan, meine Damen und Herren. Das ist schon entscheidend! Wir stellen fest, daß die ÖVP-Alleinregierung im Jahre 1968 für Wallsee-Mitterkirchen einen Baukostenzuschuß von 200 Millionen Schilling geleistet hat. Die sozialistische Bundesregierung hat für Ottensheim-Wilhering 540 Millionen Schilling zugeschossen, für Altenwörth 1 Million Schilling, für Abwinden-Asten 1,4 Milliarden Schilling und für Melk 1,85 Milliarden Schilling. Das ist die Realität, meine Damen und Herren!

Das ist meiner Meinung nach das beste Dokument, der beste Beweis dafür, wie es

tatsächlich mit der Auffassung steht, die inländischen Wasserkräfte und die österreichischen inländischen Energiequellen überhaupt zu erschließen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese Förderungen durch die sozialistische Bundesregierung, meine Damen und Herren, sind, glaube ich, meiner Auffassung nach schließlich und endlich die Grundlage für den relativ niedrigen Strompreis, den wir derzeit in Österreich haben. Wir haben heute in Österreich für den Haushaltsstrom durchschnittlich 1 S pro Kilowattstunde zu bezahlen, und wir liegen damit im Vergleich zu anderen Ländern, mit denen wir uns auch vergleichen können, im unteren Drittel. Das ist nicht zuletzt ein Erfolg dieser sozialistischen Bundesregierung und der Energiepolitik, die dieser Minister und dieses Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie in Österreich in den letzten neun Jahren betrieben haben.

Nun noch einige weitere Maßnahmen, die diese sozialistische Bundesregierung im Rahmen der Elektrizitätswirtschaft gesetzt hat. Es wurde ein Vertrag mit Polen abgeschlossen, der uns ab 1. 9. 1979 etwa 120 Megawatt an Stromlieferung gewährleistet, und zwar bis in die achtziger Jahre. Wir haben festzustellen – ich glaube, daß es auch richtig und notwendig ist, das zu sagen –, daß es in der Organisation der österreichischen Elektrizitätswirtschaft und hier im besonderen bei der Verbundgruppe und bei den Sondergesellschaften entscheidende Veränderungen und Einsparmaßnahmen gegeben hat, und zwar auch in bezug auf die Organisation dieser Unternehmungen. Wenn wir wissen, daß in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung 76 Kapitalvertreter im Aufsichtsrat dieser Unternehmungen gesessen haben, dann können wir heute feststellen, daß auf Veranlassung von Minister Staribacher diese Anzahl auf 54 reduziert wurde.

Wir wissen auch darüber hinaus, daß in der Verbundgesellschaft und bei den Donaukraftwerken, wo es bis zu diesem Zeitpunkt einen Vierervorstand gegeben hat, dieser auf zwei Mitglieder reduziert wurde und daß im übrigen bei der ÖBK und bei der Jochenstein-AG ebenso wie bei der Enns die Vorstandsmitglieder von Mitgliedern der Verbundgesellschaft und der Donaukraftwerke in Personalunion gestellt werden.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, haben wir die Energieverbrauchsdeklaration bei Haushaltsbacköfen, bei Haushaltsgeschirrspülmaschinen und bei Haushaltswaschmaschinen eingeführt. Es gibt heute Darlehen an Kommunal- und sonstige Kraftwerke, und es ist die Vereinheitlichung und Modernisierung des österreichischen Elektrizitätsrechtes mit dem

Köck

Bundesgesetzblatt Nr. 260 aus dem Jahre 1975 eingeführt worden.

Natürlich sind wir daran interessiert, daß auch in Zukunft wichtige Maßnahmen gesetzt werden. Wir sind der Auffassung, daß der Ausbau der österreichischen Wasserkräfte – und hier im besonderen der kontinuierliche Ausbau der österreichischen Donau – natürlich weiter durchgeführt werden muß, und zwar im dreijährigen Rhythmus. Wir glauben auch, daß es mehr als bisher notwendig ist – das ist ja heute auch schon von meinen Vorrednern angezogen worden –, die kleinen Wasserkraftanlagen zu fördern.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, darf ich aber doch einige Passagen aus dem vorliegenden Energiebericht an Sie weitergeben. Es ist nämlich interessant, wenn man weiß, was in dieser Zeit geschehen ist, um auch die kleinen Wasserkraftanlagen weitestgehend zu fördern. Mit der Novelle 1975 zum Elektrizitätsförderungsgesetz 1969 wurden Wasserkraftanlagen der Elektrizitätsversorgungen, deren Ausbauleistung insgesamt 5 000 kW nicht übersteigt und die nach dem 31. 12. 1974 in Betrieb genommen wurden, in folgender Weise begünstigt – ich glaube, daß man das schon sagen, jedenfalls darauf hinweisen muß, daß das im Jahr 1975, also in der Zeit der SPÖ-Alleinregierung geschehen ist –: Die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer, die auf den Gewinn aus den Stromerzeugungsanlagen entfällt, ermäßigt sich ab dem Betriebsbeginn für die Dauer von zehn Jahren auf die Hälfte der gesetzlichen Beträge. Die einheitlichen Gewerbesteuermeßbeträge, die auf die Stromerzeugungsanlagen entfallen, ermäßigen sich ab dem Betriebsbeginn für die Dauer von zehn Jahren auf die Hälfte der gesetzlichen Beträge. Und für die Bauzeit sind Vermögensteuer und Erbschaftsteuer äquivalent zur Entrichtung einheitlicher Gewerbesteuermeßbeträge nicht festzusetzen, meine Damen und Herren.

Weil Sie sagten, daß die Kleinwasserkraftanlagen nicht gefördert werden oder nicht gefördert wurden in der SPÖ-Alleinregierungszeit, darf ich Ihnen auch die Novelle zum Bundesgesetzblatt 1976 vorlesen: Zum Einkommensteuerbescheid 1972 wurde dessen Paragraph 8 Absatz 4 erweitert. Nach Zahl 4 dieser Gesetzesstelle kann eine vorzeitige Abschreibung von 60 vom 100 der Anschaffungs- und Herstellungskosten für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die der Erzeugung elektrischer Energie dienen, vorgenommen werden, wenn von den Bestimmungen des Elektrizitätsförderungsgesetzes 1969 kein Gebrauch gemacht wird oder kein Gebrauch gemacht werden kann. Voraussetzung ist, daß es sich entweder um Anlagen der

Kraft-Wärme-Kupplung handelt oder um Anlagen, die die elektrische Energie überwiegend aus der Verbrennung eigenbetrieblich anfallender Abfallstoffe erzeugen.

Also so ist es ja schließlich und endlich nicht, wie Sie da immer sagen, daß hier in dieser Richtung nichts geschehen ist. Darüber hinaus sind wir natürlich der Meinung – und ich habe es schon gesagt –, daß auch in Zukunft diese Vorteile, diese Förderungen noch ausgeweitet werden müssen auf kleine Wasserkrafteigenanlagen. Aber bitte sehr, meine Damen und Herren, überlegen Sie auch bei all diesen Ihren Forderungen und Wünschen, daß ja das alles schließlich und endlich Geld kostet. Sie haben immer nur gesagt, daß das eine oder andere wünschenswert wäre, aber Sie haben uns noch nie gesagt, wie man diese Gelder, die dafür notwendig sind, auch aufbringen könnte.

Deshalb hat diese Regierung auch alles unternommen, sich in bezug auf Importe auf mehrere Beine zu stellen, alles zu unternehmen, damit hier eine optimale Sicherheit für die österreichische Energiewirtschaft auch in der Zukunft gegeben ist.

Das größte Problem in der jetzigen Phase sind für die Elektrizitätswirtschaft Österreichs die Folgen von Zwentendorf beziehungsweise deren Bewältigung. Denn es geht zunächst darum, daß, wie Sie alle wissen, mit der Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf praktisch auch das koordinierte Ausbauprogramm der Verbundgesellschaft und der Landesgesellschaften nicht mehr Gültigkeit hat, daß dieses Ausbauprogramm umgearbeitet werden muß und daß vor allen Dingen etwas zu geschehen hat, nämlich 730 Megawatt, die uns dadurch entgangen sind, daß Zwentendorf nicht in Betrieb genommen wird, zu ersetzen, das heißt, pro Jahr rund 4 200 Gigawattstunden zu ersetzen. Wir wissen alle, daß heute bereits mehr oder weniger feststeht, daß anstelle von Zwentendorf zwei kalorische Kraftwerke auf der Basis von Steinkohle errichtet werden, und das ist auch nicht von ungefähr.

Ich darf darauf hinweisen, daß es wiederum dieser Minister war, der sich hier gegen die Elektrizitätswirtschaft durchgesetzt hat, die nämlich diese beiden kalorischen Kraftwerke auf Ölbasis errichten wollte, und es war tatsächlich nur auf Grund der heftigen Intervention von Minister Staribacher möglich, daß hier die Elektrizitätswirtschaft in sich gegangen und nunmehr bereit ist, diese zwei Blöcke auf der Basis von Steinkohle als Primärenergie zu errichten.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, hat diese Elektrizitätswirtschaft noch an dem

Köck

Verlust von zirka 8,5 Milliarden Schilling zu kiefeln. Wir wissen, daß diese 8,5 Milliarden Schilling zu je 50 Prozent von den Landesgesellschaften, die an Zwentendorf beteiligt waren, und von der Verbundgesellschaft zu tragen sind, die hier die Treuhänderschaft des Bundes in der E-Wirtschaft hat. Es ist keine Frage, daß die Elektrizitätswirtschaft bisher alles getan hat, um diesen enormen Verlust durch die Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf aus eigenen Mitteln, aus eigener Anstrengung hinaus zu erleichtern beziehungsweise zu liquidieren. Aber es ist keine Frage, daß hier zweifellos eines schönen Tages die Elektrizitätsunternehmen an uns, an die Öffentlichkeit herantreten und darauf hinweisen werden, daß es ihnen nicht vollständig gelungen ist, alle diese Belastungen, die durch die Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf entstanden sind, auch vollends und ganz aus eigenem zu tragen. Es ist daher meiner Auffassung nach - ich bin kein Prophet, aber ich kann mir das sehr gut vorstellen - durchaus verständlich und durchaus zu erwarten, daß diese Elektrizitätsunternehmen mit Beginn des nächsten Jahres, wo wahrscheinlich auf Grund des Auslaufens des bisherigen Stillhalteabkommens bis 31. 12. mit neuen Strompreisen zu rechnen sein wird, auch hier versuchen werden, einen Teil dieser Belastungen, die durch die Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf entstanden sind, auf den Konsumenten zu überwälzen. Ich möchte schon heute sagen, daß es hier meiner Meinung nach zweifellos aufrichtig wäre und auch von der Bevölkerung verstanden werden würde, wenn man, falls diese Tatsache eintritt, versuchen würde, diese Komponente, die durch die Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf entstanden ist, bei einem neuen Strompreis oder einem neuen Stromtarif auch möglichst objektiv und offen darzustellen, damit die Menschen wissen, was sie aus dieser Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf heraus an Belastung für sich zu übernehmen haben.

Meine Damen und Herren! Abschließend einige Worte zu der heute so oft geäußerten Bereitschaft der Österreichischen Volkspartei zur Zusammenarbeit und zur Kooperation in der Energiepolitik. Wissen Sie, da kann man nur sagen, die Botschaft hör ich wohl, allein uns fehlt der Glaube. Wenn Herr Dr. König und die anderen Sprecher der ÖVP immer wieder davon reden und mehr oder weniger zum Ausdruck bringen, daß sie durchaus anerkennen, daß es heute sachliche Notwendigkeiten gibt, Gesetze zu ändern beziehungsweise Kompetenzänderungen herbeizuführen, weil die derzeitige Kompetenzsituation zwar ausgereicht hat, um bisher in den letzten Jahren diese Energieprobleme zu bewältigen, daß aber zweifellos in der Zukunft mit der bisherigen Gesetzeskompetenz

eigentlich wahrscheinlich nicht auszukommen sein wird, dann, meine Damen und Herren, ist das an und für sich von der Opposition her gesehen durchaus richtig und sachlich, wenn man das anerkennt. Wenn aber immer wieder bei dieser Gelegenheit, wo man uns diese Kooperation, diese Zusammenarbeit anbietet, auch gesagt wird, zwar unter vorgehaltener Hand, bitte, dafür wollen wie in dem einen oder anderen Gesetzesbereich, der mit dieser Frage der Energie überhaupt nichts zu tun hat, ein gewisses Entgegenkommen der Regierung oder der Sozialistischen Partei haben, dann, meine Damen und Herren, ist dieses Angebot der Kooperation und Zusammenarbeit schon wieder nicht sehr glaubwürdig, denn das ist schließlich und endlich nichts anderes als ein Feilschen, wie wir das heute immer wieder draußen in anderen Bereichen unseres Lebens kennenlernen, ein Feilschen, und das verstehen wir nicht. Denn Herr Dr. König ... (*Abgeordneter Dr. König: Was meinen Sie konkret?*) Konkret: Sie haben also bestimmte Vorstellungen, wenn Sie uns Zusagen machen. (*Abgeordneter Dr. König: Konkretes sollen Sie nennen!*) Herr Dr. König, wir wissen schon, Sie haben immer wieder indirekt anklingen lassen, daß Sie für Zusagen bei Gesetzesänderungen, die unter Umständen auch verfassungsrechtlich notwendig sind, Ihrerseits zum Beispiel bei den Marktordnungsgesetzen in irgend einer Form gewisse Vorstellungen haben. Das haben Sie in den Ausschußsitzungen sehr oft zum Ausdruck gebracht, mehr oder weniger klar erkennbar. (*Abgeordneter Dr. König: Wir haben gesagt, wir lassen die Wirtschaftsgesetze nicht zerreißen!*) Das geht ja in dieselbe Richtung, Herr Dr. König. (*Abgeordneter Dr. König: Nein, nein!*)

Ich meine nur, Herr Dr. König, so kann man das nicht machen, denn schließlich und endlich machen wir ja nicht Energiepolitik etwa für die Sozialistische Partei oder für die sozialistische Bundesregierung. Wir machen ja alle miteinander Energiepolitik für die österreichische Wirtschaft und für die Menschen in diesem Lande. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ein weiteres, was uns nicht sehr optimistisch stimmt bei Ihren Angeboten: Wir haben alle miteinander noch in Erinnerung die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie beziehungsweise die ganze Problematik Zwentendorf. Auch hier kann man sagen: Na ja, ein gebranntes Kind scheut das Feuer!, Herr Dr. König. Denn wie war es? - Um es kurz wieder in Erinnerung zu rufen:

Die Österreichische Volkspartei - Alleinregierung hat in der Zeit von 1966 - sicherlich mit unserer Zustimmung; das ist nie in Frage gestanden - eindeutig erklärt, daß nunmehr die

Köck

Zeit der friedlichen Nutzung der Kernenergie gekommen sei und daß wir in Österreich, wollen wir nicht ein technisches Entwicklungsland bleiben oder werden, nun endlich auch an den Bau von Kernkraftwerken gehen sollten.

Meine Damen und Herren! Das haben Sie eingeleitet. Sie haben also alle Weichen gestellt, daß Zwentendorf auch errichtet werden konnte. Es war für Sie immer so, daß Sie diese Errungenschaft, diese Tatsache an Ihre Fahne geheftet haben und daß Sie bei jeder Gelegenheit versucht haben, aus dieser Tatsache heraus für Sie parteipolitisches Kapital zu schlagen. Das haben Sie so lange gemacht, solange es opportun war. In dem Augenblick aber, wo sich national und international immer mehr Gegenströmungen gezeigt haben, in dem Augenblick, wo in Schweden die Sozialdemokraten, weil sie sich für die Kernenergie ausgesprochen haben, die Wahlen verspielt haben und die konservativen Kräfte die Wahlen gewonnen haben, weil sie sich dagegen ausgesprochen haben, in dem Augenblick, meine Damen und Herren, haben Sie dieses Ihr einst so heißgeliebtes Kind Zwentendorf weggelegt, haben Sie es fallenlassen wie einen heißen Erdapfel.

Das ist es, was wir nicht so leicht vergessen, Herr Dr. König, und deswegen sind wir vorsichtig.

Das alles war und ist für uns alle Warnung genug, in Zukunft bei solchen Zusammenarbeitsangeboten Ihrerseits vorsichtig zu sein. Denn hätten wir jene Politik, die Sie in der Zeit Ihrer ÖVP-Alleinregierung betrieben haben, weiterbetrieben in bezug auf Wasserkraftausbau und so weiter und so fort, diese Kurzsichtigkeit, dann, meine Damen und Herren, hätten wir heute keinen so erfolgreichen Energiebericht vor uns liegen, sondern einen Schreckensbericht oder einen Horrorbericht. – Ich danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Götz.

Abgeordneter Dipl.-Ing. DDr. **Götz** (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verlauf der Diskussion über den Energiebericht hat Widersprüchliches zwischen Regierung und Opposition gezeigt, hat aber ebenso in manchen Punkten auch Übereinstimmung gezeigt, sei es eine allgemeine oder eine teilweise Übereinstimmung zumindest in der verbalen Sorge um das, was in der Energiepolitik geschehen soll und geschehen muß.

Alle – oder fast alle – Wortmeldungen haben zum Ausdruck gebracht, wenn es in der Kritik an der Regierung geschehen ist, daß das, was getan wurde, zu langsam, zu spät gekommen ist und

kommt, und wenn es aus den Bänken der Regierungspartei kam, daß es auch in Hinkunft schnell und erfolgreich und effizient über die Bühne gehen soll.

Wenn man nun diese Diskussion bedenkt, verstehe ich eines nicht ganz: Ich verstehe nicht ganz den Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei, und zwar deshalb nicht, weil er sich in einer durchaus verständlichen Form gegen eine unpopuläre Auswirkung wendet in der Frage und im Prinzip, daß von einer Steuer eine Steuer eingehoben wird. Das ist ein Prinzip, das – etwa nur steuerrechtlich betrachtet – ganz sicher auch von der freiheitlichen Opposition angeprangert und für falsch gehalten wird. Aber wenn es jetzt und hier um das Problem energiepolitischer Zielsetzungen geht, muß man doch, glaube ich, die Prinzipien, was energiepolitisch geschehen soll und was steuerrechtlich rechtens und notwendig ist, in der Bedeutung gegeneinander abwägen. Und da, glaube ich, wäre es falsch, jeden Schritt, der in den Bereich unpopulärer Maßnahmen hineingeht, von vornherein abzulehnen, weil so die Energiepolitik pro futuro sicher nicht gesteuert werden kann.

Ich glaube, daß das Gesamtproblem „Steuer von der Steuer“ eine zentrale Frage für die eingesetzte Steuerreformkommission sein kann und sein soll, daß aber bei Verfolgung der energiepolitischen Ziele – und die bestehen doch ganz sicher – unter besonderer Einhaltung des Problems Sparsamkeit und des Problems oder der Tatsache, daß Energiekosten steigen und nicht sinken, daß bei Verfolgung dieser Probleme eine Entlastung der Energiepreise sicher nicht erfolgen kann und energiepolitisch auch nicht erfolgen soll. Ich sage das deshalb, weil wir nicht übersehen dürfen, daß ja letztlich – zumindest im Heizölbereich – ohnehin im Augenblick ein begünstigter Steuersatz wirksam ist. Ich sage das keineswegs in irgendeiner masochistischen Absicht, nun vor die Mitbürger hinzutreten und zu sagen: Wir sind für teurere Energie!, sondern um klarzumachen, daß die Sicherung der Energie und des Energiebedarfs in einem weiteren Jahrzehnt nur dann möglich ist, wenn alle Komponenten – Sparsamkeit, Entwicklung von Alternativenergien und Berücksichtigung der Energiekosten – dazu führen, in Wirklichkeit die Kurve nicht im gleichen Maß ansteigen zu lassen, wie das etwa im Jahre 1978 der Fall war und wie es auch im Jahre 1979 fortgesetzt wurde.

Ich würde daher meinen, daß es sehr zielführend wäre, jene Mittel, die zusätzlich im Bereich des Finanzministeriums dadurch anfallen, daß vom erhöhten Preis – sei es Treibstoffpreis, sei es Heizölpreis – mehr Steuereingänge durch die Umsatzsteuer erfolgen, zweckgebun-

Dipl.-Ing. DDr. Götz

den einzusetzen, um begünstigte Kredite – oder sagen wir ganz allgemein: Förderungen jedweder Art – für folgende Komplexe zu bieten:

Erstens für den Einsatz von Solarenergie auch dort, wo eventuell Bedenken über den Wirkungsgrad bestehen oder wo die rein wirtschaftliche Rechnung – Lebensdauer, eingesparte Energie – einen solchen Einsatz vielleicht noch fraglich macht.

Zweitens im besonderen Maß aber dort, wo Wärmekraftkuppelungen deshalb nicht eingesetzt werden können, weil der notwendige Aufwand für Leitungen wirtschaftlich für eine Refinanzierung nicht übernommen werden kann, wo also durch den Bau längerer Leitungen und die Förderung solch längerer Leitungen Wärmekraftkuppelungen ja eingesetzt werden können, wenn man sich zum Primat besser verwerteter Energie bekennt und nicht nur die wirtschaftliche Dimension der – sagen wir es so – bilanzmäßigen Abschreibbarkeit berücksichtigt.

Und wenn man drittens eine Möglichkeit schafft, in einer großangelegten Sanierungsaktion bestehender Gebäude die verschwendete Energie durch schlechte Wärmedämmung einzuengen, was aber sicher dann nicht möglich sein wird, wenn es für eine solche Aktion nicht auch in irgend einer geeigneten Form begünstigte Kredite, Baukredite oder Förderungsmaßnahmen anderer Art, gibt.

Zusammenfassend: Wir Freiheitlichen bekennen uns zu einer Energiepolitik der Realität auch dort, wo sie etwa in der Frage der Energiekosten durchaus unpopulär sein mag, weil wir sie für notwendig halten.

Wir würden es begrüßen, wenn anstelle dieses Entschließungsantrags der Volkspartei, dem wir aus den angeführten Gründen nicht beitreten können, eine andere Überlegung im Sinne meiner Ausföhrung Platz greifen würde, nämlich Förderungen für Alternativenergien, Förderungen für Kraft-Wärme-Kupplungen, um sie in den Bereich der Wirtschaftlichkeit zu föhren, und Förderungen für bauliche Verbesserungen, um der Energieverschwendung entgegenzuwirken, wenn also solche Förderungen spätestens im nächsten Budget ihren Niederschlag finden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher:** Hohes Haus! Wir haben jetzt den Energiebericht diskutiert. Es erhob sich zuerst die Frage, warum es Energiebericht und nicht -plan heißt.

Das Handelsministerium hat, als ich die gesamte Energiekompetenz bekommen habe, sofort einen solchen Energieplan ausgearbeitet, und wir haben diesen Energieplan der Öffentlichkeit vorgestellt. Es war ganz selbstverständlich, daß dieser Energieplan immer wieder korrigiert werden muß, denn es gibt in dieser schnellebigen Zeit und bei dieser Energiesituation überhaupt niemanden, der auf längere Zeit einen Plan aufstellen kann. Wenn er das könnte, wäre er fast eine Gottheit, denn man kann unmöglich voraussehen, wie sich die Situation entwickelt. Wir erleben das ja immer wieder.

Daher geht alle Kritik daran, daß es sich hier um einen Bericht handelt und daß das kein Plan ist, Herr Abgeordneter Neumann, total daneben, denn das ist in Wirklichkeit das, was seinerzeit begonnen wurde. Das, was ich seinerzeit angekündigt habe, muß immer wieder korrigiert werden und wird nur Bericht genannt, weil es im Haus üblich ist, einen Bericht vorzulegen. Das hat schon Abgeordneter Hobl gesagt, lesen Sie weiter, da steht ja drauf: Zweite Anpassung des Energieplanes. *(Abg. Neumann: Zu diesem Bericht fehlt der Energieplan!)* Aber ich bitte Sie, Herr Abgeordneter, jetzt habe ich Ihnen gerade auseinandergesetzt, wie es dazu gekommen ist.

Nun zu der zweiten Sache, wie es damals zu dem Energieplan gekommen ist, wie es jetzt gekommen ist, und was drinnen stehen kann.

Das erste Mal hat der Herr Abgeordnete Dr. König, als er den ersten Energieplan gelesen hat, ihn sofort ganz verheerend kritisiert. Diesmal hat er es sich überlegt, weil er in der Zwischenzeit draufgekommen ist, daß dieser Energiebericht ja nicht so entsteht, daß sich jemand hinsetzt und irgend etwas schreibt, sondern daß dabei ein ganzer Stab tätig ist, der sich aus dem Wirtschaftsforschungsinstitut mit den Prognosen, aus den Interessenvertretungen mit ihren Meinungen dazu, insbesondere natürlich auch aus den Fachverbänden, die davon betroffen sind, zusammensetzt. Dort wird ein Programm erarbeitet, und dann wird das im Handelsministerium koordiniert. Ich selbst nehme mir gelegentlich die Zeit, dabei mitzuwirken, und kann Ihnen sagen, daß das eine ungeheuer schwierige Arbeit ist, eine ungeheuer diffizile Arbeit, und die wurde schon beim ersten Plan sehr gewissenhaft gemacht. *(Abg. Dr. König: Auf schriftliche Einwendungen!)*

Aber natürlich, selbstverständlich gibt es schriftliche Einwendungen, denn an der Koordination liegt es ja dann, daß man nicht alles nebeneinander hinstellt. Denn da brauchte ich ja nicht zu koordinieren, sondern dann drucke ich ganz einfach ab, was alle sagen. Aber dann würden Sie mir mit Recht hier entgegenhalten:

Bundesminister Dr. Staribacher

Entschuldigen Sie, Herr Minister, Sie können doch nicht übersehen oder überlesen haben, daß die Elektrizitätswirtschaft etwas ganz anderes wollte als die Gaswirtschaft und die etwas anderes als die Kohlenwirtschaft und die Verbraucher etwas anderes als die Produzenten. Das ist doch ganz klar. Daher mußte das koordiniert und korrigiert werden, und das ist auch so geschehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn dann dieser Plan oder der Bericht, wenn Sie wollen, abgestimmt ist, dann wird untersucht und angeschlossen, welche Maßnahmen gesetzt werden, gesetzt wurden und in Zukunft notwendig sind.

Und da sagen Sie jetzt sofort, Herr Abgeordneter König, und dafür habe ich volles Verständnis: Aber da beginnt man jetzt auch die Gegensätze festzustellen, und zwar nicht nur die zwischen den Interessenvertretungen, die ganz natürlich sind, sondern auch die Gegensätze, die sich bis in die Regierung hinaufziehen, und dann ist es . . . *(Abg. Dkfm. Gorton: Innerhalb der Regierung!)* Jawohl, innerhalb der Regierung, ich gehe ganz darauf ein. Und dann sagen Sie, Herr Abgeordneter König: Da hat man es ja schon. Es ist eine Notsituation, und die verneint der Herr Finanzminister. – Als ob ich sie bejahren würde!

Ich denke gar nicht daran, zu sagen, es ist eine Notsituation. In Amerika und überall sonst wäre man froh, wenn man eine solche Energiesituation hätte, wie wir sie in Österreich haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich bin der Meinung, daß es ganz hoffnungslos ist, wenn Sie hier Gegensätze innerhalb der Regierung feststellen möchten, um sie dann hier natürlich entsprechend herauszustreichen.

Der erste „Gegensatz“, den Sie gefunden haben, war: Der Staribacher hat überhaupt nichts mehr zu reden – das steht ja auch in den Zeitungen –, sondern der Androsch macht jetzt alles. *(Abg. Dkfm. Gorton: Reden tut der Staribacher! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich werde gleich versuchen, Ihnen zu erklären, wie die Situation rein kompetenzmäßig ist, denn das ist ja in Österreich auf Grund von Gesetzen genau geregelt.

Der Handelsminister ist zuständig für die Produktion, für die Importe, für die Preise, also für alles das, was binnenwirtschaftlich zu machen ist. Da ich bis jetzt keine Schwierigkeiten – auf die Preise komme ich noch zu sprechen – mit der Produktion und mit den Importen gehabt habe – ich habe gesagt, auf die Preise komme ich noch zu sprechen –, glaube ich sogar, daß die Aufgabe des Handelsministeriums erfüllt worden ist.

Dann gibt es eine sehr notwendige Aufgabe, die uns allen erst 1973 zum Bewußtsein gekommen ist, nämlich das Sparen. Da schaut es schon ganz anders aus. Das liegt nicht in der Kompetenz des Handelsministers allein, sondern davon sind auch viele andere Ministerien betroffen, und daher gilt das entsprechende Gesetz, nämlich das Ministeriengesetz, welches statuiert und regelt, daß dann sofort der Herr Bundeskanzler automatisch zuständig wird, weil die verschiedensten Ministerien koordiniert werden müssen.

Daher hat der Herr Bundeskanzler ganz zu Recht gesagt, er macht ein Ministerkomitee, dem er vorsitzt. Nur: Wenn der Herr Bundeskanzler nicht da ist, vertritt ihn der Herr Vizekanzler, was ganz selbstverständlich ist. Das ist kein Problem innerhalb der Regierung. Da können Sie sich noch so bemühen, meine Herren von der ÖVP, das ist kein Problem der Regierung *(Beifall bei der SPÖ)*, sondern wir werden jetzt die große Frage des Sparens, die mehrere Ministerien betrifft, dort entsprechend bearbeiten – das haben wir schon getan – und werden das am kommenden Dienstag im Ministerrat beschließen. *(Abg. Dr. Keimel: Wo sind denn dann heute der Bundeskanzler und der Vizekanzler den ganzen Tag?)*

Erstens steht der Bericht des Handelsministers zur Diskussion, dafür zeichne ich verantwortlich, und daher ist es ganz selbstverständlich, daß ich hier sitze. *(Beifall bei der SPÖ.)* Wenn Sie mir alles vorwerfen können, aber daß ich nicht die ganze Zeit da war, außer Minuten, die ich hinausgehen mußte, diesen Vorwurf können Sie mir nicht machen. *(Abg. Dr. Fischer: Für den Keimel ist nur der Bundeskanzler gut genug!)*

Und nun kommt das große Problem, das dann der Herr Abgeordnete König wieder erwähnt hat: Das Ganze liegt daran, daß es eine Versorgungskrise gibt – ich sehe sie nirgends, Sie können sie mir auch nicht beweisen –, und schuld daran ist der künstlich niedrig gehaltene Preis. Das war eine Ihrer härtesten Kritiken, die Sie hier vorgebracht haben. *(Abg. Staudinger: Und 5 Prozent Einsparung!)* Auf die 5 Prozent Einsparung komme ich auch. Ich bin jetzt bei der Versorgungskrise. Diese Versorgungskrise sehe ich nicht, die haben wir nicht . . . *(Abg. Dr. König: Das ist nicht behauptet worden! Ich habe Sie zitiert, daß Sie sagen, man muß sich um das Heizöl umschauchen!)*

Herr Abgeordneter! Beim Zitieren würde ich an Ihrer Stelle überhaupt vorsichtig sein. Ich kann mich noch gut daran erinnern, daß Sie mich im Hohen Hause vor ein paar Tagen ununterbrochen zitiert haben, daß ich für das Kongreßzentrum Innere Stadt eintrete, wo Sie

Bundesminister Dr. Staribacher

bei dieser Feier anwesend waren, wo wir bekanntlich das Staatswappen überreicht haben.

Ich habe jetzt hier die Abschrift, ich will sie gar nicht vorlesen. Kein Wort von dem, was Sie hier gesagt haben, habe ich dort gesagt. Das ist nicht von mir, die Zusammenfassung ist von der Organisation dort gemacht worden. Da steht drinnen, eine neue Phase ist für die Hofburgkongregesellschaft eingetreten, weil die Gemeinde Wien und ich – ich glaube, wir haben diese Entscheidung richtig gefällt – sagen: Wir wollen und müssen unsere Kongregestadt noch mehr ausbauen. Das ist nicht von mir geschrieben, das ist von der Organisation, die das dort aufgenommen hat, geschrieben worden. Dafür bin auch ich als Handelsminister, das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen. Die zweckmäßigste Art wird man sicherlich in der Diskussion finden, inwieweit man hier nur in den Donaupark geht, zu einer Kombination zwischen der Innenstadt und dem Donaupark kommt oder das vielleicht nur in der Innenstadt macht. Das müssen dann die Fachleute überlegen. Ich kenne die verschiedensten Meinungen. Ich selbst gestehe ganz offen und ehrlich: Im Handelsministerium haben wir diesbezüglich keine endgültige Stellungnahme erarbeitet. Wir warten ab, wir warten hier noch auf entsprechende Unterlagen und auf entsprechende Informationen.

Und Sie sagen, ich bin für die Innere Stadt eingetreten. Das haben Sie hier einige Male gesagt. Herr Abgeordneter! Sie werden dann nachschauen, und Sie werden es sehen. Aber das nur nebenbei. *(Abg. Dr. König: Ich habe Sie zitiert, daß Sie gesagt haben, die Lage in der Innenstadt ist ideal, mit historischen Stätten und allen Einrichtungen!)* Das ist ja allgemein bekannt. Ihre Darstellung war aber so, als ob ich nur für die Innenstadt eintrete. Genau das Gegenteil kommt aus dem heraus. Aber das Hohe Haus kann das ja prüfen.

Nun eine andere Sache, weil Sie sagen, ich hätte irgendwo von einer Versorgungskrise gesprochen. Wo haben Sie von mir jemals das Wort „Versorgungskrise“ gehört? Wann haben Sie mich jemals sagen gehört, daß eine Versorgungskrise herrscht. Wir haben eine schwierige Situation, ein Versorgungsproblem zu lösen! Aber es ist ja Gott sei Dank keine Krise. Und wir werden alles tun, daß es zu keiner Krise wird.

Nun die Frage bezüglich des Preises. Herr Abgeordneter, Sie sagen, Sie wundern sich, ich bin sonst für die Konsenspolitik. Ja, bin ich. Und ich bemühe mich gerade auf dem Preissektor, eine Konsenspolitik zu erreichen, und es ist auch bis jetzt größtenteils – ich muß jetzt einschränken –, größtenteils geschehen.

Die letzte Benzinpreiserhöhung war nicht auf Konsens gegründet, denn die Ölwirtschaft wollte einen höheren Preis. Ich habe diesen höheren Preis nicht zugestehen können, weil es volkswirtschaftlich nicht berechtigt war.

Die volkswirtschaftliche Berechtigung leite ich davon ab, daß wir in Westeuropa ein gewisses Niveau haben und daß dieses Niveau meiner Meinung nach nicht unterschritten werden darf, denn sonst bedeutet das, daß wir durch zusätzliche Käufe an der Grenze und so weiter ausgesaugt werden; dieses Niveau darf aber auch nicht überschritten werden, weil das eine unerträgliche Belastung der Konsumenten wäre und, nur nebenbei bemerkt, auch die Tankstellen an der Grenze dann überhaupt kein Geschäft mehr machen würden, weil man dann natürlich mit dem vollen Tank hereinfährt und hier dann gerade für diese Tankstellen keine Möglichkeit mehr besteht.

Ich habe daher versucht, einen Konsens zu erreichen, und das ist mir auch einigermaßen geglückt.

Aber es ist ja nicht so, wie Sie sagen, im Bündelpreis sei jetzt momentan der Dieselpreis freigegeben worden, und das war der einzige freie Preis. Im Bündelpreis gibt es eine ganze Anzahl von Preisen, nämlich acht, die schon frei sind und frei gewesen sind, und nur mehr vier, die noch preisgeregelt waren, nämlich Normalbenzin, Superbenzin, Diesel und Heizöl extra-leicht. Die sind amtlich preisgeregelt, und von denen habe ich einen herausgenommen, aber nicht aus Bosheit, aus Widerwillen oder aus Willkür, sondern ausschließlich, um die Versorgungslage sichern zu können, und das ist uns ja auch geglückt.

Wir haben dadurch – das streite ich gar nicht ab – höhere Dieselpreise, aber auch wieder nicht so, wie Sie behaupten, denn es gibt nur einen einzigen Staat, wo der Dieselpreis der Normalbenzinpreis ist. Sie wissen jetzt in der Zwischenzeit ganz genau, auch in Deutschland ist es so, auch in der Schweiz ist es so, daß der Dieselpreis ungefähr dem Normalbenzinpreis entspricht, er war nur bei uns besonders tief, konnte daher in der freien Preisbildung wahrscheinlich von den Firmen nicht mehr so tief gehalten werden, und er wurde auf dieses Niveau angehoben.

Unsere Preispolitik im Handelsministerium wird es nach wie vor sein, die Versorgung sicherzustellen, die Produktion zu ermöglichen und den Konsumenten so wenig wie möglich zu belasten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was nun die Frage betrifft, es sei seit 1973 überhaupt nichts geschehen: Ich habe Ihnen im Ausschuß – ich möchte das Hohe Haus nicht zu lange aufhalten damit – nachgewiesen, daß von

Bundesminister Dr. Staribacher

den 50 Maßnahmen, die hier vorgeschlagen sind, die Hälfte eingeleitet, teils erfüllt, teils eingeleitet, teils also sozusagen in Angriff genommen wurden.

Ich habe die sogar weggelassen, wo zum Beispiel richtig drinnen steht: „Die Nutzung von Brennholz ist in Übereinstimmung mit dem forstwirtschaftlich vertretbaren Einschlag zu fördern.“ Das habe ich als erfüllt weggelassen; oder das ist eine Anregung, die darin liegt, und das ist ja unser Problem, meine Damen und Herren, denn wir wissen ja, daß in den Wäldern soundso viele Joule, wie das jetzt heißt, oder, wenn Sie wollen, Tonnen, Hunderte, Tausende Tonnen Holz vermodern. Ja aber wer sammelt das Holz? Wer ist imstande, diese Arbeitskräfte bereitzustellen, die diese Nutzung ermöglichen? Daher bleibt leider nichts anderes übrig.

Aber es wurde hier vorgeschlagen, und dazu bekenne ich mich, daß man auch hier mehr Brennholz in Übereinstimmung mit der forstwirtschaftlich vertretbaren Förderung nutzen soll. Gar keine Frage. Das ist ein Wunsch der Landwirtschaft gewesen, dem ist Rechnung zu tragen.

Aber da kann ich ja nichts diktieren! Sie sagen ganz einfach, es steht hier drinnen, was geschieht, und es ist zu wenig apodiktisch, es wird nicht gesagt: Das, das, das, das!

Und gleichzeitig sagen Sie dann, Herr Abgeordneter Keimel, was ich will, sei die Macht. Ich möchte gerne wissen, wie Sie dann . . . (*Abg. Dr. Keimel: Ich?*) Ich bitte um Entschuldigung, es war Kollege Wiesinger! Ich korrigiere schon. Kollege Wiesinger hat also gemeint, es sei die Macht, die ich da verlange.

Ja, die Formulierungen sind sehr vorsichtig. Das gebe ich zu. Aber sie sind meiner Meinung nach die einzig möglichen, um erstens überhaupt eine Übereinstimmung zu erzielen und zweitens nicht den Eindruck zu erwecken, als ob wir jetzt mit administrativen Maßnahmen sozusagen Schlag auf Schlag auf die Bevölkerung „einhausen“ wollten, würde ich fast sagen.

Nein, meine Damen und Herren! Wir wollen natürlich auf Grund der gegebenen Marktsituation mit den geringstmöglichen administrativen Mitteln die Versorgung so weiter fortsetzen, wie wir es bis jetzt gemacht haben.

Sie sagen ohnehin, meine Damen und Herren: Es gibt keinen Traktor, der gestanden ist, es gibt keine Fabrik, die gestanden ist, es gibt also sozusagen niemanden, der wirklich gefroren hat, und das bei einer wahrlich kritischen Situation in den letzten Jahren, die wir hier gehabt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und dann, Herr Abgeordneter König, weil Sie

gesagt haben, Sie wollen nur einige Beispiele: Sie sagen, hinsichtlich der Abwärme sei nichts geschehen.

Herr Abgeordneter König! Sie wissen ganz genau, daß man die Kraftwerke, die schon stehen, nicht umbauen kann. (*Zwischenruf.*) Das kann man eben leider nicht. (*Weiterer Zwischenruf.*)

Sie haben ja auch gesagt, man könne das Kraftwerk Zwentendorf umbauen. Natürlich kann man das umbauen, nur kostet das so viel, daß die Elektrizitätswirtschaft gesagt hat: Herr Minister, alles können Sie von uns verlangen, nur das nicht, da bauen wir daneben ein neues Kohlenkraftwerk hin!

Aber Sie haben ja behauptet, man kann das alles umbauen: Alles kann man umbauen, nur was es kostet, das muß man wissen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Also bei dem, was schon gebaut ist, kann man – und das versuchen wir ja –, wenn es dort dann zu Erneuerungen kommt, etwas machen. Aber sonst kann man nicht hergehen und ganz einfach sagen: So, also jetzt die Kraftwerke weg, und jetzt bauen wir welche mit Kraft-Wärme-Kupplung hin!

Wo es aber neue Kraftwerke gegeben hat, dort hat sich das Handelsministerium durchgesetzt. Wir haben in Simmering die Kraft-Wärme-Kupplung, wir haben in der Spittelau eine Fernwärmeversorgung. Und wir sind jetzt gerade dabei, das weiter durchzusetzen.

Es war ja für mich sehr befriedigend, denn Sie und Kollege Stix haben gesagt: Na jetzt werden wir ja sehen, ob sich der Handelsminister durchsetzen kann und ob er wirklich imstande sein wird, die Elektrizitätswirtschaft, die zuerst auf Öl und Gas gehen wollte, dazu zu bringen, daß sie Kohle nimmt! (*Abg. Dr. König: Haben wir das nicht anerkannt?*) Aber nein, Kollege Keimel war doch gerade da und hat gesagt, was das für ein furchtbarer Kampf war, wie ich hier gegen die Elektrizitätswirtschaft entschieden habe und daß ich jetzt endlich in Erscheinung treten sollte – Ihre Worte, Herr Abgeordneter Keimel, lesen Sie es nach! –, damit hier endlich etwas geschieht!

Nein, dort ist ja schon etwas geschehen, denn wir werden jetzt in Zwentendorf das Kohlekraftwerk mit Abwärme nützen. Wir bauen in Voitsberg . . . (*Ruf bei der ÖVP: Ein Bruchteil!*) Wenn es mit der Donau-Chemie zur Vereinbarung kommt – und das ist vorgesehen –, wird nicht ein Bruchteil genützt, sondern mehr!

Und was die Frage betrifft, die Fernwärme vom Tullnerfeld bis Wien zu leiten: Das geht eben nicht, das wissen Sie selber. In Tulln aber

Bundesminister Dr. Staribacher

brauchen sie die Wärme nicht, und in Zwentendorf brauchen sie es nicht zum Beheizen, und so weiter. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Nein, das haben wir ja gefragt, das haben wir alles gefragt, das geht also leider nicht.

Es ist daher so, Herr Abgeordneter Keimel, daß es sich natürlich nicht im nächsten Monat schon in der Ölstatistik niederschlagen wird, wenn es dazu kommt, daß jetzt hier diese Kraft-Wärme-Kupplung eingerichtet wird und daß also gleichzeitig jetzt Kohle verwendet wird. Das schlägt sich frühestens in vier Jahren nieder, wenn Voitsberg 3 fertig sein wird. Das schlägt sich dann nieder, wenn in Zwentendorf dieses Ersatzkraftwerk gebaut sein wird, und nicht früher. Das dauert nämlich alles seine Zeit und gilt für die neuen Kohlenkraftwerke.

Und was jetzt die Energiepolitik betrifft, wo Sie sagen, es ist nichts und wieder nichts, es geschieht sozusagen überhaupt nichts:

Herr Abgeordneter König, ich kann nur wiederholen: 25 von den 50 Punkten, die da drinnen sind, haben wir erfüllt. Das geht sogar so weit, daß wir jetzt ja auch schon erstmalig Ansätze haben und daß wir schon längst gemacht haben, was Sie jetzt urgieren.

Für den Erstausbau eines Fernwärmenetzes wird jetzt von uns eine Zinsstützung für Kredite gegeben. Ist hier im Maßnahmenkatalog drinnen und in meinem Budget verankert; ich gebe zu, vielleicht ist es noch zuwenig, wir werden mehr Geld dazu brauchen.

Zweitens. Genau dasselbe bei den Meßgeräten für die Messung des Energieverbrauchs.

Herr Abgeordneter König! An Hand dieser Beispiele wollte ich Ihnen das nur sagen.

Dann noch ein weiteres, nur ganz nebenbei. Sie meinen: 167 Milliarden Schilling, sagt die Elektrizitätswirtschaft, wird sie bis zum neunziger Jahr zum Ausbau brauchen. Richtig. Und dann steht hinten auf der Seite 166, es werden sogar 200 Milliarden sein. Möglich. Wir wissen es noch gar nicht, denn was es nach 1980 und darüber dann noch kosten wird - Sie dürfen nämlich nicht vergessen, das sind ja alles langfristige Pläne... (*Abg. Dr. König: Einmal heißt es 100, einmal 200!*) Nein, es heißt einmal, wenn Sie es genau rechnen, auf der Seite 110 - schauen Sie nach - 167 Milliarden Schilling. Da haben Sie alle Investitionen für Netz- und Kraftwerksausbau zusammengenommen. Und auf der Seite 166 heißt es dann also 200 Milliarden Schilling. Und auf Seite 113 - das müssen Sie noch dazulesen -, dort stehen die 100 Milliarden drinnen. Das sind die Kredite, die man brauchen wird. So schaut es im konkreten aus!

Aber es ist ja nicht so entscheidend. Entscheidend ist, daß Sie einige Ziffern genannt haben, und man soll halt immer die genauen zitieren.

Was nun die klare Zielsetzung, die Prioritäten anlangt: Die Bundesregierung hat klare Zielsetzungen, sie hat Prioritäten. Das haben wir ja immer wieder bewiesen. Nur: Das, was der Opposition vielleicht vorschwebt, daß man ganz einfach so apodiktisch sagt, daß nur dann, wenn... und wenn das erfüllt ist, dann das zweite nicht, oder erst dann, wenn das erfüllt wird, kommt das zweite, dritte und vierte dran, das geht nicht.

Wir müssen also diese Verhandlungen an vielen Stellen, bei vielen Gelegenheiten führen und womöglich zu einem Konsens kommen, um dann einen Erfolg zu sehen. Das ist langfristig, das ist alles langfristig, wie ja auch all die Diskussionen in den anderen Ländern zeigen.

Herr Abgeordneter Stix! Sie meinten also bezüglich der Alkoholbeimischung, daß die Priorität Ihnen gehöre. Da hat aber der Abgeordnete Hobl mit Recht gesagt, diese Priorität gehört ihm, denn er war es wirklich, der sich 1973 bereits - wahrscheinlich aus seiner Schulzeit heraus - noch daran erinnert hat, daß man das in der Kriegszeit dann noch gemacht hat, und er hat damals verlangt, man soll das machen.

Warum ist es nicht gekommen bis jetzt? Weil erstens der Benzinpreis zu tief war, weil zweitens die Produktion von Nahrungsmitteln in Österreich gar nicht so groß gewesen ist und man daher erst jetzt - ungefähr ein halbes Jahr, ein bisschen mehr, verhandle ich jetzt sehr konkret über diese Frage - auf diesen Bioalkohol gekommen ist.

Auch wieder sehr interessant: Monate hindurch war überhaupt kein Projekt zu finden, jetzt sind es vier, Gott sei Dank. Wir werden versuchen, allen vier Projekten Rechnung tragend, diese Alkoholmengen zur Verfügung zu stellen.

Der Entkoppelungsprozeß, Herr Abgeordneter Stix, wurde von uns seit eh und je verlangt. Wir haben ihn auch teilweise bei den Industrien durchgesetzt, denn es ist uns immerhin gelungen, daß wir in der Zementindustrie, in der Stahlindustrie, in der Eisenindustrie und sogar in der Papierindustrie im internationalen Vergleich äußerst günstig liegen.

Herr Abgeordneter Keimel! Sie meinten: Und wenn etwas drinnensteht in dem Bericht, was steht dann drinnen? Etwas Dirigistisches: Beim Import von Erdöl und Erdölprodukten ist möglichst zu drosseln. Lesen Sie es nach in Ihren Ausführungen, Sie haben ausdrücklich gesagt,

Bundesminister Dr. Starbacher

das sind dirigistische Maßnahmen. (*Abg. Dr. Keimel: Ich habe Sie gefragt: Wie wollen Sie das machen?!*) Dazu komme ich jetzt gleich.

Sie haben gemeint, da steht nur drinnen: zu drosseln. Das ist ja das große Problem. Sie haben schon recht, daß wir 5 Prozent einsparen müßten.

Es sind, nebenbei bemerkt, nicht 500 000 Tonnen, denn die IEA hat eine eigene Berechnungsmethode. Es wären 188 000 Tonnen, und wir sind weit davon entfernt, diese Einsparung zu machen. Das sage ich alle Wochen in meinem Pressegespräch, das sage ich immer dann, wenn ich versuche, unseren Konsumenten oder überhaupt der Wirtschaft klarzumachen, daß wir nach wie vor, weil wir eben scheinbar eine so gute Versorgung haben, keinesfalls sorgenlos arbeiten oder sorgenlos wirtschaften können, sondern daß wir sehr wohl zu diesen Einsparungsmaßnahmen und Einsparungsmethoden finden sollen.

Wenn wir Glück haben, und es kommt ein warmer Winter, schaut das alles natürlich leichter aus. Wenn wir den aber nicht haben, und darauf kann man sich nicht verlassen, dann kann es sehr schwierig werden.

Die Internationale Energieagentur kritisiert uns dafür. Nicht nur uns, sondern fast alle westeuropäischen oder alle Mitgliedstaaten, das ist also nichts Neues.

Wir müssen daher, auf lange Frist gesehen, versuchen, die notwendigen Maßnahmen zu setzen, die hier drinnenstehen. Das ist ja genau drinnen aufgeführt, was wir glauben, was alles geschehen muß.

Ich glaube daher, daß wir sehr wohl imstande sein werden – wenn auch vielleicht heuer nicht, denn das erste halbe Jahr ist ja vorüber, und wir haben keine Annäherung an diese 5 Prozent Einsparungen –, mit den Maßnahmen, die gesetzt werden, im Laufe des zweiten Halbjahres und teilweise dann vor allem im nächsten Jahr doch zu einer besseren Situation zu kommen.

Der Herr Kollege Grabher meint, wie es so schön vorarlbergerisch heißt: Mit der Hand ins Maul soll man nicht arbeiten, man soll also Vorräte anlegen, man soll mehr dazu beitragen, insbesondere das westlichste Bundesland zu versorgen und zu sichern.

Ich weiß, er wird mir sagen, das ist nicht seine Funktion, aber ich verhandle mit den Landeshauptleuten seit etlichen Jahren, um dort entsprechende Lager zu errichten. In Vorarlberg hat sich halt nur keine einzige Gemeinde gefunden – (*Abg. Dr. Leibenfrost: Kein Erfolg bis jetzt!*) kein Erfolg bis jetzt, nein, das gebe ich zu, kein Erfolg, Herr Abgeordneter, es

hat sich keine Gemeinde in Vorarlberg gefunden –, die bereit gewesen wäre, ein Lager zu errichten. (*Abg. Dr. Leibenfrost: Nicht nur in Vorarlberg, auch in anderen Bundesländern nicht!*)

Nein, in den anderen Bundesländern haben wir es. Wir haben es in Oberösterreich, wir haben es in Niederösterreich, wir haben es jetzt in der Steiermark, nur in den westlichen Bundesländern findet sich halt keine Gemeinde, ganz besonders in Vorarlberg nicht, die sich bereit erklärt, ein Lager zu errichten. Ganz zu schweigen von der Destillationsanlage, die die Vorarlberger Landesregierung machen möchte, weil sie ja bekanntlich durch das Durchleitungsrecht bei der Pipeline eine entsprechende Möglichkeit hätte. Und ohne Gemeinde, das wissen Sie selber, gibt es keinen Baubeschluß, und ohne Gemeindebeschluß können wir daher dort auch nichts machen.

Der Herr Abgeordnete Wille meint, es wird alles geschehen, um die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, und er verweist darauf, wie es sagen wir vielleicht teilweise auch vom ethischen Standpunkt wirklich tragisch wird, daß wir in den industrialisierten Staaten Nahrungsmittel jetzt in Alkohol verwandeln, wenn wir wissen, daß woanders Menschen noch hungern, die diese Nahrungsmittel dringend brauchen würden.

Krasser noch ist das, würde ich sagen, in den südamerikanischen Staaten, wo es ja diese Systeme und diese Methoden schon sehr lange gibt. Dort ist ein noch viel größerer Gegensatz zwischen arm und reich, und trotzdem ist dieses Problem dort auch nicht zu lösen gewesen.

Wir in der Bundesregierung sehen derzeit keine andere Möglichkeit, den Überschuß an Agrarprodukten in Österreich wegzubringen. Die Exporte werden immer schwieriger. Wir haben daher hier die einzige Möglichkeit, eine Überschußproduktion, die dank der tüchtigen Landwirtschaft in den letzten Jahren besonders groß wurde, wegzubringen, das heißt, die Produkte zu übernehmen und bei einer ständig steigenden Mangelsituation auf dem Energiesektor eine gewisse Entlastung zu schaffen.

Denn es ist natürlich richtig, wie die Herren, die Disputanten angeführt haben, daß wir immer stärker abhängig werden. Es war dies insbesondere der Herr Abgeordnete Neumann, der gemeint hat, wir werden immer stärker abhängig von den Importen. Ja, aber wir werden nicht deshalb abhängig, weil Österreich das aus Liebe gern importiert. Wir machen in Österreich die größtmöglichen Anstrengungen, um inländische Energieressourcen zu nützen. (*Abg. Neumann: Das geschieht nicht!*) Aber ja, Herr Abgeordneter!

Bundesminister Dr. Staribacher

Entschuldigen Sie vielmals: Ich kann Ihnen nachweisen, daß Sie im Lavanttal ein damals noch rentables Bergwerk geschlossen haben. Das kann ich Ihnen nachweisen. *(Abg. Neumann: Ich habe nachgewiesen, daß Sie sich um die inländische Energieversorgung viel zuwenig kümmern!)*

Aber ich bitte Sie! Nennen Sie mir eine Regierung, die erstens einmal so viel für die Bergbauförderung ausgegeben hat, nennen Sie mir eine Regierung, die Kohlenbergwerke erschlossen hat, nennen Sie mir eine Regierung, die den Donau- und den sonstigen Wasserkraftwerksausbau gemacht hat, nennen Sie mir eine Regierung, die die Alternativenenergien gemacht hat! Da kommen Sie nicht mit! *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP. - Abg. Neumann: Eine Schwalbe macht keinen Sommer!)*

Aber, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, natürlich tun Sie sich schwer, denn Sie können hier beim besten Willen nichts dagegen einwenden, wenn ich Ihnen diese Tatsachen sage.

Und trotzdem ist der Import noch ständig gestiegen. Jawohl, Sie haben vollkommen recht, und ich prophezeie Ihnen, er wird weiter steigen, denn das hängt damit zusammen, daß unsere Wirtschaft expandiert und unser Wohlstand steigt. Und wir stehen auf dem Standpunkt: Das können wir nicht abschneiden, und das wollen wir auch gar nicht abschneiden! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Wiesinger hat gesagt, der Bericht ist überholt. Jawohl, das habe ich ja schon erklärt, dagegen ist gar nichts zu machen.

Er hat weiters gesagt, daß Sie uns ständig angeboten haben, daß Sie sofort mit uns mitgehen würden, wenn wir Ihre Ideen aufgreifen.

Herr Abgeordneter Wiesinger! Sie waren nicht im Handelsausschuß, wo ich das erörtert habe, daher darf ich es Ihnen hier jetzt persönlich sagen. Wir haben geglaubt in der vorigen Legislaturperiode - in der Zwischenzeit sind wir ja leider geheilt worden auch von dieser Idee -, wenn die Österreichische Volkspartei den Vorschlag macht, zum Beispiel Bäder mit Sonnenenergie zu heizen, daß Sie mitgehen werden, und wir haben einen diesbezüglichen Gesetzentwurf eingebracht. *(Abg. Dr. König: Neue Bäder!)* Ja, neue Bäder. Nein, Herr Abgeordneter König. *(Abg. Dr. König: Sie haben gesagt, die alten Bäder!)* Herr Abgeordneter König, Sie zielen wieder nicht ganz. Es steht hier ganz genau:

„Die vorstehenden Bestimmungen der §§ 1

und 2 beziehen sich auf die Neuerrichtung von Bädern.“

Also das hat sich einmal auf die Neuerrichtung von Bädern bezogen. Und jetzt kommt dazu:

„Für die bestehenden Bäder sind innerhalb eines Jahres ab dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes vom Betreiber dem Landeshauptmann“ - *(Abg. Dr. König: Na eben!)* na nichts - „die für eine Adaptierung nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Der Landeshauptmann hat die Adaptierung bescheidmässig aufzutragen, wenn sie ohne unverhältnismäßigen Kostenaufwand durchführbar ist.“

Das heißt also, wir haben gesagt: Die neuen soll man also nur mit Sonnenenergie machen, was Sie ja vorgeschlagen haben, und die alten soll man adaptieren, wenn es zumutbar ist.

Aber was haben Sie gemacht? Sie haben es abgelehnt!

Und, Herr Abgeordneter König, als der Herr Abgeordnete Stix vorgeschlagen hat, eine Verfassungsbestimmung zu beschließen, daß die Grundsatzgesetzgebung in die Bundesverfassung aufgenommen wird, haben Sie sofort gesagt: Das kommt überhaupt nicht in Frage! *(Abg. Dr. König: Konkrete Maßnahmen!)* Wenn wir Ihnen konkrete Maßnahmen vorschlagen, sagen Sie auch nein, Herr Abgeordneter König! So ist ja die Situation!

Und dann verlangen Sie von mir, ich soll eine Konsenspolitik machen. Ich habe vollen Konsens mit der Industrie, mit der Handelskammer, mit der Arbeiterkammer, mit dem Gewerkschaftsbund und so weiter, und dann sagen Sie, ich bin nicht für die Konsenspolitik. Ich bin es, nur, bitteschön, Sie müssen einmal konkret sagen, was Sie hier in diesem Fall wirklich wollen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Wiesinger! Sie konnten es auch nicht wissen, weil Sie nicht im Ausschuß waren, ich darf es Ihnen daher jetzt auch kundtun. Sie meinen, Pickerl oder teures Benzin? soll jetzt gefragt werden. Mitnichten, mitnichten! Das wäre ja die Million, die das ungefähr kostet, niemals wert, sondern es wird jetzt gefragt, Herr Abgeordneter, nach:

1. möglichst allen Faktoren, die auf den Energieverbrauch im Bereich Haushaltsverbrauch, Raumheizung, Individualverkehr Einfluß nehmen.

2. Energiebewußtsein und Energiesparbewußtsein.

3. Feststellung bereits effektuierter und

Bundesminister Dr. Staribacher

geplanter Maßnahmen zum Energiesparen im Bereich privater Haushalte.

4. Beurteilung von potentiellen Maßnahmen zur direkten Energieeinsparung sowie zur Förderung des Energiesparens (psychologische Maßnahmen) im eigenen Wirkungsbereich privater Haushalte.

5. Akzeptanz zur Präferenz von Gesetzen, Verordnungen und anderen staatlichen Maßnahmen mit dem Ziel einer Energieeinsparung.

Sie sehen, eine allumfassende Umfrage und keinesfalls einfach die Frage: Pickerl oder teures Benzin? Ein jeder weiß... (*Abg. Dr. Wiesinger: Darauf reduziert es sich doch!*) Nein, nein Herr Abgeordneter Wiesinger! Sie werden sich wundern, da wird sich nichts reduzieren, da wird sich gar nichts darauf reduzieren! (*Ruf bei der ÖVP.*)

Ich weiß es nicht. Ich hoffe. Das teure Benzin fürchte ich, das ist gar keine Frage, und ich weiß nicht, aber ich hoffe, daß wir um das Pickerl herumkommen. Ich kann es natürlich auch nicht versprechen.

Sie meinen, die Information fehle. Die Information wird durchgeführt, nicht nur vom Handelsministerium. Wir haben diese Energie-sparfiibel. Der Verein für Konsumenteninformation, in dem auch wieder alle Interessenvertretungen sind, hat das gemacht, und wir wären ja schon glücklich, wenn die Bevölkerung zum Beispiel nur die Fenster dichten würde.

Ich werde alle Anregungen, die Herr Abgeordneter Hobl hier gemacht hat und die ich für sehr richtig finde, mit den Innungen besprechen, was ich - nebenbei bemerkt - schon getan habe, zum Beispiel mit der Glaserinnung und so weiter. Wir werden versuchen, hier tatsächlich die betreffenden Wirtschaftskreise mehr zu mobilisieren, um hier einiges zu machen.

Dann meinen Sie: Bei den Kompetenzen müßte ich mich halt über den Artikel 15 a bemühen. Jawohl, das tue ich. Ich habe jetzt auch nach eineinhalb Jahren einen Erfolg. Wir sind jetzt über den Wärmeschutz und über den Betrieb von Heizungsanlagen einig... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Wiesinger:*) Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter Wiesinger, wenn Sie mir alles vorwerfen können, aber daß ich sozusagen vielleicht schlafe oder nicht zügig verhandle, das können Sie mir beim besten Willen nicht vorwerfen, sondern... (*Zwischenruf des Abg. A. Schlager.*) Hat er erzählt? Es kann schon stimmen, daß er es Ihnen erzählt hat, nur stimmen tut es nicht.

Die beiden Verhandlungen sind sogar abgeschlossen, und wir werden weitere Verhandlungen führen müssen. Nur, bitte, sie sind halt sehr

umfangreich, sehr kompliziert, denn alle neun auf eine Linie zu bringen, ist verdammt schwierig. Ich glaube, man sollte daher nicht von vornherein sagen: So muß es gehen!

Zu der Frage des Herrn Abgeordneten Ofner darf ich sagen: Wir versuchen ja, die Kohle aufzusuchen. Das macht das Wissenschaftsministerium mit uns gemeinsam. Noch nie ist so viel für die Aufsuchung der Kohle geschehen.

Wir haben das Lagerstättengesetz, das aus dem Jahre 1947 stammt, jetzt richtiggehend aktiviert, suchen Kohle auf und waren teilweise auch schon erfolgreich. Wir hoffen, daß vielleicht auch in Burgenland wieder was wird. Es ist nicht so, daß wir nichts tun, sondern wir machen alles, um dieses Ziel zu erreichen.

Sie meinen, im Falle der Sonnenenergie - das steht da drinnen - müsse gewährleistet sein, daß die Anlagen, die dann errichtet werden, auch wirkliche Garantie geben.

Es ist gar kein Wunsch von mir gewesen, daß das in den Bericht hineinkommt, das waren Wünsche der Handelskammer und der Industrie, die diese Anlagen erzeugt. Es hat nämlich bis jetzt - und das ist ja das Traurige - einige Anlagen gegeben, die absolut nicht das gebracht haben, was sie versprochen haben, sodaß die Leute daher, ich will nicht sagen hereingelegt worden sind, aber jedenfalls Schwierigkeiten damit gehabt haben.

Sie sagen, die Energieabhängigkeit vom Osten sei etwas, was Sie bereuen. Ja, ich streite das gar nicht ab. Wir müssen sehr froh sein, daß wir Kohle, Gas und jetzt sogar Strom in größerer Menge kriegen. Aber wir orientieren uns nicht nur nach dem Osten hin. Wir versuchen doch genauso von anderswo etwas zu bekommen: In der Algeriengasfrage hoffe ich auf einen Abschluß, Nordseegas ist abgeschlossen, und Kohle versuchen wir, aus den verschiedensten Ländern zu kriegen. Jetzt zum Beispiel kauft die VÖEST drüben in Amerika Kohle.

Wir tun alles, um uns womöglich weitestgehend zu sichern. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Ich verstehe vollkommen! Ich werde daher nur ganz kurz noch auf die Vorschläge des Herrn Abgeordneten Götz eingehen. Auch der Sprecher der Mineralölwirtschaft, Ebeling, hat vorgeschlagen, man solle jetzt in der Steuerpolitik einen neuen Weg gehen. Man soll daher jetzt nicht - wie Sie glauben - einen richtigen Antrag stellen - die Steuer von der Steuer gehört weg! -, sondern die Steuer soll zweckgebunden verwendet werden, was bei der Mineralölsteuer teilweise geschieht. Das wissen Sie ja ganz genau. Soweit es sich jetzt aus der Situation heraus ergibt, daß wir nämlich irgendwo

Bundesminister Dr. Staribacher

besonders hohe Preise abschöpfen müssen, weil es gar nicht anders geht, werden wir sehr wohl diese Vorschläge, die hier gemacht werden, auch berücksichtigen.

Ich glaube daher, meine Damen und Herren, eines zusammenfassend sagen zu können: Natürlich, dieser Energiebericht ist überholt! Und der nächste, an dem wir arbeiten, wird, wenn wir ihn Ihnen vorlegen werden, dann auch bereits überholt sein, weil das Drucken schon länger dauert, als die Tatsachen, die da drinnenstehen, halten können. Wir werden aber trotzdem durch die Vorlage solcher Energieberichte die ganze Energiepolitik transparent machen und dadurch möglich machen, daß die Bevölkerung nicht hysterisch reagiert – was sie Gott sei Dank bei uns noch nicht gemacht hat – und daß man nicht womöglich durch eine falsche Darstellung – teils der Opposition, teils von anderen, die besondere Interessen haben – dann in der Bevölkerung das Gefühl hat, es bestehe in Österreich eine echte Energiekrise. Diese gibt es nicht, und die Regierung wird sich bemühen, daß eine solche in Österreich auch niemals eintritt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Staudinger.

Abgeordneter **Staudinger** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Abgeordneter Dr. Götz hat namens der Freiheitlichen Partei kundgetan, warum die freiheitliche Fraktion dem Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei nicht beitrifft. Er meint in etwa, daß die Preispolitik ein unverzichtbares Element der Energiepolitik sei und daß es richtig sei, an Stelle einer steuerlichen Entlastung die Mehreinnahmen eben zweckgebunden zu energiepolitischen Maßnahmen zu verwenden.

Der Gedanke ist sehr schön, und hier rede ich dem Abgeordneten Köck nach, der gesagt hat: Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!

Wir haben ja im Ausschuß einen Entschließungsantrag in dieser Richtung gestellt, die Freiheitlichen, glaube ich, haben ihn damals auch unterstützt, und er ist von der Regierungsmehrheit zurückgewiesen worden. Dieser Entschließungsantrag hat unter anderem auch steuerliche Maßnahmen zum Zwecke der Freimachung von Mitteln für die Energiepolitik vorgesehen.

Wir sind damit nicht durchgekommen. Unser Entschließungsantrag ist aber damit begründet, daß es niemanden gibt, der verstehen wird, daß der Herr Bundesminister für Finanzen, daß der Fiskus an einer Preiserhöhung, die unvermeidbar ist und die auch ohne steuerliche Erhöhung

noch entsprechend schwerwiegend ausfallen wird, partizipiert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist von meinen Vorrednern schon auf folgende Tatsache hingewiesen worden: 1972 hat das Superbenzin 4,10 S gekostet, heute ist der Anteil an Steuern und Abgaben auf dem Superbenzinpreis 4,12 S, ohne daß die Pflichtnotstandsreserve von etwa 10,5 Groschen dazugerechnet wäre.

Es wird doch niemand begreifen, daß in dieser Situation dann noch zusätzliche Mehreinnahmen durch die Steuer von der Steuer entstehen. Daher bleiben wir bei unserem Entschließungsantrag.

Ich habe den Herrn Bundesminister Dr. Staribacher in Verdacht, daß er unserem Entschließungsantrag beitreten wird. Denn er hat eben in seiner Ausführung dargelegt, daß die Preispolitik darauf Bedacht haben wird, den Konsumenten so wenig wie möglich zu belasten – und genau das ist der Gegenstand unseres Entschließungsantrages. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun zum Energiebericht 1979. Dieser Energiebericht ist – wie der Herr Bundesminister ja auch gesagt hat und damit auch dem Abgeordneten Dr. Heindl und dem Abgeordneten Ing. Hobl widersprochen hat – keineswegs bloß ein Bericht, sondern es ist der fortgeschriebene Energieplan beziehungsweise soll der Energieplan sein.

Wäre es nur der Bericht, dann könnte man darüber reden, ob nicht die Opposition auch diesen Bericht zur Kenntnis nehmen sollte. Die Situation auf dem Energiesektor ist ernst genug, um auch die Frage zu stellen, ob es nicht angebracht wäre, in dieser Situation ein Zeichen der Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu geben und dem Bericht, trotz der Tatsache, daß er die Aufgabe des Planes weitgehend verfehlt, zuzustimmen.

Dazu stelle ich fest: Wenn wir trotz dieses Gebotes der Stunde, dieses Gebotes, das sich aus der Situation ergibt, den Bericht ablehnen, dann nicht deswegen, weil wir es sind, die den Konsens verweigern, sondern weil die Regierung und die SPÖ-Mehrheitsfraktion den Konsens aus Uneinsichtigkeit und aus welchen Gründen immer unmöglich machen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Dafür gibt es etliche Beweise.

Der Abgeordnete Köck hat Zwentendorf ins Spiel gebracht. Ich sage dazu folgendes: Wir haben uns damals in einer Situation befunden, in der es durchaus aus Gründen parteipolitischer Opportunität geboten gewesen wäre, sich in die Loge zurückzuziehen und mit verschränkten Armen zuzuschauen, was die Regierung macht. Denn die Regierung hat uns, die Opposition, in

Staudinger

dieser Situation nicht gebraucht. Sie konnte entscheiden, sie hätte entscheiden können. In dieser Situation hat trotz der Opportunität zuzuschauen unser Bundesparteiobmann Dr. Taus dem Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky das Anerbieten der Zusammenarbeit in der energiepolitischen Frage gemacht unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß das ein so schwerwiegendes Problem sei, das Zusammenarbeit erfordert.

Sie wissen, es ist eine historische Tatsache, die nicht überdeckt und nicht weggewischt werden kann. Damals hat der Herr Bundeskanzler in einer Weise, die man nur als Arroganz bezeichnen kann, dieses Anerbieten brüsk abgelehnt.

Konsenspolitik: Ich zweifle nicht daran, daß der Herr Bundesminister Dr. Staribacher für Konsens ist. Es stellt sich nur die Frage, ob es ihm überhaupt erlaubt ist, eine Konsenspolitik auf dem Energiesektor zu machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiterer Beweis: 1977 haben wir unseren Entschließungsantrag eingebracht, der sich auf Wärmeschutz bezogen hat, auf die Aufhebung der pauschalierten Kostenabrechnungen für Gemeinschaftsheizungen, auf Solarheizungen für Freiluftbäder, auf steuerliche Begünstigungen für Wärmeschutz, für die Rückgewinnung von Abwärme, für Solarheizungen, für Wärmepumpen und dergleichen, auf Strompreisregelungen bei Vollklimatisierung, auf die Ausnutzung der Wasserkraft und auf einen jährlichen Energiebericht. Es ist damals im Ausschuß – Abgeordneter Dr. Heindl wird sich gewiß erinnern – festgestellt worden, daß die Mehrheitsfraktion inhaltlich mit uns durchaus einer Meinung ist. Warum ist der Entschließungsantrag abgelehnt worden? Das war sozusagen die Retourkutsche für die Haltung der Österreichischen Volkspartei in der Frage Nutzung der Atomenergie. Das nennen Sie Bereitschaft zur Konsenspolitik? Abgeordneter Heindl schüttelt den Kopf, aber so war es tatsächlich.

Wir haben zwei ÖVP-Initiativanträge eingebracht: Steuerbegünstigung für Kleinkraftwerke, Wärmedämmung, Sonnenkollektoren, Wärmepumpen. Der Herr Bundesminister Dr. Staribacher, obwohl auch hier festgestellt wurde, daß man inhaltlich durchaus Übereinstimmung erzielt, hat damals gesagt, man könne sich nicht die Rosinen herausuchen. Der Antrag ist abgelehnt worden.

Der Abgeordnete Dr. Stix hat einen Initiativantrag eingebracht betreffend Steuerbegünstigung für Wärmepumpen. Wir sind diesem Initiativantrag beigetreten, er ist abgelehnt worden, und die SPÖ-Parlamentsfraktion hat

einen Entschließungsantrag an dessen Stelle gleichen Inhalts gesetzt. Herr Abgeordneter Dr. Heindl, Herr Bundesminister Dr. Staribacher: Konsenspolitik kann man das ganz bestimmt nicht nennen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Abgeordnete Hobl hat etwa gesagt, daß wir die ausgestreckte Hand des Herrn Bundesministers zurückgestoßen hätten, so ähnlich hat er es gesagt. Ich stelle fest: Wir haben gemeinsam das Rohstofflenkungsgesetz, das Erdölbevorratungsgesetz und das Erdölmeldeggesetz beschlossen. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Darüber rede ich auch noch. Darauf komme ich auch noch, Herr Staatssekretär. Das haben wir gemeinsam beschlossen, freilich befristet, weil wir auf dem durchaus vertretbaren und logischen Standpunkt stehen, daß die Wirtschaftsgesetze ein Paket sind, aus dem man nicht einzelne Bereiche herausreißen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Abgeordnete Dr. Heindl schüttelt schon wieder den Kopf, und der Abgeordnete Köck hat sich auch darüber alteriert, daß wir diesen Standpunkt einnehmen. Das kann nur einer tun, der noch nicht lange im Haus ist, denn 1967, bitteschön, als wir gerade die verstaatlichte Industrie neu organisiert hatten, mußten wir in unser industriepolitisches Konzept sehr viel Wasser hineinschütten, um die Zustimmung der sozialistischen Fraktion für die Verlängerung der Marktordnungsgesetze zu bekommen. Die SPÖ-Fraktion hat damals den selbstverständlichen Standpunkt eingenommen, das ist eine Einheit, die wir nicht auseinanderreißen lassen. Wir nehmen den gleichen Standpunkt ein: Wer fair ist, muß die politische Rechtfertigung eines solchen Standpunktes zugeben.

Wir haben abgelehnt, Herr Staatssekretär Dr. Veselsky. Wir haben das Energiesicherungsgesetz abgelehnt. Mutwillig? – Nein. Aus einem Justamentstandpunkt? – Auch nicht. Sondern zu dem Zeitpunkt, zu dem wir dieses Gesetz im Ausschuß gehabt haben, zu diesem Zeitpunkt sind die Verhandlungen mit den Ländern gelaufen. *(Abg. Dr. Heindl: Das ist ja nicht wahr!)* Dr. Heindl, das ist wahr, bitteschön. Herr Bundesminister Dr. Staribacher hat damals im Ausschuß darauf hingewiesen, daß für die allernächsten Tage wieder ein Verhandlungstermin mit den Ländern festgesetzt gewesen war. Wenn man eben mit dem Partner, der die Kompetenzen hat, verhandelt, dann kann man doch nicht die Verhandlungen sozusagen torpedieren, sie überflüssig, sie sinnlos machen, indem man von der Gesetzgebung her die Kompetenzlage verändert. Deswegen haben wir das abgelehnt.

Wir haben das Bädergesetz abgelehnt, jawohl, und zwar aus folgendem Grund: Wir haben in

Staudinger

unserem Initiativantrag die Anregung drinnen gehabt: Solarheizungen für alle neuen Freiluftbäder. Der Bundesminister hat es eben verlesen. In Ihrer Gesetzesvorlage waren auch die alten Bäder mit inbegriffen, wengleich unter den Kautelen, die er gerade vorgelesen hat. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Über das Förderungselement, das zum Umbau von alten Freiluftbädern gehört – wenn ein solches Gesetz überhaupt einen Sinn haben soll –, zu sprechen, haben Sie abgelehnt.

Die Energiepolitik – das ist der Gegenstand unserer Darlegungen – der SPÖ-Regierung ist eine Politik der Versäumnisse. Herr Bundesminister Dr. Staribacher putzt den Abgeordneten König herunter und den Abgeordneten Stix und dergleichen, weil sie auf diese Versäumnisse hinweisen. Ich weiß nicht, wen er mit seiner Kritik an diesen Ausführungen meint. Denn es war der Herr Vizekanzler, der Herr Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. Hannes Androsch, der gesagt hat, in den letzten vier bis fünf Jahren ist zu wenig geschehen. Daran gibt es nichts zu beschönigen. So haben es uns die Zeitungen mitgeteilt:

Auf Seite 36 Ihres Berichtes, Herr Bundesminister, steht drinnen, daß die IEA festhält, daß wirksame Maßnahmen der österreichischen Energiepolitik noch nicht in ausreichendem Maße getroffen wurden. Da kann man doch bitte wirklich nicht erwarten, daß die Opposition einem solchen Bericht, der der fortgeschriebene Plan ist, zustimmt, denn das würde heißen, die Politik der Versäumnisse gutzuheißen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Abgeordnete Hobl sagt, wer diesen Bericht ablehnt, der lehnt alle vernünftigen Vorschläge, die drinnen sind, ab. Das ist kindisch.

Auch hier darf ich wieder auf Vizekanzler Dr. Pittermann zurückkommen, der im Jahre 1967 über den Bericht über die verstaatlichte Industrie festgestellt hat: Das ist ein Bericht, der hat keine Zielsetzungen, der hält nur Sachverhalte fest. Wir haben keinen Grund, ihn abzulehnen. Aber wir sind mit dieser Regierung einfach nicht einverstanden. Daher nehmen wir diesen Bericht nicht zur Kenntnis. Und er hat damals die schlaue Version gefunden, daß wir vom Bericht Kenntnis nehmen, eine Version, die freilich in der Geschäftsordnung nicht gedeckt ist und die für uns daher auch aus diesem Grunde nicht gangbar gewesen ist.

Ein Konsens – das glauben wir – ist in der Energiepolitik möglich, und wir sind zu diesem Konsens bereit. Dieser Konsens setzt freilich eine Information voraus. Aber das, was uns von der Regierung in den letzten Wochen an

Information geboten wird, das ist keine Information, das ist Politik nach der Champignonmethode. Die Öffentlichkeit und das Parlament im Dunkeln lassen und ab und zu ein bisschen Mist darüber streuen. So geht es nicht, damit sind wir nicht einverstanden! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister Dr. Staribacher! Wir halten noch einmal fest: Sie können von uns Zugeständnisse hinsichtlich notwendiger Gesetzesmaßnahmen haben, wenn Sie uns konkret sagen, um welche Maßnahmen es sich handelt. Eine Generalvollmacht, die Übertragung der Kompetenz an den Bund, kommt für uns nicht in Frage. Das sei in aller Deutlichkeit gesagt. Das ist keine Absage an den Konsens, sondern ich stelle fest, daß wir zu folgenden konkreten Zugeständnissen bereit sind – „Zugeständnisse“ ist ein schlechter Ausdruck, verzeihen Sie –, daß wir bereit sind, an folgenden Maßnahmen mitzuwirken:

Beimischungszwang Alko-Sprit, verbrauchsbezogene Heizkostenabrechnung, Umstellung der Kraftfahrzeugsteuer nach Verbrauch – freilich unter der Voraussetzung, daß nicht Scheich Himmelpfort, wie ihn Professor Knapp einmal genannt hat, den größten Teil dann wieder einsteckt –, steuerliche Förderung von Energiemaßnahmen zur Einsparung von Energie, Abwärmenutzung bei den kalorischen Kraftwerken, Umstellung kalorischer Kraftwerke auf Kohle dort, wo es vernünftig, wo es angebracht ist, Bäder-Solarbeheizung.

Eine ganze Liste, und ich sage Ihnen, wir sind bereit, hier mitzuwirken, Konsens zu schaffen. Wir sind selbstverständlich auch bereit, eine Politik zu unterstützen, eine Tarifpolitik zu unterstützen, die für Vollklimaanlagen entsprechende Vorkehrungen trifft.

Ich weise auch noch darauf hin, daß die ÖVP-Landeshauptleute, wie der Herr Bundesminister auch bestätigt hat, Verhandlungen durchaus im guten Geiste führen, im Geiste der Verständigung hinsichtlich von Staatsverträgen für energiepolitische Maßnahmen. Für Konsens ist von uns aus also der Weg offen. Es liegt an Ihnen, wenigstens ab heute oder morgen in der Energiepolitik auch wirklich eine Konsenspolitik zu betreiben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? – Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Energiebericht 1979, III-1 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu

Präsident

ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Keimel und Genossen betreffend Entlastung der Mineralölsteuern von der Mehrwertsteuer.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

2. Punkt: Dritte Lesung des Antrages 13/A (II-13 der Beilagen) der Abgeordneten Dr. Fischer, Dr. Mock, Peter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 4. Juli 1975, BGBl. Nr. 410, über die Geschäftsordnung des Nationalrates (Geschäftsordnungsgesetz 1975) geändert wird (46 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen nunmehr zum 2. Punkt der Tagesordnung:

Dritte Lesung des Antrages 13/A der Abgeordneten Dr. Fischer, Dr. Mock, Peter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Geschäftsordnungsgesetz 1975 geändert wird.

Wortmeldungen liegen keine vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich stelle zunächst im Sinne des § 82 Abs. 2 Ziffer 2 Geschäftsordnung die für die Abstimmung erforderliche Anwesenheit der verfassungsmäßig vorgesehenen Anzahl der Mitglieder fest.

Ich lasse über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 46 der Beilagen abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig, also mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, angenommen. Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

3. Punkt: Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates

Präsident: Wir gelangen nunmehr zum 3. Punkt der Tagesordnung: Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates.

Österreich entsendet sechs Mitglieder und ebenso viele Ersatzmitglieder. Diese wurden sowohl vom Bundesrat als auch vom Nationalrat bereits gewählt, doch ist es durch die Neuwahl des Nationalrates erforderlich geworden, dessen Delegierte für den Rest der 31. Sitzungsperiode

der Parlamentarischen Versammlung des Europarates nunmehr neu zu wählen.

Es liegt mir bezüglich dieser vom Nationalrat zu wählenden Mitglieder und Ersatzmitglieder folgender gemeinsamer Wahlvorschlag vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Hans Hesele, Dr. Marga Hubinek, Dr. Franz Karasek, Dr. Josef Maderner und Dr. Karl Reinhart.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Wolfgang Blenk, Dr. Hilde Hawlicek, Dr. Sixtus Lanner, Dr. Jolanda Offenbeck und Dr. Norbert Steger.

Da nur dieser Wahlvorschlag vorliegt, werde ich die Wahl im Sinne des § 87 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht mittels Stimmzettel, sondern durch Erheben von den Sitzen vornehmen.

Besteht gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung? – Dies ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Ich bitte somit jene Damen und Herren, die dem von mir bekanntgegebenen Wahlvorschlag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Im Einvernehmen mit den Parteien lege ich dem Hohen Hause folgenden Antrag vor:

Der Herr Bundespräsident wird ersucht, die ordentliche Tagung 1979 der XV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates mit Ablauf des 10. Juli 1979 für beendet zu erklären.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Schlußansprache

Präsident: Hohes Haus! Mit Erledigung der Tagesordnung der heutigen Sitzung sind wir auch am Ende der ersten ordentlichen Tagung des Nationalrates in der XV. Gesetzgebungsperiode angelangt. Sie umfaßte infolge der Neuwahl des Nationalrates am 6. Mai lediglich sechs Sitzungen im Zeitraum zwischen der Konstituierung am 5. Juni und dem heutigen 4. Juli. Immerhin hat das Hohe Haus während der kurzen Spanne eines Monats 13 Gesetzesbeschlüsse gefaßt, vier Berichte zur Kenntnis genommen und auch zwei Erste Lesungen von Initiativanträgen durchgeführt.

Wir alle, geehrte Damen und Herren, wissen natürlich, daß die eigentlichen schwierigen Entscheidungen noch auf uns zukommen: Wenn

Präsident

sich das Hohe Haus im Herbst zur ordentlichen Tagung 1979/80 wieder zusammenfinden wird, gilt es – wie alljährlich –, das Bundesfinanzgesetz für das kommende Jahr rechtzeitig zu verabschieden, was sicherlich nicht leicht sein wird.

Wie die Wirtschaft im nächsten Jahr sein wird, kann heute noch nicht mit Sicherheit gesagt werden, aber sicher ist, daß die Frage der Energieversorgung und die Preise auf dem Erdölsektor eine große Bedeutung für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung haben werden.

Angesichts der Probleme, die sich bereits sichtbar vor uns auftürmen, aber auch jener, die wir heute wahrscheinlich noch gar nicht in vollem Umfang auf uns zukommen sehen, wünsche ich Ihnen, sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete, einen erholsamen Urlaub, damit wir uns nach der tagungsfreien Zeit gestärkt zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden.

Ich danke Ihnen für Ihre Arbeit während der ordentlichen Tagung 1979 und spreche in Ihrem Namen auch allen unseren Helfern innerhalb

und außerhalb des Hauses diesen Dank aus. *(Allgemeiner Beifall.)*

Hohes Haus! Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 20/A eingebracht worden ist.

Ferner sind die Anfragen 67/J bis 86/J eingelangt.

Generalversammlung der österreichischen Gruppe der Interparlamentarischen Union

Präsident: Ich weise darauf hin, daß fünf Minuten nach Schluß dieser Sitzung im ehemaligen Abgeordnetenhaus-Sitzungssaal die Generalversammlung der österreichischen Gruppe der Interparlamentarischen Union stattfindet, zu welcher alle Abgeordneten wie auch die Mitglieder des Bundesrates eingeladen sind. Ich ersuche daher, daß sich die Frauen und Herren Abgeordneten unmittelbar nach Schluß dieser Sitzung in den ehemaligen Abgeordnetenhaus-Sitzungssaal begeben, damit die Beschlußfähigkeit der Generalversammlung gewährleistet ist.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr